

**BEITRÄGE ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN
GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK: 3**



**Herrenmensch und
Arbeitsvölker
Ausländische Arbeiter
und Deutsche 1939 - 1945**

Rotbuch Verlag Berlin

»Auch nach dem Kriege wird auf den Einsatz ausländischer Arbeiter in Deutschland nicht verzichtet werden können. Dieser Einsatz wird wie bisher vorrangig für die Landwirtschaft, daneben aber auch für die gewerbliche Wirtschaft zur Erfüllung der kommenden großen Aufgaben des Friedens notwendig sein. Die Bildung der europäischen Großraumwirtschaft wird diese Entwicklung fördern. Dabei wird sich neben dem Hereinholen zusätzlicher Kräfte aus den Kontinentalstaaten nach Deutschland zweifellos auch der gegenseitige Kräfteaustausch in Form der sogenannten ›Gastarbeitnehmer‹ stärker entwickeln, ein ›intereuropäischer Ausgleich der Arbeitskräfte‹, der ›im großdeutschen Raum zum gegenseitigen Verständnis der Völker beitragen‹ werde.«
(Reichsarbeitsblatt 1941)

ISBN 3 88022 952 X · DM 19,- (im Abonnement 17,-)

BEITRÄGE ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN
GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK: 3

Herrenmensch und Arbeitsvölker

Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945

Autoren:

Jochen August, Matthias Hamann,
Ulrich Herbert, Christoph Schminck-Gustavus,
Vittorio Vialli

Rotbuch Verlag Berlin

Die *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik* erscheinen zweimal jährlich. Die einzelnen Hefte kosten je nach Umfang zwischen DM 19 und DM 24. Im Abonnement sind sie jeweils 2 DM billiger. Der Versand an Privatabonnenten ist portofrei.

Die *Beiträge* werden herausgegeben von *Götz Aly, Jochen August, Peter Chroust, Klaus Dörner, Matthias Hamann, Hans-Dieter Heilmann, Susanne Heim, Franz Koch, Christian Pross, Ulrich Schultz, Christine Teller*. Die Herausgeberschaft ist weder gemeinnützig noch steuerbegünstigt; um Spenden für den Fortbestand der *Beiträge* bittet sie dennoch: Ulrich Schultz Sonderkonto 494998-106 Postgiroamt Berlin West.

Verantwortlicher Redakteur: Götz Aly (Stubenrauchstr. 11, D-1000 Berlin 45)

© der Texte 1986 Herausgeberkollegium (Stubenrauchstr. 11, D-100 Berlin 45)

© dieser Ausgabe 1986 Rotbuch Verlag Berlin

Alle Rechte, auch der Übersetzung vorbehalten

Satz: Fotosetzerei Hoheisel, Dortmund

Druck und Bindung: Wagner GmbH, Nördlingen

Umschlag: Sowjetische Zwangsarbeiter bei Aufräumungsarbeiten im bombardierten Hamburg;

Foto: Schmidt-Luchs

ISBN 3 88022 925 X

Inhalt

Editorial 7

Robert M.W. Kempner
Zu diesem Band 9

Ulrich Herbert
Der «Ausländereinsatz»
Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in
Deutschland 1939-1945 – ein Überblick 13

Herrenmenschen und Badolgioschweine
Italienische Militärinternierte in
deutscher Kriegsgefangenschaft 1943-1945
Erinnerungen von Attilio Buldini und Gigina Querzé in Buldini
aufgezeichnet von C.U. Schminck-Gustavus 55

Vittorio Vialli
Die geschmuggelte Kamera
Fotobericht aus einem deutschen
Kriegsgefangenenlager 1943-1945 103

Jochen August
Erinnern an Deutschland
Berichte polnischer Zwangsarbeiter 109

Dokumentation
Ausgrenzung – Deutsche, Behörden und Ausländer 131

Matthias Hamann
Erwünscht und unerwünscht
Die rassenpsychologische Selektion der Ausländer 143

Fundstücke, Berichte, Rezensionen 181

Register 187

Abkürzungen 188

Bildnachweis 189

Editorial

An deutschen Grenzen und Bahnhöfen finden Razzien statt, bei denen nach Hautfarbe selektiert wird. Die öffentliche Zustimmung zu diesen Polizeiaktionen ist breit, die Möglichkeit, sie zu verhindern, gering. Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik behandelt türkische Arbeiter seit einiger Zeit hinsichtlich des Kindergeldes schlechter als französische; die Kinderfreibeträge staffeln sich für ausländische Arbeiter und Angestellte neuerdings nach bestimmten Herkunftsländern. Die staatliche Stiftung «Mutter und Kind» will mit kleinen finanziellen Hilfen Frauen von einer Abtreibung abhalten, zu der sie aus materieller Not gedrängt werden. Solche Beihilfen bekommen nur deutsche Frauen. Es geht – nach der immanenten Logik dieser Stiftung – um die Verhinderung von Abtreibungen bei Deutschen und die indirekte Förderung von Abtreibungen bei Ausländerinnen. Nach über 40 Jahren beginnt sich wieder ein zweistufiges Rechtssystem herauszubilden. Wohlgemerkt, hier ist kein informeller Beamtenrassismus am Werk, sondern es entwickeln sich Ansätze eines Rechtssystems, in dem Menschen prinzipiell ungleich sind – auf der Basis ihrer nationalen Herkunft.

Deutsche und Ausländer – in diesem Thema mischen sich Geschichte und Tagesgeschehen auf brisante Weise. 1942 war jeder vierte Arbeiter in Deutschland Ausländer. 1944 beschäftigte die deutsche Kriegswirtschaft fast 8 Millionen Zwangsarbeiter, Deportierte und Kriegsgefangene. «Europa arbeitet in Deutschland», so beschönigte es 1942 eine Propagandabroschüre. Der «Einsatz» ausländischer Arbeiter war zugleich ein riesiger Modellversuch für eine nach rassistischen Kriterien hierarchisierte Gesellschaft des Endsiegs: Die Deutschen oben, die Ausländer unten und dort nochmals gegliedert und gespalten in «germanisch-nordische Westarbeiter» und die «Fremdvölkischen» aus dem Osten. Dass sie hungerten, keinen Lohn bekamen, keinen Arbeitsschutz genossen, aus den Luftschutzbunkern ausgesperrt blieben, öffentlich und halböffentlich hingerichtet wurden, war nicht geheim. Die mit brutaler und zugleich vielfältig abgestufter Gewalt abgesicherte Zwangsarbeit funktionierte; sie stiess auf die Zustimmung der deutschen Bevölkerung, die ihre Rolle als «Vorarbeiter Europas» annahm, nicht ohnmächtig oder unbeteiligt, sondern als aktiver Nutzniesser der rassistischen Sozialordnung. So international setzte sich die Arbeiterklasse in Deutschland nie zuvor zusammen, und nie zuvor entfernte sie sich so weit von den Idealen der Gleichheit und der Solidarität. Widerstand? Natürlich gab es den. Als Marginalie.

Eine unbefangene Erinnerung gibt es in Deutschland nicht. Wer 40 Jahre lang verdrängte, rechtfertigte und sich selbst bemitleidete, der kann sich nicht im Rentenalter zum «Zeitzeugen» verzaubern lassen. Aber auch: Wer 40 Jahre lang

schwierig und sich daran zu gewöhnen hatte, zwischen erwünschten und unerwünschten Wahrheiten zu unterscheiden, der kann die aufgestaute Bitterkeit und Enttäuschung nicht einfach fallen lassen und so berichten, als sei er nicht von der erdrückenden konformistischen Mehrheit jahrzehntelang gedemütigt und deformiert worden. «Oral history» ist durchaus keine Frage des «methodischen Zugangs», sondern allein ein Problem der politischen Verhältnisse. Deswegen können Polen und Italiener wirklich berichten: Sie wurden sofort nach ihrer Befreiung von der Zwangsarbeit in Deutschland aufgefordert, zu erzählen, immer und immer wieder und in einer Situation der gesellschaftlichen Anerkennung und Ehrung. Ihre Berichte, die wir in diesem Band ausführlich zitieren, enthalten ein Stück historischer Wahrheit über Deutschland, das in Deutschland selbst unauffindbar ist.

Dieser Band enthält drei neue Rubriken: «Zu diesem Band» – dort schreibt Robert M.W. Kempner; «Dokumentation» stellt einige unveröffentlichte Schriftstücke vor, die die einzelnen Beiträge zum Schwerpunktthema dieses Heftes ergänzen; die Rubrik «Fundstücke, Berichte, Rezensionen» ergänzt vorangegangene Themenhefte und weist auf aktuell wirksame Linien der Kontinuität hin. Unsere Leserinnen und Leser sind eingeladen, dazu beizutragen.

Die Herausgeber

Berlin, Juli 1986

Robert M. W. Kempner

Zu diesem Band

Am 21. März 1942 ernannte Adolf Hitler den Leiter des thüringischen Staatsministeriums, Fritz Sauckel, Obergruppenführer in der SA und SS, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz mit der Vollmacht, «den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte, einschliesslich der im Ausland angeworbenen Arbeiter und von Kriegsgefangenen» unter einheitliche Kontrolle zu bringen. Damit wurde Sauckel der Zar der Sklavenarbeiter. Dass die wirklich freiwillige Anwerbung eher die Ausnahme als die Regel war, wird durch Sauckels Aussage vom 1. März 1944 bewiesen, dass «von den fünf Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, nicht einmal zweihunderttausend freiwillig gekommen sind».

Die Art und Weise, in welcher die unglücklichen Sklavenarbeiter zusammengetrieben und nach Deutschland transportiert wurden, und was mit ihnen nach ihrer Ankunft geschah, ist weltweit bekannt und durch das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg (IMT) durch Urkunden und Zeugen festgestellt worden. Sauckel wurde wegen der von ihm begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet. Unabhängig von diesen ausländischen Sklavenarbeitern wurde ein grosser Teil der in Deutschland lebenden Juden von der Geheimen Staatspolizei vor oder nach ihrer Deportierung in die Todeslager des Ostens zu Sklavenarbeiten in den verschiedensten Unternehmungen herangezogen. In dem geheimen Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 1942 über die «Endlösung der Judenfrage», das wir in Nürnberg während des Wilhelmstrassenprozesses in den Akten des Auswärtigen Amtes entdeckten, heisst es darüber:

«Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)»

Für die überlebenden Opfer der Sklavenarbeit – Nichtjuden und Juden – ist niemals ein klare, vor allem keine umfassende Entschädigungsregelung geschaf-

fen worden. Von Teilregelungen wurden nur bestimmte juristische Gruppen erfasst. Zahlungen für die Arbeit wurden von den Betrieben, die vielfach von sich aus Zwangsarbeiter anforderten, nicht an die Arbeiter, sondern an Arbeitsämter oder andere Behörden geleistet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialbeiträge wurden grösstenteils überhaupt nicht errechnet und abgeführt. Es ist geradezu eine Grotteske, dass z.B. für eine Reihe jüdischer polnischer Zwangsarbeiter, die im Reich in der deutschen Landwirtschaft arbeiteten, Sozialbeiträge geleistet wurden, wenn sie sich unter «arischem» Namen verbergen konnten.

Einige Betriebe der Grossindustrie, z.B. die I.G. Farben, Krupp, Siemens, haben nach Verhandlungen mit der Dachorganisation der Conference on Jewish Material Claims Against Germany Beträge zur Verfügung gestellt, die überlebenden jüdischen Zwangsarbeitern ausbezahlt wurden. Für den Flick-Konzern war eine ähnliche Regelung vorgesehen, sie ist aber trotz der Empfehlungen des amerikanischen Hochkommissars John J. McCloy und des späteren Bundesverfassungsrichters Fabian von Schlabrendorff nicht zustande gekommen. Jahrzehntlang nach der Ablehnung des Flick-Konzerns richtete ich ein neues Ersuchen, diesmal an die Deutsche Bank, am 10. Dezember 1985. Es heisst dort u.a.: «Es erscheint moralisch, politisch und juristisch notwendig, vor einem Ankauf der Flick-Betriebe diese von dem Stigma der Nichtzahlung von Wiedergutmachungs-Beträgen für die Opfer der gesundheitlich schwer geschädigten überlebenden Sklavenarbeiter des Konzerns zu befreien. (Die Firmen Krupp, IG-Farben und andere Grossbetriebe haben dies seinerzeit getan und sind dadurch von einem schweren Makel befreit worden.)

Obwohl vor Jahrzehnten unter der Aegide des früheren US-Hochkommissars John J. McCloy zwischen der Claims Conference und dem Flick-Beauftragten ein Vergleich über ca. 5-8 Millionen Mark schon vereinbart war, hat der Flick-Vertreter in letzter Minute die Unterschrift verweigert. Weitere Versuche sind durch die negative Haltung von Friedrich Karl Flick erfolglos geblieben. Er hat offenbar nicht daran gedacht, dass er eines Tages vor einem Obersten Richter zur Rechenschaft gezogen werden wird und sein Verhalten dem eigenen Gesundheitszustand nicht förderlich sein kann.

Jetzt, wo der grösste Teil des Flick-Konzerns von der Deutschen Bank gekauft wird, werden zahlreiche persönliche und wirtschaftliche Verbindlichkeiten beglichen werden müssen. Dazu gehört auch dieser Betrag, der weniger als 1% des Kaufpreises darstellt.

Aber die Begleichung dieser Summe an die überlebenden Opfer der Flick-Zwangsarbeit, die das Vermögen des Konzerns bereichert haben, muss jetzt erfolgen, damit den neuen Aktien nicht ein Geruch von Schweiss und Blut anhaften kann! In dem deutschen und amerikanischen Buch des Juristen Benjamin B. Ferencz 'Lohn des Grauens', das Einzelheiten der Verhandlungen enthält, sowie in der Fernsehsendung von Lea Rosh 'Vernichtung durch Arbeit' über

die Sklavenarbeit, ist in der weiten Öffentlichkeit bereits genug über dieses traurige Kapitel gesagt worden.

Abgesehen von der moralischen Pflicht gegenüber den Opfern möchte ich als Aktionär der Deutschen Bank keinesfalls, dass auch nur ein Schatten des früheren Unrechts auf die neuen Aktien fällt. Der Makel muss beseitigt werden.» Am 9. Januar 1986 erhielt ich die Mitteilung, dass eine Zahlung von fünf Millionen Mark von Feldmühle AG. durch die Deutsche Bank erfolgt sei. Natürlich können dadurch die ungeheuren Leiden und Schäden der Zwangsarbeiter nicht wiedergutmacht werden.

Die jetzt öffentlich bekannt gewordene Vernachlässigung der überlebenden Sklavenarbeiter hat in der deutschen Öffentlichkeit erhebliche Missstimmung hervorgerufen. Ich habe mich deshalb zusammen mit meinem Mitarbeiter, Rechtsanwalt Waldemar Frank, an den Bundestag mit dem Antrag gewandt, die jahrzehntelange Vernachlässigung der Rechte der Sklavenarbeiter, auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung wiedergutzumachen. Die entsprechenden Anträge liegen bei den Parteien. Es ist erfreulich, dass die Fa. Daimler bereits von sich aus eine Untersuchung anstellt, ob und in welcher Weise die bei ihr beschäftigt gewesenen Sklavenarbeiter seinerzeit entlohnt wurden.

Die Bundesregierung ist bereits von den Parteien aufgefordert, zu sagen, «ob und gegebenenfalls in welchem Umfang den durch NS-Zwangsmassnahmen zu Zwangsarbeit gezwungenen deutschen und ausländischen Staatsangehörigen Entschädigung gewährt wird oder gewährt werden kann».

Frankfurt, Juni 1986

Ich will leben!



F. V. Antonov, Ich will leben! Das Plakat ist vom 1.7.1943 datiert. Es ist eine Farblitographie im Format 52 x 33 cm, die 1943 im Verlag Iskusstvo (Moskau-Leningrad) erschien. Aus: G.L. Demosfenova, Sovetskije plakaty – frontu (Sowjetische Plakatünstler für die Front), Moskau 1985, S. 138.

Der Text lautet übersetzt: «Ich will leben! Mama, ich lebe hier bei einem Chef... an Arbeit fehlt es nicht, Mama. Zusammen acht Zimmer und einen Korridor. Ich stehe um fünf Uhr morgens auf. In der ganzen Zeit haben sie mich einmal am Sonntag in das Lager zu den unsrigen gelassen. Als ich zurückkehrte, kam ich eine halbe Stunde zu spät. Mama, wie mich da der Chefs Gesicht geschlagen, an den Haaren gerissen hat, das werde ich mein ganzes Leben lang nicht vergessen... Jeden Tag weine ich, und es gibt wohl nur einen Ausweg: mit seinem Leben Schluss zu machen. Ich kann nicht mehr länger leben und all das aushalten... Ich kann nicht mehr schreiben, die Tränen ersticken... Errettet mich aus dieser Sklaverei. 'Aus einem Brief der aus dem Gebiet Vorosilovgrad nach Deutschland deportierten Mas a V.»

Ulrich Herbert

Der «Ausländereinsatz»

Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939-1945 – ein Überblick.

7'126'000 ausländische Arbeitskräfte arbeiteten am 31. Mai 1944 auf dem Gebiet des Grossdeutschen Reiches – bis zum Herbst des Jahres stieg die Zahl auf etwa 7,7 Millionen; damit war jede fünfte Arbeitskraft ein Ausländer. Darin nicht einberechnet sind die etwa 650'000 vorwiegend jüdischen KZ-Häftlinge, die Mitte 1944 in der deutschen Privatwirtschaft zur Arbeit eingesetzt waren und die vor allem für die unterirdische Rüstungsproduktion der letzten 1½ Kriegsjahre eine grosse Bedeutung hatten. Von den genannten 7,7 Millionen waren 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen zivile Arbeitskräfte. 2,8 Millionen stammten aus der Sowjetunion, 1,7 Millionen aus Polen, 1,3 Millionen aus Frankreich, etwa 600'000 aus Italien – insgesamt arbeiteten zu dieser Zeit Menschen aus fast 20 europäischen Ländern in Deutschland.

Mehr als die Hälfte der polnischen und sowjetischen Zivilarbeiter waren Frauen, ihr Durchschnittsalter lag bei etwa 20 Jahren. Fast die Hälfte aller in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigten waren Ausländer; ohne die etwa 2 Millionen dort eingesetzten «Fremdarbeiter» wäre die Landwirtschaft schon Ende 1940 nicht mehr in der Lage gewesen, das kriegführende Deutsche Reich auf dem geforderten Niveau zu ernähren.

1944 waren etwa ein Viertel der Beschäftigten in der Industrie (im Metall-, Chemie-, Bau- und Bergbausektor ein Drittel) Ausländer: Spätestens seit dem Herbst 1941 war auch die deutsche Rüstungswirtschaft unwiderruflich auf die Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen angewiesen. Durch den «Ausländereinsatz» gelang es der nationalsozialistischen Regimeführung zum einen, den Krieg weiterzuführen, als die deutschen Arbeitskräfteressourcen schon lange erschöpft waren, und zum anderen, die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung auf einem Standard zu halten, der, wenn nicht Zustimmung, so doch Hinnahme der nationalsozialistischen Politik ermöglichte und dadurch die Ruhe an der «Heimatfront» gewährleistete, die nach nationalsozialistischem Geschichtsbild im Ersten Weltkrieg eben gefehlt hatte und unabdingbar für eine erfolgreiche Kriegführung nach aussen war.¹

Obwohl es sich also bei dem nationalsozialistischen «Ausländereinsatz» um einen der bedeutendsten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte des Zweiten Weltkrieges in Deutschland handelt, war er in der Bundesrepublik 40 Jahre lang kein Thema.²

Dabei ist es in verschiedener Hinsicht von hoher historischer und politischer Brisanz – aktuelle Bezüge zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik liegen ebenso nahe wie Aussagen über die Zusammenarbeit zwischen NS-Behörden und Industrieunternehmen bei der Beschaffung und Beschäftigung von ausländischen Zwangsarbeitern – schliesslich sind die Verurteilungen in den sogenannten Nürnberger Industrieprozessen der Nachkriegszeit gegen Flick, Krupp und die IG-Farben-Manager in erster Linie wegen des Anklagepunktes «Beschäftigung von Sklavenarbeitern» erfolgt.

Diese aktuellen Bezüge verweisen aber auch auf Gefahren, die bei einer globalen und unter politischen Gesichtspunkten erfolgenden Betrachtung des «Fremdarbeiter-Einsatzes» drohen: Die historische Entwicklung wird zum blossen Materiallager für die politische Debatte, wenn es auf Details nicht weiter ankommt und nur die Linie stimmen soll.³

1. Für oder gegen den «Ausländereinsatz»?

Die seit 1936 intensivierten Kriegsvorbereitungen der nationalsozialistischen Führung brachten bald erhebliche, vor allem wirtschaftliche Probleme mit sich: die Volkswirtschaft insgesamt, der Agrarbereich und die Rüstungswirtschaft im besonderen zeigten schon seit 1937 deutliche Überhitzungs-Symptome, die sich im Mangel an Rohstoffen, Devisen und Arbeitskräften bemerkbar machten.⁴ Konnte bis dahin der durch wirtschaftlichen Aufschwung und Rüstungskonjunktur steigende Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft durch das mehr als 6 Millionen Menschen umfassende Heer der Arbeitslosen ausgeglichen werden, so war die Phase der Arbeitsbeschaffung seit etwa 1936 vorbei, und das Problem der Arbeiterbeschaffung stand im Vordergrund – vor allem in der Landwirtschaft, die sich steigender Nachfrage einerseits, verstärkter Landflucht der Landarbeiter in die besser bezahlende Industrie andererseits gegenüber sah, so dass auf dem Lande Anfang 1938 etwa eine Viertelmillion Arbeitskräfte fehlten; während andererseits in manchen industriellen Grossbetrieben sich innerhalb von 6 Jahren die Belegschaftsstärken verdreifachten. Aber auch dort machte sich der Arbeitermangel bemerkbar; vor allem Facharbeiter fehlten.

Wollte man aber die Kriegsvorbereitungen nicht verlangsamen, so gab es für die NS-Führung nur zwei Lösungen: Entweder man beschäftigte in erheblichem Masse deutsche weibliche Arbeitskräfte in der Industrie und der Landwirtschaft oder versuchte, Ausländer zur Arbeit nach Deutschland zu holen.

Deutsche Frauen verstärkt zu beschäftigen, war aus manchen Gründen naheliegend, denn seit der Wirtschaftskrise waren viele von ihnen, die bis dahin beschäftigt gewesen waren, aus ihrer Arbeitsstelle – und zum Teil auch aus den Arbeitslosenstatistiken – verdrängt worden.⁵ Dass die nationalsozialistische Führung dennoch auf die Forcierung der Frauenarbeit verzichtete, hatte vor al-

Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
<i>Landwirtschaft</i>						
Deutsche	10732000	9 684000	8 939 000	8 969000	8 743 000	8 460000
Zivile Ausl.	118 000	412000	769 000	1 170000	1 561000	1767000
Kriegsgef.	—	249 000	642 000	759 000	609 000	635 000
Ausl. insg.	118 000	661000	1411000	1929 000	2230000	2 402 000
Ausl, in % aller Beschäftigten	1,1%	6,4%	13,6%	17,7%	20,3%	22,1%
<i>Alle nichtlandwirtschaftlichen Bereiche</i>						
Deutsche	28 382000	25 697000	24947000	23 298 000	22278 000	21340000
Zivile Ausl.	183 000	391000	984000	1475 000	3 276000	3 528 000
Kriegsgef.	—	99000	674000	730000	954000	1 196000
Ausl. insg.	183 000	490000	1658 000	2205 000	4230000	4 724000
Ausl, in % aller Beschäftigten	0,6%	1,9%	6,4%	8,9%	16,5%	19,0%
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Deutsche	39114000	35239 000	34 528 000	33 026000	31690000	30.435 000
Zivile Ausl.	301000	803 000	1753 000	2 645 000	4 837000	5295 000
Kriegsgef.	—	348 000	1316000	1489 000	1623000	1831000
Ausl. insg.	301000	1151000	3 069000	4134000	6460000	7126000
Ausl, in % aller Beschäftigten	0,8%	3,2%	8,5%	11,6%	17,7%	19,9%

Nach: Statistical Handbook of Germany, Office of Military Government of Germany (US), Ministerial Collecting Center, Economics Division, Fürstentagen 1946, Part I, Population and Employment, B 1 a, e, f; Stichtag jeweils 1.5.; Gebiet: «Grossdeutsches Reich».

lem ideologische Gründe. Noch im Februar 1937 stellte Göring klar, «dass im Prinzip die Frau der Familie erhalten bleiben und daher nicht arbeiten soll».⁶ Eine Verstärkung der Frauenarbeit widersprach zum einen dem vom National-Sozialismus propagierten Bild der Frau als Gebärerin und Mittelpunkt der Familie, zum anderen hätte dies aber angesichts der Konjunkturlage zu deutlichen Lohnerhöhungen für weibliche Arbeitskräfte führen müssen, was aus wirtschaftlichen und ideologischen Gründen nicht gewünscht werden konnte.

Aber auch gegen die zweite Alternative, die Beschäftigung von Ausländern, standen schwerwiegende Bedenken und Einwände. Seit ihren ersten programmatischen Äusserungen zu Beginn der 20er Jahre hatte sich die NSDAP auch als die extrem ausländerfeindliche Partei präsentiert, deren ideologische Maximen einem Hereinholen von ausländischen Arbeitern, zumal aus dem Osten, diametral entgegenstanden. Und so wurden, als die Frage nach erneuter Ausländerbeschäftigung 1937 anstand, sofort Stimmen laut, die vor den «volkstumpolitischen» und «rassischen» Gefahren bei einer solchen Entscheidung warnten. Selbst der eher deutschnationale Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Friedrich Syrup, stellte fest,

«dass selbst in Zeiten guter Konjunktur ein solches ungehemmtes Eindringen ausländischer, besonders östlicher Arbeitskräfte in die deutsche Wirtschaft... aus staatspolitischen Gründen nicht geduldet werden kann, da dadurch in hohem Masse das deutsche Volkstum gefährdet ist.»⁷

Der Reichstreuhand der Arbeit in Schlesien hatte schon im Frühjahr 1937 «Bedenken gegen die Hereinnahme ausländischer Landarbeiter» angemeldet, «da bei dem ständigen Ab wandern schlesischer Arbeiter ins Reich durch den Nachschub polnischer und tschechischer Staatsangehöriger mit einer weiteren Verbreitung der polnischen Sprache und der politischen Unsicherheit gerechnet werden muss.»⁸

Der Beschäftigung ausländischer Arbeiter war jedoch seit dem Ende des Ersten Weltkrieges nur eine untergeordnete Bedeutung zugekommen, sie umfasste bis dahin maximal 236'000 (1928) Personen und war während der Wirtschaftskrise auf 108'000 zurückgegangen.⁹

Allerdings war die Ausländerbeschäftigung in der Weimarer Zeit gesetzlich fixiert worden: Das Anwerbemonopol des Reichsamts für Arbeitsvermittlung und der Vorrang der deutschen vor der ausländischen Arbeitskraft waren festgelegt, das Ausländerpolizeirecht war den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Reiches angepasst, die Arbeitsverwaltung zentralisiert worden; gleichzeitig war jedoch die soziale und rechtliche Lage der ausländischen Arbeiter gegenüber den Verhältnissen vor dem Kriege verbessert worden.¹⁰

Den Überlegungen, den Arbeitskräftemangel vor allem in der Landwirtschaft nun wieder mit polnischen Saisonarbeitern auszugleichen, standen neben den «volkstumpolitischen» aber auch wirtschaftliche Bedenken gegenüber: Die von den Arbeitern gesparten und nach Hause geschickten Löhne hätten die Devisenlage des Reiches stark belastet. Zwar versuchte die NS-Regierung, durch verschiedene Abkommen mit europäischen Nachbarländern Arbeitskräfte zu relativ günstigen aussenwirtschaftlichen Konditionen zu bekommen, und die Zahl der Ausländer – vor allem aus Italien, Jugoslawien und Ungarn – stieg bis 1938 auch auf etwa 400'000,¹¹ aber eine Entlastung für die sich fortwährend stärker überhitzende Rüstungswirtschaft konnte das nicht bedeuten.

Mit den ersten territorialen Expansionen Deutschlands nach Österreich und der Tschechoslowakei 1938 aber kamen hier neue Überlegungen ins Spiel. Denn ausser Rohstoff- und Devisenreserven konnte das Deutsche Reich hier auch über die nicht unerheblichen Arbeitskräfteresourcen verfügen, von denen ein Teil zur Arbeit ins «Altreich» angeworben wurde, ohne dass dies devisenwirtschaftliche Belastungen mit sich gebracht hätte.¹² Es waren also, das bewiesen diese Erfahrungen, bei Gebietsannexionen nicht nur Produktionsanlagen, Rohstoffe und Devisenvorräte, sondern auch Arbeitskräfte zu erbeuten.

Ab 1936 kam es auf Initiative der deutschen Regierung auch mit Polen zu Verhandlungen über die Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; 1938 wurde ein Kontingent von 60'000, 1939 von 90'000 polnischen Arbeitskräften vereinbart – das waren allerdings erheblich weniger, als es arbeitslose Landarbeiter

Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene nach Staatsangehörigkeiten und Wirtschaftszweigen, August 1944

Staats- angehörigkeit	Landwirt- schaft	Bergbau	Metall	Chemie	Bau	Verkehr	insgesamt
<i>Belgier</i>							
insges.	28 652	5146	95 872	14 029	20906	12 576	253 648
Zivilarb.	3 948	2 787	86441	13 533	19 349	11585	203 262
Kgf.	24 704	2 629	9431	496	1557	991	50386
in % aller Belgier	11.2%	2,0%	37.8%	5,5%	8,2%	4,9%	100%
<i>Franzosen</i>							
insges.	405 897	21844	370766	48 319	59440	48 700	1254 749
Zivilarb.	54 590	7780	292 800	39 417	36237	34905	654782
Kgf.	351307	14064	77966	8 902	23 203	13 795	599967
in % aller Fr.	32,3%	1,7%	29,5%	3,9%	4,7%	3,9%	100%
<i>Italiener</i>							
insges.	45288	50325	221304	35 276	80814	35 319	585 337
Zivilarb.	15 372	6641	41316	10 791	35 271	5 507	158 099
Kgf.	29916	43 684	179988	24485	45 543	29 812	427238
in % aller It.	7,7%	8,6%	37,8%	6,0%	13,8%	6,0%	100%
<i>Niederländer nur Zivilarb.</i>							
insges.	22 092	4745	87482	9 658	32 025	18 356	270 304
in % aller Nl.	8,2%	1,8%	32,4%	3,5%	11,9%	6,8%	100%
<i>Sowjets</i>							
insges.	862062	252 848	883 419	92952	110289	205 325	2 758 312
Zivilarb.	723 646	92950	752 714	84974	77991	158 024	2126753
Kgf.	138 416	159 898	130705	7978	32298	47301	631559
in % aller Sowj.	28,5%	8,3%	29,2%	3,7%	3,6%	6,8%	100%
<i>Polen</i>							
insges.	1 125 632	55 672	130905	23 871	68 428	35 746	1 688 080
Zivilarb.	1 105 719	55 005	128 556	22911	67601	35 484	1 659764
Kgf.	19913	667	2 349	960	827	262	28 316
in % aller Polen	66,7%	3,3%	7,5%	1,4%	4,1%	2,1%	100%
<i>Tschechoslowaken («Protektoratsang. »)</i>							
Zivilarb. in % aller Prot.-Ang.	10289 3,7%	13 413 4,8%	80349 28,7%	10192 3,6%	44 870 16,0%	18 566 6,6%	280273 100%
<i>msg.</i>							
insges.	2 747238	433 790	1691329	252 068	478 057	378 027	7 615970
Zivilarb.	2 061066	196782	1397920	206741	349079	277579	5 721883
Kgf.	686 172	237008	293 409	45 327	128 978	100 448	1930087
in%	36,1%	5,7%	22,2%	3,3%	6,3%	5,0%	100%

Nach: Der Arbeitseinsatz im (Gross-)Deutschen Reich, Nr. 10 v. 31.10.1944.

in Polen gab, die auf eine Arbeitsstelle in Deutschland hofften, so dass der von den deutschen Grenzämtern geduldete Zustrom illegal ins Reich kommender polnischer Landarbeiter wieder grösser wurde.¹³

Insgesamt aber blieb die Ausländerbeschäftigung in Deutschland vor Kriegsbeginn in relativ engen Grenzen, und selbst dies war nur als «vorübergehende Notstandsmassnahme» für eine «Übergangszeit» hingenommen worden, wie Syrup 1938 betont hatte:

«Kein Staat kann ohne Gefahren auf die Dauer seine nationale Wirtschaft von der Arbeit ausländischer, fremdstämmiger Arbeiter abhängig machen. Die Ausländer können nur eine vorübergehende Hilfe für Zeiten besonders angespannten Arbeitseinsatzes oder für Zeiten sein, in denen sich die Wirtschaft durch vermehrten Maschineneinsatz und dergleichen zu rationelleren Wirtschaftsmethoden durchbildet.»¹⁴

Bei den Vorbereitungen auf den Krieg spielten ausländische Zivilarbeiter nur eine untergeordnete Rolle. In den kriegswirtschaftlichen Planungsstäben ging man davon aus, dass sich der Arbeitskräftemangel in der ostdeutschen Landwirtschaft nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges durch die Kriegsgefangenen quasi von alleine lösen würde – schon Ende 1937 begannen die Vorbereitungen auf die schnelle Überführung polnischer Kriegsgefangener in die deutsche Landwirtschaft.¹⁵ Zwar rechnete man auch mit einer Erhöhung der Zahl polnischer Zivilarbeiter nach Kriegsbeginn in gewissem Umfang, der Masseneinsatz in Millionenhöhe war hingegen weder organisatorisch vorbereitet, noch schien er aus ideologischen Gründen akzeptabel.¹⁶

2. Der «Poleneinsatz»

Den Vorkriegsplanungen entsprechend begann unmittelbar nach Kriegsbeginn die Überführung der polnischen Kriegsgefangenen in die deutsche Landwirtschaft – schon im Oktober 1939 waren 213 115 von ihnen in Deutschland zur Arbeit eingesetzt, die Zahl stieg bis Anfang 1940 auf knapp 300'000 – 90% von ihnen arbeiteten in der Landwirtschaft. Dies stellte zwar eine gewisse Entlastung der angespannten Arbeitsmarktlage dar, konnte aber den seit Kriegsbeginn durch vermehrte Einziehungen deutscher Arbeiter zur Wehrmacht weiter gestiegenen Arbeitskräftebedarf bei Weitem nicht befriedigen.¹⁷ Der Arbeitskräftemangel blieb alarmierend, und die deutsche Führung erliess bereits im Herbst 1939 einschneidende Bestimmungen, die die Arbeitsbelastung der deutschen Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, stark erhöhten – mit dem Erfolg, dass sich die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, ablesbar an den Meldungen der Spitzeldienste, rapide verschlechterte. Die «Ruhe an der Heimatfront» aber war eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Regimeführung, um den Krieg nach aussen führen zu können. Schon Anfang 1940 wurden die meisten dieser Verordnungen wieder zurückgenommen oder abgeschwächt,

insbesondere wurden die Erhöhung der Arbeitszeit und die weitgehende Urlaubsverkürzung abgemildert. Damit aber stellte sich die Arbeitskräftefrage um so schärfer. Wollte die NS-Führung weitere Belastungen der deutschen Bevölkerung und eine Dienstverpflichtung von Frauen zur Arbeit vermeiden, musste die Frage der Ausländerbeschäftigung erneut ins Spiel kommen. Die Erfahrungen in Polen seit Kriegsbeginn deuteten an, welche Arbeitskräftereserven hier bestanden.

Deutsche Arbeitsverwaltungsbehörden waren bereits mit den einmarschierenden Wehrmachtseinheiten nach Polen gekommen; ihre Aufgabe bestand darin, die polnischen Arbeitslosen zu erfassen, die für die Deutschen – zunächst aber in erster Linie in Polen selbst – arbeiten sollten. Gleichzeitig warben sie polnische Landarbeiter für den Arbeitseinsatz in Deutschland an, was zunächst mancherorts auch auf durchaus positive Reaktionen stiess. Schon Mitte September 1939 gingen die ersten «Arbeitertransporte» ins Reich. Dabei wurde den deutschen Wirtschaftsplanern jedoch klar, dass hier ein grosses und nach den ersten Erfahrungen relativ leicht auszuschöpfendes Arbeitskräfte-reservoir bestand. Allerdings waren die «volkstumpolitischen» und nun auch sicherheitspolizeilichen Bedenken in der NS-Führung nach wie vor nicht ausgeräumt, so dass die Zahl der von September bis Ende des Jahres nach Deutschland gebrachten polnischen Landarbeiter mit knapp 40'000 nur etwa den Umfang erreichte, der bei den Kontingent-Vereinbarungen mit Polen für 1939 ohnehin vorgesehen gewesen war.

Daran knüpften die Überlegungen in der Regimeführung an. Ausgehend von den Kriegswirtschaftsbehörden und unter dem beständigen Druck der Berichte über den Mangel an Arbeitskräften setzte nun ein Diskussionsprozess ein, der Ende des Jahres zur Entscheidung für die massenhafte Beschäftigung polnischer Zivilarbeiter führte. Schon am 16. November 1939 wies Göring die Arbeitsverwaltung an,

«die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen, in grösstem Ausmass zu betreiben. Ihr Einsatz und ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.»¹⁸

Im Januar 1940 wurde der Masseneinsatz von Polen im Reich durch eine Anordnung des deutschen Generalgouverneurs in Polen konkret in Gang gesetzt:

«Bereitstellung und Transport von mindestens 1 Million Land- und Industriearbeitern und -arbeiterinnen ins Reich – davon etwa 750'000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte, von denen mindestens 50% Frauen sein müssen – zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Reich und als Ersatz für im Reich fehlende Industriearbeiter.»¹⁹

Solche Zahlen konnte man aber mit den traditionellen Methoden der Anwerbung von Saisonarbeitern nicht erreichen – und den Behörden war auch von Beginn an klar, dass sie hier zu Druck und Zwang greifen mussten, um den Arbeiteranforderungen aus dem «Reich» entsprechen zu können. Grundlage der in

den folgenden Monaten praktizierten Anwerbemethoden waren die bürokratische Erfassung der Arbeitslosen und ihre Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme auch in Deutschland. Die Folgen liessen nicht lange auf sich warten: Viele Polen entzogen sich der Registrierung, flüchteten in die Wälder oder reagierten auf die Dienstverpflichtung nach Deutschland einfach nicht. Daraufhin wurden den einzelnen Distrikten und Gemeinden Gestellungskontingente auferlegt, für die Geburtsjahrgänge 1915 bis 1925 wurde die Arbeitspflicht in Deutschland angeordnet, und überall im besetzten Polen kam es zu brutalen Einschüchterungs- und Zwangsmassnahmen bis hin zu Umstellungen von Kinos, Schulen und Kirchen, zu Razzien in ganzen Stadtteilen und Städten, zu Repressalien gegen die Bevölkerung der Dörfer, deren dienstverpflichtete Bewohner geflüchtet waren.²⁰ Bis Ende Juni 1940 wurden so etwa 310'000 polnische Zivilarbeiter zur Arbeit nach Deutschland deportiert. Zusammen mit den Kriegsgefangenen, die im Sommer 1940 in den Status von «Zivilarbeitern» überführt wurden und zur Arbeit in Deutschland verpflichtet wurden, arbeiteten also etwa 700'000 Polen zu dieser Zeit im Deutschen Reich.²¹

Mit der Entscheidung für die massenhafte Beschäftigung von Polen aber waren die Spannungen zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Interessen der Regimeführung verschärft worden, denn die Entscheidung für den «Arbeitseinsatz» war ein flagranter Verstoss gegen die weltanschaulichen Prinzipien des Nationalsozialismus.

Vor allem in der Führung von Partei und SS wurde in scharfen Stellungnahmen auf die «Gefahren» der Beschäftigung von «Fremdvölkischen» im Reich hingewiesen und eine strenge Reglementierung des Lebens der Polen in Deutschland und eine Behandlung nach «rassischen» Gesichtspunkten gefordert.

«Es wäre besser, wenn wir sie nicht hätten», fasste Heinrich Himmler im Februar 1940 die bei der Beschäftigung von Polen zu berücksichtigenden Gesichtspunkte zusammen, «aber wir brauchen sie (...) Die Polen werden insgesamt herübergeholt und insgesamt als Polen behandelt.»²²

Am 8. März 1940 wurde daraufhin ein Erlasspaket des Reichssicherheitshauptamts, Abteilung IV.D2 (ausländische Arbeiter), herausgegeben, das die Forderungen von Partei und SS berücksichtigte und mit Diskriminierungen und brutalen Strafandrohungen die Polen in Deutschland einem Sonderrecht unterstellte, das von ihnen nicht nur das Tragen eines Abzeichens («P») und das Wohnen in speziellen Barackenlagern verlangte, sondern ihnen jeden Kontakt mit Deutschen, den Kirchenbesuch und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verbot, die niedrigere Entlohnung polnischer im Vergleich zu deutschen Arbeitern bestimmte und in einer Vielzahl von Einzelbestimmungen ihr Leben in Deutschland umfassend reglementierte.²³ Besondere Aufmerksamkeit widmeten die deutschen Behörden der Arbeitsleistung der Polen und ihren Kontakten zu deutschen Frauen. Bei «Arbeitsbummelei» drohte ihnen die Einweisung in eines der eigens zu diesem Zweck errichteten Arbeitserziehungsla-

ger; bei sexuellem Kontakt polnischer Männer mit deutschen Frauen die öffentliche Hinrichtung, den deutschen Frauen die Diffamierung (Haareabschneiden und An-den-Pranger-Stellen), oft auch Gefängnishaft oder Einweisung in ein Konzentrationslager.²⁴ (war in CH-„Heimen“ bis ca. 1980 aber ebenfalls gängige „Erziehungs“-Methode...)

Diese sicherheitspolizeilichen Bestimmungen wurden in der Folgezeit durch ein sozialpolitisches Sonderrecht ergänzt, in dessen Mittelpunkt die Einführung der sogenannten «Sozialausgleichsabgabe» stand, eine 15%ige Sondersteuer für Polen, die dem Zweck diene, dass «erkennbar der soziale Unterschied zwischen Polen und Deutschen herausgestellt» wurde.²⁵ Darüber hinaus sollte Polen nur die tatsächlich geleistete Arbeit – im Krankheitsfalle also gar nichts – bezahlt werden, es galten für sie die jeweils niedrigsten Tariflöhne, Zulagen durften ihnen nicht bezahlt werden. Effektiv, so das Kalkül der Ministerialbeamten, sollte den Polen gerade so viel bleiben, wie sie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benötigten.²⁶

Trotz dieser weitreichenden und in ihrem repressiven Charakter beispiellosen Diskriminierungsmassnahmen setzte sich das von der NS-Führung erstrebte Herr-und-Knecht-Verhältnis in der Praxis des «Poleneinsatzes» durchaus nicht überall und nicht sofort durch. Zwar war es gegenüber den «Polenerlasen» weder in der Bevölkerung noch innerhalb der Bürokratie zu Protesten gekommen; insofern hatte sich der «Modellversuch Poleneinsatz» bewährt: Es war also offenbar problemlos möglich, einer grossen Gruppe von ausländischen Zivilarbeitern erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen und ein repressives Sonderrecht zuzumuten, ohne dass dies zu Aufregung und Empörung in der deutschen Öffentlichkeit führte, ja überhaupt als Besonderes und Erwähnenswertes wahrgenommen wurde.

Auf der anderen Seite aber setzten sich vor allem im Osten die Traditionen der Saisonarbeiterbeschäftigung auch nach Kriegsbeginn weiter fort, was die Befürchtungen der Regime-Führung bestätigte. Der innenpolitische Geheimdienst des Regimes, der SD, hatte zum Beispiel schon am 20. November 1939 gemeldet:

«Obwohl bereits verschiedene Partei- und Staatsstellen Richtlinien über die Behandlung polnischer Kriegsgefangener herausgegeben haben, laufen noch immer täglich zahlreiche Meldungen über ein allzu freundliches Verhalten eines Teiles der Bevölkerung gegenüber polnischen Kriegsgefangenen ein. In einzelnen Kriegsgefangenenlagern bei Stolp wurde festgestellt, dass deutsche Mädchen vor den Lagertoren auf den Ausgang der polnischen Gefangenen warteten und sich mit diesen geschlechtlich einliessen. Im Kreis Rastenburg wurde beobachtet, dass deutsche Frauen die Unterkünfte polnischer Gefangener besuchten. Ähnliche Meldungen liegen aus der Umgebung von Halle vor. In Mallnow bei Lebus bewilligte der Bürgermeister für die dort beschäftigten polnischen Gefangenen die Lebensmittelzulage für Schwerarbeiter. Aus Wittenberg wird gemeldet, in der dortigen Umgebung sei aufgefallen, dass polnische Gefangene gemeinsam mit deutschen Frauen zur Feldarbeit eingesetzt wurden. Aus vielen Berichten geht hervor, dass besonders auf dem Lande der Abstand zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den polnischen Kriegsgefangenen nicht genügend gewahrt wird. So ist vielfach beobachtet worden, dass

polnische Gefangene bei den Bauern, bei denen sie beschäftigt sind, mit in die Familie aufgenommen werden, die Bauern ihre Mägde und in einzelnen Fällen auch ihre Töchter mit polnischen Gefangenen zum Tanze gehen liessen. Aus kath. Gegenden wird gemeldet, dass polnische Gefangene vielfach in geschlossenen Trupps zur Kirche geführt wurden oder gemeinsam mit den Bauern, denen sie zugeteilt wurden, am Gottesdienst teilnahmen. In Adelhausen im Landkreis Rottenburg begrüßte der Kaplan nach einem Gottesdienst die polnischen Gefangenen einzeln mit Handschlag. Verschiedentlich stellten kath. Geistliche polnische Kriegsgefangene wegen deren übertrieben zur Schau getragenen Frömmigkeit als Vorbilder hin. Infolge dieser Zustände werden aus vielen Orten Klagen der Bevölkerung über ein anmassendes, dreistes Auftreten polnischer Kriegsgefangener gemeldet.»²⁷

Insgesamt war das System des Arbeitseinsatzes polnischer Arbeiter bis zum Sommer 1940 noch nicht lückenlos, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Arbeiter noch nicht einheitlich, in vielen Arbeitsstellen waren die Verhältnisse noch nicht anders als vor dem Kriege. Aber die Polenerlasse reglementierten nicht nur das Leben der Ausländer, sie griffen auch in das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ein; die Ungleichheit wurde zementiert, der Status des «Herrenmenschen» erhielt Rechtsgrundlagen.

Der «Poleneinsatz» hatte sich aus Sicht der deutschen Behörden trotz aller Probleme durchaus bewährt und stabilisiert. Die riesige Lücke an Arbeitskräften auf dem Lande bei Beginn des Krieges war ausgefüllt worden, die Organisation funktionierte wenigstens soweit, dass in kurzer Zeit Hunderttausende von Polen in der deutschen Landwirtschaft arbeiteten, die Staatspolizei hatte die Situation fest im Griff. Sowohl in ökonomischer Hinsicht wie unter politischen Gesichtspunkten war hier im Anschluss an die Tradition der Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter auf dem Lande ein Modell entstanden, das einen die deutsche Volkswirtschaft stark entlastenden Effekt hatte und gleichzeitig durch die straf- und arbeitsrechtlichen Erlasse den Vorstellungen der Nazis in weitem Masse entsprach; auch wenn der «Poleneinsatz» nach wie vor als lästiges Übel angesehen wurde, das nur als Reaktion auf offensichtliche, kriegsbedingte Notstände akzeptiert wurde. Solange er auf die Landwirtschaft beschränkt blieb, hielten sich auch die ideologischen Widerstände in Grenzen; die Fiktion des baldigen Kriegsendes hatte zur Folge, dass über eine massenhafte Beschäftigung von Ausländern in der Industrie nicht weiter nachgedacht werden musste.

3. Ausweitung auf westliche Kriegsgefangene

Die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen auf den «Frankreich-Feldzug» im Frühjahr 1940 machten, ähnlich wie vor Beginn des Krieges gegen Polen ein Jahr zuvor, erneut ein Arbeitskräftedefizit in der deutschen Wirtschaft deutlich, diesmal allerdings vorrangig in der Industrie – allein den Betrieben mit Wehrmachtsaufträgen fehlten etwa eine halbe Million Arbeiter.

Nach den Erfahrungen mit den polnischen Kriegsgefangenen war die deutsche Arbeitsverwaltung nach Beginn der Kampfhandlungen in der Lage, die französischen Kriegsgefangenen in kürzester Zeit auf Arbeitsstellen in Deutschland zu verteilen und einzusetzen; schon Anfang Juli waren es etwa 200'000, Ende Oktober etwa 1,2 Millionen. Durch die schnellen Siege im Westen verfügte das Deutsche Reich nunmehr über ein schier unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir, so dass das Problem des Arbeitermangels ein für allemal gebannt schien und die deutsche Führung sogar darauf verzichtete, die holländischen und norwegischen Gefangenen zur Arbeit einzusetzen, und sie ebenso wie einen Grossteil der Belgier entliess.²⁸

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Franzosen lag ebenso wie bei den Polen in der Landwirtschaft; aber der Einsatz in der Industrie nahm in dem Masse zu, wie die Behörden in der Lage waren, die Gefangenen sukzessive nach Branchen und erlernten Berufen zu erfassen und entsprechend einzusetzen.²⁹ Mit den französischen Kriegsgefangenen waren im Herbst 1940 bereits mehr als 2 Millionen Ausländer in Deutschland zur Arbeit eingesetzt, fast 10% aller im Reich beschäftigten Arbeitskräfte – von einer «vorübergehenden Notstandsmassnahme» konnte keine Rede mehr sein. Vielmehr wurden hier Weichen für die Zukunft gestellt, wie das Reichsarbeitsministerium im November 1940 bemerkte, als es gegenüber Göring darauf hinwies, dass

«die Gefangenen in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft im Allgemeinen in schlechtbezahlten und wenig begehrten Arbeitsplätzen eingesetzt sind. Diese Arbeitsplätze werden auch nach einer Demobilmachung und Entlassung der eigenen Truppen erst zuletzt und nur mit Schwierigkeiten von deutschen Kräften besetzt werden.»³⁰

Hier setzte denn auch die seit dem Ende des «Frankreich-Feldzuges» immer lauter werdende Kritik aus Partei und SS am Ausländereinsatz an, wie sie auf einer Konferenz in der Berliner Parteizentrale Ende Juli 1940 offen geäussert wurde:

Wenn nun propagiert werde, «dass jetzt nach dem Krieg (!) die Arbeitskräfte des deutschen Volkes nicht mehr so in Anspruch genommen werden dürfen, wie dies früher der Fall gewesen ist», führe dies zu höherer Ausländerbeschäftigung und zum Zerfall der «stärksten rassischen Kräfte» des Volkes in den Keimzellen der biologischen Stärke Deutschlands; «die Arbeit des Landmannes, des Forstmannes, der Seefischerei und auch der Bergbau» müssten daher «ausschliesslich dem deutschen Menschen vorbehalten werden». Diese Haltung richtete sich gegen die Ansicht, «nun sei es Zeit, das deutsche Volk von der schweren Arbeit zu befreien, sie den Hilfsvölkern zu überlassen und das deutsche Volk der Segnungen der Zivilisation und den deutschen Arbeiter der Segnungen der Technik teilhaftig werden zu lassen. Alle sozialen Errungenschaften grosstädtischer Zivilisation für die deutschen arbeitenden Schichten – alle schwere und harte Arbeit dann für die ausländischen und fremdvölkischen Arbeitskräfte» – das müsse die «Vernichtung der Widerstandskraft unseres Volkstums in wenigen Generationen» und die Unterwanderung «von jenen fremdvölkischen Kräften, die eben bereit sind, diesen Lebenskampf zu führen», zur Folge haben. Ausländer dürften daher nur «im Strassenbau, in Kulturarbeiten, in der Bauindustrie und im Tagebau als Handlanger» eingesetzt werden.³¹

Gegen diese Position stand aber die Überzeugung der Manager in der Arbeitsverwaltung und in der Wirtschaftsbürokratie, dass Deutschland auch auf längere Sicht auf die Beschäftigung von Ausländern nicht mehr würde verzichten können; dahinter stand die Vorstellung von einem deutsch-dominierten Europa, mit der sich Überlegungen zur Verflechtung der Volkswirtschaften verbanden. So schrieb etwa der Ministerialbeamte Max Letsch vom Reichsarbeitsministerium Anfang 1941:

«Auch nach dem Kriege wird auf den Einsatz ausländischer Arbeiter in Deutschland nicht verzichtet werden können. Dieser Einsatz wird wie bisher vorrangig für die Landwirtschaft, daneben aber auch für die gewerbliche Wirtschaft zur Erfüllung der kommenden grossen Aufgaben des Friedens notwendig sein. Die Bildung der europäischen Grossraumwirtschaft wird diese Entwicklung fördern. Dabei wird sich neben dem Herinholen zusätzlicher Kräfte aus den Kontinentalstaaten nach Deutschland zweifellos auch der gegenseitige Kräfteaustausch in Form der sog. 'Gastarbeitnehmer' stärker entwickeln, ein 'intereuropäischer Ausgleich der Arbeitskräfte', der «im grossdeutschen Raum zum gegenseitigen Verständnis der Völker beitragen» werde.³²

Angesichts der Ende 1940 erreichten schier unüberwindlichen Vormachtstellung des Deutschen Reiches in Europa schien aber eine Ausweitung des Ausländerereinsatzes nicht mehr nötig zu sein: Die Stabilisierung der Ausländerbeschäftigung auf dem Niveau von Ende 1940 – also knapp 3 Millionen –, verbunden mit der stärkeren Verteilung der Ausländer nach Volksgruppen und auf verschiedene Branchen sowie mit einer strikt nach Nationalität differenzierenden Behandlung – das markierte etwa die Kompromisslinie, auf der sich Befürworter und Gegner der Ausländerbeschäftigung treffen konnten.

4. «Verbotener Umgang»³³

Die zu dieser Zeit in der deutschen Bevölkerung ebenso wie bei den Behörden feststellbare Sieges euphorie und das Gefühl, nach langen Anspannungen endlich aus dem Vollen schöpfen zu können, hatte vor allem gegenüber den Polen zur Folge, dass wirtschaftliche Gesichtspunkte in der Praxis der Ausländerbeschäftigung durchaus nicht an erster Stelle standen: Weder wurden die Leute angelernt, was vor allem in der Industrie Voraussetzung einer effektiven Arbeitsleistung der Ausländer gewesen wäre, noch wurde die berufsrichtige Umsetzung der französischen Kriegsgefangenen forciert. Vielmehr entwickelten die deutschen Arbeitsbehörden, aber auch untergeordnete Funktionsträger von Partei, Verwaltung und Polizei beträchtliche Energie, wenn es darum ging, immer neue und oft wunderliche Kleinigkeiten betreffende Verbote, Auflagen und Schikanen vor allem für die Polen und Tschechoslowaken zu ersinnen – sei es, dass die ärztliche Behandlung eingeschränkt, die Benutzung von Fahrrädern und das Betreten von Badeanstalten oder Strandpromenaden verboten wurde, sei es, dass – wie in Baden – «jedem Betriebsführer für die Landarbeiter polnischen Volkstums» ein «Züchtigungsrecht» zugestanden wurde.³⁴

Besonders in der Frage des verbotenen Umgangs von Polen mit Deutschen entstand eine gnadenlose Verfolgungspraxis; aus zahlreichen Städten gingen beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin Berichte über die öffentliche Hinrichtung polnischer Arbeiter wegen sexuellen Verkehrs mit deutschen Frauen und über die Repressionen der betroffenen Frauen ein, die mit abgeschnittenen Haaren und einem Schild um den Hals in den Dörfern angeprangert wurden.³⁵

Während die Behörden allen Fällen «verbotenen Umgangs» mit Polen mit brutalen Mitteln entgegentraten, standen ihnen ähnliche Repressionsinstrumente gegenüber den Arbeitskräften aus dem Westen nicht zur Verfügung. Gerade mit Franzosen aber pflegten viele Deutsche vor allem am Arbeitsplatz bald einen relativ vertrauten Umgang. Auch hier griffen Partei, Polizei und Gerichte mit exemplarischen, abschreckenden Strafen ein; für die Überlassung von ein paar Zigaretten an einen französischen Kriegsgefangenen wurden zuweilen Gefängnisstrafen ausgesprochen. Es gelang den Behörden aber nicht einmal ansatzweise, die sich ausweitenden Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern zu beschränken, obwohl auch gegenüber den Arbeitskräften aus dem westlichen Ausland immer mehr und strengere Vorschriften zur Regelung ihrer Lebensführung erlassen wurden.

Die Reaktionen auf diese Ausweitung der repressiven Bestimmungen liessen denn auch nicht lange auf sich warten. Da angesichts der Stärke und Schlagkraft der deutschen Sicherheitsorgane auch Ansätze von Aufbegehren oder gar Widerstand offenkundig zum Scheitern verurteilt waren, versuchte eine rasch anwachsende Zahl von «Fremdarbeitern», wie die Ausländer in Deutschland allgemein genannt wurden, sich der Ausbeutung und Schikane zu entziehen, sei es durch Flucht nach Hause oder durch das illegale Wechseln des Arbeitsplatzes oder des Wohnlagers. Die Behörden und Betriebe reagierten darauf mit drakonischen Strafen, mit ausgedehnten Razzien und verschärfter Überwachung; es gelang ihnen jedoch nicht, die Fluchtzahlen zu senken.³⁶

Neben den «Fluchten» nahmen auch die Fälle von «Arbeitsverweigerung» oder «Arbeitsbummelei» stark zu und wurden bald zu einem Massendelikt, dem die Sicherheitspolizei kaum Einhalt gebieten konnte – tatsächlich aber verbargen sich hinter diesen Behörden-Begriffen oft gar keine aktiven Verhaltensweisen der Ausländer, sondern die häufig willkürliche und präventive Bestrafung von allem, was nach Zurückhaltung der Arbeitskraft, nach Opposition oder Aufbegehren der ausländischen Arbeiter roch – vom Zuspätkommen bis zum Nichterreichen der geforderten Arbeitsleistung.

Dies war aber nur die eine, bei einer auf Zwang und Unterdrückung beruhenden Beschäftigung von fast 3 Millionen ausländischen Arbeitskräften wohl auch unumgängliche Seite des nationalsozialistischen «Fremdarbeitereinsatzes». Auf der anderen Seite war die deutsche Kriegswirtschaft Anfang 1941 kompromisslos auf die Ausländerbeschäftigung angewiesen; allen ideologischen Einwänden zum Trotz gab es dazu auch auf längere Sicht keine Alternative.

5. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen

Nach den schnellen Siegen über Polen und Frankreich war die deutsche Führung von einem ebenso schnellen Sieg überzeugt, als Hitler im Sommer 1940 die Entscheidung für den Überfall auf die Sowjetunion traf. Diese feste Siegeszuversicht war auch der Grund dafür, dass an eine Beschäftigung sowjetischer Arbeitskräfte, Kriegsgefangener wie Zivilarbeiter, nicht gedacht und auch keine Vorkehrungen dafür getroffen wurden. Vielmehr wurden Pläne für Umsiedlungen von Millionen sowjetischer Menschen in den Norden der UdSSR entwickelt.

«Viele 10 Millionen Menschen», fasste eine Expertengruppe im Mai 1941 diese Planungen zusammen, «werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien aus wandern müssen».³⁷

Aus dieser Grundhaltung heraus wurden auch die Planungen der Militärführung für die Behandlung der zu erwartenden sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführt. Obwohl mit mindestens 2 bis 3 Millionen Gefangenen gerechnet wurde, wurden weder Unterkunft und Transport derart grosser Gefangenenmassen organisiert noch die Verpflegung. Der Mannheimer Historiker Christian Streit, der das Schicksal der sowjetischen Gefangenen grundlegend untersucht hat, bemerkt dazu:

«Dass deshalb ein grosser Teil der Gefangenen wie auch der Zivilbevölkerung verhungern würde, konnte nach Kenntnis der Planungen des Wirtschaftsstabes Oldenburg im OKW und OKH nicht mehr in Zweifel stehen. Ein Interesse an der Erhaltung des Lebens dieser Gefangenen zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in der deutschen Wirtschaft bestand zu diesem Zeitpunkt nicht.»³⁸

Der Arbeitseinsatz sowjetischer Gefangener im Reich war sogar ausdrücklich verboten, nur für die «unmittelbaren Bedürfnisse» der Truppe «war eine Beschäftigung der Gefangenen gestattet».³⁹ Die Folgen dieser Entscheidungen waren ungeheuer: Durch Hunger und Seuchen begann schon wenige Wochen nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion ein Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen: 60% der 3'350'000 bis Ende des Jahres 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten kamen um, 1,4 Millionen von ihnen bereits in den ersten zwei Monaten, im Juli und August 1941. Von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die während des gesamten Krieges in deutsche Hand gerieten, kamen 3,3 Millionen ums Leben.

Schon im August 1941, spätestens Mitte September aber zeichnete sich ab, dass die Erwartungen der deutschen Führung, den Krieg gegen die Sowjetunion bis Ende des Jahres 1941 siegreich abschliessen zu können, falsch gewesen waren; als der deutsche Vormarsch vor Moskau zum Stillstand kam, wurde allmählich klar, dass man sich statt auf einen weiteren «Blitzkrieg» auf einen längeren, einen Abnutzungskrieg würde einstellen müssen – damit aber musste auch das gesamte kriegswirtschaftliche Konzept umgestellt werden.

Mit einer baldigen Rückkehr der deutschen Soldaten der Ostfront an ihre Arbeitsplätze zu Hause war nicht mehr zu rechnen, und der Arbeitskräftemangel nahm erneut, diesmal aber in noch weit grösserem Umfang als 1939 und 1940, bedrohliche Ausmasse an. Eine halbe Million offener Stellen in der Landwirtschaft, 50'000 beim Bergbau, mehr als 300'000 im Metallbereich, 140'000 bei der Bauindustrie wurden gemeldet. Vor allem der Ruhrbergbau machte sich zum Vorreiter eines Einsatzes auch sowjetischer Arbeitskräfte im Reich, obwohl gerade dies von der Parteiführung und der SS strikt abgelehnt wurde. Nach einem langen Entscheidungsstreit, bei dem der Inhalt und die Fronten der Auseinandersetzungen im Wesentlichen den Debatten um den Poleneinsatz entsprachen, wurde von Hitler und Göring im Oktober und November 1941 die Beschäftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern im Grundsatz genehmigt.⁴⁰

6. Der «Russeneinsatz»

Nunmehr gingen die beteiligten Stellen im Reich davon aus, dass angesichts der «riesigen Gefangenenmassen» im Osten das deutsche Arbeitskräfteproblem gelöst sei. Tatsächlich aber stellte sich heraus, dass der grösste Teil der Gefangenen in den Wehrmachtslagern im Osten bereits umgekommen und von den noch lebenden nur wenige noch transport- oder arbeitsfähig waren. Im Februar 1942 vermerkte der zuständige Ministerialbeamte Werner Mansfeld dazu rückblickend:

«Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem grosszügigen *Einsatz russischer Kriegsgefangener* entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten russischen Kriegsgefangenen (400'000) dürfte sich kaum erhöhen lassen.»⁴¹

Statt der «arbeitseinsatztechnisch» relativ einfachen Beschäftigung von Kriegsgefangenen musste die deutsche Arbeitsverwaltung nun also zur Anwerbung sowjetischer Zivilarbeiter übergehen, was nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch erhebliche Probleme mit sich brachte.

Im Frühjahr 1942 wurden daher Massnahmen ergriffen, um die Anwerbung von Ausländern, jetzt vor allem die Rekrutierung sowjetischer Zivilarbeiter, zu effektivieren und um analog zu den «Polenerlassen» im März 1940 die den rassistischen Grundsätzen des NS-Regimes entsprechende Behandlung der sowjetischen Arbeitskräfte sicherzustellen.

Mit der Einrichtung der Funktion eines «Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz» (GBA) und ihrer Besetzung durch den Thüringer Gauleiter Fritz Sauckel wurde der gesamte Arbeitseinsatzbereich zentralisiert; zwar wurden hier keine Entscheidungen von grösserer Bedeutung getroffen, aber die «Anwerbungs»-Kampagnen in den besetzten Ländern, der Einsatz und die Behandlung

der Ausländer wurden hier koordiniert. Im Wesentlichen bestand Sauckels Aufgabe darin, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Ausländer nach Deutschland zu bringen und zudem durch eine ziemlich krude und pathetische Propaganda die «Erfolge» der nationalsozialistischen Ausländerpolitik zu verkaufen.⁴²

Am 2. Februar 1942 erliess das RSHA die sogenannten «Ostarbeitererlasse».⁴³ Sie entsprachen in ihren Grundsätzen denjenigen für die polnischen Arbeiter, gingen aber in einigen wichtigen Punkten noch darüber hinaus: Schon bei Hinweisen auf «Disziplinwidrigkeit», «reichsfeindliche Bestrebungen», «kriminelle Verfehlungen» und Geschlechtsverkehr mit Deutschen war nach diesen Bestimmungen «nur mit harten Massnahmen, d.h. Einweisung in ein Konzentrationslager oder Sonderbehandlung» vorzugehen – «Sonderbehandlung» war bei den Nationalsozialisten der bürokratische Begriff für Hinrichtung ohne formelles Urteil. Ein Arbeitseinsatz wurde zunächst nur in «Kolonnen» gestattet, die Barackenlager für sowjetische Zivilarbeiter, offiziell «Ostarbeiter» genannt, waren mit Stacheldraht zu umzäunen, es bestand Ausgehverbot, und Prügelstrafen waren den Wachmannschaften ausdrücklich erlaubt. Für alle «Ostarbeiter» war das Tragen eines Abzeichens («OST») obligatorisch.⁴⁴

Über die rassistischen und «volkstumpolitischen» Befürchtungen bei einer massenhaften Beschäftigung von Russen in Deutschland hinaus kamen hier auch politische Einwände der Sicherheitsbehörden zum Tragen: die von der tatsächlichen Entwicklung her wenig begründete Angst, die «bolschewistischen» Ostarbeiter könnten ihre deutschen Kollegen politisch beeinflussen und so Solidarisierungen zwischen deutschen und sowjetischen Arbeitern herbeiführen. Dementsprechend wurde in den «Ostarbeitererlassen» und in den zahlreichen betrieblichen Ausführungsbestimmungen deutlich hervorgehoben, dass deutsche Arbeiter grundsätzlich als Vorgesetzte gegenüber den Russen aufzutreten hatten. Kontakte zwischen Deutschen und Russen hatten sich darüber hinaus auf die nötigsten dienstlichen Anweisungen zu beschränken, und auch die Begrenzung der Beschäftigung auf Kolonneneinsatz diente diesem Ziel.

Insgesamt sind die Ostarbeitererlasse der vollständige Ausdruck der Umsetzung des rassistischen Prinzips der Unterteilung in «Herrenmenschen» und «Untermenschen» in die Praxis des Arbeitseinsatzes – und das hatte Heydrich im Dezember 1941 auch unmissverständlich angekündigt:

«Sind die zu berücksichtigenden wirtschaftlichen Gesichtspunkte ohne Weiteres als aktuell anerkannt, so muss dem Versuch, die rassische und Volkstumsfrage für die Nachkriegszeit zurückzustellen, entschieden entgegengetreten werden, da Kriegsdauer unbestimmt und die Gefahr mit der Zeit wächst. Leider hat der Ausländereinsatz ohne jegliche Führung hinsichtlich Anwerbung, Einsatz und Behandlung und dergl. begonnen, so dass es immer schwerer werde, noch nachträglich steuernd einzugreifen. Der in Vorbereitung befindliche Russeneinsatz bietet jedoch diese Gelegenheit, und sie muss und wird der besonderen Gefahren wegen, die diese Völker darstellen, genutzt werden.»⁴⁵

Bisher wurde, wenn es um die treibenden Kräfte für eine massenhafte Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften ging, in erster Linie von den Kriegswirtschaftsbehörden – der Vierjahresplan-Behörde, dem Landwirtschaftsministerium, dem Wirtschafts- und Rüstungsstab beim OKW oder auch der Arbeitsverwaltung – gesprochen. Welche Bedeutung aber kam in diesem Zusammenhang der Privatwirtschaft zu? In der Forschungsliteratur ist über diese Frage viel geschrieben worden, wobei vor allem von Seiten der Historiker aus der DDR die Industrie als «treibende Kraft» der massenhaften Ausländerbeschäftigung bezeichnet worden ist.⁴⁶ Nun war aber der Anteil der polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter, die in den ersten Kriegsjahren in der Industrie beschäftigt waren, sehr gering, und auch die französischen Kriegsgefangenen sind mehrheitlich in der Landwirtschaft eingesetzt worden. Erste Versuche, Polen etwa auch im Bergbau einzusetzen, waren hingegen von den betrieblichen Stellen als wenig erfolgreich beurteilt worden⁴⁷ – für die Industrie war entscheidend, dass Fachkräfte, die in erster Linie benötigt wurden, zunächst eine längere Anlernphase brauchten, bevor sie profitabel eingesetzt werden konnten. Da man aber jeweils mit einer relativ kurzen Dauer der «Feldzüge» rechnete, hoffte die Industrie, ihre zum Militärdienst eingezogenen deutschen Arbeiter bald wieder zurückzuerhalten, so dass die Nachfrage vor allem der Grossbetriebe nach Ausländern vergleichsweise gering war, sieht man von einigen Branchen wie vor allem dem Baubereich ab.⁴⁸

Dies galt auch für die Zeit vor und einige Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion; zwar gab es schon im Juli 1941 Stimmen etwa in der Ruhrindustrie, die bei den Behörden nach sowjetischen Arbeitskräften anfragten, dies blieben zunächst aber Einzelfälle; das Gros der Betriebe wartete ab und hoffte, nach einem baldigen Sieg gegen die Sowjetunion schon im Winter wieder entlassene deutsche Soldaten als Arbeitskräfte einstellen zu können. Als aber im Herbst deutlich wurde, dass damit nicht mehr zu rechnen war und durch Hitlers und Görings Grundsatzentscheidungen der Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte genehmigt worden war, richtete sich auch die Industrie auf die Beschäftigung von russischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen ein.⁴⁹ Für den westdeutschen Bereich wurde diese Entscheidung in der Bezirksgruppe Nordwest der Wirtschaftsgruppe Eisen Mitte November 1941 getroffen.

«Mit dem Russeneinsatz wird man sich allmählich befreunden müssen», hiess es dort. Angesichts der militärischen Lage sei deutlich geworden, «dass auf lange Sicht gesehen nur der richtig liege, der sich Russen verschaffe. (...) Da wir also an einem Russen-Einsatz nicht vorbeikommen werden, bleibt lediglich zu prüfen, ob nicht die Nordwestgruppe durch eine Gemeinschaftsaktion versuchen soll, den Zeitpunkt dieses Austausch möglichst hinauszuschieben.»⁵⁰

Da dies aber als sinnlos angesehen wurde, wurde die Zustimmung zur Beschäftigung sowjetischer Arbeitskräfte in der Ruhrindustrie auf dieser Sitzung beschlossen.

Die These von der «offen verbrecherische(n) Verschleppungskonzeption der führenden deutschen Monopole, für ihre Initiative und führende Rolle bei der Massenverschleppung in allen Phasen des Krieges»⁵¹ kann dadurch nicht gestützt werden. Vielmehr wird deutlich, dass die Vertreter der Grossindustrie nur widerstrebend von ihren Plänen für die Zeit nach dem schon gewonnen geglaubten Krieg abrückten und sich durch die Zustimmung zum «Russeneinsatz» auf die Perspektive eines langen Abnutzungskrieges einzustellen begannen. Ihr ursprüngliches Ziel war aber die Vorherrschaft der deutschen Industrie in Europa gewesen – nicht die massenhafte Anlernung und Beschäftigung von sowjetischen Arbeitern in den deutschen Betrieben.

Seit dem Winter 1941 begannen nun in den von der Wehrmacht besetzten Teilen der Sowjetunion die «Anwerbungs»-Kampagnen – aber mit «Werben» hatte die Rekrutierung und Deportationspraxis der beteiligten deutschen Stellen der Arbeitsverwaltung, der Wehrmacht und der SS nichts zu tun. Nach den Erfahrungen in Polen erliessen die deutschen Behörden sogleich Bestimmungen, wonach durch Dienstverpflichtung und jahrgangswise Aushebungen die den entsprechenden Bezirken auferlegten Kontingente an Arbeitskräften zu rekrutieren waren. Zwar gab es in einigen Gegenden in den ersten Wochen auch freiwillige Meldungen, die deutschen Behörden gingen jedoch von Beginn an davon aus, dass «freiwillige Werbung dafür (...) keinen Erfolg haben» werde.⁵²

Wie die Rekrutierungsaktionen in der Praxis aussahen, geht etwa aus einem Bericht einer deutschen Briefzensurstelle vom November 1942 hervor; danach wurden

«Männer und Frauen einschliesslich Jugendlicher vom 15. Lebensjahr ab auf der Strasse, von den Märkten und aus Dorffestlichkeiten herausgegriffen und fortgeschafft. Die Einwohner halten sich deshalb ängstlich verborgen und vermeiden jeden Aufenthalt in der Öffentlichkeit. Zu der Anwendung der Prügelstrafe ist nach den vorliegenden Briefen seit etwa Anfang Oktober das Niederbrennen der Gehöfte bzw. ganzer Dörfer als Vergeltung für die Nichtbefolgung der an die Gemeinden ergangenen Aufforderungen zur Bereitstellung von Arbeitskräften getreten. Die Durchführung dieser letzten Massnahme wird aus einer ganzen Reihe von Ortschaften gemeldet.»⁵³

Mit solchen Methoden gelang es den deutschen Behörden, in kurzer Zeit riesige Mengen von Menschen aus der Sowjetunion nach Deutschland zu bringen: Vom 1.4. bis 31.12.1942 allein wurden 1'416'000 zivile Arbeitskräfte verschleppt – wöchentlich etwa 40'000; je zur Hälfte Männer und Frauen. Das Durchschnittsalter der Deportierten lag bei etwa 20 Jahren, viele von ihnen waren aber erheblich jünger: Auch 15- und 16jährige waren darunter.

Darüber hinaus kamen 1942 noch etwa eine halbe Million sowjetischer Kriegsgefangener ins Reich, so dass Ende des Jahres bereits etwa 1,7 Millionen Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in deutschen Betrieben beschäftigt waren. Davon wurde der grösste Teil nunmehr in der Industrie eingesetzt, die seit der Umstellung auf einen langen Abnutzungskrieg im

Winter 1941/42 unter dem Druck stetig hochgeschraubter Produktionsanforderungen stand.⁵⁴

Auch im Westen und in Polen verstärkten die deutschen Behörden die Anwerbe- und Rekrutierungsaktivitäten und griffen nunmehr durch die Einführung einer Dienstpflicht auch in Frankreich in zunehmendem Masse zu Zwangsmassnahmen – mit der Folge, dass zum einen zwar die Einsatzzahlen westlicher Zivilarbeiter stiegen, zum anderen die Widerstandsbewegungen in den betroffenen Ländern an Stärke zunahmen. So ist das schnelle Erstarren der Partisanengruppen in der Sowjetunion und in Polen in erheblichem Masse auf die Deportationspolitik zurückzuführen.⁵⁵ Über die Lage in Frankreich meldete der deutsche Geheimdienst im Sommer 1942, dass

«infolge des Arbeitsdienst Verpflichtungsgesetzes weitere Teile der indifferenten Masse der Bevölkerung ins gegnerische Lager» wechselten. «In manchen Kreisen stösst man heute geradezu auf eine Atmosphäre von erbitterter Ablehnung alles Deutschen. (...) Wenn sich das auch noch nicht in offener Ablehnung äussert, so ist doch die Gefahr unverkennbar, dass ein wesentlicher Teil der Bevölkerung für die Feindagitation noch empfänglicher geworden (ist) als bisher.»⁵⁶

Ausser durch die Bestimmungen der Sicherheitspolizei in den «Ostarbeitererlassen» waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen gemäss den Richtlinien Görings vom November 1941 durch entsprechende Vorschriften der Arbeits- und Ernährungsbehörden so gestaltet worden, dass schon kurze Zeit nach der Ankunft der ersten Transporte aus dem gesamten Reichsgebiet Meldungen eintrafen, die Ernährungslage der Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen sei katastrophal, ihre Unterbringung unzureichend und der Lohn der Zivilarbeiter durch eine zusätzliche Steuer («Ostarbeiterabgabe») so niedrig, dass er keinen Leistungsanreiz enthalte. Zahlreiche Betriebe beschwerten sich bei den zuständigen zivilen und militärischen Behörden, dass eine effektive Arbeitsleistung von den sowjetischen Arbeitern angesichts ihres Ernährungszustands nicht mehr zu erwarten sei. Die Essener Firma Krupp zum Beispiel berichtete im April 1942: «Bei den zivilen russischen Arbeitern, die – mit wenigen Ausnahmen – in einem ausgezeichneten Gesundheitszustand hier ankamen, machen sich bereits ebenfalls die typischen Hungeroedeme bemerkbar. Nach Ansicht unserer Betriebsärzte ist der körperliche Verfall ausschliesslich auf die ungenügende Verpflegung zurückzuführen, wobei wir noch besonders darauf hinweisen, dass unsere Verpflegungssätze den amtlichen Vorschriften entsprechen. Von unseren russischen Kriegsgefangenen sind bereits über 30% infolge ungenügender Ernährung arbeitsunfähig und 12 schon im Lager gestorben.»⁵⁷

Auch die Vorschrift, die sowjetischen Arbeitskräfte nur in Kolonnen einzusetzen, stand einer effektiven und für die Unternehmen lohnenden Beschäftigung im Wege: Zwar standen nun genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, aber die tatsächliche Entlastung der unter Hochdruck produzierenden Betriebe durch die Beschäftigung der Russen war erheblich geringer als veranschlagt – ihre Arbeitsleistungen lagen durchweg unter 70%, in vielen Fällen unter 50% im

Vergleich zu deutschen Arbeitskräften, obwohl die Betriebe übereinstimmend berichteten, dass bei besserer Ernährung die Leistungen denjenigen der Deutschen durchaus nahekämen.

Ursache dieser vom wirtschaftlichen Standpunkt aus absurd wirkenden Entwicklung waren aber nicht nur die Erlasse und Verordnungen der Behörden. Ausschlaggebend war vielmehr auch eine Einstellung bei den zentralen und örtlichen Verantwortlichen in den Behörden und Betrieben, wonach «der Russe» «rassisch wertlos» sei, zu höheren und qualifizierteren Leistungen gar nicht in der Lage, und die Ernährung der sowjetischen Arbeiter nur die Versorgung der deutschen Bevölkerung belaste:

«Wenn der Eine nicht taugt, taugt der Andere. Die Bolschewisten seien seelenlose Menschen, wenn hunderttausende eingingen, kämen weitere Hunderttausend dran», erklärte z.B. ein Vertreter der DAF in Essen gegenüber einem Kruppschen Betriebsleiter, der darauf hingewiesen hatte, dass die ihm zugeteilten sowjetischen Arbeitskräfte dem Verhungern nahe und zur Arbeit gar nicht in der Lage seien.⁵⁸

Zwar gab es verschiedene Initiativen zur Verbesserung der Lage der Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen, ausser der Lockerung der Kolonnenarbeit aber geschah bis zum Frühjahr 1943 nichts. Beim «Russeneinsatz» standen «rassische» Prinzipien weiterhin vor den kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

7. Beispiel Ruhrbergbau

Viele Betriebe gerade der Metallindustrie, die an einem effektiven Einsatz der ihnen zugewiesenen Arbeitskräfte interessiert waren und sogar dazu übergingen, die russischen Arbeiter anzulernen, entwickelten in der Folgezeit eigene Behandlungs-Richtlinien und gaben auch Zusatzverpflegung aus.⁵⁹ Im Ruhrbergbau hingegen waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Arbeitskräfte selbst bei den im nationalsozialistischen «Ausländereinsatz» anzulegenden Massstäben besonders schlecht und blieben es bis zum Ende des Krieges.

Ende Dezember 1942 waren bereits 28% der Belegschaften der Steinkohlezellen des Ruhrgebiets Ausländer, 3/4 davon Ostarbeiter und Kriegsgefangene. Schon wenige Wochen nach ihrer Ankunft aber war der anfangs so gute Gesundheitszustand der dem Bergbau zugeteilten Zivilarbeiter in ähnlich lebensbedrohender Weise verschlechtert worden wie derjenige der Kriegsgefangenen. Bis zum Sommer 1942 war es bei den etwa 25'000 sowjetischen Arbeitern in den Zechen des Dortmunder Bezirks zu einem effektiven Einsatz noch gar nicht gekommen. Ein Dortmunder Bergrevierbeamter berichtete darüber:

«Es kommt z.B. oft vor, dass russische Kriegsgefangene in der Grube nach kurzer Zeit zusammenbrechen und dass sie unterläge völlig apathisch und mit der Bahre oder auf sonstige Art übertage gebracht werden müssen.»⁶⁰

Selbst Ende 1942 war noch etwa jeder sechste sowjetische Bergarbeiter nicht einsatzfähig, die Durchschnittsleistung der übrigen lag bei 37% im Vergleich zu deutschen Arbeitern. Wer von den sowjetischen Kriegsgefangenen nicht arbeitsfähig war, wurde nach einiger Zeit in das Stammlager zurückgeschickt, wo viele von ihnen starben. Manche Zechen weigerten sich in der Folgezeit sogar, die ihnen zugewiesenen Gefangenen dorthin zurückzuschicken, «zumal dort nur ein kleiner Teil der Leute wieder zurückkommt», wie etwa vom Zechenverband Hibernia festgestellt wurde.⁶¹

Ausser über schlechte Ernährung wurde immer wieder über Misshandlungen geklagt. In einem Rundschreiben der Bergbau-Bezirksgruppe Ruhr hiess es dazu:

«Wiederholt wird von Seiten der Wehrmacht und der zivilen Dienstbehörden Beschwerde geführt, dass die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen immer noch auf einigen Zechen zu wünschen übrig lässt, dass Schlagen, Misshandlungen noch nicht abgestellt sind, dass über und unter Tage jede menschliche Behandlung fehlt. Dies lässt erkennen, dass gerechte Betreuung, überhaupt Interesse für die anvertrauten Kriegsgefangenen nicht vorhanden ist. Wie ist sonst ein täglicher Abgang durch Tod, Abtransport total abgemagerter Todeskandidaten, die bereits Monate eingesetzt sind, zu erklären?»⁶²

An solchen Misshandlungen waren vor allem Vorarbeiter und Steiger beteiligt, aber auch die Berichte über Ausschreitungen deutscher Bergleute gegenüber den Russen sind nicht eben selten; so erinnerte sich ein Recklinghäuser Bergmann:

«Wenn man morgens etwas früher zum Schacht kam, konnte man sehen, wie sie anmarschierten, die Russen, rechts und links ein Aufseher mit Gummischlauch in der Hand. Und wenn einer nicht mitkam, war die Parole: 'Bloss immer drauf, aber fest!' Es gab sogar Bergleute, die geschlagen haben! Diese Leute waren übergeschnappt; auf einmal hatten sie welche unter sich, an denen sie ihre Wut ablassen konnten.»⁶³

Hier im Bergbau wurde besonders deutlich, was in weniger zugespitzter Weise auch in anderen Branchen feststellbar war, dass nämlich das nationalsozialistische Konzept von der strikten Überordnung deutscher Arbeiter über die Arbeitskräfte aus dem Osten jedenfalls in Teilen auch Wirklichkeit wurde: der deutsche Arbeiter als «Vorarbeiter Europas». Aber es gab auch gegenteilige Entwicklungen, Elemente von Solidarität und Hilfsbereitschaft – oft unterhalb der Ebene, die vom Spitzelsystem von Partei und Gestapo in Erfahrung zu bringen war.

Insgesamt aber scheint der Ausländereinsatz die deutsche Bevölkerung nur wenig gekümmert zu haben, vor allem seit mit dem Einsetzen der alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte das eigene Leben beschwerlicher und die eigenen Sorgen grösser geworden waren. So ist die Lage der ausländischen Arbeiter, vor allem derjenigen aus dem Osten, meist gar nicht als etwas sonderlich Bemerkenswertes empfunden worden, zumal die Ablehnung des «Bolschewismus» und generell «der Russen» auch in solchen Bevölkerungskreisen verbreitet war, die dem Nationalsozialismus eher distanziert gegenüberstanden.⁶⁴

8. Politischer Kurswechsel

Betrachtet man die Politik und die Praxis des Ausländereinsatzes im Verlaufe des Jahres 1942 im Zusammenhang, so wird deutlich, dass das Regime zwar erhebliche Anstrengungen unternahm, um immer neue Massentransporte mit Arbeitskräften vor allem aus der Sowjetunion nach Deutschland zu bringen, und dass auch die Organisation des «Ausländereinsatzes» effektiviert worden war. Auf der anderen Seite blieb aber der Primat des Rassismus vor allen wirtschaftlichen Erwägungen bestehen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Ostarbeiter und sowjetischen Kriegsgefangenen waren denkbar schlecht, diejenigen der polnischen Arbeiter unterschieden sich davon nur wenig; während es den Arbeitskräften aus dem Westen zwar besser ging, ihre Situation aber erheblich schlechter war als die der Deutschen, so dass die rassistische Hierarchie (Deutsche – Westarbeiter – Arbeitskräfte aus dem Osten) in der Praxis überall sichtbar wurde und sich fortwährend stabilisierte.

Die extensive Ausbeutung der Arbeiter aus dem Osten war die Folge der Vorstellung, dass es ein leichtes sei, weitere Millionen von ihnen ins Reich zu deportieren; so blieben auch ihre Arbeitsleistungen vergleichsweise niedrig und der Effekt für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft erheblich geringer, als es die Einsatzzahlen suggerierten.

Mit der vernichtenden deutschen Niederlage in Stalingrad Anfang 1943 und der dadurch offenbar gewordenen Kriegswende trat hier jedoch eine Änderung ein. Zum ersten Mal wurde der Führung wie dem grössten Teil der Bevölkerung in Deutschland bewusst, dass es nunmehr nicht mehr darum ging, wann man den Krieg gewinnen würde, sondern darum, ihn nicht zu verlieren.

Die verstärkten Ersatzforderungen der Ostarmeen hatten schon seit dem Spätherbst 1942 durch Einziehungen auch von Rüstungsarbeitern das Arbeitskräfte-defizit in Deutschland wieder aktualisiert; im ersten Halbjahr 1943 fehlten der deutschen Kriegswirtschaft etwa 1,5 Millionen Arbeitskräfte.⁶⁵

Mit den bisherigen Methoden waren diese Lücken nicht zu stopfen; zwar ging die Regimeführung nun doch dazu über, auch deutsche Frauen durch Dienstverpflichtung in stärkerem Masse als bisher in der Industrie arbeiten zu lassen – die Zahlen zeigen jedoch, dass auch dies nur in sehr begrenztem Umfang in der Praxis wirksam wurde.⁶⁶ Es war vielmehr unumgänglich, die Arbeitsleistungen der ausländischen, vor allem der sowjetischen Arbeitskräfte in Deutschland drastisch zu erhöhen – hier lagen die grössten ungenutzten Produktionspotentiale. Das aber setzte eine entsprechende Verpflegung, eine bessere Behandlung und in gewissem Masse auch eine politische Aufwertung der «Ostarbeiter» voraus. In diese Richtung ging eine politische und propagandistische Initiative verschiedener Reichsbehörden unter der Führung des Propagandaministers Goebbels. Ausgehend davon, dass Deutschland als «Schutzwall Europas» Krieg gegen den «Bolschewismus», nicht aber gegen das russische Volk führe (wodurch politi-

sche vor «rassische» Aspekte gesetzt wurden – eine Umkehrung der bis dahin propagierten Zielsetzungen der Kriegführung), sollte die Parole «Europäische Arbeiter gegen den Bolschewismus» gemeinsame Interessen der in Deutschland beschäftigten Arbeiter aus den zahlreichen besetzten Ländern suggerieren.⁶⁷ Damit einher ging eine Kampagne zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Ostarbeiter, die zur rapiden Steigerung der Arbeitsleistungen führen sollte. Während Goebbels' «Europa»-Initiative auf die tatsächliche Außenpolitik des Regimes nur wenig Einfluss ausüben konnte, kam es in der Ausländerpolitik in der Folgezeit zu einigen Veränderungen gegenüber den sowjetischen Arbeitskräften: So wurden die Ernährungssätze erhöht, sie wurden angelernt; Ausgangsregelungen und Arbeitsbedingungen wurden erleichtert.⁶⁸ Gleichzeitig blieben aber alle diskriminierenden Vorschriften der Sicherheitsbehörden in Kraft, und das Strafsystem wurde sogar noch weiter verschärft. Immerhin war damit den Betrieben die Möglichkeit geboten, ihre sowjetischen Arbeitskräfte effektiver einzusetzen, und in der Tat wussten seit Mitte 1943 fast alle Betriebe von steigenden Leistungen zu berichten.⁶⁹

Arbeitsleistungen der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen im Bereich Rheinland und Westfalen, Mitte 1943, in % der durchschnittlichen Arbeitsleistungen der an gleichen Arbeitsplätzen eingesetzten deutschen Arbeiter⁷⁰

Ostarbeiter	80 -100%	Belgier	80-100%
Ostarbeiterinnen	50- 75%	Holländer	60-80%
im Vergleich zu deutschen Frauen	90-100%	Italiener jugoslawen und Kroaten	70-80%
Polen	60- 80%	Kriegsgefangene im Bergbau	50%
		« in der Metallindustrie	70%

Zugleich wurden die Rekrutierungen von Zivilarbeitern in ganz Europa durch immer brutalere Methoden noch ausgeweitet. Es gelang der Regimeführung tatsächlich, trotz der militärischen Rückschläge zwischen Anfang 1943 und Kriegsende noch einmal etwa 2,5 Millionen ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener ins Reich zu bringen.⁷¹ Etwa 600'000 von ihnen waren Italiener – nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 hatten die deutschen Behörden die italienischen Soldaten, die sich weigerten, auf deutscher Seite weiterzukämpfen, in die Lager ins Reich gebracht und dort zur Arbeit gezwungen. Die italienischen Militärinternierten – im Volksmund «Imis» oder «Badoglios» genannt – fanden sich dort auf der untersten Stufe der rassistischen Hierarchie wieder und waren in besonderer Weise der Wut der Deutschen über den italienischen «Verrat» ausgesetzt.⁷² Damit arbeiteten jetzt mehr als sieben Millionen ausländischer Menschen in Deutschland – der überwiegende Teil von ihnen gegen ihren Willen und unter Bedingungen, die wegen der sich abzeichnenden Niederlage, der zunehmenden Brutalität der Behörden (aber auch vieler deutscher Vorgesetzter und Kollegen) sowie der Zerstörung der deutschen Städte durch die Luftangriffe beständig schlechter wurden.

Die bis dahin im Reich beschäftigten (als «Gastarbeiter» apostrophierten) italienischen Zivilarbeiter waren von den Nationalsozialisten gegenüber allen anderen ausländischen Arbeitern aus politischen Gründen erheblich bevorzugt worden, während sie in der deutschen Bevölkerung auf deutliche Ablehnung gestossen waren. Die nunmehr wiederhergestellte Kongruenz zwischen offizieller Politik und populären Vorurteilsstrukturen fand im Verhalten gegenüber den «Imis» nun ihren Ausdruck; lang angestaute Aggressionen entluden sich – schon nach wenigen Wochen meldeten Arbeitsämter und Betriebe, die Ernährungslage der italienischen Militärinternierten sei bereits schlechter als die der Russen, viele von ihnen seien schon gestorben.⁷³

9. Die Lebensverhältnisse der ausländischen Arbeiter

Die Situation der verschiedenen Gruppen der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen unterschied sich beträchtlich voneinander – und zwar nach verschiedenen Gesichtspunkten.

Am präzisesten feststellbar sind dabei die Kriterien von «Rasse» und «Volkstumszugehörigkeit». Sowohl was die Lebensmittelrationen, die Ausstattung der Unterkünfte, die Arbeitszeiten und -löhne sowie die Beschäftigung an qualifizierten Arbeitsplätzen betraf, als auch in Bezug auf die sicherheitspolizeilichen Bestimmungen – Strafsystem, Umgang mit Deutschen, Misshandlungen etc. – waren die Westarbeiter schlechter als die deutschen, aber deutlich besser als die Arbeiter aus dem Osten gestellt; daraus entwickelte sich eine Hierarchie, bei der die französischen Zivilarbeiter vor denen aus anderen westlichen Ländern (Belgien, Niederlande) rangierten, darunter die Arbeitskräfte aus den zum Teil mit Deutschland verbündeten oder von ihm abhängigen südosteuropäischen Ländern (Ungarn, Rumänen, Slowenen, Griechen, Serben, Kroatien), darunter die Arbeiter aus der Tschechoslowakei (dem sog. «Protektorat Böhmen und Mähren»), darunter die Polen, und ganz unten rangierten die Arbeiter aus der Sowjetunion sowie seit dem Sommer 1943 auch die italienischen Militärinternierten; wobei noch gewisse Abstufungen zwischen Ukrainern und Russen auf der einen, Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen auf der anderen Seite feststellbar sind.

In der Praxis liessen sich diese durch eine unübersehbare Fülle von Erlassen reglementierten Abstufungen natürlich nicht in allen Einzelheiten durchsetzen. Aber in den Berichten der behördlichen und betrieblichen Stellen wird doch immer wieder deutlich, wie sehr diese Hierarchie auch der Vorurteilsstruktur weiter Teile der Bevölkerung entsprach.

Neben die Einteilung nach Nationalität oder «Volkstum» trat die nach Geschlecht – was sich vor allem auf die Arbeiterinnen aus dem Osten auswirkte: Um die «blutlichen Gefahren», die für die Regime-Führung aus der Anwesen-

heit von «Fremdvölkischen» «drohten», abzuwehren, waren die Rekrutierungskommandos im Osten gehalten, jeweils zur Hälfte männliche und weibliche Arbeitskräfte anzuwerben; so waren von den Polen etwa ein Drittel, von den sowjetischen Zivilarbeitern sogar etwas mehr als die Hälfte Frauen. Sie unterlagen in den Betrieben den gleichen Anforderungen wie die Männer, erhielten aber eine noch schlechtere Bezahlung und waren zudem den Nachstellungen durch deutsche Vorgesetzte und Lagerführer relativ schutzlos ausgesetzt – die Akten der Düsseldorfer Gestapostelle zum Beispiel sind voll von Fällen, in denen deutsche Lagerleiter den im Durchschnitt etwa 20 Jahre alten Ostarbeiterinnen durch Ausnützung ihrer Vorgesetztenfunktion oder einfach mit Gewalt sexuelle Kontakte abgenötigt hatten.⁷⁴

Von Bedeutung für die Lebensverhältnisse der Ausländer war auch, in welcher Branche und in welchen Betrieben sie beschäftigt, in welchen Lagern sie untergebracht und seit Ende 1942 vor allem, ob sie in einer Grossstadt oder auf dem Lande eingesetzt waren. Vor allem für die Lebensmittelversorgung war es von grossem Vorteil, in der Landwirtschaft beschäftigt zu werden -- das ging so weit, dass die Behörden die ausgemergelten, halbverhungerten sowjetischen Arbeitskräfte zur «Aufpäppelung» – das war der offizielle Begriff – für einige Zeit in die Landwirtschaft versetzten.⁷⁵ Viele Ausländer versuchten aber gerade in den letzten beiden Kriegsjahren, auf eigene Faust dem Bergbau und anderen Branchen, etwa der Bauindustrie, zu entkommen und illegal bei einem Bauern unterzukommen.

Dass die Verhältnisse in einzelnen Lagern und Betrieben sich oft so eklatant voneinander unterschieden, verweist hingegen darauf, dass die Bestimmungen der Behörden trotz aller Reglementierungswut erheblichen Spielraum liessen und dass es hier ganz wesentlich auf das Verhalten der Verantwortlichen in den Fabriken und den Lagern ankam. Wer an einen Meister oder Vorarbeiter geraten war, der es zuliess, dass etwa den russischen Arbeitern ohne Genehmigung zusätzliche Lebensmittel verabreicht wurden, oder einen Lagerführer, der den Lagerinsassen die denkbar knappen Ruhepausen nicht durch zusätzliche Schikanen noch zerstörte oder sich an den ausserordentlich verbreiteten Korruptionsgeschäften mit den den Ausländern zustehenden Lebensmitteln nicht beteiligte – dessen Aussichten, den «Arbeitseinsatz» in Deutschland ohne körperliche Dauerschäden zu überleben, waren erheblich grösser als diejenigen eines Fremdarbeiters, der den Schikanen und Misshandlungen, der Korruption und dem Machttausch der Verantwortlichen im Lager und im Betrieb schutzlos ausgeliefert war.⁷⁶

Das Verhalten der mit dem «Ausländereinsatz» befassten Deutschen – und bei mehr als sieben Millionen Ausländern waren dies viele zehntausend Menschen – gerät so immer stärker in den Vordergrund, je mehr man sich über die politische und Verwaltungsebene hinaus mit der Wirklichkeit des Ausländereinsatzes während des Zweiten Weltkrieges beschäftigt. Die deutsche Bevölkerung war hier nicht passiver Zuschauer – sie war als aktiver Faktor der nationalsozialisti-

schen Politik eingeplant, und auf das Verhalten der einzelnen Deutschen am Arbeitsplatz, im Lager oder in der Öffentlichkeit kam es an, wie es den ausländischen Zwangsarbeitern tatsächlich erging.

Seit dem Beginn der alliierten Luftangriffe auf deutsche Grossstädte wurde es ein zunehmend bedeutsamer Gesichtspunkt für die ausländischen Arbeiter, ob sie auf dem Land oder in den bombengefährdeten Städten lebten. Ostarbeiter, Polen und Kriegsgefangene durften die öffentlichen Luftschutzbunker nicht betreten, und in vielen Lagern waren nicht einmal Splitterschutzgräben vorhanden.⁷⁷ Für die ausländischen Arbeiter in den grossen Städten begann eine Zeit der fortwährenden Angst – in manchen Städten kam es zu regelrechten Paniken der unzureichend gegen die Angriffe geschützten Ausländer.

«Ein grosser Teil der Fluchten sind Panikfluchten», stellte der Kommandant des Kriegsgefangenenlagers in Hemer fest. «So sind von einem grossen Arb.Kdo. in dem gefährdeten Bezirk Dortmund-Ost allein 32 sowj. Kr. Gf. von den Arbeitsstellen geflohen, die bei ihren Vernehmungen nach der Wiederegreifung immer wieder die häufigen Bombardements als Fluchtgrund angaben.»⁷⁸

Da die Ausländerlager meist in den Innenstädten und nah bei den Fabriken lagen, waren sie den Luftangriffen besonders stark ausgesetzt – da aber andererseits Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten vorrangig an Betriebsanlagen und Wohngebieten der deutschen Bevölkerung und, wenn überhaupt, an den Ausländerlagern zuletzt vorgenommen wurden, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse der Bewohner dieser Lager nach einem Angriff drastisch und oft für lange Zeit.⁷⁹

Die tatsächlichen Lebensbedingungen der einzelnen ausländischen Arbeiter in Deutschland unterschieden sich ganz erheblich voneinander: denjenigen, die etwa im Bergbau arbeiteten, ging es in der Regel viel schlechter als solchen, die in Betrieben mit höherer Qualifikationsstruktur beschäftigt waren. Wer auf dem Lande lebte, hatte es meist besser als die Industriearbeiter. Wer in einem unzerstörten Lager untergebracht war, hatte Vorteile gegenüber denjenigen, die ohne Unterkunft und regelmässige Verpflegung in Fabrikhallen, Strassenunterführungen oder Zelten hausen mussten.

Gleichwohl war es bis Kriegsende die «Volkstumszugehörigkeit», die zu allererst über die Lebensbedingungen des Einzelnen bestimmte. Dazu seien hier abschliessend zwei Berichte der deutschen Briefzensurstellen über die Lage der Westarbeiter – hier am Beispiel der Holländer – und die der Ostarbeiter jeweils vom März 1943 zitiert, die als interne Geheimmeldungen über die Klagen der ausländischen Arbeitskräfte in den von der Zensur abgefangenen Briefen ein vermutlich recht genaues Bild ergeben.

Bericht der Auslandsbriefprüfstelle Köln über die Klagen der holländischen Arbeitskräfte, März 1943:

«Die Arbeit wird als zu schwer empfunden. Mancher beklagt sich, dass er als gelernter Facharbeiter zu einer minderwertigen und auch zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen

würde. Dass wegen Materialmangel keine Arbeit vorhanden sei, wird oft erwähnt, selbst bei Krupp, Essen. Man versteht nicht, dass immer neue Massen von Arbeitern nach Deutschland gebracht würden, die oft tagelang herumlungern müssen. Dabei seien viele aus geordneten Verhältnissen, guter Arbeit und aus dem Familienkreise herausgerissen worden, um im fremden Lande Hunger leiden zu müssen/...) Viele Klagen über die besonders unsympathische Sonntagsarbeit, die gelegentlich auch durch das Eingreifen der Polizei erzwungen werden musste. Klagen über Essen und Unterkünfte stehen nach wie vor im Vordergrund. Das Essen sei fast immer ein ungeniessbarer 'Schweinefrass', kein Hund würde es annehmen, und die holländischen Arbeiter müssten mit russischen Frauen aus einer Pfanne essen. Ansteckende Krankheiten, wie Typhus, werden häufig den schlechten hygienischen Verhältnissen zugeschrieben, dabei sei die ärztliche Betreuung ungenügend und die Behandlung in den Krankenhäusern unmenschlich. Kleider und Schuhe seien durch die Arbeit verschlissen, und Ersatz sei nicht zu beschaffen. Vielfach müsse man mit durchlöcherter Schuhwerk bei 20 Grad Kälte im Freien arbeiten. Das Wirtschaftsamt sorge nicht für Abhilfe. Der wiederholte Aufschub des Urlaubs führte zu Fluchtversuchen und zur Beschaffung von Schwindelatesten. Empörung herrscht über die Prügelstrafe bei Urlaubsüberschreitung. Klagen über soziale Missstände sind noch leidenschaftlicher als bisher.»⁸⁰

Bericht der Auslandsbriefprüfstelle Berlin über die Klagen der sowjetischen Zivilarbeiter, März 1943:

«Die ungünstigsten Äusserungen beziehen sich auf lange Arbeitszeit (bis zu 18 Stunden), schwere und schmutzige Arbeit und Arbeit ohne Ruhetage. Sehr häufig sind Klagen, dass sie trotz der Kälte in zerrissenen Kleidern oder Winterkleidung und in zerrissenen Schuhen oder ohne Schuhe arbeiten müssen/...) In immer grösserer Zahl dieselben Klagen über die dünne Suppe, über ungeschälte Kartoffeln, Kohlrüben und nicht ausreichende Brotzuteilungen (150 g, 200 g). Da das nicht ausreicht, kaufen sie noch heimlich in der Stadt Kraut oder Kohlrüben und essen das roh. Werden sie dabei erwischt, dann werden sie bestraft (3 Tage Arrest). (...) Als Folge des erwähnten Mangels blüht in vielen Lagern der Handel mit Brot und anderen Lebensmitteln zu Wucherpreisen. – Das Kilo Brot kostet bis zu RM 15,-. (...) Klagen über kalte Baracken: 'Leicht zusammengefügte Bretterbuden, die jeden Augenblick auseinanderzufallen drohen.' Infolge mangelnder Sauberkeit Ungeziefer. (...) Klagen über den geringen Lohn, 1, 2, 3 RM in der Woche und oft überhaupt nicht erhaltenen Lohn (bis zu einem halben Jahr). (...) 'Die Kleider sind neu, nur die Löcher sind alt.' Immer mehr Klagen über Mangel an Kleidern und Schuhzeug. (...) Die meisten Klagen beziehen sich auf mangelnde oder nicht sorgfältige ärztliche Behandlung und auf Nicht-Anerkennung des Krankseins ('wurde vom Arzt wie ein Hund weggejagt'). Müssen oft arbeiten, wenn sie sich dazu nicht im Stande fühlen, bei Erkrankung wird oft die Lebensmittelzuteilung vermindert oder teilweise entzogen. (...) Viele Klagen über das Leben hinter der Stacheldrahtumzäunung des Lagers und den Gittern an den Fenstern, über die Beschränkung der freien Zeit und über Ausgehverbote an freien Tagen. (...) Sehr viel wird auch über die Art der persönlichen Behandlung geklagt: 'Kinder werfen mit Steinen auf der Strasse, sie sehen auf uns wie Hunde.' Klagen über Beschimpfungen 'Russisches Schwein'. 'Man betrachtet uns als Tiere.' 'Da man uns Bolschewisten schimpft, wollen wir auch Bolschewisten sein.' Sehr häufig sind Klagen über Schläge von Seiten des Hauswirts ('mit dem Knüppel'), des Meisters ('mit dem Hammer und dem Brechisen') und der Polizei: 'Ich kenne welche, die blaue und grüne Flecken am ganzen Körper haben'.»⁸¹

10. Opposition und Widerstand

Elemente widerständigen Verhaltens äusserten sich vorwiegend in verschiedenen Formen des Arbeitsentzugs: Fluchten, «Arbeitsbummelei», zum Teil auch Absprache mit deutschen Arbeitskollegen, es «langsam angehen zu lassen» – meist individuelle und spontane Reaktionen auf unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen.

In dem Masse aber, in dem die Differenz zwischen dem Anspruch der nationalsozialistischen Behörden auf totale Reglementierung und Kontrolle des Lebens der Ausländer und der sich einer vollständigen Kontrolle notwendig entziehenden Praxis des Einsatzes von Millionen ausländischer Arbeitskräfte immer grösser wurde, entwickelte sich vor allem in den Ausländerlagern eine Art «informeller Substruktur» unter den Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen – ein sich stetig ausweitender Bereich von Schwarzmarkt und Illegalität, von Arbeitsflucht und informeller Solidarität, aber auch von Gewalt und Unterdrückung – in manchem zwar eher ein Spiegel als ein Gegenbild zum nationalsozialistischen Unterdrückungssystem, aber oft genug die einzige Möglichkeit für viele ausländische Arbeiter, zu überleben.

Die einzelnen Elemente unmittelbar geäusselter Widerständigkeit standen jedoch in keiner direkten Beziehung zueinander; erst seit 1943 lassen sich diese einzelnen Phänomene stärker miteinander in Beziehung setzen – wobei damit eine ganze Skala von Verhaltensweisen bezeichnet ist.

Am verbreitetsten waren Formen der individuellen Versorgung – Versuche, durch Tausch- und Schwarzhandel, Verkäufe kleiner, selbst hergestellter Gebrauchsgegenstände oder auch durch Lebensmittel-Diebstähle die unzureichende Ernährung in den Lagern aufzubessern. Ausgangspunkt war dabei in vielen Fällen die überall festzustellende und sich in der letzten Kriegsphase rasch ausbreitende Korruption vor allem bei den Lagerführern und anderen Deutschen, die mit der Lebensmittelversorgung der Ausländer zu tun hatten. Die unterschiedliche Versorgungslage der einzelnen Ausländergruppen trug ebenfalls dazu bei, dass der Schwarzhandel in den Lagern blühte.

«Die schlechte Ernährung der Ostarbeiter trüge zur Entwicklung des Schwarzhandels wesentlich bei», wurde den Reichsbehörden im März 1944 berichtet, «da namentlich Franzosen und andere Personen aus dem Westen einen schwunghaften Brothandel mit den Ostarbeitern unterhielten. Das Pfund Brot werde an die Ostarbeiter durchschnittlich zum Preise von RM 10,- gehandelt.»⁸²

Bei den Westarbeitern hingegen wurden bevorzugt Papiere gehandelt – angesichts der Formularwut der Nazis kein ganz aussichtsloser Weg, sich so die Unterlagen für die Heimreise zu beschaffen: alles zusammen aber Ausdruck einer Entwicklung, wonach die Erlasse der Reichsbehörden und die Wirklichkeit des Ausländereinsatzes in den Lagern und Betrieben zunehmend auseinanderstreb-

ten, was vielen Ausländern den Versuch ermöglichte, unterhalb des polizeilichen Zugriffs die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. Am stärksten zeigt sich diese Entwicklung in den während der letzten beiden Kriegs) ahre rapide anschwellenden Fluchten der ausländischen Arbeiter.

*Fluchten von ausländischen Arbeitern 1943*⁸³

Februar 1943	20353
März	27179
April	27172
Juni	30000
Juli	38 000
August	45000
Dezember	46000
Monatsdurchschnitt	ca. 33000

Nun wurde der grösste Teil der «Geflüchteten» bald wieder «aufgegriffen» – auch deshalb, weil die Behörden jeden Ausländer, der nicht im Betrieb oder Lager erschien, als «geflüchtet» meldeten, auch wenn er nur für einige Zeit verschwunden war oder obdachlos in den Trümmern der durch einen Luftangriff zerstörten Innenstadt herumirrte. Aber vielen gelang es doch, entweder in ihr Heimatland zurückzukehren oder – in der Mehrzahl der Fälle – auf diese Weise das Lager, den Betrieb oder die Stadt zu wechseln.⁸⁴

Auch die Arbeitsfluchten waren vorwiegend individuelle Aktionen vieler einzelner – aber sie hatten eine nicht unerhebliche Desorganisation des «Ausländereinsatzes» zur Folge. Die Fluchten waren zusammen mit den verschiedenen Formen von «Arbeitsbummelei» die wichtigsten und wirksamsten Formen von Opposition und Aufbegehren gegen die Zwangsarbeit.

Organisierter politischer Widerstand der Ausländer hingegen hatte solange keine Aussicht auf Erfolg, wie die Stärke und Schlagkraft der Gestapo einerseits, die Loyalität der deutschen Bevölkerung zum Regime andererseits so gross waren, wie dies mindestens bis zum Frühjahr 1943 der Fall war. Erst danach gab es – in Parallele zur Entwicklung des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus⁸⁵ – erste Hinweise auf organisierte und explizit politische Widerstandstätigkeit unter den ausländischen – und hier vor allem unter den sowjetischen – Arbeitskräften.⁸⁶

Die deutschen Niederlagen im Osten im Winter 1942/43 waren das Signal für verschiedene Gruppen von sowjetischen Antifaschisten, nunmehr an den Aufbau regelrechter Widerstandsgruppen zu gehen. Die wichtigste von ihnen war die «Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen» (BSW) – die grösste und am besten organisierte Widerstandsbewegung von Ausländern, die die Gestapo während des Krieges überhaupt aufgedeckt hat.⁸⁷ Ausgehend von einer kleinen Gruppe im illegalen Kampf geschulter sowjetischer kriegsgefangener Offiziere breitete sich die BSW bis zum Mai 1943 vor allem in Süddeutschland

hus und verfügte in vielen Lagern für sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter über Kontaktleute. Nach dem klassischen Typus illegaler Parteiorganisationen von oben gegründet, zentralistisch von Offizieren und politischen Kommissaren geführt und programmatisch linientreu, mit Statuten, Beitragszahlungen und Vertretersystem, orientierte sie politisch auf den Massenaufstand der Ausländer, um das NS-Regime von innen zu stürzen. Ihre Praxis aber bestand vor allem aus Fluchthilfe und Ausübung von Druck auf deutsche Lagerleiter und Betriebsführer zur Verbesserung der Lebenssituation der Gefangenen und Zivilarbeiter. Ihre zentralistische Organisationsstruktur aber ermöglichte es den NS-Behörden schon im Sommer 1943, nachdem sie einmal eine Spur aufgenommen hatten, die gesamte Organisation in relativ kurzer Zeit aufzurollen und zu zerschlagen.

Dies war bei dezentral arbeitenden Gruppen viel schwieriger, vor allem wenn sie in die informelle Substruktur unter den Ausländern integriert waren. Solche Gruppen sind seit dem Frühjahr 1944 in zunehmendem Masse feststellbar. Der Sicherheitsdienst (SD) der SS meldete dazu im Frühjahr 1944:

«Das Vordringen der sowjetischen Armeen, die Ereignisse in Italien und nicht zuletzt die Terror angriffe auf deutsche Städte bewirkten bei den im Reich befindlichen Ostarbeiter(innen) eine Stärkung ihres Selbstbewusstseins. Dieser sich immer mehr vollziehende Stimmungsumschwung erwecke bei den Ostarbeitern die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in ihre Heimat und löse in steigendem Masse Gedanken an einen aktiven Kampf gegen die Deutschen aus.»⁸⁸

Seit dieser Zeit stellte die Gestapo in fast allen grösseren Städten des Reichs organisierte Widerstandsgruppen vor allem unter den sowjetischen Arbeitern fest, deren Zahl zum Sommer hin stark anwuchs. Der Kern der Aktivitäten solcher Gruppen lag vor allem in der Vorbereitung und Hilfe zur Flucht, der Beschaffung illegaler Papiere, der Versorgung der Kranken, der Organisation von Lebensmitteln, der Enttarnung von Spitzeln usw. Zwar wurde in vielen der von der Gestapo aufgefundenen Programme auch die Beschaffung von Waffen genannt. Tatsächlich aber wurden bei diesen Organisationen und Komitees Waffen nicht gefunden – Indiz dafür, dass die Programmatik der Vorbereitungen von Aufruhr und Aufständen eher ein Fernziel markierte, während im Frühjahr 1944 Festigung und langsame Verbreiterung der Organisationen im Vordergrund standen.

Über die meisten dieser Organisationen ist wenig bekannt: Die Berichte der Gestapo nach der Aufdeckung der Gruppen und der Verhaftung der Mitglieder sagen über den tatsächlichen Umfang der Tätigkeiten der Widerstandskämpfer nur selten etwas aus. Bemerkenswert ist aber, dass solche Zusammenschlüsse sowjetischer Arbeiter im gesamten Reichsgebiet zu verzeichnen sind. Insgesamt liegen für die Zeit von März bis September 1944 Berichte über derartige Widerstandsgruppen sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter aus 38 Städten vor, mit insgesamt mindestens 2'700 Beteiligten bzw. Festgenommenen.

Misst man den Wirkungsgrad dieser Gruppen nicht an dem programmatischen Fernziel eines Massenaufstands, sondern an den bestehenden Bedingungen und

Möglichkeiten, so ist die erhebliche Zunahme und Ausweitung des antifaschistischen Widerstands der sowjetischen Arbeitskräfte im letzten Kriegsjahr unübersehbar, vor allem dort, wo er sich aus den unmittelbaren Lebens- und Arbeitsverhältnissen der ausländischen Arbeiter heraus entwickelte. Das bedeutete zwar eine Beschränkung auf kleinräumige Organisation und einen zumindest vorläufigen Verzicht auf überregionale Verflechtungen, sicherte aber stärker gegen frühzeitige Entdeckung und Zerschlagung. Die Verbindung zu deutschen Widerstandsgruppen, auf die die deutschen Sicherheitsorgane besonders argwöhnisch achteten, war zwar von vielen Gruppen beabsichtigt, ist aber nur in wenigen Fällen nachzuweisen. Insgesamt deuten Umfang und Verbreitung der Widerstandsaktivitäten unter den ausländischen, vor allem den sowjetischen Arbeitskräften im letzten Kriegsjahr darauf hin, dass in dieser Phase des Krieges hier das grösste aktive Widerstandspotential gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland überhaupt bestand. Für die deutschen Sicherheitsbehörden stellten darüber hinaus diese Gruppen insofern eine besondere Bedrohung dar, als zu Recht angenommen werden musste, dass sie bei der Masse der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen auf ein erheblich grösseres Mass an Sympathie oder Unterstützung rechnen konnten, als dies bei den deutschen Widerstandsgruppen kommunistischer oder sozialdemokratischer Ausprägung gegenüber der deutschen Bevölkerung der Fall war.

11. Vom Zwangsarbeiter zum «DP»

Die letzten Kriegswochen wurden vor allem für die in den grossen Städten lebenden Ausländer zum Inferno. In den am meisten zerstörten Städten, wie etwa in Köln oder im Ruhrgebiet, nahm die Zahl der obdachlosen, ohne Verpflegung und als «geflüchtet» geltenden umherirrenden Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen zu, in manchen Stadtteilen lebten viele Hunderte vorwiegend sowjetischer Arbeiter in den Ruinen der zerstörten Häuser. Es entstanden hier Zusammenschlüsse, «Banden», von Ausländern, die sich durch Diebstähle und Plünderung Lebensmittel zu besorgen versuchten und sich nun auch gewaltsam und bewaffnet der Verfolgung durch die Sicherheitspolizei erwehrten – bis hin zu regelrechten Feuergefechten mit der Gestapo, wie sie aus Köln überliefert sind.⁸⁹ Nun nahm die Zahl von Plünderungen seit Anfang 1945 auch bei Deutschen stark zu, häufig aber wurden Plünderungen generell den Ausländern zugeschoben. Die Sicherheitspolizei reagierte darauf mit exzessiver Gewalttätigkeit. Überall in den grossen Städten wurden ausländische «Plünderer» festgenommen und – seit das RSHA den unteren Gestapobehörden am 1.11.1944 das Recht auf selbständige Anordnung von Hinrichtungen delegiert hatte – oft auf der Stelle erschossen.⁹⁰ Als dann die Front nahte und sich die Gestapobeamteten aus dem Staube machten, kam es noch in letzter Minute zu Massenerschüssen.

So wurden zum Beispiel in Duisburg 67 Ausländer, vorwiegend Ostarbeiter, in den letzten Kriegstagen ermordet, in Essen 35, in Bochum 23, in Dortmund mehr als 200 – und wenige Tage, bevor die Amerikaner dort ankamen, wurden in Suttrop im Sauerland auf Anordnung des SS-Generals Kammler 208 Ostarbeiter – 129 Männer, 77 Frauen und 2 Kleinkinder – umgebracht. Zwar, so die Begründung Kammlers, sei es zu Plünderungen oder Ausschreitungen von Seiten der Ostarbeiter in dieser Gegend noch nicht gekommen, diese seien aber unbedingt zu erwarten, und dem müsse vorgebeugt werden.⁹¹

Dieser Blutausch der nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden in den letzten Kriegstagen, als der Untergang des «Dritten Reiches» schon unmittelbar bevorstand, zeigt, dass es gar nicht in erster Linie die «Taten» der obdachlosen Ostarbeiter, sondern geradezu ihre Existenz war, die als «Provokation» empfunden wurde; stellten die herumstreunenden Ausländer im Chaos der letzten Kriegsphase doch den Inbegriff all dessen dar, was der Nationalsozialismus bekämpfte. «Plündernde Ostarbeiter» waren auch die Erfüllung all jener rassistischen Ängste, die ihnen gegenüber seit Beginn des «Ausländereinsatzes» gehegt worden waren – endlich schien nun das einzutreten, was man immer vermutet hatte: «der Russe» als plündernder und mordender Bandit. Die «Plünderungen» der Ostarbeiter konnten so nicht nur von der unter deutschen Volksgenossen grassierenden Kriminalität ablenken, sondern auch das schlechte Gewissen über die Behandlung der Ausländer überhaupt und der sowjetischen Arbeitskräfte im Besonderen in den Jahren zuvor kompensieren, glichen sozusagen die ihnen gegenüber begangenen Untaten wieder aus und konnten somit bedenken- und gnadenlos «gerächt» werden.

Für viele Fremdarbeiter endete die Leidenszeit mit dem Einmarsch der alliierten Truppen nicht. Zwar gelang es den Alliierten, in kurzer Zeit die Verpflegung und Ernährung der vielen Millionen mit dem Sammelbegriff «Displaced Persons» (DPs) bezeichneten Ausländer, die sich bei Kriegsende in Deutschland aufhielten, sicherzustellen.⁹² Aber schon bei der Frage der Rückführung der «DPs» begannen die Schwierigkeiten: Die meisten Arbeiter aus dem Westen wurden schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Befreiung in die Heimat zurückgebracht – oder machten sich auf eigene Faust auf den Heimweg. Mit der Sowjetunion hatten die West-Alliierten schon auf der Konferenz in Jalta vereinbart, dass alle sowjetischen Staatsangehörigen unverzüglich in die UdSSR zurückzuschicken, zu «repatriieren» waren.

Ein nicht unerheblicher Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter aber stand bei den sowjetischen Behörden unter Kollaborationsverdacht – und dies betraf nicht nur die Angehörigen der «Wlassow-Armee», die auf deutscher Seite gekämpft hatten. Vielmehr gibt es Anzeichen dafür, dass der Kollaborationsverdacht pauschal einem Grossteil der Ostarbeiter und Kriegsgefangenen galt und dass es hier nach deren Repratriierung zu erheblichen Repressionen gekommen ist. Das weitere Schicksal der sowjetischen DPs liegt nach wie vor im

Dunkeln. Ausser Vermutungen und einigen Augenzeugenberichten über Erschiessungen gibt es nur wenig gesicherte Informationen über das weitere Schicksal der sowjetischen DPs.⁹³

Bis auf einige Zehntausend sind nach und nach alle DPs repatriert worden. Die Übriggebliebenen – unter ihnen viele Polen – versuchten zum Teil, nach Nordamerika auszuwandern; viele blieben aber auch als «heimatlose Ausländer» in Westdeutschland.

12. Herrenmensch und Arbeitsvölker

Der millionenfache Mord an den Juden geschah unter grosser Geheimhaltung, die Verbrechen an der polnischen und sowjetischen Bevölkerung geschahen weitab von Deutschland, irgendwo «im Osten» – wer wollte, konnte die Gerüchte darüber überhören oder verdrängen. Im Gegensatz dazu wurden die ausländischen Arbeitskräfte nicht ausgesondert und weggebracht, sondern nach Deutschland mitten in den Alltag der deutschen Bevölkerung hineindeportiert, und die Haltung der Deutschen entschied darüber, ob der «Ausländereinsatz» im Sinne der Regimeführung gelang. Bis zum Sommer 1940 wurde der Einsatz der Polen nur in den ländlichen Regionen des Reiches für die deutsche Bevölkerung spürbar. Wesentlich war dabei, dass es – anders als in der Frage der Kruzifixe in den bayerischen Schulen oder wenigstens z.T. auch bei der «Euthanasie» – Proteste gegen die Zementierung der Ungleichheit in den Polenerlassen, der Rechtsgrundlage für den Status des Herrenmenschen, weder innerhalb der Verwaltung noch in der Öffentlichkeit gegeben hatte. Dieser Prozess wurde seit dem Masseneinsatz von französischen Kriegsgefangenen seit dem Sommer 1940 noch beschleunigt. Durch die rapide Ausweitung des «Ausländereinsatzes», der im Herbst 1940 schon mehr als 2,5 Millionen Menschen umfasste und über die Landwirtschaft hinaus auch in Teilen der gewerblichen Wirtschaft von Bedeutung war, entstand die Grundlage für eine vertikale Arbeitsteilung zwischen Deutschland und den verschiedenen Gruppen von Ausländern. Da die niederen, schmutzigen und schlechter bezahlten Arbeiten zunehmend von Fremdarbeitern übernommen wurden, veränderte sich tendenziell die Sozialstruktur in der deutschen Arbeiterschaft: Diese Entwicklung ist bis Kriegsende immer stärker zu beobachten.

Hinzu kam ein neues Phänomen; gerade in der Phase der Blitzkriegseuphorie kamen die Initiativen zur Schlechterstellung der Ausländer häufig von unten. In der praktischen Erfahrbarkeit der eigenen Vorrechte und Besserstellung ihnen gegenüber wurden die deutschen Siege auch für den einzelnen Deutschen manifest und spürbar – und nach dem Sieg über Frankreich wuchs die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Regime insgesamt und auch zu seiner Ausländerpolitik an.

Mit dem Beginn des «Russeneinsatzes» stand die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Bewährungsprobe an. Zwar wussten auch die Behörden, dass ein rassistisch motivierter Russenhass und die Ablehnung des «Bolschewismus» in der Bevölkerung weiter verbreitet waren als die Zustimmung zum Nationalsozialismus, nach wie vor waren aber die Ängste vor einer Solidarisierung der Deutschen mit den sowjetischen Arbeitern gross.

Generell kann man feststellen, dass durch die ständig ausgeweitete Organisation sowohl des Arbeitseinsatzes selbst wie des Kontroll- und Repressionsapparats die Zahl der darin integrierten und aktiv beteiligten Deutschen kontinuierlich grösser wurde; sei es in der Lagerverwaltung, beim Werkschutz oder beim Ausländer-Bespitzelungssystem der Partei. Nicht nur durch die sehr häufig berichteten Fälle von Korruption und Übervorteilung der Ausländer in den Lagern, sondern schon allein durch den massenhaften Aufstieg vieler Deutscher in Vorgesetztenfunktionen gegenüber den ihnen untergebenen Ausländern hat diese Einbeziehung in die nationalsozialistische Arbeitseinsatzorganisation entsolidarisierend gewirkt.

Innerhalb des Produktionsablaufs in den Betrieben waren die Verhältnisse zwischen Deutschen und Ausländern hingegen komplizierter und vornehmlich durch die vom Produktionsprozess unmittelbar vorgegebenen Strukturen gekennzeichnet. Die Beziehungen der Deutschen zu den ausländischen Arbeitern waren hier in starkem Masse von deren fachlicher Qualifikation und Arbeitsleistung bestimmt. Auf der anderen Seite belegen viele Fälle vor allem aus dem Bergbaubereich, dass auch die deutsche Arbeiterschaft durchaus nicht dagegen immun war, sich an Misshandlungen vor allem der sowjetischen Arbeiter zu beteiligen, wenn auch hierfür in der Mehrzahl der Fälle Vorarbeiter, Meister und Werkschutzleute verantwortlich waren.

Nach Stalingrad und dem Beginn der Grossangriffe der alliierten Bomberflotten kamen neue Aspekte hinzu. Bei Teilen der Bevölkerung führten die relativ hohen Arbeitsleistungen und überhaupt der Kontakt mit den sowjetischen Arbeitskräften zu Aufweichungen des Bildes von Russland und «den Russen». Daneben aber radikalisierte sich das Verhalten vieler Deutscher seit den Bombenangriffen. Wut und Erbitterung über die Auswirkungen des Luftkrieges wie generell über die drohende Niederlage fanden in den Ausländern, wie häufig berichtet ist, oft genug Objekte der Entladung.

Aber nicht so sehr in den Misshandlungen und oft kleinlichen Diskriminierungen und Schikanen gegenüber den Fremdarbeitern liegt die auch langfristig folgenreiche politische Bedeutung des «Ausländereinsatzes» für die deutsche Bevölkerung und die deutsche Arbeiterschaft. Vielmehr erwies sich, dass ein nach rassistischen Kriterien hierarchisiertes Modell einer nationalsozialistischen Gesellschaft funktionieren konnte; dass eine solche, nach ganz atavistisch anmutenden Wertsetzungen organisierte Gesellschaft durch Terror gegenüber den Angehörigen «niederer» Rasse oder Nationalität und durch sichtbare Bevorteilungen der

Angehörigen des deutschen Herrenvolkes die sozialen Spannungen innerhalb der Klassenstruktur der deutschen Gesellschaft in ihrer Bedeutung hinter den nationalen bzw. «rassischen» Unterschieden wenn nicht bedeutungslos machen, so doch erheblich entschärfen konnte.

Die Berichte über Misshandlungen von Ausländern in den Betrieben sind dabei nur zugespitzter und in der Regel nicht einmal typischer Ausdruck dieser Entwicklung. Die meisten Deutschen zeigten am Schicksal der Ausländer wenig Interesse. Die Ausländer waren da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelmarken oder Luftschutzbunker. Die Diskriminierung der Arbeiter aus Osteuropa wurde dabei ebenso als gegeben hingenommen wie die Kolonnen halbverhungelter Menschen, die täglich durch die Strassen der Städte in die Fabriken marschierten. Auch die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber war nichts Erstaunliches, nichts, worüber man sich Gedanken machte – eben das aber machte das Funktionieren des nationalsozialistischen Arbeitereinsatzes aus: dass die Praktizierung des Rassismus zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde.

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik haben die Fremdarbeiter bislang eine höchst marginale Rolle gespielt, in den Erinnerungen Älterer an die Zeit des Zweiten Weltkrieges tauchen sie hingegen häufig, meist aber eher als beiläufige Selbstverständlichkeit auf, sind im Gedächtnis nicht bei Krieg, Nationalsozialismus oder NS-Verbrechen sortiert, sondern eher unter «Privates», das mit Krieg und Nazismus gar nicht in unmittelbarem Zusammenhang zu stehen scheint; und es wird durchaus nicht als etwas NS-Spezifisches betrachtet, dass während des Krieges Ausländer in so grosser Zahl in Deutschland arbeiteten. Der «Arbeitseinsatz» der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen in Deutschland hat in der westdeutschen Öffentlichkeit gewissermassen nicht den Status des Historischen als etwas Besonderem, als etwas, das Geschichte gemacht hat. Das hat seine Entsprechung in der wissenschaftlichen Behandlung des Themas. In der vorliegenden Literatur konkurrieren – etwas vergrößert – zwei Interpretationsansätze des «Fremdarbeitereinsatzes» miteinander, die für die jeweiligen Wahrnehmungen und Fragehaltungen aussagekräftig sind. Die Beschäftigung von Ausländern im «Dritten Reich» wird zum einen in der Tradition und Kontinuität der «normalen» europäischen Arbeitermigration beschrieben und als vorwiegend sozialtechnisches Problem behandelt, während «Ausschreitungen» als aus der Natur des Krieges entstandene Sonderfälle begriffen werden. Das entspricht nach wie vor der offiziellen Lesart etwa bei den Entscheidungen der Gerichte bei Entschädigungsanträgen ehemaliger Fremdarbeiter. Demgegenüber wird der «Ausländereinsatz» von links häufig auf das Schreckbild des Sklavenarbeitsprogramms reduziert, mit der Behandlung der KZ-Insassen auf eine Stufe gestellt (oder sogar verwechselt) und als unablässige Folge von Demütigung, Misshandlung und Verbrechen beschrieben. Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte. Die Schwierigkeit besteht

vielmehr darin, diese beiden Wahrnehmungsformen so aufeinander zu beziehen, dass die Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Ausländerpolitik wie das Leben der Fremdarbeiter in Deutschland in den Blick kommt, ohne dass die Differenzierung alle Konturen verwischt. Dann aber entsteht ein Bild vom Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter in Nazideutschland, bei dem zum einen unmenschliche und widerwärtige Brutalitäten den Eindruck einer fremden Zeit in einem fremden Land entstehen lassen, zum anderen die Praxis des Arbeitsalltags in den Fabriken und die Formen des Umgangs zwischen Deutschen und Ausländern in manchem verblüffend nahe und vertraut wirken und sich oft nur wenig von auch heute feststellbaren Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik zu unterscheiden scheinen. Erst wenn die soziale Wirklichkeit in Nazideutschland aus ihrer Entrückung in eine weit entfernte, unwirklich scheinende Vergangenheit befreit wird und eine in vielem sehr nahe und vertraut wirkende und der Lebenswelt des Betrachters in manchem überraschend ähnliche historische Gesellschaft zum Vorschein kommt, gelingt es aber, die Repression, den Terror, die Verbrechen gegenüber den Ausländern zu dimensionieren – erst dann kann eine Vorstellung davon entstehen, was die Realisierung einer nach rassistischen Prinzipien aufgebauten sozialen Ordnung in einer modernen Gesellschaft bedeutet.

Anmerkungen

- 1 Die Anmerkungen zu diesem Überblick sind auf Zitarnachweise und Literaturangaben beschränkt; ich verweise insoweit auf die Verzeichnisse bei Ulrich Herbert: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin/Bonn 1985. Dieser Beitrag ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Kapitels von ders.: *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland, 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin/Bonn 1986.
- 2 Zur Literatur vgl. Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 11-23; in der Bundesrepublik wird in entsprechenden bibliographischen Hinweisen nach wie vor auf die ältere Studie von Hans Pfahlmann: *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945*, Darmstadt 1968, verwiesen, obwohl diese Arbeit sich vorwiegend mit der technischen Seite des «Ausländereinsatzes» beschäftigt und dabei der Sichtweise der nationalsozialistischen Behörden zum Teil recht nahe ist. Die nur in englischer Sprache erschienene Arbeit des amerikanischen Historikers Edward L. Homze: *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967, hingegen ist nach wie vor ein guter Überblick, obwohl die Situation der sowjetischen Arbeitskräfte dabei nur am Rande behandelt wird. In der DDR hat die Erforschung des «Ausländereinsatzes» im Nationalsozialismus wesentlich früher begonnen; eine Gesamtdarstellung fehlt aber. Ausführliche Passagen über die Geschichte der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen enthalten die beiden Bände von Dietrich Eichholtz: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, Bd. 1: 1939-1942, Berlin (DDR) 1971, Bd. 2: 1941-1943, Berlin (DDR) 1985, sowie die sechsbändige Gesamtdarstellung «Deutschland im zweiten Weltkrieg», von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, 6 Bde, Köln 1974-1985. Von den einzelnen nationalen Gruppen unter den Fremdarbeitern ist die Geschichte der polnischen Arbeitskräfte am besten erforscht. Grundlegend ist dabei die ältere und für die weitere Forschungsentwicklung sehr bedeutsame Arbeit von Eva Seeber: *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft*. Die

Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement 1939-1945, Berlin (DDR) 1964. In jüngster Zeit sind hierzu auch in der Bundesrepublik neuere Arbeiten erschienen: Diemut Majer: «Fremdvölkische» im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981, die vorwiegend die nationalsozialistische «Rechtsgebung» gegenüber den «Fremdvölkischen» behandelt, sowie Christoph Schminck-Gustavus: Zwangsarbeit und Faschismus. Zur «Polenpolitik» im «Dritten Reich», in: Kritische Justiz, 13 (1980) S. 1-27 und 184-206; ders.: NS-Justiz und Besatzungsterror. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik im besetzten Polen 1939-1945, in: N. Paech, G. Stuby (Hg.): Wider die «herrschende Meinung». Beiträge für Wolfgang Abendroth, Frankfurt a.M./ New York 1982, S. 13-50. Bei Jochen August: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfSG) XXIV, (1984) S. 305-354, wird vor allem die Vorgeschichte des «Poleneinsatzes» behandelt. Eine neuere Untersuchung der Geschichte der «Westarbeiter» fehlt; für Frankreich ist hinzuweisen auf Jacques Evrard: La déportation des travailleurs français dans le IIIe Reich, Paris 1972; für Holland auf B. A. Sijes: De arbeidinzet. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland, 1940-1945, s'Gravenhage 1966.

Zur Geschichte der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Privatwirtschaft gibt es wichtige neue Untersuchungen: Rainer Fröbe u.a.: Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges, 2 Bde, Hildesheim 1985 – eine umfassende Untersuchung der Vorgeschichte des Arbeitseinsatzes von KZ-Häftlingen, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen und der Beziehung zwischen Privatindustrie und SS an dem wichtigen Hannoveraner Beispiel; sowie: Ludwig Eiber (Hg.): Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945, Hannover 1985; und die Schriftenreihe «Dachauer Hefte», deren Bd. 2 sich ausführlich mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigen wird.

Die Geschichte der Ostarbeiter ist v.a. bei Herbert, Fremdarbeiter, behandelt, sowjetische Literatur dazu fehlt. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland ist untersucht bei Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978, sowie von Alfred Streim: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa», Karlsruhe 1981. Wichtig für den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kontext des «Ausländereinsatzes» sind Waclaw Dlugoborski (Hg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, und die Arbeit von Wolfgang F. Werner: Bleib übrig! Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983. Zur Geschichte der weiblichen Arbeitskräfte aus dem Ausland gibt es bisher keine Untersuchungen, verwiesen sei aber auf die Arbeit von Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Untersuchungen zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1985, die dabei auf das Schicksal der Zwangsarbeiterinnen in einigen Kapiteln ausführlicher eingeht. Zur Geschichte der Politik der Alliierten gegenüber den «Displaced Persons» vgl. Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985; eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu diesem Komplex fehlt. In unterschiedlicher Perspektive mit den Erinnerungen an den nationalsozialistischen «Ausländereinsatz» befassen sich: Christoph Schminck-Gustavus (Hg.): Hungern für Hitler, Reinbek 1984, der Erinnerungen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter zusammengestellt und durch Archivalien ergänzt hat, Das Heimweh des Walerjan Wrobel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42, aufgezeichnet von Christoph U. Schminck-Gustavus, Berlin/Bonn 1986, sowie Ulrich Herbert: Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: L. Niethammer (Hg.): Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983, S. 233-266. Schliesslich sei auf einige belletristische Verarbeitungen des Themas hingewiesen: Heinrich Böll: Gruppenbild mit Dame, Köln 1971; Rolf Hochhuth: Eine Liebe in Deutschland, Reinbek 1978; Krystyna Nowakowska: Das Brot der Feinde, Wien 1971; Kurt Ptačnik: Jahrgang 21, Berlin 1957; Luce d'Eramo: Der Umweg, Reinbek 1981; Vitalij Sjomun: Zum Unterschied ein Zeichen, München 1978; Josef Winkler: Die Verschleppung, Frankfurt 1984.

- 3 In einem Programmheft des WDR-Hörfunks z. B. wurde im Ankündigungstext zu einer Sendung über einen Entschädigungsfall eines ehemaligen tschechischen Fremdarbeiters von »7 Millionen Todesopfern« des nationalsozialistischen »Ausländereinsatzes« gesprochen, und der in einem Interview zu Wort kommende Tscheche zu »einem der wenigen Überlebenden« erklärt (WDR 3, April 1985, S. 39). In solchen Aussagen zeigt sich, wie leichtfertig heute zuweilen mit Zahlen über Opfer des nationalsozialistischen Terrors umgegangen wird — hier kommt es auf ein paar Millionen Tote mehr oder weniger gar nicht an, moralische Empörung wird quantitativ ausgemessen, ein Interesse an der Auseinandersetzung mit historischer Wirklichkeit besteht nicht.
- 4 Zum Folgenden vgl. Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, S. 78-99; sowie Hans-Erich Volkmann: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Wilhelm Deist u.a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1), Stuttgart 1979, S. 177-370.
- 5 Vgl. Timothy W. Mason: Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930-1940. Wohlfahrt, Arbeit und Familie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 6, Frankfurt a.M. 1976, S. 118-193.
- 6 Göring am 11.2. 1937, BA R 43 II/355, Bl. 12.
- 7 Friedrich Syrup: Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe, Berlin 1936, S. 95.
- 8 Monatsberichte der Reichstreuhänder der Arbeit für den Monat März 1937, zit. n. Mason, Arbeiterklasse, S. 306.
- 9 Nach: Stat. Jb. d. Dt. Reiches, Jg. 1923-1937.
- 10 Vgl. Knut Dohse: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein/Ts. 1981, S. 85-118.
- 11 Vgl. Volkmann, NS-Wirtschaft, S. 362 f.
- 12 Dazu Walter Stothfang: Zusätzliche Maßnahmen zur Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften, in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, 5 (1938) S. 55-60.
- 13 Max Timm: Der Einsatz polnischer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft, in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, 7 (1940) S. 54-58.
- 14 Friedrich Syrup: Der Arbeitseinsatz in Deutschland im Jahre 1938, in: Soziale Praxis, H. 3/1939, S. 131-136, hier S. 131.
- 15 Vermerk im Wirtschafts- und Rüstungsamt im OKW (WiRüAmt) v. 22. 11. 1937, BA/MA RW 19 WI/IF 5/1228, Bl. 420 f.; Vermerk v. 7. 12. 1937, ebd., Bl. 419; vgl. Syrups Erfahrungsbericht »Arbeitseinsatz Kriegsgefangene im Weltkrieg« v. 9. 5. 1938, ebd., Bl. 403-406.
- 16 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 36 ff., 65; sowie Jochen Lehmann: Ausländerbeschäftigung und Fremdarbeiterpolitik im faschistischen Deutschland, in: Klaus J. Bade: Auswanderer — Wanderarbeiter — Gastarbeiter, Ostfildern 1984, Bd. 2, S. 558-583, v.a. S. 574 ff., der die Position der DDR-Historiographie vertritt, die Planungen hätten schon früher begonnen.
- 17 Vgl. August, a.a.O., S. 326 ff.; Seeber, S. 98 ff.; Wacław Długoborski, Czesław Madajczyk: Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Friedrich Forstmeier, Hans-Erich Volkmann (Hg.): Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, Düsseldorf 1975, S. 375-416, hier S. 400 ff.
- 18 Erlaß Görings über »Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung« v. 16. 11. 1939, zit. n. Akten des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht Berlin, Ermittlungsverfahren gegen Baatz u.a., (GStAB), 1 Js 4/64, Dok. B 5.
- 19 Richtlinien Franks v. 25. 1. 1940, Dok. PS 1375, IMT, Bd. 27, S. 202.
- 20 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 82-90.
- 21 Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Jg. 1939 und 1940.
- 22 Himmler vor dem Stellvertreter des Führers und Gauleitern am 29.2. 1940, in: Heinrich Himmler: Geheimreden 1933-1945 und andere Ansprachen, Frankfurt, Wien, Berlin 1974, S. 134.
- 23 Analyse der entsprechenden Bestimmungen und Erlasse auf der Grundlage der in den polnischen Sammelbänden »Documenta occupationis«, Bde. IX u. X abgedruckten Dokumente bei Schminck-Gustavus, Zwangsarbeit.
- 24 Herbert, Fremdarbeiter, S. 79 ff.; die Schicksale eines polnischen Arbeiters und einer deutschen Frau, die wegen »GV (= Geschlechtsverkehr)-Verbrechen« verurteilt wurden, hat Rolf Hochhuth in seinem Roman »Eine Liebe in Deutschland« dargestellt.
- 25 Hans Küppers, Rudolf Bannier: Das Arbeitsrecht der Polen im Deutschen Reich, Berlin 1942, S. 88.
- 26 Vgl. etwa Anordnung des Reichsarbeitsministers (RAM) v. 5.10.1941, Reichsarbeitsblatt (RABl) 1941, S. 1448; Seeber, S. 181.

- 27 Meldungen aus dem Reich, hg. v. Heinz Boberach, Herrsching 1984, 20. 11. 1939, Bd. 3, S. 476.
- 28 Eberhard Jäckel: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 223.
- 29 Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen nach Branchen, Ende Dezember 1940:
Gesamtzahl der in Arbeitsstellen
eingesetzten Kriegsgefangenen 1 178 668
davon in der Landwirtschaft 637 209 (54 %)
im Bergbau 23 627 (2 %)
im Baugewerbe 276 799 (23,3 %)
in sonstigen Bereichen 231 033
- nach: Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Nr. 3, v. 5. 2. 1941, S. 11.
- 30 RAM an Göring, 13. 11. 1940, BA R 41/165, Bl. 263.
- 31 Denkschrift Eggeling nach der Sitzung am 20. 7. 1940 im Verbindungsstab Berlin, 3. 8. 1940, BA NS 6/322, S. 24-33; vgl. auch die Denkschrift »Die Polen im Ruhrgebiet« des Fachamtes Bergbau der DAF, 10. 8. 1940, Staatsarchiv Münster (StAM) OP 5067.
- 32 Max Letsch: Der Einsatz gewerblicher ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland, in: RABl, 21. 1941, S. V 42-45.
- 33 Zum Folgenden s. Herbert, Fremdarbeiter, S. 79 ff., 122 ff., 244 ff.
- 34 RdErl. der Landesbauernschaft Karlsruhe, 6. 3. 1941, Dok. EC 68, IMT Bd. 36, S. 132.
- 35 Eine Übersicht über bisher bekanntgewordene Hinrichtungen polnischer und sowjetischer Arbeiter außerhalb von Lagern bei GStAB, Sachstandsvermerk 1 Js 4/64, S. 359-411; Berichte über öffentliche Hinrichtungen von polnischen Fremdarbeitern in den Meldungen der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, z. B. Braunschweig 11. 7. 1940, BA R 22/3357; Jena 30. 9. 1940, BA R 22/3369; Hamm 7. 11. 1940, BA R 22/3667; Bochum 20. 6. 1941, BA R 22/3367.
- 36 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 112-115.
- 37 Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft v. 23. 5. 1941, Dok. EC 126, IMT Bd. 36, S. 135.
- 38 Streit, Keine Kameraden, S. 79, auch zum Folgenden.
- 39 Befehl der Abteilung Kriegsgefangene des OKW v. 16. 6. 1941, BA/MA RW 4/v. 578, Bl. 95.
- 40 Befehl Hitlers vom 31. 10. 1941 als Erlaß des Wehrmachtsführungsstabes des OKW, Dok. EC 194, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall VI, Anklagedokumentenbuch 67. Der Erlaß war von Keitel unterzeichnet. Erlaß Görings v. 7. 11. 1941, Dok. PS 1193, IMT Bd. 27; S. 56 ff. und Dok. PS 1206, ebd., S. 65 ff.
- 41 Vortrag Mansfeld am 19. 2. 1942, Aktenvermerk WiRüAmt, Dok. PS 1201, GStAB 1 Js 4/64, Dok. II. 11, Hervorhebungen i. O.
- 42 Dazu Dietrich Eichholtz: Die Vorgeschichte des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin (DDR) 1973, S. 340-383; Herbert, Fremdarbeiter, S. 149-152.
- 43 Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei (RFSS) v. 20. 2. 1942, »Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten«, an die höheren Verwaltungsbehörden, in: Allgemeine Erlaßsammlung des RSHA und RFSS (= AES), BA, Rd 19/3, Teil 2 A III f., S. 37-41; »Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten« d. RFSS v. 20. 2. 1942, AES, Teil 2, A III f., S. 24-35; Erlaß d. RFSS an alle Stapo(leit)stellen v. 20. 2. 1942, ebd., S. 15-23; vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 154 ff.
- 44 Erl. d. RFSS an alle Stapo(leit)stellen, 20. 2. 1942.
- 45 Heydrich am 3. 12. 1941, Konstituierende Sitzung des »Arbeitskreises für Sicherheitsfragen beim Ausländereinsatz«, Protokoll BA, R 16/162, Bl. 1. Der »Ausländer-Arbeitskreis« entwickelte sich in den Folgejahren zur Koordinierungszentrale des »Ausländereinsatzes«, soweit es »rechtliche« und polizeiliche Fragen anbelangte.
- 46 Vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 89.
- 47 Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 90 ff.
- 48 Bei Krupp in Essen z. B. waren am 1. 1. 1941 937 Ausländer beschäftigt, zwei Jahre später waren es 24 792; ebd., S. 191.
- 49 Erst seit Oktober vermeldeten die Rüstungskommandos Wünsche der Rüstungsindustrie nach sojwjetischen Arbeitskräften: »Die Arbeitseinsatzlage ist so katastrophal, daß selbst auch Rüstungs-

betriebe sich danach drängen, sogar sowjetische Kriegsgefangene einzusetzen, wo sich eben die Möglichkeit durch geschlossenen Einsatz bietet.» (Rüstungskommando Essen, 14.10. 1941, Kriegstagebuch; BA/MA, RW 21-18/6, Bl. 223.)

50 Protokoll der Sitzung v. 19.11.1941, BA, R 13 1/373.

51 Eichholtz, a.a.O., Bd. 1, S. 89.

52 So das Armee-Oberkommando 2 an die Heeresgruppe B, o.D. (Frühjahr 1942), teilw. abgedr. b. N. Müller (Hg.): Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR. Dokumente, Köln 1980, S. 293 f.

53 Bericht der Auslandsbrief-Prüfstelle Berlin über die in der Zeit vom 11.9. bis 10.11.1942 ausgewerteten Briefe aus den besetzten Ostgebieten, Dok. 018 PS, IMT Bd. 25, S. 77 f.

54 Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in verschiedenen Wirtschaftszweigen, August 1944, in 1 000.

	Landwirt- schaft	Bergbau	Metall	Chemie	Bau	Verkehr	insgesamt
Zivilarbeiter	723	93	752	85	78	158	2162
Kriegsgefangene	138	160	130	8	32	47	631
insgesamt	862	253	883	93	110	205	2758
in%	28,5%	8,3%	29,2%	3,7%	3,6%	6,8%	100%

(nach: Der Arbeitseinsatz im Grossdeutschen Reich, Nr. 10, v. 31.10.1944.)

55 Vgl. Joachim Hoffmann: Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: Horst Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4), Stuttgart 1983, S. 752-757.

56 Stimmungsbericht des Militärverwaltungschefs in Frankreich über die Anwerbungen vom 10.10. bis 9.11.1942, BA, R 41/267, Bl. 240; vgl. Evrard (Anm. 2), S. 41 f.

57 Fried. Krupp AG Essen an Rüstungskommando Essen, 2.4.1942, BA/MA, RW 19 WI/IF 5/176, Bl. 79.

58 Schreiben d. Kruppschen Lokomotiv- und Wagen-Fabrik an Krupp-Hauptverwaltung, 25.2. 1942, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall X, Dok. D 164, B 45; als Dok. D 361 auch in IMT Bd. 35, S. 78.

59 Vgl. etwa Bericht der Mitteldeutschen Motorenwerke, Leipzig, 12.3.1942, IFZ MA 41; Bericht der Linke-Hoffmann-Werke Breslau v. 18.2.1942, Nbg. Dok. NI 5236; Bericht der IHK Hessen an die Reichswirtschaftskammer, 26.8.1942, BA, R 11/1241, Bl. 96 ff.

60 Wirtschaftlicher Lagebericht des Oberbergamtes Dortmund v. 31.8.1942, StAM Bergamt Dortmund A 4/48.

61 Direktorenbesprechung des Zechenverbandes Hibernia, 7.6.1944, Bergbau-Archiv Bochum 32/740.

62 Rundschreiben der Bezirksgruppe Steinkohlebergbau Ruhr an die Mitglieder, Nr. 43 v. 29.1.1943, BA R 10 VIII/56, Bl. 36 ff.

63 Bericht eines Bergmanns, geb. 1913, zit. in: «Kohle war nicht alles». Hochlarmarker Lesebuch, 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte, Oberhausen 1982, S. 180.

64 Vgl. Herbert, Apartheid nebenan.

65 Vgl. Wolfgang Bleyer: Staat und Monopole im totalen Krieg, Berlin (DDR) 1970, S. 78 ff.

66 Weibliche Erwerbstätigkeit während des Krieges in Deutschland in Mio.

	Beschäftigte deutsche Frauen		
	insgesamt	in der gewerb- lichen Wirtschaft	in % aller Beschäftigten
Mai			
1939	14,6	2,75	25,1
1940	14,4	2,66	26,5
1941	14,1	2,70	26,0
1942	14,4	2,60	26,0
1943	14,8	2,74	25,7
1944	14,8	2,70	25,0

nach: Rolf Wagenführ: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, Berlin 1955, S. 139 ff.

67 Zum Folgenden Herbert, Fremdarbeiter, S. 238 ff.

68 Vgl. Merkblatt über die »allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte«, das Ergebnis langer Verhandlungen der verschiedenen mit dem »Ausländereinsatz« beschäftigten Behörden über Veränderungen bei den Behandlungsvorschriften besonders der sowjetischen Arbeitskräfte; als Rundschreiben der Reichskanzlei v. 5. 5. 1943, Dok. 205 PS, IMT Bd. 25, S. 298 ff.; als Runderlaß des Chefs der Sicherheitspolizei (CDS) v. 11. 5. 1943 in AES 2 A III f., S. 120 ff.

69 Vgl. Herbert, a.a.O., S. 273 ff.

70 Nach: Matthias Odenthal: Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Rheinland und Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer und Kriegsgefangenen 1938-1943, Essen 1944, S. 63.

71 Zunahme der Zahl beschäftigter ausländischer Kriegsgefangener zwischen November 1942 und September 1944.

Ostarbeiter	+ 1 049 358	}	+ 1 193 382
Sowj. Kgf.	+ 144 024		
Polen			+ 377 863
Frzs. Zivilarbeiter	+ 511 903	}	+ 180 174
Frzs. Kgf.	- 331 729		
Holländer			+ 100 780
Belgier			+ 68 448
Ital. Zivilarbeiter	+ 88 644	}	+ 515 882
Ital. Kgf.	+ 427 238		
Sonstige			+ 31 655
Insgesamt			+ 2 468 184

nach: Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Jg. 1942-1944.

72 Zu den italienischen Arbeitskräften s. Herbert, Fremdarbeiter, S. 98 ff., 205 ff., 259 ff., sowie den Beitrag von Christoph Schminck-Gustavus in diesem Band.

73 So etwa im Bericht der Friedrich-Alfred-Hütte (Krupp) Rheinhausen an Rüstungskommando Essen, 29. 3. 1944, Fall X, Dok. N/K 15446; Bericht des Wehrkreisarztes Fromme (o.D.; Frühjahr 1944) an die Bezirksgruppe Steinkohlebergbau Ruhr vom 22. 6. 1944, BA, R 10 VIII/56, l. 58 f.; vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 259-262.

74 Beispiele bei Herbert, Fremdarbeiter, S. 201 ff.

75 OKW/Kgf., 12. 1. 1942, BA R 11/1240, Bl. 112. Das OKW hatte sogar einige Mühe, diese Maßnahmen ideologisch zu rechtfertigen. Die Richtlinien für eine verbesserte Behandlung der Gefangenen v. 18. 12. 1941 entschuldigte es mit der Feststellung: »Die vorstehenden Maßnahmen zur körperlichen Kräftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen sind zweckbedingt und berühren nicht die geistige oder politisch-weltanschauliche Einstellung der Sowjets an sich.« BA, R 11/1240, Bl. 102 (= Dok. R 78, IMT Bd. 38, S. 419.

76 Zu diesem Komplex s. Herbert, Fremdarbeiter, S. 201 ff.

77 Auf 1 000 Personen der deutschen Wohnbevölkerung entfielen während der gesamten Kriegszeit in Essen 77 Tote infolge von Luftangriffen; bei den Ausländern lag der Anteil bei 138; Schadensmeldungen beim Essener Polizeipräsidenten 28. 7. 1942 bis 29. 11. 1944, Nbg. Nachfolgeprozesse, Fall X, Dok., lhn Nr. 996, G 16.

78 Bericht des Kommandanten des Stalag VI A, Hemer, v. 2. 1. 1945, BA, R 10 VIII/56, Bl. 63.

79 Bei Krupp in Essen wurden allein durch die Bombenangriffe im März 1943 mehr als 13 000 Bettplätze in Ausländerlagern zerstört. Die bis Ende 1944 neu erbauten 22 000 Bettplätze reichten gerade aus, um die laufenden Zerstörungen auszugleichen und den Bestand bei etwa 12 000 zu halten (Anfang 1943 waren es 22 000 gewesen). Aussage Hahn v. 11. 6. 1947, Nbg. Nachfolgeprozesse, Fall X, Dok., lhn Nr. 134, G 16.

80 Bericht der Auslandsbrief-Prüfstelle Köln v. 4. 3. 1943, BA, R 41/268, Bl. 122.

81 Bericht der Auslandsbrief-Prüfstelle Berlin v. 3. 3. 1943, BA, R 41/268, Bl. 124.

82 Mitteilung des Ausländer-Referenten im RSHA, Hässler, am 16. 3. 1943, vor dem RSHA-Ausländer-Arbeitskreis, Protokoll ZAVO, GStAB 1 Js 4/64 Dok. C 30, S. 34 ff.

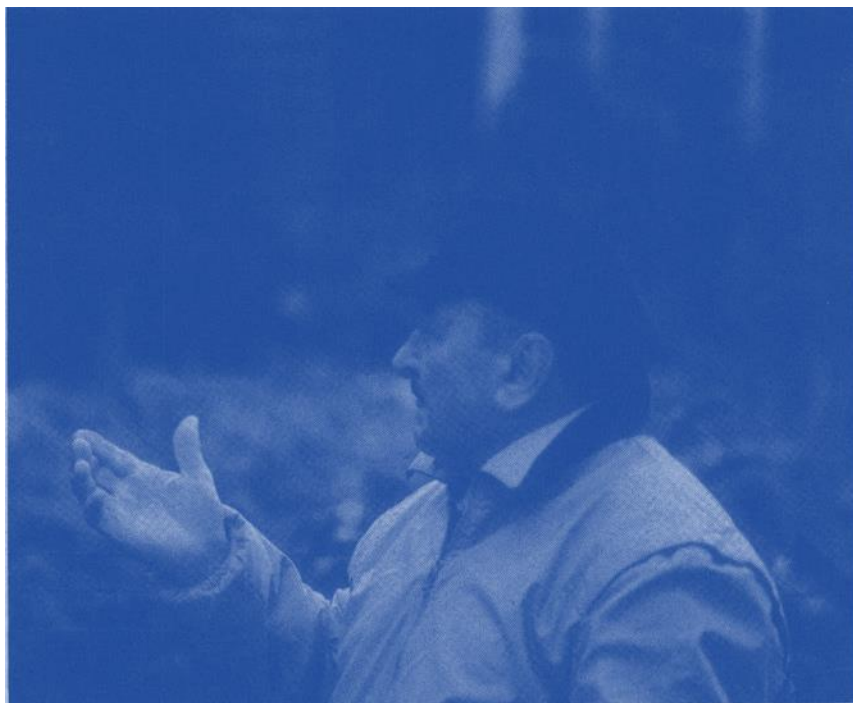
83 Nach: Aufstellung d. RSHA für Himmler vom Herbst 1943, BA R 58/1030, Bl. 221; Sitzung des RSHA-Ausländer-Arbeitskreises am 17. 6. 1943, am 30. 9. 1943 und am 13. 1. 1944, BA R 16/162; Deutschland im zweiten Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 3, S. 350 und Bd. 4, S. 363.

- 84 Dazu berichtete der schon erwähnte Hässler nach Kriegsende: «Nur ein geringer Teil der Fremdarbeiter hat versucht, durch Flucht in die Heimat zu gelangen. In der weitaus grösseren Zahl der Fälle versuchten die Fremdarbeiter, mit ihren innerhalb des Reichsgebiets eingesetzten Familienangehörigen zusammenzukommen, oder einen der beruflichen Vorbildung oder aus anderen Gründen besser entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, die luftgefährdeten Gebiete um jeden Preis zu verlassen, oder auch um sich durch Wechsel des Aufenthaltsorts der Verfolgung und Bestrafung wegen krimineller Handlungen zu entziehen.» Aussage v. 15.3.1948, Fall X, Dok. Bülow Nr. 537, D. 16.
- 85 Vgl. Detlev Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945, Wuppertal 1980.
- 86 Zum Folgenden vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, S. 288-292; Herbert, Fremdarbeiter, S. 296 ff.
- 87 Vgl. Josef A. Brodski: Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 12941-1945, Berlin (DDR) 1975, S. 226-368.
- 88 Meldungen aus dem Reich, 21.2.1944, Bd. 16, S. 6439.
- 89 Zum Folgenden s. Herbert, Fremdarbeiter, S. 327 ff.
- 90 RdErl. d. RFSS u. ChdDtP v. 1.11.1944, HStA Düss. RW 34-10.
- 91 Nach: Urteile des Landgerichts Hagen v. 17.11.1959, in: Adelheid L. Rüter-Ehlermann und C.F. Rüter (Hg.): Justiz und NS-Verbrechen, 22 Bde, Amsterdam 1969 ff., Bd. XVI Nr. 486; v. 5.6.1961, ebd., Bd. XVII, Nr. 508; v. 16.3.1962, ebd., Bd. XVIII. Nr. 530.
- 92 Dazu ausf. Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter (Anm. 2).
- 93 Zuverlässige Quellen gibt es dazu fast nicht; die Berichte von exilrussischen Autoren sind hingegen mit einiger Vorsicht aufzunehmen, vgl. etwa Anatoly Petrowsky: Unvergessener Verrat, München 1963, oder Nikolaj Tolstoy: Die Verratenen von Jalta, München, Köln 1977; aufschlussreich, weithin aber ebenfalls nicht seriös ist Nicholas Bethell: Das letzte Geheimnis. Die Auslieferung russischer Flüchtlinge an die Sowjets durch die Alliierten, Frankfurt, Berlin 1980. Vgl. dazu Herbert, Fremdarbeiter, S. 449, sowie Dietrich Beyrau: Solschenizyns «Archipel GULAG» und das sowjetische Lagersystem, in: GWU, 27, 1976, S. 538-565.

Herrenmensen und Badoglioschweine

Italienische Militärinternierte in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943-45

*Erinnerungen von Attilio Buldini und Gigina Querzé in Buldini aufgezeichnet von C. U. Schminck-Gustavus**



«Hier müsste das gewesen sein.» –Attilio Buldini auf der Suche nach der Stacheldraht- Umzäunung seines Lagers in Bremen. September 1981.

* Die folgenden Erinnerungen stützen sich auf Tonhandaufzeichnungen und Protokolle von Gesprächen mit Attilio Buldini, die ich zwischen 1981 und 1985 aufgenommen habe. Zahllose Details aus seinen Berichten über die Gefangenschaft haben bei Nachforschungen im Bremer Staatsarchiv und bei Ermittlungen in der Nachbarschaft der Lager ihre Bestätigung gefunden. Der Plan, die Geschichte seiner Odyssee gemeinsam aufzuschreiben, konnte nicht mehr verwirklicht werden. Am 21. Juni 1985 ist Attilio Buldini gestorben. Seinem Andenken ist diese Arbeit gewidmet.

«Fünf Tage lang hat die Fahrt in den Viehwaggon gedauert. Immer wieder stand der Zug auf der Strecke. Aber dann am fünften Tag hiess es plötzlich: 'Alles raus!' und 'Schnell, scheller!' Darussen war es kalt und regnerisch. Wir mussten in Kolonne antreten. 'Marsch, marsch!' Alles ging immer nicht schnell genug. Aber wir waren erschöpft von dem Hunger und Durst auf der Bahnfahrt, heruntergekommen und verdreckt von den Strapazen, verstört von der Angst vor dem, was noch kommen würde.

Irgendjemand hat den Namen des Bahnhofs entdeckt, auf dem sie uns ausgeladen hatten: Bremervörde. Das musste irgendwo im Norden von diesem Gross-Deutschland liegen. Ewig lang war der Zug durch flaches Land gefahren. Später merkten wir, dass die Nordsee nicht weit sein konnte. Bremervörde – das also war die 'Heimat'; sie hatten uns gesagt, dass wir nach Hause, in die Heimat entlassen werden, wenn wir nur unsere Waffen abliefern und uns den deutschen Fallschirmjägern ergeben würden. Wieso hätten wir das nicht glauben sollen? Wir wollten alle nach Hause. Gigina hat doch schon seit drei Jahren auf mich gewartet mit unserem Kind. Und die Deutschen, das waren doch angeblich unsere Verbündeten. Wieso sollten sie uns nicht nach Hause schicken?

'Abzählen! Marsch!' Unsere Kolonne, vorne und hinten von bewaffneten Posten bewacht, setzte sich in Bewegung. Als wir am Ortsrand an Wohnhäusern vorbeikamen, tauchten plötzlich kleine Buben auf, zehn oder zwölf Jahre alt; die warfen mit Steinen nach uns und haben uns angespuckt. Sie riefen einen Namen, den hatte ich noch nie gehört: 'Badoglio, Badoglio' und 'Schwein, Schweine'. Wer war das: Badoglio? Woher sollten wir wissen, wer Badoglio ist? Das haben wir erst am nächsten Tag im Lager, in Sandbosten erfahren.»

Der 8. September 1943

Der Zusammenbruch des faschistischen Systems in Italien vollzog sich etappenweise.¹ Nachdem die deutsch-italienischen Truppen am 13. Mai 1943 in Nordafrika kapituliert hatten, gelang den Alliierten die Landung auf Sizilien. Damit war der Angriff auf das Festland, der Vormarsch auf Rom greifbar nahe. Unter dem Druck der aussichtslosen militärischen Lage geriet die faschistische Führung in Panik. Mussolini musste den Gran Consiglio, den faschistischen Grossrat, einberufen, auf dem er niedergeschrien und überstimmt wurde. Am nächsten Tag zum König zitiert, teilte dieser ihm mit, er sei abgesetzt. Noch im Park der königlichen Villa wurde Mussolini verhaftet. Es war der 25. Juli 1943.

Die Nachricht von der Verhaftung des «Duce» löste im ganzen Land eine Welle der Begeisterung aus. Aus den Fenstern der öffentlichen Gebäude wurden Mussolini-Bilder und -Büsten geworfen und auf der Strasse verbrannt. Volksfest-Atmosphäre und eine Stimmung naiven Siegestaumels breiteten sich aus. Als neuen Regierungschef ernannte der König den Marschall Badoglio, der als erste Amtshandlung zwar die faschistische Partei, den Fascio, für aufgelöst erklärte, gleichzeitig aber ankündigte, Italien werde den Kampf an der Seite des «Grossdeutschen Reiches» fortsetzen. Dieses durchsichtige Manöver der Badoglio-Regierung setzte die deutsche Führung in den Stand, sich in aller Ruhe auf den erwarteten Abfall Italiens vorzubereiten. Als Badoglio dann sechs Wochen später



den Waffenstillstand mit den Alliierten verkündete, waren die deutschen Gegenmassnahmen bis ins Detail geplant: Rommel erhielt den Auftrag, die italienischen Verbände in Norditalien zu entwaffnen, die Alpenübergänge zu sichern und den Appennin als Barriere gegen die vorrückenden Alliierten zu halten. Deutsche Truppen besetzten Rom. Zu diesem Zeitpunkt waren der König und Badoglio bereits zu den Alliierten geflohen, die bei Salerno einen Brückenkopf gebildet hatten. Drei Tage später wurde in einer von der deutschen Propaganda aufgebauchten Fallschirmjäger-Aktion der «Duce» aus seinem Gebirgsgefängnis auf dem Gran Sasso befreit und ins Führerhauptquartier geflogen. Er blieb bis zum endgültigen Zusammenbruch Chef einer in Oberitalien gebildeten Marionettenregierung von deutschen Gnaden. Faktisch existierte Mussolinis neue «Repubblica Sociale Italiana» jedoch nur auf dem Papier. Nicht in Salo, dem neuen Sitz der Mussolini-Regierung am Gardasee, sondern im Führerhauptquartier wurde über das besetzte Land entschieden.

Die Entwaffnung der kriegsmüden italienischen Verbände durch deutsche Einheiten stiess nur ganz vereinzelt auf Widerstand.² Seit dem 25. Juli 1943 hatte die deutsche Wehrmachtsführung allein 17 Divisionen auf dem italienischen Festland zusammengezogen; 2 weitere Divisionen operierten auf den Mittelmeerinseln in der Ägäis? Der bis in alle Details vorbereitete Geheimplan «Alarich» sicherte den deutschen Angreifern schon in den ersten Stunden nach dem Bekanntwerden des Waffenstillstands die Eroberung aller Schlüsselpositionen. Millionen Flugblätter waren gedruckt und in Oberitalien abgeworfen worden; die deutsche Wehrmachtsführung rief die italienischen Soldaten darin auf, ihre Waffen «an den deutschen Verbündeten» abzuliefern und «nach Hause, zur Arbeit und in den Schoss der Familie» zurückzukehren. Die Hoffnung auf baldige Heimkehr machte die – von ihrer militärischen Führung weitgehend sich selbst überlassenen – Verbände blind. Von den 29 italienischen Divisionen, die am 8. September 1943 unter Waffen standen, waren allein 22 ohne Befehle. Es

blieb den Verbänden daher weitgehend selbst überlassen, wie sie sich gegenüber dem Ultimatum der deutschen «Verbündeten» verhielten. Die deutschen Truppen, die mit der Entwaffnung beauftragt waren, hatten Anweisung, nur im Falle eindeutiger kräftemässiger Überlegenheit einen Angriff zu wagen; bei eigener Unterlegenheit oder wenn das Moment der Überraschung nicht mehr ausgenutzt werden könne, sollten sie sich dagegen zunächst auf Verhandlungen einlassen und Verstärkung abwarten.⁴ Insgesamt verlief die Entwaffnung erfolgreich, weil die gründliche Vorbereitung schon in den ersten Stunden den Erfolg der Aktionen gesichert hatte. So berichtet ein Unteroffizier aus Mantua, die Kasernen der dortigen Garnison hätten von deutschen Soldaten nur deshalb eingenommen werden können, weil diese sich geheimer Eingänge bedienten, von deren Existenz die italienischen Mannschaften gar nichts wussten.⁵

Nur der italienischen Marine gelang die Flucht in den englischen Kriegshafen von Malta. Nachdem die italienische Seekriegsleitung einige Tage zuvor noch einen heroisch-selbstmörderischen Angriff auf die alliierten Flottenverbände im Mittelmeer erwogen hatte, war als nächster Schritt die Selbstversenkung der Schiffe geplant. Die Hoffnung auf weitere Verwendung unter alliierter Oberkommando wird die faschistische Admiralität dann vor diesem Schritt zurückgehalten haben. Von einem Schlachtschiff abgesehen, das deutsche Stukas versenkten, landete die gesamte italienische Kriegsflotte wohlbehalten in Malta. Gegenüber den gefangenen italienischen Soldaten entfesselte sich sofort ein lange aufgestaunter Hass. Die entwaffneten «Verräter» und «Badoglio-Schweine» bekamen jetzt den rassistischen Dünkel zu spüren, den Neid auf ihre angebliche «dolce far niente»-Mentalität; jetzt sollten sie es büssen, dass sie sich in dem längst

aussichtslos gewordenen Krieg auf die Seite des Stärkeren gestellt hatten und nicht mehr «mitmachen» wollten. So kam es zu brutalen Massakern an Wehrlosen, die sich nicht augenblicklich ergeben hatten und noch mit der Waffe in der Hand gefangengenommen worden waren. Italienische Verbände standen damals vor allem an der französischen Mittelmeerküste, auf dem Peleponnes und den griechischen Inseln, auf dem Balkan und in Kroatien.⁶

Vor allem italienische Inselbesetzungen lehnten die bedingungslose Kapitulation ab und leisteten Widerstand. Solche meist aussichtslosen Versuche haben wahllose Racheakte ausgelöst. Allein in Kephallonia wurden von der 9'000 Mann starken italienischen Inselbesatzung 4'000 Soldaten erschossen, weil sie sich nicht sofort ergeben hatten. Auch bei Gefangenentransporten ans Festland kam es wiederholt zu Metzelen. So haben die deutschen Begleitmannschaften nach einem englischen Fliegerangriff auf die Gefangenentransporter «Sinfra» und «Petrella» vor den Küsten Kretas Tausende von schiffbrüchigen italienischen Gefangenen mit MG-Salven im Meer ertränkt; sie selber hatten sich auf den deutschen Begleitbooten in Sicherheit gebracht: Notwehr-Exzess gegenüber «hinterlistigen Verrätern»? Oder Säuberungsaktion soldatischen Herrenmenschentums, das schon bei der Einäscherung kretischer «Widerstandsnester» ein-

schlägige Erfahrungen gesammelt hatte? Die Zahl der im Mittelmeer bei den Gefangenentransporten ertränkten italienischen Soldaten wird auf 25'000 geschätzt.⁷

Etwa 600'000 italienische Soldaten gerieten damals innerhalb weniger Tage in deutsche Gefangenschaft. Der «Blitzkrieg» gegen den ehemaligen Verbündeten war die letzte militärische Grosstat der deutschen Wehrmachtsführung. Schon am 19. September konnte Rommel nach Berlin berichten:

«1. Verlauf der Aktionen: Die mit der Kapitulation schlagartig einsetzenden eigenen Massnahmen erzielten in den ersten 24 Stunden den entscheidenden Erfolg dadurch, dass sie durch scharfes Zupacken eine einheitliche organisierte italienische Führung vereitelten. (...)

2. Ergebnis: Im Bereich der Heeresgruppe B wurden entwaffnet: 82 Generale, 13'000 Offiziere, 402'600 Unteroffiziere und Mannschaften. An wesentlichem Kriegsmaterial wurde sichergestellt: Geschütze verschiedenen Kalibers 1'138, Gewehre 386'990, (...) Pferde und Maultiere 4'053, Kriegsschiffe 35, Handelstonnage 385'600 BRT (fahrbereit).»⁸

In plombierten Viehwaggons mit der Kreideaufschrift «Badoglio-Italiener» wurden die italienischen Gefangenen nach Norden abtransportiert. Wenn auch italienische Generäle und Offiziere zu überführen waren, hängte man dem Transportzug noch einen Personenwagen an: pro Abteil zwei Generäle oder 6 Offiziere.⁹ Nicht alle kamen in den Lagern an; bis zu 17 Tage lang quälten sich die Transporte über Abstellgleise und Nebenstrecken bis in die polnischen Lager.¹⁰ Manche Gefangene starben bei Fluchtversuchen; andere verloren den Verstand.¹¹ Das Ziel der Transporte war klar: Schon vor ihrem Eintritt ins Lager sollten die «Badoglio-Truppen» zermürbt werden, um sie bereit zu machen, sich «freiwillig» zur Fortsetzung des Kampfes an der Seite von «Grossdeutschland» zu melden.

Die Gefangennahme

«Im September war unsere Einheit auf Elba stationiert. Wir hörten vom Waffenstillstand, aber was das bedeuten würde, war uns völlig unklar. Ob jetzt die Amerikaner auf der Insel landen oder die Deutschen kommen – wer sollte das wissen? Wir hörten, dass deutsche Schiffe angeblich schon kurz nach dem 8. September einen Landungsversuch gemacht hatten, von unserer Artillerie aber zum Abdrehen gezwungen worden waren. Nach ein paar Tagen quälender Ungewissheit hiess es plötzlich, deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Anscheinend verhandelten sie mit unseren Offizieren, und wir bekamen den Befehl, die Waffen abzuliefern. Mit 7'000 Mann waren wir auf Elba stationiert. Die Fallschirmjägereinheit bestand nur aus 250 bis 300 Mann: Und wir sollten uns auf solch eine Weise ergeben? Natürlich haben manche gezögert, die Waffen abzugeben, aber es ging das Gerücht, wir würden sofort nach Hause entlassen. Bis dahin hatten wir überhaupt noch keinen deutschen Soldaten gesehen. Auch unsere schweren Waffen – das waren Flugabwehrgeschütze und Artilleriekanonen – haben wir abgeliefert, nicht den Deutschen, sondern unseren eigenen Offizieren. Auch unser Kommandant hat seine Waffen abgegeben. Für uns war damit der Krieg vorbei. Wir wollten nach Hause.

Deutsche Soldaten haben wir erst bei unserer Einschiffung gesehen. Wir wurden auf grosse Schiffe, Truppentransporter, verladen. Da standen sie plötzlich mit Maschinengewehren im Anschlag und haben uns angeschrien: 'Los los, marsch marsch!' Als wir alle drin waren, passierten plötzlich noch ganz andere Sachen: die Deutschen fingen an, unsere Uhren abzunehmen, Goldkettchen vom Hals zu reissen, wenn einer eins hatte, und zu kontrollieren, ob wir Eheringe trugen. Alles musste abgegeben werden, und wehe einer versuchte, etwas zu verstecken. Das war der Moment, wo mir zum ersten Mal der Verdacht kam, dass hier noch einiges passieren könnte. Aber was sollte man machen, wir steckten in dem Transporter wie in einem Bunker gefangen. Und dann gab es auch Dolmetscher, die uns zuredeten: 'Nur ruhig Blut, keine Aufregung, jetzt geht's nach Hause.' Die meisten von uns haben sich beruhigt und gesagt: 'In Gottes Namen, sollen sie die Uhr behalten, wenn wir nur nach Hause kommen.' Etwas anderes hat uns überhaupt nicht interessiert. Nur nach Hause wollten wir.

Als wir am Festland ankamen, im Hafen von Piombino, sagten uns wieder die Dolmetscher: 'Nur keine Fluchtversuche! Wer flieht, wird erschossen.' Wie ernst das gemeint war, konnten wir schon bald merken: einer, der aus der Reihe rannte, wurde niedergeschossen. Sie brachten uns in das Fussballstadion von Piombino: ringsum eine hohe Mauer. Oben an den vier Ecken waren MGs postiert, die auf uns gerichtet waren. Wir sassen auf dem Spielfeld. Die Kameraden waren empört: 'Was soll das? Was ist hier los? Was wollen die mit den Maschinengewehren? Wir haben doch gar nichts gemacht? Was fällt denen ein? Wir wollen nach Hause!' und so weiter. Wieder sind die Dolmetscher gekommen und haben gesagt: 'Nur Ruhe, keine Aufregung, die machen doch gar nichts! Regt euch nicht auf, bloss keine Fluchtversuche!'

Wieder mussten wir warten, bis schliesslich das Kommando zum Abmarsch kam. Wir wurden auf den Bahnhof gebracht. Dort standen Viehwaggons bereit. 40 bis 45 Mann wurden in jeden Waggon gesteckt. Dann haben sie die Waggons von aussen verschlossen, und der Zug setzte sich in Bewegung. Natürlich gab es jetzt nur noch einen Gedanken: Flucht. Aber wie sollte man hier rauskommen? Der Zug fuhr nach Norden.»

«Scharfes Zupacken» – Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft

Nach dem Scheitern der Blitzkriegs-Strategie gegen die Sowjetunion und den ungeheuren Menschen- und Materialverlusten des Kriegswinters von 1941/42 wurde der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel zum «Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz» ernannt.¹²

8,6 Millionen Männer waren zu diesem Zeitpunkt bereits zur Wehrmacht eingezogen. Um den Krieg fortsetzen zu können, ging es nun darum, in den besetzten Ländern massenhaft Arbeitskräfte für die deutsche Kriegsproduktion zu rekrutieren. Die zunehmende Brutalität bei den Zwangsaushebungen beseitigte die letzten Reste angeblicher «Freiwilligkeit», von der die deutschen Behörden bei ihren «Sonderprogrammen» aus Propagandagründen immer wieder sprachen.¹³ Die jetzt nach dem 8. September 1943 erfolgte Gefangennahme von mehr als einer halben Million italienischer Soldaten war von erheblicher Bedeutung für den «Arbeitseinsatz», obwohl auch sie das Problem des ständigen Arbeitskräfte-

mangels nicht lösen konnte. Am 4. Januar 1944 hatte Sauckel im Führerhauptquartier den Befehl zu einer neuen «Grossaktion» erhalten, mit der weitere vier Millionen ausländische Arbeiter ins Reich geschafft werden sollten.¹⁴ Diese Zahlenanforderungen erklären, warum es auch im besetzten Oberitalien keineswegs beim Abtransport der kriegsgefangenen Soldaten blieb. Die jetzt mit der deutschen Besatzung einsetzenden Menschenjagden richteten sich vor allem gegen Zivilisten. Für wehrfähige Männer, die es ablehnten, in die Verbände von Mussolinis neuer Marionetten-Republik einzutreten, blieb daher nur die Wahl zwischen Deportation und Untertauchen. Die Partisanen- und Untergrundbewegung schöpfte aus der Unentrinnbarkeit dieser Alternative ständig neue Kräfte für den Kampf in den Comitati di Liberazione Nazionale (nationalen Befreiungskomitees).¹⁵

Kaum war die Massenverschleppung der italienischen Soldaten abgeschlossen, liess Sauckel am 3. November 1943 im «Corriere della sera» einen Aufruf an die italienischen Arbeiter veröffentlichen:

«Das unermüdliche italienische Volk, das überall wegen seiner Arbeitsfreude und Bescheidenheit geschätzt wird, hat durch seinen Einsatz in allen Bereichen zum Fortschritt der Völker und der Menschheit beigetragen. Angesichts des offenen sozialen Kampfes, der vom Grossdeutschen Reich geführt wird, eröffnet sich jetzt auch für den italienischen Arbeiter die Chance, sich der Grossdeutschen Führung anzuvertrauen; sie wird allen italienischen Arbeitern, Männern und Frauen, jeden nur erdenklichen Beistand leisten. Alle italienischen Arbeiter, die in den letzten 6 Jahren Gelegenheit hatten, in Deutschland zu arbeiten, haben sich mit eigenen Augen ein Bild vom hohen Lebensstandard des deutschen Arbeiters machen können. Eines der Hauptziele des Krieges der Anglo-Amerikaner gegen Deutschland ist die Beseitigung der sozialen Errungenschaften, die eine Bedrohung für die Kapitalisten bei der Durchsetzung ihrer anti-nationalen Ziele darstellen. Das nationalsozialistische Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Ausbeuter zu vernichten ebenso wie antisoziale Elemente und alle diejenigen, die sich auf Kosten des Volkes zu bereichern versuchen.

Italienische Arbeiter! In Deutschland erwarten Euch garantierte Arbeit, gerechte Lebensbedingungen und volle Rechtsgleichheit mit den deutschen Arbeitern in allen sozialen Belangen.

Die Freiwilligkeit der Arbeit ist die Vorbedingung; sie wird die Entfaltung der Arbeitsproduktivität in Deutschland mit Erfolg krönen. Überzeugt Euch selbst, dass Euch gerechte Behandlung zuteil werden wird: Guter Lohn und gute Verpflegung, gesunde Unterkünfte und volle Versorgung im Krankheitsfalle für Euch und Eure Familien. Alle wirtschaftlichen, moralischen und beruflichen Vergünstigungen der deutschen Arbeiter stehen auch Euch mit gleichem Rechte zu. Italienische Hilfsorganisationen, die in Deutschland eingerichtet worden sind, unterstützen Euch in allen Fragen, die Eure Interessen betreffen. Eure Arbeitersparnisse könnt Ihr in der gleichen Weise wie bisher nach Hause senden oder anlegen, so dass der Unterhalt Eurer Familienangehörigen sichergestellt ist. Unverheiratete haben nach 12 Monaten Anspruch auf eine kostenlose Familienheimfahrt, Verheiratete nach 6 Monaten ununterbrochener Beschäftigung im Reich. Ebenso wird bezahlter Urlaub im Rahmen der geltenden Tarifbestimmungen gewährt.

Die italienische Regierung hat die Verpflichtung übernommen, in Fällen, in denen Lohnersparnisse nicht rechtzeitig die Angehörigen erreichen, angemessene Unterstützungsleistungen zu erbringen.

Ausschliesslich zuständig für die Übernahme italienischer Arbeitskräfte ist der örtliche Beauftragte des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Er überweist zum Zeitpunkt des Grenzübertritts an die Familienangehörigen des Berechtigten eine Soforthilfe in Höhe von 300 Liren für Unverheiratete¹⁶ und von 500 Liren für Verheiratete. Hiermit wird der Zeitraum bis zur Arbeitsaufnahme und ersten Lohnüberweisung überbrückt.

Alle Männer zwischen 17 und 55 Jahren sowie Frauen zwischen 17 und 35 Jahren können sich zwecks Einschreibung und ärztlicher Untersuchung in den örtlichen Büros der faschistischen Arbeitsfront melden.

Damit hat jeder von Euch die Möglichkeit, im Rahmen seiner besonderen Arbeitsbefähigung einen Beitrag zu leisten zum Endsieg und für ein besseres Europa. Ich trage die Gewissheit, dass Euch Euer Gefühl den rechten Weg weisen wird.
gez. Sauckel»¹⁷

Diese «Werbeaktion» schlug vollständig fehl, wie «Arbeitsführer» Kretschmann, Sauckels Beauftragter für Oberitalien, ins Reich melden musste: Die Bedingungen, unter denen die grossdeutsche Wehrmacht die italienischen Soldaten entwaffnet und abtransportiert hatte, waren der Zivilbevölkerung trotz Nachrichtensperre nicht verborgen geblieben.¹⁸

La tradotta – der Transport

«Die ersten Stunden in den abgesperrten Viehwaggons waren am schlimmsten. Angst breitete sich aus. Wie sollten wir hier wieder herauskommen? Durch die Ritzen der Tür konnten wir ungefähr die Strecke erkennen, die wir fuhren. Der Zug ging sehr langsam und hielt oft an. Im Bahnhof von Udine hörten wir von draussen plötzlich Stimmengewirr, Schreien. Es muss eine Menge von Frauen gewesen sein: eine Art von Demonstration. Wir begriffen, dass die Frauen anfangen, von aussen die Waggontüren aufzureissen. Das ging alles wahnsinnig schnell. Aber unsere ist nicht aufgegangen. Plötzlich fallen Schüsse. Die Deutschen schiessen. Die Frauen sind geflüchtet. Wie viele von uns sie befreien konnten, weiss ich nicht. Und ob die es geschafft haben, wegzurennen oder ob sie sie wieder eingefangen haben – wer weiss es?¹⁹

Nach einiger Zeit fuhr der Zug wieder an. Einige von uns fingen an, die Bohlen im Fussboden des Waggons aufzustemmen. Tatsächlich ist es ihnen gelungen, ein Loch zu machen. Als der Zug einmal langsamer fuhr, haben sie die Gelegenheit benutzt, sich durch das Loch auf die Bahnschwellen fallen zu lassen. Aber unten die spitzen Schottersteine... wenn Du hängen bleibst, ist es aus. Ich habe mich nicht getraut, zu springen. Was aus denen geworden ist, die gesprungen sind, haben wir nie erfahren.

Später – wir waren noch nicht am Brenner – wurden uns plötzlich kleine Zettelchen durch die Ritzen der Waggontür gesteckt. Da stand drauf, wir sollten noch warten, weiter vorne käme der Zug durch Partisanengebiet. Die würden den Zug anhalten und uns befreien. Die Zettelchen waren anscheinend von italienischen Rotkreuzlerinnen geschrieben, die den Transport begleiteten.

Wir waren jetzt furchtbar aufgeregt und warteten von einem Moment auf den anderen, dass wir befreit werden und losrennen müssen. Ich habe die ganze Zeit über kleine Zettelchen an meine Frau geschrieben: Nur Name und Adresse und dass sie mich nach Deutschland schleppen und dass ich sie umarme und das Kind. Das Kind war krank, spinale Kinderlähmung. Ich dachte, ich sehe sie nie wieder. Die Zettelchen habe ich aus dem

Zug geworfen. Zwei von ihnen sind tatsächlich bei Ggina angekommen. Jemand hatte sie gefunden und mit der Post weitergeschickt. Das habe ich aber erst 21 Monate später erfahren.

Wir haben vergeblich gewartet. Die Waggontüren sind nicht aufgegangen. Von Partisanen nichts zu sehen. Die Zeit war noch nicht so weit. Fünf Tage lang dauerte die Fahrt. Erst dann sind wir endlich ausgeladen worden. Das war Bremervörde. In der Nähe das Lager: Stalag X B - Sandbostel.»

Die «Heimatfront»: Razzien, Streiks, Deportationen

Auf den vollständigen Misserfolg der «Freiwilligenaktion» vom November 1943 reagierte die deutsche Besatzungsmacht sofort. In allen besetzten oberitalienischen Grossstädten wurden ab Anfang 1944 Razzien und Massenverhaftungen durchgeführt, um die auferlegten Gestellungskontingente zu erfüllen. Selbst die Gefängnisse wurden ausgekämmt, um Arbeitskräfte nach Deutschland zu schicken. Besonders brutale Formen nahmen diese «rastrellamenti» (Razzien) dort an, wo bestimmte Gegenden zum «Bandengebiet» erklärt worden waren. Die ständigen Menschen jagden führten jedoch zu einem weiteren sprunghaften Ansteigen der Partisanenaktionen. Vielen Soldaten war es bei den Überrumpelungsaktionen nach dem 8. September gelungen, zu fliehen und sich nach Hause durchzuschlagen. Die Zahl der Untergetauchten und Versteckten war so hoch, dass sie die Besatzer im Frühjahr 1944 zwang, eine generelle Amnestie für Wehrflüchtlinge zu erlassen. Man versprach ihnen, dass sie bei freiwilliger Rückkehr im Rahmen der Organisation Todt Arbeitsplätze in der Heimat zugewiesen bekämen. Das Kalkül, der Zulauf zur Widerstandsbewegung könne auf diese Weise gebremst werden, ging dennoch nicht auf. Die feindselige Verbitterung gegenüber den Deutschen hatte schon zu tiefe Wurzeln geschlagen.

Bereits im November 1943 war es bei Fiat in Turin zu mehrtägigen Streiks gekommen, am 12. Dezember 1943 begann in Mailand – kaum glaublich für eine militärisch besetzte Stadt – ein achttägiger Generalstreik, an dem sich sämtliche Grossbetriebe beteiligten. Vertreter der Besatzungsmacht sahen sich gezwungen, die Betriebsversammlungen der Streikenden zu besuchen, um über deren Forderungen zu verhandeln. Die Einschaltung italienischer Funktionäre der faschistischen Arbeitskorporationen wurde vermieden, weil man eine weitere Klimaverschlechterung befürchtete. Den Höhepunkt dieser auch in der folgenden Zeit nicht unter Kontrolle zu bringenden Streikbewegungen bildete der für den 1. März 1944 für ganz Norditalien ausgerufene Generalstreik. Selbst das faschistische Innenministerium musste zugeben, dass der Streikaufruf von 207'000 Arbeitern befolgt worden war.²⁰ Quellen der Befreiungsbewegung sprechen dagegen von über einer Million Menschen, die sich an dem Generalstreik beteiligt hatten. Es ist offenkundig, dass sich diese Streiks nur vorder-

gründig gegen Preiserhöhungen und niedrige Löhne richteten. Ihr eigentliches Ziel war es, die «Heimatfront» zu eröffnen und die Besatzungsmacht zu treffen. Dem entsprach die deutsche Reaktion. Hitlers vom damaligen deutschen Botschafter Rudolf Rahn überlieferte Anweisung, 20% der Streikenden in die KZs einzuliefern, war schon aus Transportgründen undurchführbar. Deportationen in grösserem Umfange hätten ausserdem die Rüstungsproduktion in Norditalien zusammenbrechen lassen. In den streikenden Betrieben wurden daher lediglich die «verdächtigen Elemente» verhaftet und abtransportiert; allein in Turin waren dies immerhin 700 Arbeiter, die zur «Arbeitserziehung» nach Deutschland verschleppt wurden.²¹

Mit solchen Reaktionen war aber weder das ständige Wiederaufflackern von Streiks zu verhindern, noch der passive Widerstand zu kontrollieren. Die Besatzungsmacht ging daher erneut zu den schon in anderen besetzten Ländern erprobten Methoden über: Massenverhaftungen in Theatern und Kinos, auf Wochenmärkten und öffentlichen Vergnügungsveranstaltungen. Aber der Abtransport der Verhafteten stiess auf Schwierigkeiten, weil Partisaneneinheiten immer häufiger die Fahrt der Deportationszüge verhinderten. Gegen Mitte des Jahres 1944 war bereits überlegt worden, ob die Transporte auf der Bahn nicht vollständig eingestellt und durch LKW-Transporte ersetzt werden sollten. Von den anderthalb Millionen Italienern, die nach Sauckels Plänen bis Ende 1944 zum «Arbeitseinsatz» ins Reich gebracht sein sollten, waren bis April nur knapp 25'000 eingetroffen. Freiwillige Meldungen gab es kaum noch. Nur einige Faschisten hatten sich gemeldet, weil ihnen das Leben in den «Bandengebieten» zu gefährlich geworden war. Sie hofften, im Reich bis zum «Endsieg» überwinden zu können. Damit war die Sauckel-Aktion in Oberitalien gescheitert. Neue Arbeitskräfte liessen sich nur noch mit offener Gewalt rekrutieren, was auch bis in die letzte Kriegsphase hinein geschah.

Die doppelte Wand

Attilios Frau, Gigina Querzé, und sein Vetter, Bruno Turrini, erlebten die Zeit der deutschen Besatzung, der ständigen Razzien und Menschenjagden, auf einem Bauernhof in der Nähe von Bologna:

Bruno Turrini:

«Am 8. September 43 hatte ich zufällig gerade Heimaturlaub. Ich war zu Hause. Das war ein Glück, dass ich nicht wie alle die anderen – wie auch Attilio – bei meiner Einheit war. Die stand damals gerade an der griechisch-albanischen Küste. Ich war also hier zu Hause in meinem Elternhaus. Mein Vater hat den Hof bewirtschaftet. Als die Nachricht von Badoglios Waffenstillstand kam, habe ich gewusst, dass es jetzt nur noch eins gibt: Verstecken. Es wäre ja Wahnsinn gewesen, sich jetzt noch zurückzumelden.

Als die Plakate kamen mit den Aufrufen, dass wir als Wehrflüchtlinge und Deserteure behandelt werden, wenn wir uns nicht melden, haben wir hinten im Haus eine doppelte

Wand gezogen. In dem Raum lebte eine evakuierte Familie. In dem abgetrennten Teil – der war nur einen Meter breit – lag unser Versteck. Die Wand, das waren einfache Bretter mit Säcken zugehängt. Der Einstieg war von oben. Wir hatten im ersten Stock ein Loch in den Fussboden gemacht in dem Zimmer, das direkt darüber lag; dann einen Teppich draufgelegt und solch einen altmodischen Ständer mit Waschschüssel und Wasserkanne, wie man sie früher hatte, darauf gestellt zur Tarnung. Wenn Razzien kamen, sind wir in dieses Versteck gegangen. Ich war ja nicht der einzige. Da waren noch junge Männer aus der Nachbarschaft, die auch im Untergrund lebten. Wir waren immer zu dritt oder viert hinter der Wand. Natürlich hatten wir Angst.»

Gigina Querzé-Buldim:

«Ich habe damals auch bei Brunos Eltern in dem Haus gewohnt. Das Versteck hatten wir zusammen gebaut. Es gab noch ein zweites Versteck, in der Scheune oben auf dem Heuboden, aber das war nicht so sicher. Im Heu haben sie immer mit Bajonetten herumgestochert. Aber die deutschen Soldaten waren ziemlich ungefährlich. Sie kannten ja die Gegend nicht, brauchten Dolmetscher und tappten meistens im Dunkeln. Gefährlich waren unsere eigenen Faschisten, denn die wussten genau Bescheid. Sie kannten die Familien und wussten, wo einer fehlte, wo einer untergetaucht war. Und sie haben sich Spitzel gekauft.

Jedesmal wenn Kontrollen oder überhaupt Fremde auf den Hof kamen, musste ich runter. Das waren fast immer Spitzel oder Faschisten. Ich habe dann mein krankes Kind – es hatte spinale Kinderlähmung – auf den Arm genommen. Das hat sie verunsichert. Dann haben sie nicht so genau kontrolliert. Einmal kamen sie frühmorgens zu viert. Meine Schwiegermutter hat mich geweckt: 'Schnell runter, Gigina, da sind welche!' Ich habe Giampiero auf den Arm genommen und die Treppe runter. Sie waren schon dabei, die Türe einzutreten. Anscheinend hatten sie einen 'Tip' bekommen.

Ich mache die Tür auf: 'Cosa volete?' (Was wollen Sie?) Als sie das Kind auf meinem Arm sehen, haben sie einen Moment gestutzt: 'Eeh, Signora, cercavamo delle fascine ...' (Wir brauchen ein paar Bündel Reisigholz...) 'Und dafür tretet ihr die Türe ein?' 'Signora, hier gibt es ein Versteck!' fiel ihr Anführer dem andern ins Wort, 'Wo ist es? Hier sind Deserteure im Haus!' – 'Deserteure? Dann kommt mal mit, dann will ich Euch die Deserteure zeigen.'

An den Küchenschrank hinter die Glasscheibe hatte ich die Gefangenenpostkarte von Attilio gesteckt; sie war gerade erst angekommen. Da stand auch weiter nichts drauf. Nur dass er Kriegsgefangener war und seine Unterschrift. Ich zeigte ihnen die Karte: 'So, hier ist Euer Deserteur. Vielleicht könnt ihr ihn abholen aus dem grossen Deutschland und mir ihn wiederbringen. Vielleicht kommt er dann freiwillig mit Euch mit. Holt ihn doch ab. Ich warte schon drauf!' – Sie sind gegangen. Das Versteck haben sie nicht gefunden.»

Bruno Turrini:

«Das war nicht die einzige Kontrolle. Dauernd kamen Razzien. Aber sie konnten nicht viele einfangen. Deshalb haben sie im Frühjahr eine Amnestie verkündet: Wer sich bis zum Soundsovielten meldet, wird zum Heimatdienst eingezogen. Sonst wird ihm nichts passieren. Aber Wehrpflichtige – so hiess das weiter –, die dem Gestellungsbefehl jetzt nicht Folge leisten, werden nach dem Ablauf der Frist als Deserteure behandelt. Nach Kriegsrecht. Das heisst erschossen.

Ich habe mich gemeldet, weil ich wusste, dass ein Onkel von mir in dem Wehrkreisbüro die Meldungen entgegennahm. Die Rechnung ist aufgegangen. Tatsächlich haben sie mich nur zum Heimatdienst bei der Bahnpolizei eingezogen. Von jetzt an begann ein Doppelleben: Tagsüber Bahnpolizist, nachts unterwegs. Fast alle aus meinem Jahrgang sind mit den Partisanen gegangen. Wir haben keine grossen Aktionen gemacht, nur kleine

res Mal sollte ein Munitionslager bei Anzola hochgehen, aber es hat nicht geklappt. Wir sind auf eine Streife gestossen und mussten verschwinden.

Es hat auch absurde, tollkühne Aktionen gegeben, bei denen nur sinnlos Blut vergossen wurde. Manche von den Jüngeren wollten sich als Helden aufspielen und haben Dutzende von Familien ins Unglück gestürzt. Das wusste man doch: Für jeden deutschen Soldaten wurden 10 Geiseln erschossen. Aber manche mussten sich eben nach den Aktionen noch partout Feuergefechte liefern, anstatt im Dunkeln abzuhauen. Wenn wir das kritisiert haben, dann bekamen wir zu hören: 'Ihr habt uns überhaupt nichts zu sagen. Ihr habt doch selber mitgemacht vor dem 8. September. Ihr habt wohl Angst zu kämpfen?' – So sind viele draufgegangen. Aus Dummheit und Heldentum.»

Gigina Querzé-Buldini:

«Die letzte grosse Razzia war im Dezember '44. Es war die grösste überhaupt. Ich bin aufgewacht von einem leisen Klopfen an der Tür. Das war eine staffetta, eine Botengängerin der Partisanen. Sie war unsere Nachbarin. Sie war sehr aufgeregt: 'Los, schnell, steht sofort auf! Sie kommen! Da hinten ist alles voll mit Soldaten!' Als ich runterkam, habe ich schon eine endlose Postenkette am Horizont gesehen. Es ist ja alles flach in der Gegend. Deutsche Soldaten und Faschisten, einer neben dem andern. Etwa fünf Meter Abstand zwischen den Posten. Da kam keiner durch. Drüben in der Scheune lagen die Männer im Versteck, auch Bruno. Wenn sie sie finden, werden sie an die Wand gestellt. Aber die Männer müssen da raus. Im Stroh werden sie auf jeden Fall gefunden. Mein Vater hat sie schon geweckt. Sie springen vom Scheunenboden auf die Erde. Drei Meter ist das hoch. Bruno rennt als erster gebückt über den Hof, ins Haus, dann der Schwager. Es ist noch ein dritter da, ein Junger, erst siebzehn Jahre alt. Er traut sich nicht. Die Postenkette ist schon auf hundert Meter herangerückt. Schliesslich rennt er. Das Gesicht werde ich nicht vergessen. Ich habe so etwas nie wieder gesehen: Ihm standen die Haare zu Berge vor Angst, wie Stacheln.»

Bruno Turrini:

«An dem Abend lag ich mit den andern im Stroh, weil wir von einer Aktion zurückgekommen waren. Ich hätte aber in der Kaserne sein müssen. Wenn sie mich gefunden hätten, wäre es aus gewesen. Also: Wir drei rennen ins Haus, hoch in den ersten Stock. Tep-



Bild rechts: Gigina Querzé und Bruno Turrini auf dem Hof seiner Eltern; er bewirte sie heute noch; im Hintergrund liegt die Scheune mit dem Partisanen-Versteck im Strohlager. Juli 1985.

Bild links: Die doppelte Wand; links neben Bruno ist an der Mauer zu erkennen, wo die Wand hochgezogen war. Bruno erklärt. April 1982.

Jetzt sitzen wir in der Falle: Es gibt kein Vor und kein Zurück. Über unseren Köpfen das Trampeln der Soldatenstiefel. Sie suchen. Aber sie gehen weiter ins nächste Zimmer. Die Luft ist voller Dreck und Staub in dem Loch. Wir hören drinnen die Stimmen der Soldaten. Sie gehen um das Haus herum. Jetzt stehen sie vor dem Raum mit der doppelten Wand. Alles durchsuchen sie. Wir hören sie direkt hinter der Bretterwand. Wir sehen sogar ihre Schatten durch die Ritzen. Plötzlich merke ich, dass der Schwager husten muss. Vielleicht hat er Staub in die Lunge bekommen. Aber die Soldaten stehen doch noch vor dem Raum. Wenn er jetzt hustet, sind wir geliefert. Ich habe starke Hände. Ich presse ihm meine Hand vor den Mund. Es dauert eine Ewigkeit. Nach einiger Zeit fängt er an zu würgen, mit den Beinen zu strampeln. Was soll ich machen? Ihn husten lassen? Ihn ersticken? Seine Bewegungen werden schwächer. Was soll ich machen? Das war schrecklich. Die Soldaten stehen immer noch vor dem Raum, und ich presse ihm die Luft ab. Und das ist doch mein Freund, der Schwager. Endlich, endlich sind sie gegangen. Er ist wieder zu sich gekommen, aber es hat nicht viel gefehlt. Wir sind gerettet. Das war die letzte Razzia, danach ist es ruhiger geworden.

Zum Schluss bekamen wir noch eine Einquartierung von ein paar deutschen Soldaten ins Haus. Die hatten auch schon keine Lust mehr zum Krieg, die Front war ja schon nah. Sie haben nur gesoffen und Lebensmittel 'organisiert'. Ich glaube, ihr Truppführer hat gewusst, dass ich nachts immer unterwegs war. Die haben nur noch auf das Ende gewartet. Wir haben manche Flasche mit ihnen getrunken, und sie haben uns auch Essen abgegeben. Als sie abgezogen wurden, hat uns das fast ein bisschen leid getan. Sie waren in Ordnung. Arme Teufel, wie wir. Ein ganz Junger war dabei, ein Blonder, 17 Jahre alt. Der hat zu meiner Mutter immer 'Mamma mia' gesagt und laut gelacht. Als sie los mussten, ist der Junge auf den LKW geklettert, hat eine Flasche Rotwein aufgezogen, den Korken weggeschmissen und die ganze Flasche in ein paar Zügen ausgetrunken. Dann hat er sich umgedreht zu uns, meiner Mutter zugewinkt und geschrien: 'Mamma mia, wir sehn uns nicht wieder.' Zwei Tage später haben wir gehört, dass der LKW schon kurz hinter Anzola in die Luft geflogen ist. Volltreffer. Auch der Junge war tot.»

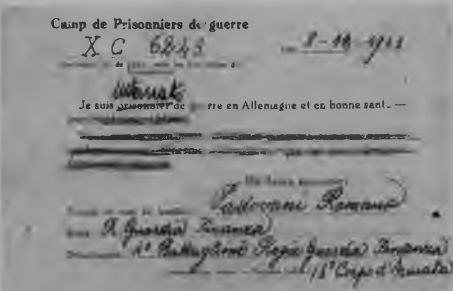
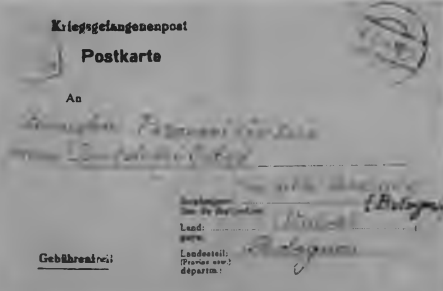
«Militärinternierte» oder Kriegsgefangene?

Der Grund, warum die deutsche Führung die italienischen Soldaten nicht als Kriegsgefangene, sondern als «Militärinternierte» bezeichnet hat, entspricht kriegsvölkerrechtlicher Logik. Internierte sind keine Gefangenen, sie genießen nicht den Schutz des Genfer Abkommens von 1929.^{21a} Dieses garantiert Kriegsgefangenen gewisse Mindestrechte, deren Einhaltung vom Internationalen Roten Kreuz überwacht werden soll. Kriegsgefangenschaft darf hiernach nicht Rache oder Strafe, sondern nur ein Sicherheitsgewahrsam sein. Menschlichkeit in der Behandlung und die Achtung von Person, Ehre und persönlichem Eigentum des Gefangenen sollen durch den Gewahrsamsstaat sichergestellt werden. Die Gefangenen dürfen nur ausserhalb der Kampfgebiete in Lagern untergebracht werden, um sie von der weiteren Teilnahme an den Feindseligkeiten abzuhalten. Ärztliche Versorgung, hygienische Einrichtung und hinreichende Verpflegung sollen in den Lagern ebenso wie die freie Religionsausübung sichergestellt sein. Zu Arbeitsleistungen können nur einfache Soldaten herangezogen werden;

mit der Kriegswaffenproduktion oder operativen Aufgaben dürfen ihre Arbeiten nicht zusammenhängen. Offiziere können überhaupt nicht zur Arbeit, Unteroffiziere nur zur Beaufsichtigung der Truppe herangezogen werden. Die Gefangenen dürfen in regelmäßigen Abständen korrespondieren und Pakete empfangen. Spätestens eine Woche nach der Ankunft im Lager muß dem Gefangenen Gelegenheit gegeben werden, seine Angehörigen und eine internationale Auskunftsstelle von seiner Gefangennahme zu unterrichten.

Die deutsche Führung lehnte die Anerkennung dieser Grundsätze für die italienischen Gefangenen mit der kriegsvölkerrechtlichen Fiktion ab, zwischen den ehemaligen »Achsen-Partnern« bestehe gar kein Kriegszustand; die gefangengesetzten italienischen Soldaten seien deshalb keine regulären Kriegsgefangenen, sondern lediglich »Militärinternierte«. Zwar hat die Badoglio-Regierung erst am 13. 10. 1943 Deutschland den Krieg erklärt;²² tatsächlich hatte es den Begriff des »Militärinternierten« bis dahin aber überhaupt noch nicht gegeben. Etwas ganz anderes war die — auch im Ersten Weltkrieg bereits praktizierte — Internierung von Zivilpersonen im »Operationsgebiet«. Die vorübergehende Ausquartierung von Zivilisten im Feindesland hatte mit Kriegsgefangenschaft allerdings nichts zu tun. Wenn daher die gefangenen Italiener als »Militärinternierte« bezeichnet wurden, so ausschließlich zu dem Zweck, ihre faktische Rechtlosigkeit hinter einem juristischen Scheinargument zu verbergen. So wurde den Gefangenen in den Lagern mitgeteilt, sie bedürften keines Schutzes durch das Internationale Rote Kreuz, denn sie stünden ja »unter der Obhut des Großdeutschen Reichs«; Gefangene, die es wagten, sich auf die Genfer Konvention zu berufen, wurden mißhandelt; in einzelnen Lagern kam es sogar vor, daß den Gefangenen Fotos ihrer Angehörigen weggenommen und, wenn sie sie nicht hergeben wollten, einfach zerrissen wurden.²³ Auf den Gefangenenpostkarten, die sie nach einiger Zeit nach Hause schicken durften, mußte im Kartenvordruck das Wort »Kriegsgefangener« durchgestrichen und durch das Wort »Militärinternierter« ersetzt werden.²⁴

Die Italiener rangierten auf der untersten Stufe der nationalsozialistischen Gefangenenhierarchie — gleich neben den sowjetischen Kriegsgefangenen, denen *Gefangenenpostkarte — Vorder- und Rückseite; für die Italiener gab es zu diesem Zeitpunkt keine speziellen Vordrucke; man behalf sich daher mit den französischen.*



ebenfalls der Schutz des Genfer Abkommens verweigert wurde mit dem Argument, die Sowjetregierung habe das Abkommen nicht unterzeichnet.²⁵ Hinter solchen juristischen Formalargumenten standen andere Motive: gegenüber den Italienern die Rache für den «Verrat», gegenüber den Russen der Rassenkrieg gegen die «slawischen Untermenschen». Speer gab im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess ganz offen zu, auf diese beiden Gefangenen-Kategorien sei das Genfer Abkommen nicht angewendet worden.²⁶

Dies wird auch aus einem als «Geheime Reichssache» eingestuften Rundschreiben Bormanns vom 28.9.1943 ersichtlich. Hiernach sollten die italienischen «Militärinternierten» in drei Gruppen eingeteilt werden: Solche, die den Kampf auf deutscher Seite fortführten, solche, die sich neutral verhielten, und schliesslich solche, die jede weitere Zusammenarbeit ablehnten. «Militärinternierte» der zweiten und dritten Gruppe sollten zur Arbeit gezwungen werden:

«Die Militärinternierten, die sich bei dieser Befragung nicht bereiterklären, unter deutscher Führung weiter zu kämpfen, stehen zur Verfügung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, der die notwendigen Anweisungen über ihren Einsatz bereits an die Leiter der Gauarbeitsämter erlassen hat.

Zu beachten ist, dass italienische Militärinternierte nicht gemeinsam mit britischen und amerikanischen Kriegsgefangenen beschäftigt werden dürfen.»²⁷

Die «Befragung», von der hier die Rede ist, fand unmittelbar nach dem Eintreffen in den «Stalags», den Kriegsgefangenenlagern, statt. Trotz des Schocks bei der Gefangennahme, trotz der brutalen Zermürbungstaktik bei den Hunger- und Durstmärschen in die Gefangenschaft, trotz der Transporte in Viehwaggons erklärte sich nur eine verschwindende Zahl bereit, den Kampf auf deutscher Seite fortzuführen. Von den bis zum Jahresende 1943 festgesetzten circa 600'000 italienischen Gefangenen²⁸ meldeten sich nur knapp 12'000 einfache Rekruten – also 2% – als Freiwillige.²⁹ Sie mussten dann folgendes Formular unterschreiben:

«**Verpflichtungserklärung**

Ich bekenne mich hiermit zur republikanischen Idee des republikanisch-faschistischen Italiens und erkläre mich freiwillig bereit, mit den Waffen in dem neu aufzustellenden Heer des Duce zu kämpfen, ohne Vorbehalt auch unter deutschem Oberkommando, gegen den gemeinsamen Feind des republikanisch-faschistischen Italiens des Duce und des Grossdeutschen Reiches.

Unterschrift..... Datum.....

Für die Richtigkeit: Unterschrift..... Hauptmann»³⁰

Das kümmerliche Ergebnis der ersten Versuche zur Freiwilligenwerbung bewirkte vor allem in den Offizierslagern einen verstärkten Druck: Kürzung der Essensrationen, des Heizmaterials für die Baracken, Medikamenten-Entzug und Drohungen. Die Angst vor einem zweiten Katyn breitete sich aus.³¹ Gleichzeitig wurden den Gefangenen Versprechungen gemacht: Finanzielle Unterstützung der Angehörigen in der Heimat, Rückführung der kriegsversehrten Offiziere und der chronisch Kranken. Dazu stundenlange Steh-Appelle in eisi-

ger Kälte. Unter den Reserveoffizieren hat es viele gegeben, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren und damit rechnen konnten, nach Abgabe der Verpflichtungserklärung nicht nur in die Heimat, sondern auch in ihren Zivilberuf zurückkehren zu können. Die Mehrzahl hat dennoch den Widerstand fortgesetzt.

Dabei stieg der seelische Druck auf die «freiwillig» in Gefangenschaft bleibenden Offiziere: Briefe aus der Heimat, in denen – gefälscht oder echt – kranke Mütter ihre Söhne anflehten, die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, um nach Hause zurückkehren zu können etc. Die Versuchung, das ausgelegte Formular zu unterschreiben und heimlich in den zu diesem Zweck aufgestellten Lager-Briefkasten zu stecken, muss ungeheuer gross gewesen sein. Wer sich unter diesen Bedingungen entschloss, den Widerstand aufzugeben, wurde sofort aussortiert und in eine abgesonderte Unterkunft verlegt. Bei der Essensausgabe sorgte dann die Lagerleitung dafür, dass die hungernden «Badoglioti» (Badoglio-Idioten) die neuen Verpflegungsrationen der Freiwilligen mit ansehen mussten: Fleisch, Zigaretten, Marmelade, Kaffee. Der Prozentsatz der Offiziere, die diesem Druck schliesslich erlagen, wird auf 25% geschätzt.³²

Trotzdem war das Ergebnis der Werbe-Kampagnen für die NS-Führung insgesamt enttäuschend. Die Zahl derer, die bereit waren, den faschistischen «Kampf um Europas Freiheit» fortzusetzen, fiel militärisch nicht ins Gewicht. Von den italienischen Divisionen – im Herrenmenschen-Jargon deutscher Offiziere hiesien sie die «Essen-Essen-Divisionen» – waren besondere soldatische Leistungen ohnehin nicht mehr zu erwarten, zumal auch die erhofften Meldungen zur Waffen-SS³³ ausblieben. Manche meldeten sich auch nur deshalb, weil sie die Rückverlegung auf italienischen Boden sofort zur Flucht in die Berge benutzen wollten.

Trotz der Misserfolge bei den Rekrutierungen wurden solche Verpflichtungsversuche vor allem in den Offizierslagern häufig wiederholt: Wenn schon nicht für die SS, dann doch wenigstens für Mussolinis republikanische Garde, wenn schon nicht als Soldat, dann doch wenigstens als «Zivilarbeiter» für den «Duce» und «Grossdeutschland»; zwar könne der «Arbeitseinsatz» derzeit leider noch nicht in der Heimat, sondern nur in deutschen Fabriken erfolgen, dafür würden die Freiwilligen aber einen «regulären Arbeitsvertrag» erhalten; zwar könne dieser Vertrag derzeit leider auch nicht befristet ausgestellt werden wie für die Freiwilligen, die vor dem 8. September 1943 ins «Reich» gekommen seien; dafür werde der Vertrag aber im äussersten Falle bis zum Kriegsende laufen; nach dem «Endsieg» könnten sie dann sofort in die Heimat zurückkehren – so und ähnlich lauteten die Argumente, die mit unterschiedlichen Verpflichtungsformeln³⁴ den gefangenen Offizieren vorgelegt wurden. Sie zeigen, wie gross das Interesse der deutschen Propaganda war, eine nicht ganz unerhebliche Zahl von «Badoglio-Offizieren» aus den Gefangenenlagern zu locken, um sie als Kollaborateure vorweisen zu können.



Italienische Kriegsgefangene (Alpini) bei Entrümmungsarbeiten in Bremen, 1943/44

Nicht so viele Umstände machte man bei den einfachen Soldaten. Alle, die es ab gelehnt hatten, die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben – und das war die erdrückende Mehrheit der Gefangenen –, wurden sofort auf die verschiedensten Arbeitskommandos – zumeist in sogenannten «Bau- und Arbeitsbataillonen» – verteilt. Dort waren sie überwiegend in «kolonnenmäßigem Einsatz» bei Entrümmungs- und Luftschutzarbeiten eingesetzt: beim Bunkerbau, bei Reparaturarbeiten etc. Die Lebensbedingungen der Gefangenen in den Lagern und vor allem ihre völlig unzureichende Ernährung liessen die Kranken- und Sterbeziffern bereits im ersten Winter der Gefangenschaft dramatisch in die Höhe schnellen. Die Lage der Gefangenen war wegen der italienischen Freiwilligen, die vor dem 8. September 1943 ins «Reich» gekommen waren, auch nicht geheimzuhalten. Schreckensmeldungen über die Behandlung der Gefangenen drangen daher schnell zu den Angehörigen nach Italien. Dort wo es italienische «Kolonien» – wie z.B. im Ruhrgebiet – gab, wurden heimliche Hilfsaktionen mit oft abenteuerlichen Methoden organisiert. Selbst den faschistischen Freiwilligen scheint die Art der Behandlung ihrer Landsleute unerträglich gewesen zu sein. So wird aus Dortmund berichtet, der Sekretär des örtlichen Fascio habe regelmässig heimliche «Entführungen» von Gefangenen organisiert: entweder aus dem Italienerlager neben der Westfalenhalle oder direkt aus den Arbeitskommandos; die «Entführten» wurden dann nach ausführlichen Spaghetti-Mahlzeiten rechtzeitig zum Lagerappell zurückgebracht, um Repressalien zu vermeiden.³⁵

Die Nachrichten über die Lage der Gefangenen im «Reich» beeinflussten die Stimmung im besetzten Italien natürlich ungünstig. Auch in den Arbeitskom-

mandos wurden daher in regelmässigen Abständen Versuche unternommen, die Gefangenen zur Freiwilligen-Meldung zu bewegen. Entsprechendes war einige Zeit zuvor bereits mit den französischen Kriegsgefangenen experimentiert worden. Damals war es darum gegangen, die Gefangenenlager freizubekommen und die lästigen Genfer Kontrollen zu umgehen. Die Umwandlung von Kriegsgefangenen in sogenannte «freie Arbeiter» bezweckte ausserdem, sie – ohne Verstoß gegen das Genfer Abkommen – in die Kriegsproduktion und die Rüstungsbetriebe einzugliedern. Für die Franzosen, denen seit April 1943 «freie Arbeitsverträge» angeboten worden waren, bedeutete dies jedoch meist nur illusorische Vorteile, denn sie erkaufte die Verbesserungen («Arbeitsbelohnung» und eine gewisse Freizügigkeit, bessere Unterkünfte und bessere Verpflegung) mit einer gravierenden rechtlichen Schlechterstellung und dem Verlust ihres kriegsvölkerrechtlich geschützten Status als Gefangene.³⁶

Wie wichtig der NS-Führung die «Entlassung» der Kriegsgefangenen in zivile Arbeitsverhältnisse war, zeigt auch die Tatsache, dass französischen Arbeitsfreiwilligen versprochen wurde, für jeden neuen Zivilarbeiter, der sich zum «Arbeitseinsatz» melde, würden zwei Kriegsgefangene entlassen.

Bei den Italienern hatten derartige Methoden jedoch noch weniger Erfolg als bei den Franzosen. Nicht nur die schmachvolle Behandlung durch den ehemaligen Verbündeten, auch das, was vor dem 25. Juli 1943 zwischen den «Waffenbrüdern» geschehen war, hatte Hass und Verbitterung erzeugt, die nicht mehr rückgängig zu machen waren. Die Art und Weise, in der die grossdeutsche Militärführung italienische Regimenter im Russlandfeldzug «verheizt» hatte, die ungezählten Alpini (Gebirgsjäger), die aus den Wintersteppen am Don nicht mehr zurückgekehrt sind,³⁷ waren noch in frischer Erinnerung. Das Gefühl, von den deutschen Herrenmenschen auch zu Zeiten des Bündnisses als zweitklassige Hilfstruppen behandelt zu werden, war weit verbreitet. Fälle, in denen Alpini an der russischen Front die «Internationale» gesungen und Schmährufe gegen den «Duce» und den «Führer» ausgestossen hatten, waren auch im Führerhauptquartier bekannt geworden.

Als daher Mussolini auf seinem vorletzten Treffen mit Hitler im April 1944 um eine Verbesserung in der Behandlung der italienischen Gefangenen bat, stiess er auf taube Ohren. Im Protokoll dieses Treffens, das auf Schloss Klessheim stattfand, heisst es:

«Der Duce ergriff darauf das Wort zu einer allgemeinen Schilderung der Lage. (...) Zunächst müsse er in diesem Zusammenhang die Internierung der italienischen Soldaten erwähnen. Diese Massnahme sei seinerzeit sehr klug und absolut notwendig gewesen; denn die Masse der italienischen Soldaten wäre nach der Katastrophe sicher der Verführung durch die Feindpropaganda erlegen. Er müsse aber feststellen, dass an dem Schicksal der italienischen Militärinternierten 6 oder 7 Millionen Italiener, nämlich die gesamten Verwandten und Angehörigen, interessiert seien und dass die Stimmung des italienischen Volkes wesentlich gehoben würde, wenn eine Verbesserung in der Lage der Militärinternierten eintreten könnte.»

Da Hitler diese Bemerkungen des «Duce» übergang, stellte Mussolini in seiner Entgegnung fest:

«Seine Bitte nach einer Besserstellung der Militärinternierten beziehe sich eigentlich auch gar nicht auf diese selbst, sondern sei nur dem Wunsche entsprungen, deren Angehörige in Italien – etwa 6 Millionen – in eine bessere Stimmung zu versetzen.»³⁸

Dass die schlechte «Stimmung» auch die Chancen für die Aushebung von «Freiwilligen» für Mussolinis Marionetten-Streitkräfte beeinträchtigte, liegt auf der Hand. Dennoch wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gefangenen nicht verbessert. Daran änderte auch der «Führerbefehl» vom 3.8.44 nichts, wonach die Militärinternierten nunmehr zu entlassen und «in das zivile Arbeitsleben zu überführen» seien; denn ohne die schriftlich zu erklärende «Bereitschaft», bis zum Kriegsende in Deutschland zu arbeiten, wurde ohnehin niemand entlassen. Propagandamanöver – wie etwa die feierliche Entfernung des Stacheldrahts in einem Italiener-Lager – blieben gegenüber der Wirklichkeit der Gefangenearbeit Makulatur.³⁹ Dass für die Demütigung und Auspressung der Italiener nicht nur Wehrmachtsführung und militärische Dienststellen verantwortlich waren, zeigen viele Dokumente aus dem Lageralltag der Gefangenen. Die zivilen Vollzugsgehilfen des deutschen Hefrenmenschentums hatten begriffen, wie sie die «faulen Italiener» anzufassen hatten. So schrieb z.B. ein Mitglied der bremischen Handwerkskammer im Dezember 1943 an die Deutsche Arbeitsfront:

«Über die Arbeitsleistung der Badoglio-Italiener werden lebhaftige Klagen geführt, diese sei eine wesentlich geringere wie beispielsweise die der Ostarbeiter. Es bleibt die Frage offen, ob sich dies nach richtiger Anleitung und Einarbeitung am Arbeitsplatz mit der Zeit bessern wird; andernfalls muss mit drastischen Mitteln, wie Entzug von Essen etc. etc. dem Arbeitseifer nachgeholfen werden. Denn zum Arbeiten sind die Burschen ja hergeholt, nachdem sie als Soldaten jämmerlich versagt haben. Heil Hitler! (Unterschrift unleserlich)»⁴⁰

Der gleiche, lang aufgestaute rassistische Hass gegen die italienischen Gefangenen schlug sich auch in Anweisungen der Wehrmachtsführung an die Wehrkreiskommandos nieder. So wurde Anfang 1944 eine sogenannte «Leistungsernährung» eingeführt, d.h. der schlechter arbeitende Teil der Gefangenen erhielt dementsprechend schlechteres Essen. Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, ordnete an, die Gefangenen seien «mit harten Methoden zu emsigster Arbeit anzuhalten»; bei «unbefriedigender Leistung» sollte die Verpflegungsration für die ganze Einheit – «ohne Rücksicht auf einzelne Willige» – insgesamt gekürzt werden.⁴¹

Die Ankunft im Lager

Attilio Buldim:

«Als unsere Marschkolonne im Lager ankam, mussten wir erst einmal auf den Appellplatz marschieren und uns dort aufstellen: 'Antreten! Abzählen!' Dann Warten, ewiges Warten. Schliesslich kam ein italienischer Faschist in Uniform, der hat angefangen, uns eine grossartige Ansprache zu halten. Wir: erschöpft von der Fahrt, ausgehungert und halb verdurstet, durchgeweicht von dem Nieselregen auf dem Marsch ins Lager und beim Warten – eine wunderbare Ansprache: 'Wer von euch will die erniedrigende Schmach der Kriegsgefangenschaft auf sich nehmen? Der möge stehenbleiben in den Reihen! Wer aber mit uns unter der Führung des Grossdeutschen Reiches seinen Beitrag leisten will zum Europäischen Freiheitskampf gegen den Bolschewismus, wer die besudelte Ehre des Vaterlandes auf dem Schlachtfelde wiederherstellen will, der trete hervor!' Und so weiter und so weiter.

Was sollten wir tun? Schon in unserem Viehwaggon hatten wir darüber geredet, denn es war doch eine grosse Unsicherheit, was jetzt geschehen würde. Die meisten Kameraden in meinem Waggon hatten gesagt: 'Kommt nicht in Frage. Für uns ist der Krieg jetzt aus. Das fällt uns doch nicht im Traum ein, uns freiwillig zu melden. Sollen sie uns ruhig als Kriegsgefangene nehmen.' – Aber das war leichter gesagt als getan. Es war eine schreckliche Unsicherheit, was passiert, wenn wir uns weigern. Trotzdem sind die meisten nicht übergegangen auf die andere Seite. Auch ich habe mich nicht vom Fleck gerührt.

Manche sind aber doch auf die andere Seite getreten. Die meisten sicher aus Angst. Sie dachten, vielleicht werden sie sonst an die Wand gestellt. Als sie aber sahen, dass doch auch viele stehengeblieben waren, haben sich einige von ihnen anscheinend wieder anders besonnen und wollten zu uns zurück. Da sind aber sofort deutsche Wachtposten mit Bajonetten und Karabinerhieben dazwischengegangen. Sie haben sie nicht zurückgelassen. Das war eine furchtbare Ungewissheit. Es war am 27. September 1943.

Nach dem Appell wurden wir in die Baracken gejagt, 21 Mann pro Stube; die waren winzig klein und mit sieben Dreifachpritschen und Spinden völlig zugestellt. Das Lager in Sandbostel ist riesig gewesen, eine Baracke neben der anderen. Die Baracken waren untereinander noch einmal mit Stacheldraht in verschiedene Abteilungen abgetrennt. Jede Nationalität hatte eine eigene Abteilung, auch Mannschaften und Offiziere waren in unterschiedlichen Abteilungen untergebracht.

Der ständige Kampf gegen den Hunger war schon in Sandbostel unsere Hauptbeschäftigung. Wenn nicht gerade wieder einer der stundenlangen Zählappelle stattfand, versuchten wir, irgendwelche Tauschgeschäfte mit anderen Gefangenen zu organisieren. Wem es gelungen war, irgendeinen Ring oder ein Goldkettchen oder sonst etwas, was Wert hatte, bis hierher zu retten, der versuchte jetzt, es gegen Essbares einzutauschen. Aus der Lagerküche gab es nur ungeniessbare Hungerrationen. Aber die französischen Kriegsgefangenen bekamen jeden Monat zwei Pakete, eins von zu Hause, eins vom Roten Kreuz. Sie hatten deshalb viel mehr zu essen als wir: Biskuits, Zwieback, Konserven, Trockenobst. Man konnte tauschen. Die Tauschpreise waren genau festgelegt: Für eine Zigarette soundso viele Biskuits, für ein Goldkettchen soundsoviele Kartoffeln und so weiter. – Das Problem war nur, dass die Tauschgeschäfte über den Stacheldraht hinweg geführt werden mussten; die Franzosen sassen in der Nachbarabteilung. Aber es war für uns streng verboten, an den Zaun zu gehen. Es wurde sogar am Zaun entlang geschossen, wenn sich jemand ohne Erlaubnis näherte. Zweimal sind Kameraden getroffen worden, einer am Bein, einer im Unterleib. Sie lagen dann am Zaun und wurden abtransportiert. Wir haben nie wieder etwas von ihnen gehört. Die Wachsoldaten wollten die Tauschgeschäfte nicht, weil sie selber scharf waren auf die Goldkettchen, die Eheringe, die Uhren und was es sonst noch zu holen gab.

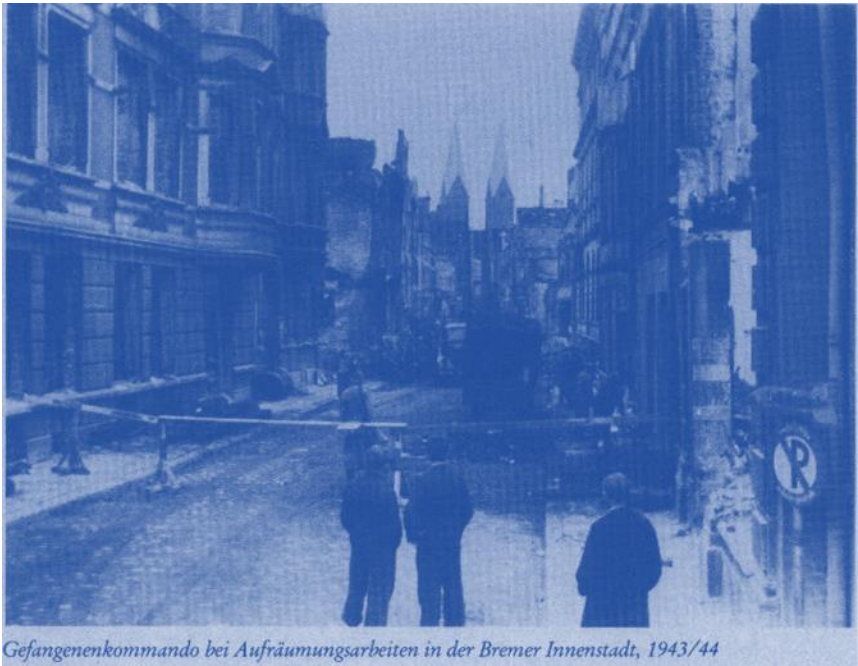
Ich selber hatte nichts zum Tauschen. Aber weil ich Friseur bin von Beruf und auch mein Frisierbesteck im Tornister mitgenommen hatte, konnte ich mir mit Haarschneiden und Rasieren ein klein wenig Essen verdienen. Das war alles: Mal eine Kartoffel, mal ein Stück Brot.

Vier Wochen sind wir in Sandbostel geblieben. Ich habe sogar noch meine Lagerkarteikarte. Nach der Befreiung sind wir nämlich noch einmal nach Sandbostel zurückgekehrt. Ein Kamerad hat aus einem brennenden Aktenhaufen die Karteikarten gezogen. Meine war auch dabei. Ich habe sie mitgenommen nach Hause.

Am 28. Oktober — ich erinnere mich an das Datum so genau, weil das ein Feiertag der Faschisten war, der Jahrestag des »Marschs auf Rom« von 1922, als Mussolini die Macht antrat, — an diesem Tag also mußten wir wieder einmal antreten. Es kamen Deutsche — einige in Zivil, die andern in Uniform —, und wir mußten den Mund aufsperrn: Sie haben die Zähne kontrolliert, dann unsere Muskeln und so weiter. Sie brauchten eben kräftige und gesunde Leute. Ich war als Friseur ja nicht besonders kräftig, und so blieb ich bei den letzten. Aber auch uns haben sie genommen. Sie haben uns auf einen LKW geladen, dann ging es los: Ziel unbekannt. Nur soviel war klar, daß wir arbeiten müssen. Daß das in Bremen und im Bombenhagel war, haben wir erst am nächsten Tag gemerkt.«

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25																								
Personalkarte I: Personelle Angaben Kriegsgefangenen-Stammlager:															Bestimmung der Unterbringung: Nr. Lager: ...									
Name: <u>BULDINI</u>															Staatsangehörigkeit: <u>ITALIENER</u>									
Vorname: <u>ATTILIO</u>															Dienstgrad: <u>SOLDAT</u>									
Geburtsort und -tag: <u>16-7-1914 - ANZOLA ETRURIA (CANTONE)</u>															Truppeneinheit: <u>REG. REG. PIEMONTE</u> Komp. ufr.									
Mitteln: <u>R. KATHOL.</u>															Zivilberuf: <u>FRISIER</u> Berufsstr.									
Vorname des Vaters: <u>ALFONSO</u>															Matrikel-Nr. (Stammnr. des Heimatslares):									
Familiennamen der Mutter: <u>TURRINI</u>															Gefangenahme (Ort und Datum): <u>BOLOGNA 14-9-1943</u>									
Ob gesund, krank, neuwundet, eingeliefert: <u>GEWUND</u>																								
Sichtbild (Aufnahmeort)															Nähere Personalbeschreibung									
															Weitere Nummern: <u>Berufskarte 15</u>									
Name und Anschrift der zu beachtenden Person in der Heimat des Kriegengefangenen <u>BULDINI GIGINA</u> <u>PIRELLA TURRINI DANTE</u> <u>VIA MAGENTA</u> <u>(BOLOGNA) 1. GIUGNO DEL PARTIGIANO</u>																								

Aus einem brennenden Aktenhaufen gerettet: Attilios Gefangenen-Personalkarte aus Sandbostel; auf der Rückseite der Karte befinden sich noch folgende Rubriken: Beschriftung der Erkennungsmarke ... Charaktereigenschaften ... Besondere Fähigkeiten ... Sprachkenntnisse ... Führung ... Lagerstrafen ... Grund der Bestrafung ... Strafmaß ... Verbüßt ... Schutzimpfungen während der Gefangenschaft gegen ... Erkrankungen ... Versetzungen: Datum ... Grund der Versetzung ... Neues KGF-Lager ...



«Arbeitseinsatz» im Bombenkrieg

Die etwa 600'000 italienischen Kriegsgefangenen – das waren etwa ein Viertel der italienischen Gesamtreitkräfte – wurden nach ihrem Transport nach Deutschland sofort in die ca. 60 Mannschaftsstelllager für einfache Soldaten (Stalags) und 15 Offizierslager (Oflags) verteilt. Dass zumindest die einfachen Soldaten sofort für militärische Zwangsarbeiten eingesetzt werden würden, lag auf der Hand: natürlich auch ohne ihre Einverständniserklärung. Auch die Engländer zogen ihre italienischen Kriegsgefangenen nach dem Waffenstillstand zu Militärarbeiten heran – allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Die Gefangenen hatten eine entsprechende Einverständniserklärung abgegeben. Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands befanden sich immerhin 400'000 italienische Soldaten allein in englischer Kriegsgefangenschaft.⁴³

Kaum hatte sich nach dem 8. September 1943 die Nachricht von der Massengefangennahme italienischer Soldaten im «Reich» verbreitet, begannen überall zivile Dienststellen, italienische Gefangene als Arbeitskräfte anzufordern. So war es auch in Bremen, wo Attilio Buldini arbeiten musste. Es heisst in einem Schreiben des Bremer Bürgermeisters vom 23. September 1943:

«An den Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft in Berlin. (...) Mit Bezug auf gestriges Ferngespräch bitte ich dringendst um Zuweisung von italienischen Kriegsgefangenen für den Luftschutz-Bunkerbau – Führerprogramm –. Benötigt

werden insbesondere: Betonfacharbeiter, Maurer, Zimmerer, Eisenflechter und Bauhilfsarbeiter. Besondere, den Vorschriften entsprechende Unterbringungsmöglichkeit für 1'000 Mann ist sichergestellt.

Die Kräfte sollen eingesetzt werden bei (...) im Bau befindlichen Hochbunkern. Zwei dieser 13 Bauwerke sind Operations- und Krankenhausbunker, die übrigen liegen in dicht besiedelten Arbeiterwohngebieten. (...)

Infolge erheblichen Abzugs an Arbeitskräften ist die Fortführung der Baumassnahmen und die in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit erforderliche Fertigstellung stark gefährdet. Ich bitte daher um baldmöglichste Zustimmung.»⁴⁴

Mit der den «Vorschriften entsprechenden Unterbringungsmöglichkeit» sind die Baracken eines am Stadtrand gelegenen Gefangenenlagers gemeint – «eingefriedigt von Stacheldrahtzaun mit Schrägüberwurf». Die 13 von insgesamt 116 Hochbunkern, die während des Krieges in Bremen errichtet wurden,⁴⁵ sind mit Hilfe der Gefangenen fertiggestellt worden. Bei Fliegeralarm freilich mussten sie die halbfertigen Bunker verlassen, um Platz für die hereinströmende deutsche Zivilbevölkerung zu machen.⁴⁶ Später wurden an den Bunkereingängen Schilder aufgehängt: «Nur für Deutsche!»⁴⁷

Wie stark der Wettlauf ziviler Stellen um die Zuweisung italienischer Gefangenearbeiter gewesen ist, illustriert auch ein weiteres Dokument der Bremer Baubehörde aus der Abteilung «Kriegswichtiger Einsatz». Es beschreibt die Verhandlungen zwischen verschiedenen Reichsbehörden und militärischen Dienststellen über die Zuweisung italienischer Gefangener:

«Major Schiek sagt uns seine Unterstützung auch für die Zukunft zu. Am 29.9. soll eine Besprechung beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm stattfinden, in der versucht werden soll, für die aus den Landesbaueinheiten nach Italien abgezogenen Kräfte Ersatz in Form von italienischen Kriegsgefangenen zu erhalten. Wir sollen beim Luftschutzbau versuchen, dass wir bei der Verteilung dieser Kräfte berücksichtigt werden. (...) An italienischen Arbeitskräften stehen bisher etwa 300-400'000 zur Verfügung, die der Reichsminister für Kriegsproduktion bereits auf die Sektoren Bergbau, eisenverarbeitende Industrie und Landwirtschaft verteilt hat. Der Bau-Sektor hat hiervon nur etwa 30'000 Kräfte erhalten, die aber für dringendste Bauvorhaben, insbesondere der Rüstung und der Chemie, vergeben sind. Gauleiter Sauckel ist nach Italien geflogen, um weitere Arbeitskräfte für Deutschland heranzuholen.»⁴⁸

Die Dienstreise nach Berlin hatte Erfolg. Mit Schreiben vom 6.10.43 teilte der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft (Reichsminister Speer) – Referat Luftschutz – mit, dass Bremen weitere Arbeitskräfte für den Bunkerbau zugewiesen seien. Auf der Rückseite dieses Schreibens findet sich folgender Vermerk:

«Am 29.10.43 sind der Stadt Bremen 1'000 italienische Militärinternierte zugewiesen worden, die im Lager Sebaldsbrück untergebracht sind und von dem 4. Landeschützen-Bataillon 674 Hude, bewacht werden. (...)

Von den Italienern sind 200 für den Gaubeauftragten nach Delmenhorst und Lemwerder abgezweigt worden. Der Rest ist wie folgt verteilt: 200 Mann Wohnungsbau, 200 Mann Dachdeckereinsatz, 200 Mann Handwerker-Kleineinsatz, 100 Mann Aufräumung und Bergung, 30 Mann Hafengebäudebau, der Rest krank, Lagerdienst und unständig eingesetzt.»⁵⁰

«100 Mann Aufräumung und Bergung» – dies ist das Arbeitskommando, dem auch Attilio Buldini zugewiesen war. Die mörderischen Arbeitsbedingungen, unter denen die «Badoglio-Italiener» von jetzt an arbeiten mussten, wurden bis zum Kriegsende und der Befreiung nicht mehr gelockert: Regelarbeitszeit 60 Stunden pro Woche, dazu stundenlange An- und Abmarschwege zu den Einsatzorten, regelmässige Sonn- und Feiertageinsätze zur Stadtentrümmerung – und dies alles bei unzureichender Ernährung. Die Baufirmen, bei denen die Gefangenen arbeiten mussten, hätten selbst bei gutem Willen diese Bedingungen nicht unterlaufen dürfen. In einem Rundschreiben des Bremer Bausenators an die im «kriegswichtigen Einsatz» tätigen privaten Baufirmen vom 28.9.1944 wird mitgeteilt, dass ihnen ihre ausländischen Arbeitskräfte entzogen werden, falls sie sie vor dem regulären Ablauf der täglichen Arbeitszeit von den Baustellen entlassen sollten.⁵¹

«Ihr bleibt hier, bis alles wieder aufgebaut ist.»

Attilio Buldini:

«Unsere Kolonne musste in Bremen bei den Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen arbeiten. Das schlimmste waren die Reparaturarbeiten an der Kanalisation. Den ganzen Tag standen wir in der Scheisse, in diesem Dreck und Gestank. Mir ging es in diesem Winter sehr schlecht. Von morgens bis abends diese schwere Arbeit und nichts zu essen. Erst am Abend, wenn wir ins Lager zurückkamen, gab es Essen. Der ewige Gestank, den man nie los wurde, der ständige Hunger. In den Kanälen schwammen Präservative vorbei. Man musste dauernd gegen Brechreiz kämpfen.

Aber das schlimmste war der Hunger. Wir waren damals zu zwölft in unserer Kolonne mit zwei deutschen Vorarbeitern. Die hatten natürlich gemerkt, dass wir Hunger hatten. Einmal hat uns der eine eine Tüte Wurzeln mitgebracht. Wir waren so ausgehungert, dass wir die Wurzeln gegessen haben, ohne sie abzukratzen oder zu waschen. Als der das sah, schüttelte er den Kopf: 'Ihr Schweine! Erst waschen! Waschen!' – Waschen? Wir waren verrückt vor Hunger, wie Tiere, wie von Sinnen. Was soll man da waschen?

Einmal habe ich auf einem Abtritt im Becken eine Apfelschale liegen sehen. Ich habe sie rausgenommen, an der Hose abgewischt und gegessen. Ekel? Das gibt es nicht, wenn man solchen Hunger hat. Wir haben uns bei den Fussmärschen zur Arbeit auch immer auf die Mülleimer gestürzt. Manchmal konnte man etwas Essbares finden: Kartoffelschalen, Küchenabfälle und so weiter. Wir durften zwar nicht aus der Kolonne ausscheren, aber die Hoffnung, etwas in den Tonnen zu finden, war stärker. Man hat dann die Gewehrkolbenhiebe der Wachmänner ausgehalten, weil es wenigstens ein paar Kartoffelschalen dafür gab. Diese Prügeleien, wenn wir in den Tonnen wühlten, haben natürlich auch die Anwohner in den Strassen gesehen. Es kam daher auch manchmal vor, dass ganz oben auf dem Müll ein eingewickeltes Frühstücksbrot lag. Das hatten die Leute dann dort hingelegt aus Mitleid. Ich habe noch oft an diejenigen gedacht, die das wohl dahingelegt haben. Sie hatten sicher selber nicht viel zu essen. Ich habe es nicht vergessen. Genausowenig wie die Narbe auf meinem Rücken. Sie ist von einem Gewehrkolben, als ich einmal zu lange in der Tonne gewühlt hatte.

Schlimm war auch der Dreck, in dem wir leben mussten. Alle hatten Läuse und Flöhe. Von Zeit zu Zeit wurden wir zur 'Entlausung' geschickt. Da wurden die Kleider mit 120

Grad desinifiziert. Einer von uns hatte Segeltuchschuhe, die hat er auch in den Ofen gegeben. Als sie wieder herauskamen, waren sie zusammengeschrumpft wie Kinderschuhe. Bei der Kleiderkontrolle hat er dann seine Schrumpfschuhe vorgezeigt und natürlich hat alles gelacht. Dieses Lachen hat unsere Wachmänner dermassen aufgeregt, dass wir 'Strafsport' machen mussten: 'Im Laufschrift marsch! Um die Baracken! Hinlegen! Aufstehen! Hinlegen! Aufstehen! Kniebeugen! Rauf runter! Rauf runter!' und so weiter, bis wir nicht mehr konnten. Wer liegenblieb, wurde geschlagen und getreten. Besondere 'Kandidaten' mussten bei den Kniebeugen noch einen Holzschemel in die Armvorhalte nehmen: 'Rauf, runter! Rauf, runter', bis einer zusammenbrach.

In den Baracken herrschte ein furchtbarer Dreck und Gestank. Die meisten von uns bekamen von dem schrecklichen Essen ständig Durchfall. Andere hatten sich in der Kälte Blasen- und Nierenentzündungen zugezogen und konnten das Wasser nicht halten. Die Kranken mussten sich dann in die unteren Betten legen. In regelmässigen Abständen kamen Barackenappelle mit Stubenkontrollen. Davon wurde der Dreck zwar auch nicht besser, dafür konnten Exempel statuiert werden, denn wir waren ja Schweine. Einer von uns musste sich nackt ausziehen, weil er 'verdreckt' war, dann raus aus der Baracke. Einer vom Stubendienst musste dann einen Putzeimer voll Wasser nehmen und ihn mit einem Schrubber bearbeiten. Das ganze war im Dezember, kurz vor Weihnachten, und es war eiskalt im Freien: Sauberkeitserziehung.

Diese ganzen Quälereien hatten ja nur einen Sinn. Wir sollten mürbe gemacht werden und uns als Freiwillige melden. Freiwillig für den Duce kämpfen? Wo schon jeden Tag die Bomber kamen? Keiner hat sich gemeldet.»

Mussolinis Zinnsoldaten

Als Mussolini am 10. Juni 1940 den Befehl zum Überfall auf Frankreich gab – die deutschen Truppen standen zu diesem Zeitpunkt unmittelbar vor Paris, das vier Tage später kampflos übergeben werden musste –, hat er im vertrauten Kreise erklärt, er brauche «nur ein paar Tausend Tote», um sich nach dem Krieg als gleichberechtigter Partner mit Hitler an den Tisch setzen zu können, wenn über die Verteilung der Siegesbeute verhandelt werde. Diesen Dolchstoss in den Rücken der französischen Armee haben die italienischen Kriegsgefangenen drei Jahre später teuer bezahlen müssen; Feindschaft und offener Hass der französischen Gefangenen schlugen ihnen entgegen, als sie in die Gefangenenlager kamen.⁵¹³

Auch jetzt, als es um die Aufstellung der neuen Streitkräfte für Mussolinis Marionetten-Regime ging, sind solche «Ehren-Toten» für die Beuteverteilung nach dem «Endsieg» das entscheidende Motiv gewesen. Von den ursprünglich geplanten zwölf Divisionen der neuen Guardia Nazionale Repubblicana (Republikanische Nationalgarde) konnten allerdings nur vier aufgestellt werden, weil die Freiwilligenrekrutierung in den Gefangenenlagern nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt hatte.⁵² Die neuen Divisionen mussten daher vor allem in Italien ausgehoben werden – entweder aus dort noch vorhandenen Stamm-Mannschaften oder aus Rekruten neu eingezogener Jahrgänge – erste Division: Infan-

terie, zweite Division: Grenadiere, dritte Division: Bersaglieri (Scharfschützen), vierte Division: Alpini (Gebirgsjäger).⁵³ Diese neuen Verbände wurden jedoch nicht etwa auf italienischem Boden, d.h. im Hoheitsgebiet der Repubblica Sociale, stationiert, sondern im «Reich»; dort sollten sie zuerst einmal von deutschen Ausbildern «zurechtgebogen» und auf ihre mit der üblichen Hinterlist ausgedachte Spezialaufgabe vorbereitet werden: «Bandenbekämpfung» im italienischen Hinterland.⁵⁴ Aber gerade diese Rechnung ging nicht mehr auf. Kaum waren die italienischen Divisionen an die «Heimatfront» verlegt, setzten Massendesertionen ein: Auf diesen Moment hatten sie nur gewartet.

Ein Bericht von Kaltenbrunner, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, vom 16. August 1944 zur Lage der Mussolini-Administration schildert anschaulich die Situation; nachdem der Bericht zunächst ausführlich die Auflösungerscheinung in der italienischen «Regierung» beschreibt – die Mehrzahl von Mussolinis Ministern und Staatssekretären war damit beschäftigt, die Flucht in die Schweiz oder zu den Alliierten vorzubereiten –, heisst es weiter:

«Die italienische Regierung, die in der Bevölkerung von Vornherein keinerlei Rückhalt besass, ist heute nicht mehr in der Lage, sich in den entscheidenden Fragen durchzusetzen. Die wichtigsten Gesetze der Regierung stehen praktisch auf dem Papier, die Regierungsgewalt ist in Auflösung begriffen. Ich weise in diesem Zusammenhang nur auf folgende Tatsachen hin:

- a) *Die Massendesertierungen der Carabinieri*, die vor der geplanten Verschickung nach Deutschland Anfang Juni ds. Js. einsetzten. In Venedig sind z.B. damals von 180 Mann 142, in Piacenza von 300 Mann 240, in der Provinz Mailand 750 Mann, in den an die Schweiz grenzenden Provinzen 215 Mann spontan flüchtig geworden. Die flüchtigen Carabinieri gingen z.T. über die Schweizer Grenze, z.T. mit Waffen und Ausrüstung zu den Banden über. Seit dem Fall von Rom sind nach mir vorliegenden Berichten etwa 14'000 Angehörige der italienischen Polizeiverbände zu den Banden übergelaufen.
- b) *Die Häufung der Fahnenflucht bei der italienischen Wehrmacht*, Mitte Juni z.B. sind in Oberitalien binnen 3 Tagen über 3'000 Mann fahnenflüchtig geworden, nachdem die von der italienischen Regierung letztmalig für den 25. Mai angedrohten schärfsten Massnahmen gegen Deserteure wiederum nicht durchgeführt wurden, so dass die Möglichkeit einer Bestrafung endgültig die abschreckende Wirkung verloren hatte. Die Zahl der freiwilligen Meldungen ist auf ein denkbar geringes Mass zurückgegangen. In Como haben sich z.B. von 1'300 Wehrpflichtigen des Jahrganges 1920 nur 24, von 1'400 Wehrpflichtigen des Jahrganges 1921 nur 10 freiwillig gemeldet.
- c) *Der vollständige Misserfolg der von der italienischen Regierung durchgeführten Aktion zur Gestellung von Arbeitskräften für das Reich*. Nach mir vorliegenden Meldungen sind von etwa 226'000 Gestellungspflichtigen der Jahrgänge 1920 und 1926 nur 4158, das ist 1,8 v. H., zur Gestellung erschienen. Der Zulauf der Gestellungspflichtigen zu den Banden geht, wie berichtet wird, in die Zehntausende. Die Situation wird treffend durch ein in Turin kursierendes Gerücht charakterisiert, nach welchem der Bandengeneral Uberti dem Duce geschrieben habe, 'Sei so gut und berufe keine weiteren Jahrgänge mehr ein, ich weiss sonst nicht mehr, wohin mit den vielen Rekruten'.⁵⁵

Kaltenbrunners Behauptung, die für Fahnenflüchtige angedrohten «schärfsten Massnahmen» seien nicht durchgeführt worden, ist unzutreffend. Schon bei der

Gefangennahme nach dem 8. September ist denjenigen italienischen Soldaten, denen die Flucht ins jugoslawische «Bandengebiet» gelungen war, angedroht worden, ihre Angehörigen würden als Geiseln erschossen, wenn sie sich nicht stellten. Unter dem Druck dieser Drohung sind damals viele zurückgekehrt.⁵⁶ Jetzt im Sommer 1944 wurde die Partisanenbekämpfung nochmals verschärft: Ergriffene Deserteure sind auf der Stelle erschossen worden; bei Partisanenaktionen gegen die deutsche Truppe wurden sofort aus der Zivilbevölkerung genommene Geiseln exekutiert. Dies war in einem Befehl des Generalfeldmarschalls Kesselring, des Oberbefehlshabers der besetzten italienischen Gebiete, ausdrücklich angeordnet.⁵⁷ Ganze Ortschaften nördlich der «Gotenlinie» im Apennin wurden damals ausgelöscht, weil sie angeblich die «Banden» unterstützt hatten.⁵⁸

«Achtung Bandengebiet!»

Gigina Querzé-Buldini:

«Im Herbst 1944 wurden die Fliegerangriffe der Alliierten immer schlimmer. Mein Elternhaus im Borgo Panigale stand dicht neben der Bahnlinie Bologna–Milano. Wir mussten deshalb raus, weil natürlich die Bahnlinie besonders gefährdet war. Ich war dann mit Giampiero, meinem kranken Kind, evakuiert worden – eben in das Haus von Attilios Onkel: das Bauernhaus bei Anzola mit der doppelten Wand. Es liegt im flachen Land, in der Po-Ebene. Die Alliierten haben nicht nur die Bahnlinien getroffen, sondern auch viele Deiche, die nicht rechtzeitig repariert werden konnten. Als dann im November das Hochwasser kam, gab es riesige Überschwemmungen. In einer Nacht ist das Wasser zwei Meter hoch gestiegen und der Brunnen abgesoffen; wir hatten kein Trinkwasser mehr. Das Viehzeug ist ertrunken. Das ganze Erdgeschoss stand unter Wasser. Es hat ein paar Tage lang gedauert, bis es wieder abgeflossen ist. Die Windeln für Giampiero musste ich im Haus auf dem Treppenabsatz waschen, man konnte ja nicht mehr heraus.

Als das Wasser endlich zurückging, war das Erdgeschoss nicht mehr bewohnbar. Ich musste mir also eine neue Bleibe suchen. Ich bin umgezogen zu meiner Schwester nach Carpi. Ich habe das Kind in einen Leiterwagen gelegt und den Wagen hinten ans Fahrrad gebunden. Bis Carpi waren das 70 Kilometer. Nach 10 Kilometern war das Hinterrad platt. Ich musste schieben bis zum nächsten Bauern. Das war ein ziemlich langes Stück. Der Bauer hat mir beim Flicken geholfen: Es waren 17 Löcher im Schlauch, schlechtes Gummi und die spitzen Schottersteine. Als wir endlich fertig sind, ist schon Sperrstunde. Man darf nicht mehr auf die Strasse. Es wird ohne Anruf geschossen. Überall in der Gegend stehen Warntafeln: ‘Achtung Bandengebiet!’ Damit haben sie die Partisanen gemeint.

Kurz vor Carpi bin ich an eine Strassensperre gekommen. Sperrposten. ‘Halt! Was haben Sie da hinten in dem Leiterwagen?’

Ich habe gezittert vor Wut und Erschöpfung: ‘Was da drin ist? Na, raten Sie mal! Waffen für die Banditen.’

Als der Posten die Decke zurückschlägt, hat Giampiero angefangen zu schreien und zu weinen: ‘Signora, wenn Sie nicht das kranke Kind hätten, würden wir Ihnen Ihr freches Maul stopfen. Nehmen sie sich in acht! Weiterfahren!’»

«Tausend Partisanen auf den Bergen»

Attilio Buldini:

«Das schlimmste nach dem Hunger war, dass wir keine Nachrichten hatten von zu Hause: Kein Brief, keine Karte, nichts. Wir haben zwar von Zeit zu Zeit eine Gefangenenpostkarte schicken dürfen, aber ob die jemals angekommen sind, haben wir nicht gehört. Sie versuchten, uns auch damit zu ködern, dass sie sagten, wenn Ihr Euch freiwillig meldet als Zivilarbeiter, werdet Ihr auch Post bekommen, und Ihr könnt schreiben, soviel Ihr wollt. Wer sollte das glauben?»

So haben wir nur von Gerüchten gelebt und von Hoffnungen. Die Zeitungen konnten wir nicht lesen, und es standen ja auch nur Lügen drin. Nur später gegen Kriegsende haben wir manches über den Frontverlauf erfahren. Einer von uns, ein gelernter Radiomechaniker, war als Hilfskraft einem Radiogeschäft zugeteilt worden und musste Radios reparieren. Er konnte dann manchmal in einem unbeobachteten Moment ein paar Minuten Radio London abhören. Das war alles.

Ein anderes Mal im Herbst '44 sind wir mit einem Vorortzug zu einem neuen Einsatzort gebracht worden. Als wir einstiegen, saßen in einem Abteil schon zwei Jungen, Italiener, vielleicht 14 oder 15 Jahre alt. Sie wurden von einem alten Soldaten bewacht. Er musste sie irgendwohin bringen. Sie kamen aus Turin. Sie hatten kurze Hosen an und froren jämmerlich. Als wir merkten, dass sie Italiener waren, haben wir sie mit Fragen bestürmt. Der Wachmann verstand ja nichts, er hat auch nichts gesagt. Einer von den beiden fing an zu weinen. Sie waren in einem Kino bei einer Razzia verhaftet worden und hatten keine Ahnung, wo sie jetzt hingebraht wurden. Aber sie haben uns erzählt, dass die Berge hinter Turin von Partisanen nur so wimmeln: Tausende von Partisanen. Das war wohl übertrieben, aber wir haben es geglaubt und es hat uns Hoffnung gegeben.

Als wir raus mussten aus dem Zug, hat einer von uns den beiden ein gekochtes Ei geschenkt. Woher er das hatte? Das war eine Delikatesse.»

Stalag-Oflag

Nicht nur auf den Arbeitskommandos, auch in den Offizierslagern waren die Lebensbedingungen der Gefangenen ausserordentlich hart. Vor allem in der ersten Zeit, in der der psychische Druck auf die Gefangenen besonders stark wurde, um sie zur Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung zu bringen, quälten Gerüchte und die Angst vor einem zweiten Katyn die gefangenen Offiziere. Die deutschen Drohungen, die Verantwortlichen in der italienischen Armeeführung würden vors Kriegsgericht gestellt, wurden in einigen Fällen auch wahrgemacht: So sind die Generäle, die für die Übergabe der Flotte an die Engländer verantwortlich waren, aus den polnischen Lagern zurück nach Italien gebracht, vor ein in Parma errichtetes Sondergericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.⁵⁹ Da die meisten Offizierslager in Polen lagen und schon der erste polnische Winter viele Tote in den Lagern forderte, sank die Stimmung unter den Offizieren sehr schnell. Die meisten Lager, in denen jetzt Italiener untergebracht waren, waren vorher von russischen Kriegsgefangenen belegt; Graffiti und Inschriften an den Barackenwänden gaben über die schweren Verluste

und die unglaublich harten Lebensbedingungen der Russen Auskunft.⁶⁰ In Sichtweite der Lager waren oft riesige Gräberfelder angelegt, auf denen die vorherigen Lagerinsassen bereits verscharrt lagen.⁶¹ In dieser Zeit drangen auch die ersten Nachrichten von Gaskammern und Vernichtungslagern zu den Gefangenen.⁶² Dies alles trug dazu bei, den Widerstandsgeist derjenigen zu stärken, die bis dahin noch nicht umgefallen waren; ein namentlich unbekannt gebliebener Offizier berichtet aus dieser Zeit über das Oflag in Biala Podlaska:

«Neujahr 1944 kam die Nachricht ins Lager, es werde eine italienische Kommission zur Inspektion kommen. Wir warteten mit Aufregung und Ungeduld. Es kam der 6. Januar: Das Lager zugedeckt von Schnee und Eis, schneidender Wind, der Himmel wie eine Bleikuppel. Die Kommission ist angekommen; wir treten auf dem Appellplatz an; ein Hauptmann der Alpini beginnt mit seiner Ansprache. Er sagt: 'Wir sind beauftragt, in Italien über die Lage in den Gefangenenlagern zu berichten, in denen sich italienische Staatsbürger befinden. Biala Podlaska ist das letzte Lager, das wir besucht haben; wir waren zunächst in Deblin, Lublino, Beniaminowo und anderen. Wir freuen uns, feststellen zu können, dass die deutschen Waffenbrüder Euch tatsächlich wie Gäste behandeln und dass die gesundheitlichen, moralischen und hygienischen Zustände im Lager zufriedenstellend sind. Obgleich unsere Kommission an sich ausschliesslich Ermittlungsaufgaben wahrnimmt, fühlen wir uns dennoch als Soldaten und als Italiener verpflichtet, Euch auf alle Fragen, die Ihr auf dem Herzen haben mögt, zu antworten.'

Nicht nur die Januarkälte, auch die Kälte dieser Worte ist uns in die Knochen gefahren. Erstarrt vor Staunen und Wut fielen unsere letzten Illusionen in sich zusammen. Es kam Murren in den Reihen auf, einzelne Zurufe von hinten: 'Aufhören!', 'Basta!', 'Bringt uns nach Italien!', 'Verräter!'

Aber der Redner fuhr fort: 'Nun gut, meine Herren Offiziere. Die Wahrheit über die Lage in Italien ist folgende: Einige wenige deutsche Divisionen halten die Front von Montecassino. Sie verteidigen den heiligen Boden Italiens vor dem Ansturm von Negern und Untermenschen. Dank des Genies unseres Duce beginnt im Hinterland der Wiederaufstieg Italiens. Und Ihr? Was macht Ihr hier? Schämt Ihr Euch nicht, hier herumzulungern, während die deutschen Waffenbrüder unser Vaterland verteidigen? Hört Ihr nicht die Stimmen Eurer Mütter, dieser neuen Spartanerinnen, die den Tag verfluchen, an dem sie Euch zur Welt brachten? Gebt acht: Ihr werdet eines nicht fernen Tages Euer heutiges Verhalten noch bereuen. Es ist italienischer Offiziere unwürdig. Kurzum, ich sage Euch zum Schluss: Alle diejenigen, die bereit sind – sei es mit den Waffen, sei es durch Arbeit –, am Sieg des Vaterlandes mitzuwirken, werden noch in diesem Monat nach Italien zurückkehren. Die andern werden schon noch merken, wer recht behält!'⁶³

Diejenigen Offiziere, die im Lager geblieben und dem Druck nicht nachgegeben haben, entwickelten während der arbeitsfreien Zwangsmusse zum Teil erstaunliche Aktivitäten. So hat es offenbar in mehreren Lagern aus abenteuerlichen Materialien zusammengebastelte Radios gegeben, mit denen der Londoner Sender abgehört werden konnte. In Sandbostel wurde das Gerät, das die Gefangenen mit dem Kosenamen «la Caterina» taufte, nach jedem Empfang wieder in seine Einzelteile zerlegt, damit es leichter zu verstecken und auch nicht als Radio zu erkennen war.⁶⁴ So empfingen die Gefangenen schon vor den deutschen Wachmannschaften die Nachricht von der geglückten Invasion in der Normandie. Sie liessen daraufhin in einer grossen Pfütze neben dem Lagerappellplatz Pa-

pierschiffchen schwimmen, eine Aktion, die bei der deutschen Lager-Wachmannschaft zuerst Unverständnis und Erstaunen, dann aber brutale Reaktionen mit Strafappellen, Stubenkontrollen und Straftransport auslöste.⁶⁵

Auch aus Wietzendorf, einem grossen Offizierslager in der Lüneburger Heide, wurden erstaunliche Dinge berichtet. Im Lager, das einige ältere italienische Offiziere bereits im Ersten Weltkrieg als Gefangenenlager kennengelernt hatten,⁶⁶ war ein offenbar ausserordentlich aktiver Offizier, der Generalstabsoffizier Pietro Testa,⁶⁷ zum «Lagerältesten» gewählt worden. Auf seine Initiative hin wurden in Wietzendorf zahlreiche kulturelle Aktivitäten entfaltet: Lager-Vorlesungen juristischen und naturwissenschaftlichen Inhalts, Sprachkurse, Theater-Aufführungen, eine an jedem Sonntag mündlich vorgetragene «Lager-Zeitung», Zeichenwettbewerbe, Kunstausstellungen und ähnliches mehr.⁶⁸ Über solche Aktivitäten enthalten mehrere der in den Nachkriegsjahren veröffentlichten Offiziers-Erinnerungen umfangreiches Material.⁶⁹ Trotzdem sind diese Berichte nur mit grosser Vorsicht zu verwenden, weil die Betonung der heroischen Momente der Gefangenschaft ein oft beklemmend verzerrtes Bild entstehen lässt. Erinnerungen von einfachen Rekruten, deren Gefangenschaft mit den Lagerbedingungen ihrer Offiziere nicht vergleichbar sind, wurden bis heute so gut wie überhaupt nicht veröffentlicht.⁷⁰ Wer hätte sie auch schreiben, wer hätte sie veröffentlichen sollen? So sind die sechshunderttausend kaum jemals selber zu Wort gekommen. Aber aus ihren Berichten, die heute noch zu sammeln viel zu spät ist,⁷¹ würde sich ein anderes Bild als das der Offiziere ergeben. Häufig finden sich makabre Töne in den Memoiren der gewesenen Anführer, vor allem dann, wenn die Offiziere über die «Ehre des Vaterlandes» schreiben, von der «Schmach ihrer Gefangennahme», von den «väterlichen Gefühlen» und Gedanken an «ihre» Soldaten etc. Eines der peinlichsten Bücher dieser Art stammt von Carmelo Santalco, das 1980 in zweiter Auflage erschienen ist. Es handelt sich nach Angaben des Autors um ein Tagebuch aus der Gefangenschaft, das sämtliche Stuben- und Spind-Kontrollen überstanden haben soll:⁷²

«10. Oktober 1943: Wir werden von deutschen Soldaten eskortiert. Sie sehen aus wie Schlächter. Nach der Abfahrt des Transports aus Belgrad wird uns mitgeteilt, dass wir unsere Pistolen abgeben müssen. Meine Pistole, von Tränen benetzt, werfe ich in die Wasser der Donau, die wir gegen 22 Uhr überqueren. Meinem Beispiel folgen andere Offiziere. (...)

26. August 1944: Immer denke ich an meine Männer, meine lieben Soldaten. Immer habe ich eine brüderliche Zuneigung für sie verspürt. Jeden Tag (warum soll ich es nicht sagen) bete ich für sie zu Gott. Ihr meine lieben Soldaten! Wie sehr möchte ich Euch in meiner Nähe haben!! Immer denke ich daran, wie ich Euch in Tränen verlassen musste!»

Andere Erinnerungen solcher und ähnlicher Art gedenken weniger der «cari soldatini» (der lieben kleinen Soldaten), sondern stolzer soldatischer Ehrentaten: In die Gefangenschaft gerettete Regimentsstandarten, die bei heimlichen Lagerversammlungen nach Treueschwüren auf den König geküsst und dann wieder versteckt werden,⁷³ Geburtstagsfeiern für den König in den Lagerbara-

cken – einen König, der sich auch nach Mussolinis Entmachtung nicht von den blutigen Eroberungszügen seiner Streitkräfte in Nordafrika und auf dem Balkan distanziert hatte – und ähnliches mehr. Man fragt sich, warum ausgerechnet diese Offiziere lieber auf Badoglio als auf Mussolinis Marionettenregierung hörten und dafür die Unbilden der Gefangenschaft auf sich nahmen. Auch nach dem Kriege sind es vornehmlich Offiziere gewesen, die in den Veteranen- und Heimkehrerorganisationen den Ton angaben. Die einfachen Soldaten, auf die nach den Entbehrungen der Gefangenschaft die Entbehrungen der Nachkriegsjahre und des Wiederaufbaus warteten, werden kaum Musse gehabt haben, sich derartigen Vereinigungen anzuschließen.

Sogar die ehemaligen Militärkapläne, die in den Lagern ebenfalls privilegierte Positionen einnahmen, haben sich in einem eigenen nationalen Verband organisiert (Associazione Nazionale Cappelani Militari d'Italia in Congedo). In den Arbeitslagern der einfachen Soldaten war freilich von Sonntagsmessen, Heiliger Kommunion und seelsorgerischer Betreuung wenig oder gar keine Rede.

So hat es Jahre gedauert, bis das Zeugnis einfacher Soldaten in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten ist. Zwar haben unmittelbar nach der Befreiung Ermittlungskommissionen gearbeitet, um die strafrechtliche Verantwortlichkeit einzelner Lagerkommandanten und Wachmannschaften festzustellen.⁷⁴ Auch mussten sämtliche Heimkehrer bei ihrer Rückmeldung vor einer Untersuchungskommission Aussagen über ihre Erfahrungen während der Gefangenschaft machen.⁷⁵ Das hierbei gesammelte Material liegt aber seit dieser Zeit im italienischen Heeresarchiv begraben und wird kaum für die historische Forschung verwendet worden sein.⁷⁶ So sind erst durch die inzwischen berühmten Arbeiten von Nuto Revelli jene Zeugnisse der Armen und Einfachen, der Soldaten ohne Rangabzeichen, bekannt geworden. Revelli ist jahrelang mit Notizbuch und Kassettenrecorder über Land gezogen und hat die Leute nach ihrem Leben gefragt und dann sein Buch «11 mondo dei vinti» (Die Welt der Besiegten) geschrieben. Seine Methode hat Nachahmer gefunden⁷⁷ und denen eine Stimme geliehen, die sonst weder gefragt noch angehört worden waren.

Memoiren und Propagandalügen

Mussolini hatte bekanntlich keine Zeit mehr, seine Memoiren zu schreiben, wohl aber ist dies zahlreichen seiner Gefolgsleute möglich gewesen. Auch Filippo Anfuso, der als Botschafter von Mussolinis Marionettenregierung in Berlin residierte, veröffentlichte nach dem Krieg seine Erinnerungen; er beginnt sein auch ins Deutsche übersetztes Werk mit folgendem Hinweis:

«Möge sich der Leser ein Urteil bilden, ob Mussolini, Deutschlands treuer Verbündeter bis zum Ende des Krieges, der Gefolgschaft würdig war, der angehört zu haben auch ich mir zur Ehre anrechne.»⁷⁸

Ähnliches publizierte nach dem Krieg auch Rudolf Rahn, Botschafter der Reichsregierung in Salo. Er beschreibt dort u.a. Mussolinis letzte Reise ins «Grossdeutsche Reich», seinen Besuch bei den vier italienischen Divisionen, seine Ansprachen vor den Soldaten, dass «die Schande des Verrats nur durch das Blutopfer an der Front gesühnt werden könne» usw.⁷⁹ Als Mussolini am Tag nach dieser Truppeninspektion in der «Wolfsschanze» ankam, war dort gerade Stauffenbergs Bombe explodiert. Rahn, der Mussolini auf der Reise ins Führerhauptquartier begleitete, schreibt über die Fahrt:

«Unterwegs sprach ich mit Mussolini, mit dem Grafen Mazzolini, dem Staatssekretär des Äusseren, und mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Anfuso, über die Möglichkeiten eines neuen Vorstosses zur Verbesserung der Lebensbedingungen der unglückseligen italienischen Internierten in Deutschland. Mussolini lehnte zunächst resigniert ab – er habe das so oft vergeblich versucht. Von einem unserer deutschen Begleiter, dem Admiral Bürkner, in meinem Vorsatz bestärkt, entwarf ich schliesslich einen Brief Mussolinis an Hitler, der mir behutsam auf die Mentalität des letzteren abgestimmt schien und in seiner Schlussfolgerung die Umwandlung in freie und bezahlte Arbeiter forderte. Mazzolini und Anfuso bestürmten Mussolini, den Brief wörtlich zu übernehmen, und ich riet ihm, bei der Übergabe des Manuskripts zu Hitler zu sagen, er möge es gelegentlich lesen, wenn er Zeit habe, und in den Papierkorb zu werfen, wenn es ihm nicht zusage. Dieser würde es dann schon aus Widerspruch sofort lesen und in der seiner eigenen Denkart angepassten Form wahrscheinlich genehmigen. Mussolini möge ihn dann bitten, sofort am Rande die Zustimmung und einen Termin für die Durchführung von vier bis sechs Wochen vermerken. Mussolini befolgte diesen Rat, und wenige Wochen später waren 700'000 Internierte frei und 700'000 italienische Familien glücklich über die Nachricht – wie wir selbst.»⁸⁰

Solche und ähnliche Lügen aus den hinteren Bänken der Macht finden sich immer wieder in den Diplomaten- und Generalerinnerungen.⁸¹ Von einer «Entlassung» der Gefangenen in das «Zivilarbeiter»-Verhältnis konnte keine Rede sein, da sie an eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Gefangenen geknüpft war. Faktisch änderte sich an der Lage der Gefangenen überhaupt nichts.

Das gleiche gilt für die ebenfalls als Ergebnis des «Duce»-Besuchs auf der «Wolfsschanze» propagandistisch angekündigte Entsendung von «Kontrollkommissionen», die die Gefangenenlager überprüfen sollten. Der Geistliche Primo Dallari schilderte seine Eindrücke als Mitglied einer dieser «Kontrollkommissionen» von August 1944:

«Was war das für eine Kommission? Ich gestehe, dass ich das anfangs nicht recht verstanden hatte. Was verfolgte sie überhaupt für einen Zweck? Sollte es denn darum gehen, die Lager zu inspizieren, um in der Heimat zu berichten, was dort geschah? Oder war es unsere Aufgabe, all denen, die soviel gelitten hatten, ein Wort des Trostes zu bringen? Oder sollten wir sie dazu überreden, für Mussolinis Repubblica Sociale zu votieren?

Es gab in der Diskussion so viele Meinungen wie Kommissionsmitglieder. In der Praxis stellte sich dann allerdings heraus, dass die meisten die Reise für touristische Erlebnisse benutzten oder aber ständig auf der Suche nach galanten Abenteuern waren. (...) Als die Reiseziele schliesslich festgelegt werden sollten, kam es zu heftigen Protesten in der Kommission, weil die Lager zu dicht hinter der Front oder zu nah an bombengefährdetem Gebiet lägen.»⁸²

Gedemütigt, bedroht von Hunger und Krankheit, von Vorarbeitern und Wachmannschaften, meistens ohne Kontakt zur Heimat und Familie, schleppten sich die Gefangenen in den Lagern dahin. Wer nachts die Baracke verlassen wollte, mußte laut und vernehmlich »Abort! Abort!« schreien, weil er sonst erschossen wurde.⁸³ Wer aus Süditalien kam, hatte keine Chance, jemals ein Paket zu bekommen, weil selbstverständlich keine Postverbindung in das von den Alliierten besetzte Gebiet existierte. Die Spaltung in »Pacchisti« (Paketempfänger) und »Non-pacchisti«⁸⁴ verschärfte in den Lagern die Hungerfolter. Manche Gefangene kochten Gras- und Blätter-»Suppen«, kauten Wurzeln und Baumrinden. In dieser Zeit scheint es auch vorgekommen zu sein, daß ehrgeizige Lagerführer die Gefangenen auch ohne die entsprechende »Verpflichtungserklärung« — gleichsam »von Amts wegen« — ins Zivilarbeiter-Verhältnis überführten.⁸⁵ Dies könnte zwei Gründe gehabt haben: einmal das Bestreben der Lagerkommandanten, sich als geeignete Führerpersönlichkeiten darzustellen, die »ihre Leute fest im Griff« hielten; zum anderen könnte auch die Unterschlagung der Lohnüberweisungen als Motiv eine Rolle gespielt haben, denn an sich hätten die zu »Zivilarbeitern« gemachten ehemaligen Militärinternierten Anspruch auf reguläre Lohnzahlungen mit der Möglichkeit des Transfers in die Heimat gehabt: die Deutsche Bank hatte bereits entsprechende Überweisungsträger drucken lassen.⁸⁶ Wenn sich auch keine direkten Beweise für die Unterschlagung dieser Gelder durch die Lagerverwaltungen haben finden lassen, so ist es doch auffällig, daß Nachforschungen bei ehemaligen Gefangenen, die die Verpflichtungserklärung für das zivile Arbeitsverhältnis unterschrieben hatten, in diesem Punkt übereinstimmen: Bei keinem von ihnen kam Geld auf dem Konto der Familie in Italien an. Wer diese Gelder unterschlagen hat, bleibt unklar. Es könnten immerhin auch die Einsatzbetriebe der Arbeitsgefangenen gewesen sein. So berichteten auch Angehörige anderer Nationalitäten — z. B. polnische »Zivilarbeiter« —, sie hätten in den letzten Monaten vor der Befreiung überhaupt keine Lohnzahlungen mehr von ihren Einsatzbetrieben erhalten.⁸⁷ Ob

DEUTSCHE BANK ASTILUNGO AUSLAND 3 S&LUN W&E		Sorgfältig mit der Schreibmaschine ausfüllen	
Überweisungsauftrag		Ort <u>Berlin</u> Datum <u>20.11.44</u>	
Avis de transfert		Betrag <u>RM 200.-</u>	
Sammelkonto Wanderarbeiter aus Frankreich			
Zahlender Kontokorrent- und Postamt des Absenders Expedient: <u>RIZZARDI, Andrea</u>		Kontokorrent Karte Nr. <u>L-001-165</u>	
Empfänger: <u>RIZZARDI, Maria</u> , <u>Via Cavour 65</u> Wohnort: <u>Buie</u> Provinzia: <u>Udine</u>			

*Lohntransfer in die Heimat
Außer Formularen ist nie
etwas angekommen.*

Aus diesem Muster ist ersichtlich, wie ein ordnungsmäßig ausgefertigter Überweisungsvordruck „A“ auszusehen hat. Nur wenn alle diese Angaben in der vorgeschriebenen Form gemacht sind, kann der Betrag an den Empfänger weitergeleitet werden.

Il campione di cui sopra mostra quale aspetto deve avere un modulo di trasferimento „A“ debitamente compilato. Soltanto se tutti questi dati vengono esposti nella forma prescritta, potrà essere inoltrato l'importo al beneficiario.

die «Zivil-Italiener» überhaupt jemals ausser einem Taschengeld irgendwelche Lohnzahlungen gesehen haben, ist zweifelhaft. Zur Überweisung ihrer «Lohnersparnisse» waren sie selbst jedenfalls gar nicht befugt. Dazu schreibt das Merkblatt der Deutschen Bank:

«1. Voraussetzung für die Lohnersparnisüberweisungen ist, dass die betreffenden Arbeiter-Imi bei der deutschen Bank als überweisungsberechtigt vorgemerkt und im Besitze eines besonderen Bankausweises für ehemalige italienische Militärinternierte sind.

Die Arbeiter-Imi verlieren ihre Überweisungsberechtigung, wenn sie ohne Genehmigung des zuständigen Arbeitsamts ihre Arbeitsstelle wechseln. (...)

2. Jeder Arbeiter-Imi darf immer nur seine eigenen Lohnersparnisse überweisen lassen. Er darf also keinerlei Beträge, die er nicht selbst verdient hat, von irgendjemand entgegennehmen, um sie auf seinen Namen nach Italien überweisen zu lassen. Wer dies dennoch tut, macht sich strafbar. Das zu Unrecht eingezahlte Geld wird beschlagnahmt. (...)

3. (...) Die Einzahlung oder Überweisung der Lohnersparnisse kann nur durch den jeweiligen Einsatzbetrieb der Arbeiter-Imi vorgenommen werden. Ab 1. Februar 1945 kann derjenige Teil der Lohnersparnisse, den ein Arbeiter-Imi überweisen lassen will, nur innerhalb von 4 Wochen nach jeder Lohnzahlung zur Weiterleitung an die Deutsche Bank beim Einsatzbetrieb eingezahlt werden. Dem Einsatzbetrieb obliegt es zu überwachen, dass die Einzahlungen bzw. Überweisungen den Betrag nicht überschreiten, den der betreffende Arbeiter-Imi nach Lage der Dinge von dem ihm ausgezahlten Lohn erspart haben kann. (...)»⁸⁸

Ob diese Regelungen überhaupt jemals angewendet wurden, erscheint zweifelhaft. Da die Dokumente aus einer eher obskuren Quelle stammen, könnte es gut sein, dass sie die Schubladen der Deutschen Bank nie verlassen haben. Memoirenschreiber wie Anfuso oder Rahn und Salo-Dokumentaristen wie Lops berufen sich natürlich gerne auf solches Material. Für die Praxis des «Arbeitseinsatzes» der «Arbeiter-Imi» ist es dagegen bedeutungslos geblieben.

Bis zur Befreiung

Attilio Buldim:

«Gegen Kriegsende mussten wir Luftschutzstollen im Steilufer der Lesum bei Bremen-Vegesack bauen. Wenn Alarm kam, wurden wir rausgejagt aus den halbfertigen Stollen, um Platz für die Zivilbevölkerung zu machen. Wir haben uns dann im Freien irgendwohin gelegt und den Angriff beobachtet. Eigentlich hatten wir keine Angst mehr bei den Angriffen. Im Gegenteil, wir warteten darauf, dass endlich wieder die Bomber kommen, um Schluss zu machen mit diesem Krieg.

Viele sind damals noch umgekommen, auch Kameraden. Für manchen war es vielleicht eine Erlösung, weil der Hunger nicht mehr zu ertragen war. Ich erinnere mich an einen Alpino, einen Freund, der hat Gras ausgerissen und mit Tränen in den Augen darauf herumgekaut. Viele sind an Hungerödemen erkrankt und weggebracht worden. Nie mehr hat man etwas von ihnen gehört. Ich hielt mich mit dem Haarschneiden über



«Mensch, in dem Stollen haben wir damals doch selber gegessen!» – Attilio trifft am Eingang «seines» Stollens eine Frau, die die Zeit miterlebt hat; sie sprechen auch von den Mülltonnen: Auch die Frau hatte eingewickelte Brote für die Gefangenen in die Tonnen gelegt. – Der alte Luftschutzstollen ist seit Jahren vom Bundesverband für den Zivilschutz wieder reaktiviert und mit Stahltür und Vorhängeschloss gesichert.

Wasser. Ich habe auch den deutschen Wachleuten die Haare geschnitten. Als ich dem Lagerführer eines Tages gesagt habe, dass ich besser mit meinem eigenen Rasierbesteck arbeiten kann – ich hatte es bei der Aufnahme in Sandbostel abliefern müssen –, da hat es keine 10 Tage gedauert, und ich bekam mein Kästchen mit dem Barbierbesteck zurück: Ordnung haben die gehalten in all dem Chaos – das war unglaublich. Gleich neben unserem Lager wohnte eine deutsche Familie. Der Mann war eingezogen. Die Frau hatte zwei kleine Kinder. Sie hiess Neumann. Ihre Kinder hatten anscheinend mitbekommen, was ihre Mutter machte. Auch die Kinder haben nämlich angefangen, Brote heimlich unter dem Stacheldraht für die Gefangenen durchzustecken. – Weil ich weit und breit der einzige Friseur in der Gegend war, durfte ich einmal auch in die Wohnung der Frau kommen, um ihren Kindern die Haare zu schneiden. Sie hat mir, als ich fertig war, in der Küche zu essen gegeben: Kartoffeln mit Sosse. Es war das einzige Mal in meiner Gefangenschaft, dass ich an einem deutschen Tisch etwas gegessen habe.

Aber es gab eben auch andere Sachen. Ein Wachmann, er hiess Schubert, ein Österreicher, hat sich einmal von mir die Haare schneiden lassen. Als Bezahlung hat er mir sein Essgeschirr mit einem Rest Suppe gegeben. Bevor er sie mir gab, hat er in den Napf gespuckt und gesagt: 'Da fressen! Du Badoglio-Schwein!' Ich habe die Spucke mit einem Löffel abgehoben, die Suppe gegessen und gedacht: 'Ich muss nach Haus, ich muss nach Haus. Gigina ... Das Kind ...' Ich wollte nach Hause kommen. Nur das Foto hatte ich von meiner Frau und dem Kind. Ich habe es immer bei mir getragen. Ich hatte mir hinten einen Stempel drauf machen lassen, einen deutschen Stempel, damit es nicht beschlagnahmt werden soll.



ALLIIERTE KRIEGSGEFANGENE, ZIVILINTERNIERTE UND VERSCHLEPPTE STAATSANGEHÖRIGE

Warnung an jeden, der für ihre Behandlung verantwortlich ist

DIE Regierung von Grossbritannien, die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierung der Sowjet-Union richten hiermit zugleich im Namen aller Vereinten Nationen, die sich im Kriege mit Deutschland befinden, eine feierliche Warnung an alle Kommandanten und Bewachungsmannschaften, die Befehlsgewalt über alliierte Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder verschleppte Staatsangehörige der Vereinten Nationen in Deutschland oder in deutsch-besetztem Gebiet haben, sowie an alle Angehörigen der Geheimen Staatspolizei und an alle anderen Personen, gleichgültig welchen Dienstzweiges und welchen Ranges, die alliierte Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder verschleppte Staatsangehörige in Händen haben, sei es im Kampfgebiet, auf den Verbindungswegen oder im rückwärtigen Gebiet. Sie erklären hiermit, dass sie alle diese Personen ebenso wie das deutsche Oberkommando und die zuständigen deutschen Heeres-, Kriegsmarine- und Luftwaffe-Behörden für die Sicherheit und Wohlfahrt der ihnen anvertrauten alliierten Kriegsgefangenen, Zivilinternierten oder verschleppten Staatsangehörigen persönlich verantwortlich machen.

Jedermann, der alliierte Kriegsgefangene misshandelt oder solche Misshandlung zulässt, gleichgültig ob im Kampfgebiet, auf den Verbindungswegen, im Lager, Lazarett, Gefängnis oder wo auch immer, wird rücksichtslos verfolgt und seiner Bestrafung zugeführt werden.

Sie weisen darauf hin, dass sie diese Verantwortung unter allen Umständen als bindend betrachten; auch kann diese Verantwortung nicht auf irgendwelche anderen Behörden oder Einzelpersonen abgeschoben werden.

Winston Churchill

Harry S. Truman

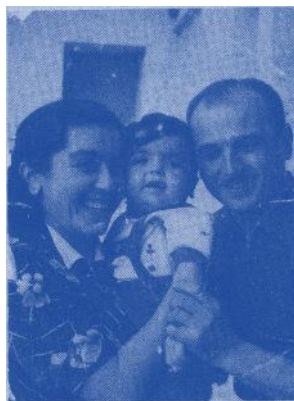
Josef Stalin

UNG I

Flugblatt der Alliierten — April 1945⁹¹

Am Schluß hatten wir große Angst auch vor unseren Wachmannschaften. Sie haben uns noch einmal weggebracht: Warum? Wohin? Das Ende war doch nahe — man konnte schon das Geschützfeuer der Engländer hören. Wir mußten nach Norden marschieren, Richtung Meer. Wir liefen tagelang, bis wir endlich merkten, daß die Engländer da waren. Schon oft hatten sie in den Tagen zuvor unsere Kolonne überflogen: Tiefflieger, die 'Bomben' abwarfen. Wir dachten, die werden uns doch jetzt nicht so kurz vor Toresschluß noch umlegen? Aber es waren keine Bomben, sondern Flugblatt-Pakete in fünf Sprachen: Warnung an alle Wachmannschaften vor Mißhandlungen von Kriegsgefangenen. Das hat uns einen unglaublichen Eindruck gemacht: Wir sollen durchhalten! Die da oben in den Flugzeugen passen auf, daß uns nichts passiert. Es herrschte ein fürchterliches Durchein-

ander. Irgendwann merkten wir, dass sich unsere Wachleute heimlich aus dem Staub gemacht hatten. Wir waren frei.»



*Familienbild –
durch alle Leibesvisitationen
hindurch gerettet.*

Der «U-Fall»

Die Angst der Gefangenen, sie könnten in letzter Stunde noch einer Liquidierungsaktion zum Opfer fallen, war nicht unbegründet. Gewarnt durch Aufstandsversuche in Hamburger Kriegsgefangenenlagern⁹² hatte die SS- und Polizeiführung bereits im Herbst 1944 genaue Pläne entworfen. Die Evakuierung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war bis ins Detail durchgeplant: Marschrouten, Halte- und Übernachtungsplätze («eingezäunte Weide des Bauern M.»), Ausgabe von «Kaltverpflegung für 4 Tage», Bereitstellung von Wachmannschaften etc. – alles war festgelegt. In einem Organisationsbefehl des Höheren SS- und Polizeiführers für die Vorbereitung zur Bekämpfung innerer Unruhen (kurz: U-Fall) vom 16.9.1944 steht zu lesen:

«Unruhen können u.a. hervorgerufen werden durch:

- a) asoziale Elemente
- b) ausländische Arbeitskräfte
- c) Banden (ausländische Arbeitskräfte, ausgebrochene Angehörige von Arbeitserziehungs- und KZ-Lägern, abgesprungene Fallschirmagenten in Zivil, entwichene Kriegsgefangene). (...) Abzustellen sind Kräfte für die Zusammenziehung, Bewachung und Rückführung ausländischer Arbeiter im Falle einer feindlichen Luft- und See-Invasion ... oder bei verstärkten Luftangriffen zur Sicherstellung etwa noch vorhandener staatspolitisch unsicherer Elemente sowie zur Bewachung und Rückführung der Polizei-, Gerichts- und KZ-Gefangenen.

Oberster Grundsatz ist: Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte und durch grösste Anstrengungen des deutschen Volkes kann der Sieg errungen werden. Jeder, der diesen Bestrebungen entgegenarbeitet und dem kämpfenden Volk in den Rücken fällt, ist sein Feind. Er ist rücksichtslos zu vernichten. Energisches Auftreten und rasches Handeln spart Blut. Zögernder Einsatz und halbe Massnahmen können wertvolle Kräfte aufs Spiel setzen.»⁹³

In welchem Umfang solche Befehle noch umgesetzt werden konnten, hing von den Wachmannschaften ab. Auch die Warnungen der Alliierten und die Sorge um die eigene Zukunft nach dem «Zusammenbruch» werden eine Rolle gespielt haben. Die Evakuierungsmärsche aus der Gegend um Bremen endeten alle in Wesermünde-Bremerhaven – nicht alle so glücklich wie der von Attilio Buldini. Eine unbekannte Zahl von Gefangenen kam noch um – sie wurden wegen angeblicher Fluchtversuche erschossen, oder weil sie als Fusskranke beim Marsch nicht Schritt halten konnten.⁹³³

Offene Rechnungen

Im Bremer Staatsarchiv finden sich umfangreiche Aktenvorgänge, in denen Betriebe oder Einzelpersonen nach dem «Zusammenbruch» noch Forderungen geltend machen für während des Krieges erbrachte Arbeiten oder Leistungen: Rechnungen von Baufirmen, die Luftschutzbunker errichteten und jetzt noch Materialkosten und Arbeitsstunden abrechnen wollen; Luftschutzhelferinnen, die ihre nicht mehr ausgezahlten Aufwandsentschädigungen einklagen; Architekten, die Planungs- und Bauleitungshonorare für Bunkerbauten geltend machen usw. Die um diese Leistungen geführten Prozesse sind z.T. bis an den Bundesgerichtshof gegangen und wurden in der Regel von den Klägern gewonnen.⁹⁴ Den ausländischen «Zivilarbeitern» und Kriegsgefangenen wurde jedoch eine solche Rechtsprechung nicht zuteil. Selbst Zwangsarbeiter, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten und Entschädigungsansprüche anmeldeten, wiesen die Landesämter für Wiedergutmachung mit Formularbegründungen ab:

«Seine Verbringung zum Arbeitseinsatz erfolgte nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nichtdeutschen Volkstum. Sie war vielmehr eine Massnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, von der Personen aller Nationalitäten betroffen wurden.»⁹⁵

Auch den italienischen Gefangenen ging es nach der Rückkehr in ihre Heimat nicht viel anders. Fälle, in denen ausstehende Lohnzahlungen erfolgreich eingeklagt worden wären, sind unbekannt. Entschädigungen wurden ebenfalls nicht gezahlt. Selbst der italienische Staat verweigerte den «Militärinternierten» jahrelang die Anerkennung. In einem Dokument des Ministern dell'Assistenza post-bellica (Ministerium für Nachkriegs-Hilfe) vom 5. Oktober 1945 sind folgende Grundsätze entwickelt:

«Die vereinigten Generalstäbe haben im Januar 1945 folgende Prinzipien festgelegt: Der Status von Kriegsgefangenen wird nur solchen italienischen Soldaten zuerkannt, die unter alliiertem Oberbefehl mit der Waffe in der Hand in Gefangenschaft geraten sind. Alle übrigen italienischen Staatsbürger, die sich gegenwärtig in deutschen Kriegsgefangenen- oder Internierungslagern befinden, werden als Vertriebene behandelt.»⁹⁶

Erst im Dezember 1977 hat das italienische Parlament ein Gesetz verabschiedet, nach dem die ehemaligen «Militärinternierten» als «Volontari della liberta» (Freiwillige der Freiheit) anerkannt werden. Dass dies so lange gedauert hat, ist nicht leicht zu erklären. Es mag damit Zusammenhängen, dass die «Imi»s eben nicht als Sieger, sondern als entlassene Gefangene heimkehrten; sie selber hatten die deutsche Gefangenschaft als Schmach und Erniedrigung erlebt und schwiegen lieber darüber, als Forderungen zu stellen. Die Durchsetzung ihrer Rentenansprüche ist offenbar in vielen Fällen auch heute noch ein demütigender Kampf mit der Bürokratie, zumal hierbei auch die Militärbehörden mitzuwirken haben.⁹⁷

Die Erklärung des Nationalen Befreiungskomitees vom 27. März 1944 scheint weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein; sie wurde in einer Zeit verfasst, in der die ersten Schreckensmeldungen über die Gefangenenlager nach Italien kamen und erkennbar wurde, dass die Weigerung von Hunderttausenden italienischer Soldaten, sich die «Verpflichtungserklärung» abpressen zu lassen, einen Akt des Widerstandes darstellte, der – auch militärisch – nicht weniger bedeutsam war als der bewaffnete Kampf der Resistenza.

Die damalige Erklärung hat folgenden Wortlaut:

«In Anbetracht

der brutalen Behandlung, die die nazistischen Schergen italienischen Offizieren und Soldaten zuteil werden lassen, die sich weigern, für deutsche Militärverbände oder für zivile Einrichtungen freiwillig Dienst zu tun,
erklärt

der Nationale Befreiungsrat Norditalien was folgt:

Solidarität und Bewunderung für jene Unerschrockenen, die trotz aller Quälereien und Erniedrigungen in einem Akt der Würde und des Stolzes jede Kollaboration und freiwillige Dienstleistung für den Feind abgelehnt haben.

Der Nationale Befreiungsrat Norditalien

warnet sämtliche Verantwortlichen vor Straftaten und Misshandlungen. Sämtliche Taten werden zu gegebener Zeit als Kriegsverbrechen abgeurteilt und bestraft.»⁹⁸

Die Zahl derer, die aus der deutschen Gefangenschaft nicht heimgekehrt sind, ist unklar. Die italienischen Militärbehörden haben in den 50er Jahren eine Zahl von 20368 Toten angegeben, eine Zahl, die viel zu genau ist, um stimmen zu können. Die ANEI, die Heimkehrer-Vereinigung der ehemaligen Militärinternierten, spricht demgegenüber von circa 60'000 Toten.⁹⁹ Die Grabstätten, die aufgefunden werden konnten, sind in der Nachkriegszeit bei Umbettungsaktionen aufgehoben und in vier grossen Ehrenfriedhöfen zusammengefasst worden: in Frankfurt-Hausen, im Münchner Waldfriedhof, in Berlin-Zehlendorf und in Hamburg-Ohlsdorf.¹⁰⁰

Diejenigen, die heimkehrten, mussten oft monatelang auf ihre Repatriierung warten.¹⁰¹ Bei den Offizieren scheint die Rückkehr schneller gegangen zu sein als bei den einfachen Soldaten. Einer der ersten, der aus einem deutschen Lager

auf abenteuerlichen Wegen nach Italien zurückkehrte, war Don Luigi Pasa, ein Militärg Geistlicher; beladen mit zwei Koffern voller Gefangenenbriefe an die Angehörigen brach er schon Mitte Mai 1945 aus Wietzendorf bei Soltau auf, um beim Vatikan eine Intervention zugunsten einer baldigen Rückkehr der Gefangenen zu erreichen.¹⁰¹ Während der langen Wartezeit konnten die Befreiten in der Regel ihre Lager immer noch nicht verlassen, weil es keine anderen Unterkünfte gab. Auch hiervon scheint es nur für einige Offiziere, die sich mit den alliierten Standortkommandanten verstanden, Ausnahmen gegeben zu haben.¹⁰² Die einfachen Soldaten mussten warten. Das jetzt einsetzende «Organisieren» von Lebensmitteln und sonstigem Mitnehmenswerten hat das Nachkriegsbild der deutschen Zivilbevölkerung, die in der Umgebung der befreiten Lager wohnte und jetzt selber anfang, Hunger zu leiden, nachhaltig geprägt. Nicht das, was in den Jahren zuvor geschehen war, sondern was die «plündernden Ausländer-Horden» jetzt anrichteten, beherrscht bis heute noch die Erinnerung: Eben doch «Pollacken», «Iwans» und «Badoglio-Schweine»?

Heimkehr

Attilio Buldini:

«Wir haben noch lange gewartet, bis wir zurückkehren konnten. Die Bahnlinien waren zerstört, sie mussten erst wieder hergestellt werden. Anscheinend hatte die Militärregierung aber ein Interesse daran, uns möglichst bald zurückzutransportieren. So wurde Mitte Juni ein erster Transport zusammengestellt, mit dem wir nach Italien fahren sollten. Der Zug war vollständig überfüllt. Es war ein Personenzug. Niemand passte mehr in die Abteile. Wir mussten also auf das Wagendach klettern, um mitzukommen. Der Zug ist zwar sehr langsam gefahren und es war auch nicht sehr kalt. Aber es bedeutete trotzdem eine höllische Anstrengung, da nicht herunterzufallen. Fünf Tage und Nächte dauerte die Fahrt, festgeklammert auf dem Wagendach. Wenn es regnete, hatten wir keinen Schutz. Trotzdem waren wir glücklich und guter Laune, weil es doch nach Hause ging. Wir dachten, jetzt fängt das Leben noch einmal von vorne an.

Einmal sind wir an einem See vorbeigefahren. Da badeten Mädchen und junge Frauen drin. Einer neben mir war ganz aufgeregt, als er das sah, und hat sich aufgerichtet auf dem Dach, ihnen zugewinkt und gerufen. Er hat nicht gemerkt, dass der Zug sich einer Unterführung näherte. So hat er einen furchtbaren Schlag an den Kopf bekommen. Er ist vom Zug gefallen und liegengeblieben. Der Zug fuhr weiter. Wie sollten wir ihn zum Halten bringen?

Ein anderes Mal ist der Zug mitten auf der Strecke stehengeblieben. Die Kohle war zu Ende. Also sind wir alle ausgestiegen und haben angefangen, den Zug zu schieben. Ganz langsam, mit Hau-Ruck, kam er ins Rollen. Dabei waren wir doch alle schwach und verhungert. Aber die Begeisterung, nach Hause zu kommen, hat uns Kraft gegeben. Die Strecke war leicht abschüssig. Von vier Uhr morgens bis neun Uhr vormittags haben wir geschoben. Schliesslich rollten wir in einen Bahnhof ein; wir konnten wieder Kohle laden.

Der Zug hielt von Zeit zu Zeit für ein paar Stunden, weil wir Verpflegung organisieren mussten. Einmal in der Nähe von Ulm war wieder ein längerer Halt. Wir sind in der Umgebung herumgezogen, um Essen zu suchen. Stattdessen haben wir aber eine Munitions-

fabrik gefunden, in der noch die ganzen Maschinen und Geräte standen. Ein paar Dutzend von uns sind in die Fabrik gestürmt, haben sich Eisenstangen gegriffen und alles kurz und klein geschlagen. Später haben wir darüber gesprochen, dass das Unsinn war und dass man mit den Maschinen auch etwas anderes als Granaten hätte drehen können. Aber in dem Moment hätte uns niemand halten können. Unsere Wut, unser Hass auf den Krieg waren ungeheuer.

Der Zug ist während der Fahrt auch einmal beschossen worden, als wir durch einen Wald fahren. Wer das war? Haben welche immer noch auf den 'Endsieg' gewartet? Versprengte SS-Leute? Oder welche vom Werwolf? Wir haben das nie erfahren.

Je näher wir an die Grenze kamen, desto mehr sank die Stimmung. Überall die zerbombten Städte. Wir wussten ja nicht, wie es zu Hause aussehen würde. Bei einem längeren Halt unterwegs kamen zwei italienische Rotkreuzlerinnen und zwei Priester an unseren Zug. Wir hatten ja keine Nachrichten, keine Zeitung, kein Radio, nichts. Jeder wollte jetzt wissen, wie es zu Hause steht. Ich habe auch nach Bologna gefragt und der Priester sagte mir, dass es dort schlimm aussieht. Alles zerbombt und zerstört: 'Ihr braucht Euch nicht zu beeilen mit dem Nachhausekommen', sagten sie, 'es gibt nichts zu essen, alles ist kaputt. Und was aus Euren Angehörigen geworden ist, wisst Ihr auch noch nicht. Also nur langsam!' Das war schlimm zu hören, denn wir hatten ja die deutschen Städte gesehen, die in Trümmern lagen: Sollte das zu Hause genauso aussehen?

Der Zug ging dann weiter über Innsbruck, Verona. Oft mussten Strecken mit Lastwagen überbrückt werden, weil die Bahnlinien noch nicht wieder hergerichtet waren. Das war mühsam. In meinem Rucksack habe ich einen kleinen Elektromotor und zwei Schachteln mit Eisenkugeln geschleppt. Die waren aus der Munitionsfabrik in Ulm, und ich dachte mir, die kannst Du zu Hause versilbern. Die Eisenkugeln musste ich in Innsbruck stehenlassen, sie waren einfach zu schwer. Aber den Motor habe ich verkauft für 4'000 Lire. Von dem Geld haben wir dann die ersten vier Monate gelebt, bis ich Arbeit hatte. Das war nicht viel, umgerechnet vielleicht hundert Mark, aber es hat gereicht. Dies Geld war der einzige Lohn, den ich für die zwei Jahre Zwangsarbeit in Deutschland bekommen habe. Aber andere waren noch schlimmer dran, sie sind mit ganz leeren Händen nach Hause gekommen. Sie mussten betteln gehen oder zum Pfarrer.

Irgendwann ist in den 60er Jahren eine Meldung durch die Zeitung gegangen, dass Entschädigungen gezahlt werden an Leute, die im KZ und in Lagern gewesen sind. Ich habe meine Lagerkarteikarte nach Rom geschickt an die zuständige Stelle und eine Eingangsbestätigung bekommen, dann aber nie mehr etwas davon gehört.¹⁰³ Man hätte wohl in Auschwitz gewesen sein müssen, um eine Entschädigung zu erhalten.

So sind wir weiter gefahren in Richtung Süden. Als wir schon ziemlich dicht waren bei Bologna, musste der Zug wieder einmal anhalten. Plötzlich rief einer auf dem Bahnsteig in Bologneser Dialekt: 'Wer ist aus Bologna? Alle Bologneser aussteigen! Kommt rüber in die Wartehalle! Wir haben für Euch etwas mit gebracht.' – Da waren plötzlich sehr viele 'aus Bologna', auch welche, die nach Reggio oder Modena oder wer weiss wohin wollten. Die Leute am Bahnsteig hatten Brötchen mitgebracht. Sie kamen aus Molinella, einem kleinen Dorf vor Bologna. Sie haben dort Tag und Nacht Brot gebacken, um es den durchlaufenden Heimkehrerzügen zu bringen. Das hatte der 'Befreiungsrat' von Molinella, die Partisanen Verwaltung, organisiert. Es war das erste Essen, das wir auf der Reise bekommen haben. Wer sich nichts aus dem Lager mitgenommen hatte oder sich unterwegs nichts zusammenklauen konnte, der musste eben hungern.

Die Compagni von Molinella haben das Brot natürlich allen, nicht nur den Bolognesern gegeben. Die kamen nur als erste dran. Sie haben uns auch gesagt, dass es nicht so schlimm ausschaut, wie uns die Pfaffen in Innsbruck gesagt hatten. Dass Bologna noch steht und dass es auch zu essen gibt.

Es ging dann weiter mit amerikanischen Lastwagen Richtung Bologna. Unser Haus liegt im Borgo Panigale, das ist ein Vorort von Bologna. Als wir in die Nähe kamen, bin ich hinten von dem LKW runtergesprungen mit meinem Rucksack und dem Elektromotor drin. Ich habe den Kameraden, die auf dem LKW weiterfahren, schnell noch einmal zugewinkt, dann bin ich losgelaufen, nein, losgerannt mit meinem Rucksack. Tatsächlich: Das Haus hat noch gestanden. Von weitem habe ich schon angefangen zu brüllen und zu schreien: 'Nonno, Nonno!' Das war mein Schwiegervater.

Aber gehört hat mich die Schwiegermutter. Sie ist durchs Haus gerannt: 'Gigina, Gigina, Titino ist da!' Gigina hat mich auch gehört, aber sie hat meine Stimme nicht erkannt: 'Was redest Du da, das ist doch nicht Titino!'

Aber sie ist runtergekommen. Da stand ich, aber sie hat mich nicht erkannt. Ich war sehr heruntergekommen. Es hat Tage gedauert, bis ich sprechen konnte. Ich war am Ende. Erst nach Wochen bin ich langsam wieder zu Kräften gekommen. Ich konnte auch nicht von der Gefangenschaft erzählen. Nur Gigina habe ich später alles erzählt, sonst keinem. Auch meinem zweiten Sohn nicht, der nach dem Krieg geboren ist.

Ein paar Tage nach meiner Rückkehr mussten wir in die Stadt fahren zur Militärverwaltung. Der Nonno, Giginas Vater, war tot. Eine englische Militärambulanz hatte ihn überfahren. Wir sollten die Sterbeurkunde holen. Wir sind zusammen gefahren, aber ich bin nicht mit reingegangen in das Amt. Gigina ist alleine gegangen. Ich konnte nicht reden. Ich war stumm. Als sie runterkam aus dem Büro, stand ich an der Ecke. Ich habe geheult, und sie hat nicht verstanden warum. Da habe ich ihr diese Auslage gezeigt. Das war ein paar Schritte weiter: ein Schaufenster von einem Restaurant. Gebratene Hähnchen, Kottlets, Salat und Gemüse, Kuchen und Gebäck: Und das nach all dem Hunger. Wenn wir Geld gehabt hätten, hätten wir auch reingehen können: Essen.

Gigina hat mich am Arm genommen und von dem Fenster weggezogen. Dann sind wir zurückgefahren nach Hause. Das war meine Heimkehr.»

Anmerkungen

- 1 Eine detaillierte Schilderung der politischen Ereignisse findet sich in dem Buch von Erich Kuby, Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte, Hamburg 1982, S. 219 ff.
- 2 Schilderung der Entwaffnungsaktion aus der Perspektive der deutschen militärischen Führung bei Siegfried Westphal, Heer in Fesseln. Aus den Papieren des Stabschefs von Rommel, Kesselring und Rundstedt, Bonn 1950; die brutale Übertölpelung der desorientierten italienischen Verbände wird hier noch als grosse deutsche Waffentat gefeiert, die auch den «Führer» zu besonderer Anerkennung benötigt habe.
- 3 Vgl. die Schilderung von Alfonso Bartolini, Storia della Resistenza italiana all'estero (Geschichte des italienischen Widerstandes im Ausland), Padova 1965, S. 13 ff.
- 4 Wie solche Übertölpelungsmanöver praktisch funktionierten, beschreibt z.B. Baldo Baldi in: Paride Piasenti (Hg.), Il lungo inverno dei Lager. Dai campi nazisti, trent'anni dopo (Der lange Winter im Lager. Über die Kriegsgefangenenlager der Nazis, nach 30 Jahren), Firenze 1973, S. 46 ff.
- 5 Zitiert in Piasenti, a.a.O., S. 75.
- 6 Eine Übersicht über sämtliche italienischen Truppenverbände nebst Stationierungsorten am 8. September 1943 findet sich in: Giuseppe Crescimbeni, Marcello Lucini, Seicentomila Italiani nei Lager (600'000 Italiener in den Lagern), Milano 1965, S. 299 ff.
- 7 Vgl. die Beschreibung bei Carmine Lops, zit. nach Piasenti, a.a.O., S. 82 ff.; ähnliche Schilderungen finden sich auch bei anderen Autoren.

- rungen von Massakern an Wehrlosen bei Enzo De Bernart, Nein, Caltanissetta 1961, S. 66 ff.
- 8 Kuby, a.a.O., S. 295.
 - 9 Crescimbeni, a.a.O., S. 106.
 - 10 Vgl. Vincenzo Derme, in: Piasenti, a.a.O., S. 30.
 - 11 Vgl. Carlo De Luca, in: Piasenti, a.a.O., S. 101.
 - 12 Vgl. Eva Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939-45), Berlin (DDR) 1964, S. 65 ff.
 - 13 Zu dieser Frage gibt es eine eigene Äusserung Sauckels vom 1.3.1944 (54. Sitzung der Zentralen Planung betr. Arbeitseinsatz im Reichsluftfahrtministerium); bei dieser Gelegenheit erklärte Sauckel, von den (damals) 5 Millionen ausländischen Arbeitern seien «keine 200'000 freiwillig gekommen»; das Protokoll dieser Sitzung ist im Nürnberger Prozess als Beweisdokument vorgelegt worden; vgl.: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG) Nürnberg 1947, Bd. XXXVIII, S. 355 (Dokument R 124 (US-179)); Sauckel ist in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.
 - 14 IMG, Bd. XXVII, S. 117 (Dokument 1292-PS).
 - 15 Vgl. Enzo Collotti, L'amministrazione tedesca dell'Italia occupata 1943-1945. Studio e document (Die deutsche Verwaltung des besetzten Italien), Milano 1963, S. 189 ff. Die immer noch grundlegende Arbeit von Collotti ist zwar häufig zitiert und verwendet worden: leider fand sie aber bis heute noch keine deutsche Übersetzung.
 - 16 Vergleichszahlen: Ein Liter Milch kostete 8 Lire, die Unterstützung, die die Repubblica Sociale an die Ehefrauen der Gefangenen bezahlte, betrug 11 Lire pro Tag (Bericht von Gigina Querezé in Buldini).
 - 17 Corriere della Sera vom 3. November 1943, zitiert nach Collotti, a.a.O., S. 185 f., hier rückübersetzt aus dem Italienischen.
 - 18 Genaue Zahlen über die vor dem 8. September 1943 freiwillig als Zivilarbeiter ins Reich gekommenen Italiener habe ich nicht ermitteln können; Bruno Betta, Gli IMI. La vicenda degli internati militari italiani in Germania (Die IMIs. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten in Deutschland), Trento 1955, S. 154, nennt eine Zahl von 400 bis 500'000 Zivilarbeitern; diese Zahl erscheint jedoch im Hinblick auf die von Sauckel gemachten Angaben als zu hoch gegriffen (vgl. Anm. 13). – Die eindrucksvollste Schilderung ihrer Erfahrungen als «Zivilarbeiterin» hat Luce D'Eramo, La deviazione (Der Umweg), Milano 1979 (Dt. Übers. Reinbek 1981) geschrieben; als Tochter eines faschistischen Diplomaten hatte sie sich aus Idealismus freiwillig zum «Arbeitseinsatz» nach «Grossdeutschland» gemeldet; aufgrund ihrer Erfahrungen wechselte sie dann auf die andere Seite und heftete sich ein «Ost»-Zeichen an die Arbeitskleidung.
 - 19 Befreiungsaktionen dieser Art gab es offenbar sehr häufig; jedenfalls finden sie sich öfters in Erinnerungsberichten, vgl. Piasenti, a.a.O., S. 104.
 - 20 Collotti, a.a.O., S. 198 ff. mit Belegen; vgl. auch: Enzo Collotti, Documenti sull'attività del Sicherheitsdienst nell'Italia occupata (Dokumente über die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes im besetzten Italien), in: Il movimento di Liberazione in Italia (Die Befreiungsbewegung in Italien), Heft 83, 1966, S. 38 ff.
 - 21 Collotti, a.a.O., S. 203 mit Anm. 52.
 - 21a Vgl. C. Conte, Prigionieri senza tutela. Lo stato giuridico degli italiani militari (Gefangene ohne Schutz. Der Rechtsstatus der italienischen Militärinternierten), Milano 1970.
 - 22 Text der italienischen Kriegserklärung an Deutschland in: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Hg. J. Hohlfeld, Berlin o.J., Bd. V, S. 459.
 - 23 Vgl. die Berichte bei Piasenti, a.a.O., S. 191, 196.
 - 24 Betta, a.a.O., S. 122; mit ihrer juristischen Fiktion scheint es die Wehrmachtsführung aber selbst nicht besonders ernst genommen zu haben; als später nicht mehr die französischen Karten verwendet, sondern eigene Formulare für die Italiener gedruckt wurden, trugen diese die Überschrift «Kriegsgefangenenpost».
 - 25 Zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Sinne des Kriegsvölkerrechts vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-45, Stuttgart 1978, S. 224 ff.
 - 26 IMG, Bd. XVI, S. 555.

- 27 IMG, Bd. V, S. 535.
- 28 Nach einem Bericht, den Alfred Jodi, der Chef des Wehrmachtsführungsamts, am 7.11.43 abgab, gerieten bis dahin 547'531 italienische Militärangehörige (davon 24 744 Offiziere) in Gefangenschaft, zit. nach Crescimbeni, a.a.O., S. 34, Anm. 5.
- 29 Zahlenangaben bei Crescimbeni, a.a.O., S. 42; ebenso die offiziellen Angaben des italienischen Verteidigungsministeriums, vgl. Ministern della difesa. Commissione Generale Onoranza ai caduti, Militari italiani caduti nei campi di prigionia e sterminio (Verteidigungsministerium, Generalkommission für Gefallenen- oder Vernichtungslager geraten sind), Roma 1975; der Vorsitzende des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, General Pier Luigi Bertinaria, hat auf einem kürzlich in Florenz zur Geschichte der Militärinternierten durchgeführten Kongress folgende Zahlen angegeben: 20-30'000 einfache Soldaten und 1'000 Offiziere hätten sich freiwillig gemeldet; diese Angaben müssten im Militärarchiv Freiburg überprüft werden. Die Protokolle des Kongresses von Florenz werden 1986 erscheinen: Associazione Nazionale Ex Internati, Centro Universitario di Studi e Ricerche storico-militari, Istituto storico della Resistenza in Toscana (hsg.), Convegno di studi sull'internamento dei militari italiani in Germania, Firenze 14.-15.11.1985.
- 30 Faksimile in: Vittorio Vialli, Ho scelto la prigionia. La resistenza dei soldati italiani deportati 1943-1945, Prefazione di Sandro Pertini (Ich habe mich für die Gefangenschaft entschieden. Der Widerstand der deportierten italienischen Soldaten 1943 -1945. Vorwort von Sandro Pertini), 1975, Abbildung 33.
- 31 Bericht eines unbekanntem Offiziers, abgedruckt in: Betta, a.a.O., S. 133 ff.
- 32 Vgl. Giorgio Rochat, Memorialistica e storiografia sull'internamento (Erinnerungsliteratur und Geschichtsschreibung über die Internierung), noch unveröffentlichtes Referat auf dem Kongress von Florenz; Rochat äussert sich sehr kritisch über die von offiziellen italienischen Stellen angegebenen Zahlen, die mit 2% der Offiziere allerdings viel zu niedrig gegriffen sind, vgl. Anm. 7,36-38 seines Referats; die behaupteten 2% treffen wohl für die Soldaten, nicht aber für die Offiziere zu; zu den Methoden, mit denen die Lagerführungen die italienischen Offiziere zur «freiwilligen» Meldung erpressten, vgl. die Berichte in Piasenti, a.a.O., S. 129,142,144,157 und Rochat mit Belegen in Anm. 78 seines Referats.
- 33 Vgl. die Dokumente bei Jacek Wilczur, Niewola i eksterminacja jehcow wojennych-wlochow w niemieckich obozach jenieckich. September 1943 - Mai 1945 (Gefangenschaft und Vernichtung italienischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern), Warszawa 1969, S. 195 ff.
- 34 Eine Sammlung unterschiedlicher Verpflichtungserklärungen aus verschiedenen Zeitabschnitten der Gefangenschaft bei Betta, a.a.O., S. 117-120.
- 35 Vgl. Crescimbeni, a.a.O., S. 191 ff.
- 36 Rede des französischen Anklägers in Nürnberg, IMG, Bd. V, S. 537.
- 37 Vgl. den Bericht von Nuto Revelli, La guerra dei poveri (Der Krieg der Armen), Einaudi, Torino 1962.
- 38 Zitiert nach Kuby, a.a.O., S. 301/302.
- 39 Vgl. hierzu die Berichte in: Piasenti, a.a.O., S. 258 ff.
- 40 Schreiben des Gewerkleiters des Sozialgewerks der Bremer Handwerker an die Deutsche Arbeitsfront, Gau Weser-Ems vom 8.12.1943, in: Staatsarchiv Bremen 4, 66-XXIII.2.b.6.
- 41 Belege bei Streit, a.a.O., S. 266.
- 42 entfällt.
- 43 Vgl. Luigi Pignatelli, Il secondo Regno. I prigionieri italiani neH'ultimo conflitto (Das zweite Reich. Die italienischen Kriegsgefangenen im letzten Krieg), Milano 1969, S. 26 und 67.
- 44 Staatsarchiv Bremen 4, 29/1-1236.
- 45 Fritz Peters, Zwölf Jahre Bremen 1933-1945. Eine Chronik, Bremen 1951, S. 283.
- 46 Staatsarchiv Bremen 7, 1066-61.
- 47 Bericht von Willi Scheuer, der damals auf den Atlas-Werken in Bremen gearbeitet hat.
- 48 Dienstreisebericht vom 28./29.9.1943, in: Staatsarchiv Bremen 4, 29/1-1236.
- 49 entfällt.
- 50 Staatsarchiv Bremen 4, 29/1-1294.
- 51 Staatsarchiv Bremen 4, 29/1-1236.
- 51a Vgl. den Bericht von G. Melodia über die Ankunft der Italiener in Dachau, zit. in Vittorio E. Giuntella, Il nazismo e i Lager, Roma 1979, S. 105 mit Anm. 2.

- 52 Die Zahl der Freiwilligen-Meldungen wird in manchen italienischen Darstellungen offenbar untertrieben; so behauptet beispielsweise Pignatelli, a.a.O., S. 321, nur 6'500 hätten die Verpflichtungserklärung unterschrieben; die oben zitierten Angaben von Betta, Piasenti und Crescimbeni erscheinen zuverlässiger, vgl. oben bei Anm. 29 ff.
- 53 Giovanni Montalbano, in: Betta, a.a.O., S. 161.
- 54 Betta, a.a.O., S. 125.
- 55 Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, W 207 00636 - 46(396,397).
- 56 Vgl. z.B. den Bericht von Enrico Camedda, der nach einem 150-Kilometer-Fussmarsch in die Berge den gleichen Weg zu Fuss zurückgekehrt ist, um sich zu stellen, in: Piasenti, a.a.O., S. 45.
- 57 Vgl. IMG, a.a.O., Bd. IX, S. 251 ff., Befehl Kesselrings vom 17. Juni 1944.
- 58 Eine Übersicht über den Terror gegenüber der Zivilbevölkerung im Partisanenkrieg in Roberto Battaglia, Giuseppe Garritano, *Breve storia della Resistenza italiana*, Torino 1953, deutsche Übersetzung im Militärverlag der DDR: *Der italienische Widerstandskampf 1943-45*, Berlin (DDR) 1970; vgl. neuerdings auch das Material in: Istituto per la storia della Resistenza di Pesaro (hsg.), *Linea Gotica 1944. Esercito, popolazioni, partigiani (Gotenlinie. Heer, Bevölkerung, Partisanen)*, Milano 1985. Bei einer Gedenkveranstaltung in Sabbionno, dem Schauplatz eines deutschen Massakers hinter der «Gotenlinie», habe ich Gigina Querzé und Attilio Buldini kennengelernt. Aus der daraus erwachsenen Freundschaft entstand der hier festgehaltene Bericht.
- 59 Crescimbeni, a.a.O., S. 115 ff., der auch berichtet, dass die verurteilten Generäle es abgelehnt hatten, ein Gnadengesuch zu stellen.
- 60 Piasenti, a.a.O., S. 95.
- 61 Nicola Benvenuti, *Gli internati militari italiani in Germania nella relazione di un ufficiale della Repubblica di Salò* (Die italienischen Militärinternierten in Deutschland nach einem Bericht eines Offiziers der Republik von Salò), in: *Il movimento di liberazione in Italia (Die Befreiungsbewegung in Italien)*, Heft 21, 1952, S. 20; vgl. auch Piasenti, a.a.O., S. 95.
- 62 Benvenuti, a.a.O., S. 19.
- 63 Zitiert in Betta, a.a.O., S. 135.
- 64 Crescimbeni, a.a.O., S. 66; die «Caterina» aus Sandbostel befindet sich heute im Museum der ANEI (Associazione Nazionale Ex-Internati) in Padua, Piasenti, a.a.O., S. 187.
- 65 Dies hat mir Herr Prof. Vittorio E. Giuntella im Oktober 1985 bei einem Besuch im Durchgangslager Fossoli berichtet.
- 66 Vgl. den Bericht von Matteo Lino Fornale, in: Piasenti, a.a.O., S. 131.
- 67 Vgl. auch die Erinnerungen von P. Testa, die unter dem Titel: *Wietendorf, Roma 1972*, erschienen sind; Testa hat nach der Befreiung acht Kisten mit sämtlichen Lagerakten von Wietendorf nach Rom ins Archiv des Verteidigungsministeriums gebracht; dort sind sie seitdem verschwunden – Auskunft von Prof. G. Rochat, Torino.
- 68 Vgl. Crescimbeni, a.a.O., S. 154, 158, 161; Piasenti, a.a.O., S. 161, 164.
- 69 Auf Offizierserinnerungen stützt sich vor allem die umfangreiche Arbeit von Carmine Lops, die auch ein Verzeichnis sämtlicher Kriegsgefangenenlager – Stalags und Oflags – enthält, soweit dort italienische Soldaten untergebracht waren; es waren ca. 60 Lager; Belege bei Carmine Lops, *Albori della Nuova Europa. Storia documentata della resistenza italiana in Germania*, vol. I: 8 settembre 1943 - 8 maggio 1945, vol. II: *Redenzione di popoli, Roma 1965 (Morgendämmerung des Neuen Europa. Dokumentierte Geschichte des italienischen Widerstands in Deutschland, Bd. 1: 8. September 1943 - 8. Mai 1945, Bd. II: Erlösung der Völker)*, Bd. I, S. 169 ff.; dort auch eine nach Nationalitäten gegliederte Aufstellung der Wehrmachtsführung über sämtliche im Reich befindlichen Kriegsgefangenen (Stand 1.1.45), S. 178 ff. Die Arbeit von Lops, die in vielen Punkten sehr befremdliche Aussagen enthält, ist im Übrigen mit Vorsicht zu benutzen; falls es zutrifft, dass Lops selber ein «repubblicchino» (Mussolini-Anhänger in der Republik von Salò) gewesen ist, wie behauptet wird, so wäre manches erklärt.
- 70 Die umfassendste Bibliografie zum Thema – Erinnerungen, Darstellungen, Dokumentensammlungen – hat im Auftrag des Istituto Nazionale per la Storia del Movimento di Liberazione in Italia (Mailand) jetzt Giorgio Rochat, Militärgeschichtler an der Universität Turin, vorgelegt. Sie wird in den Akten des Kongresses zur Geschichte der Militärinternierten veröffentlicht, der vom 14. bis 15. November 1985 in Florenz stattgefunden hat.
- 71 Immerhin hat die Associazione Nazionale Ex-Internati im Jahre 1968 eine Umfrage unter ehemaligen Militärinternierten durchgeführt; das hierbei zusammengekommene Material liegt

- heute im Centro di Studi sulla deportazione e l'internamento (Roma, Via 20 settembre 27/B c/o ANEI); die von diesem Institut herausgegebenen Quaderni enthalten einiges Material aus diesen Umfragen; vgl. neuerdings auch die wichtige Sammlung: Associazione Nazionale Ex-Internati (hsg.) *Resistenza senz'armi. Un capitolo di storia italiana 1943-45 dalle testimonianze di militari toscani internati nei Lager nazisti (Widerstand ohne Waffen. Ein Kapitel italienischer Geschichte 1943-45 nach den Zeugnissen toskanischer Militärinternierter aus den Nazi-Lagern)*, Firenze 1984.
- 72 Carmelo Santalco, *Stalag 307. Frammenti di un diario e di altri scritti di prigionia (Stalag 307. Fragmente eines Tagebuchs und anderer Schriften aus der Gefangenschaft)*, 2. Auflage, Rom 1980, S. 18, 21, 53.
- 73 Bericht von Luigi De Micheli, zit. in Lops, a.a.O., S. 61 ff.; ähnlich der Bericht von Renato Castagnoli, zit. in Lops, a.a.O., S. 124; ähnliches Material wird bei Crescimbeni, a.a.O., S. 75 ff. und bei Luigi Fiorentino, *Cavalli 8, uomini...* (Pferde: 8 Stück, Männer:... – Anspielung auf die Aufschrift der Viehwaggons), S. 95 ausgebreitet.
- 74 Aus einigen hundert Zeugenaussagen, die im Lager Gross-Hesepe nach der Befreiung aufgenommen worden sind, zitiert Piasenti, a.a.O., S. 204 ff.
- 75 Der von jedem Heimkehrer auszufüllende Fragebogen hat folgenden Wortlaut: «Personalangaben: Grad, Name und Vorname (N.B. Die Reihenfolge ist nicht vertauscht!), Datum der Gefangennahme und der Rückkehr, Name des Vaters und der Mutter, Wohnsitz, Wehrkreis, Truppenteil, Ort der Gefangennahme, Lageraufenthalt in:...» Anschliessend werden folgende Fragen gestellt: «Haben Sie von der deutschen Führung die Aufforderung erhalten, den Kampf auf deutscher Seite fortzusetzen? Wenn ja, haben Sie die Verpflichtungserklärung schriftlich oder mündlich abgegeben? Haben Sie einen Eid geleistet: auf die Pseudo-Republik? Oder auf die deutsche Regierung? Schriftlich oder mündlich? Haben Sie nach der Verpflichtungserklärung oder Eidesleistung effektiven Dienst getan? In welchen Bereichen und in welchem Zeitraum? Bei welchen militärischen Verbänden oder angeschlossenen zivilen Hilfsdiensten? Sind Sie «Zivilarbeiter» gewesen? Wenn ja, aufgrund freiwilliger Meldung oder aufgrund einer Dienstverpflichtung? Von welchem Zeitpunkt an und für welche Dauer sind Sie Zivilarbeiter gewesen? Arbeitsstellen? Haben Sie in Partisaneneinheiten Dienst getan? In welchem Zeitraum? In welchen Verbänden? Zeugen und Beweisurkunden beifügen! Können Sie Personen angeben (gleich welcher Nationalität), die mit den Nazi-Faschisten kollaboriert oder Verbrechen begangen haben? Geben Sie eine Schilderung Ihrer Gefangennahme – Erhaltene Befehle – Verhaltensweisen: ... Der Unterzeichnete ist für die obenstehenden Angaben persönlich verantwortlich und bereit, die moralischen, disziplinarischen und strafrechtlichen Konsequenzen zu tragen. Unterschrift...» Ich danke Herrn Padovani, einem Haftgefährten von Attilio Buldini für die Überlassung dieses Dokuments, das er seit 1945 aufbewahrt hatte. Zu den Ermittlungen nach der Befreiung vgl. auch weiter Crescimbeni, a.a.O., S. 257 und Piasenti, a.a.O., S. 83.
- 76 Ob die Heimkehrer-Fragebögen – es müssten einige Hunderttausende sein – aufbewahrt worden sind, habe ich bis jetzt nicht sicher klären können; die erwähnte Dokumentation des italienischen Verteidigungsministeriums (Anm. 29) stützt sich wahrscheinlich auf dieses Material. Der ebenfalls bereits erwähnte Chef des militärgeschichtlichen Forschungsamts Bertinaria hat in seinem Referat in Florenz die bisher von seinem Amt geleisteten Forschungen zur Geschichte der Militärinternierten selber als «dürftig» und «bescheiden» definiert; wissenschaftliche Forschungen zu diesem Thema scheinen jetzt jedoch in Gang zu kommen; vgl. das Referat von Capani in Florenz.
- 77 Das Istituto per la storia della Resistenza (Via dei Guasco 49,1-15100 Alessandria) hat jetzt eine Forschungsgruppe mit der Sammlung von Interviews und Berichten über die Deportation und Gefangenschaft beauftragt; die Gruppe hat einige hundert Berichte gesammelt (Kontakt: Brunello Mantelli, Via Pietro Costa 17/4,1-10143 Torino).
- 78 Filippo Anfuso, *Roma Berlino Salo. Da Palazzo Venezia, al Lago di Garda, Bologna 1950*, deutsche Übersetzung: Rom – Berlin im diplomatischen Spiegel, Essen/München/Hamburg 1951; Anfuso ist nach dem Krieg als Abgeordneter der neofaschistischen MSI ins Parlament gewählt worden, vgl. Crescimbeni, a.a.O., S. 38, Anm. 3.
- 79 Zur Schilderung dieser Reise vgl. Kuby, a.a.O., S. 458 ff. und Giampaolo Pansa, *L'esercito di Salb nei rapporti riservati della Guardia nazionale repubblicana 1943-44* (Das Heer von Salb in

- den Geheimberichten der Republikanischen Nationalgarde), in: Quaderni de Il Movimento di Liberazione in Italia, Milano 1969.
- 80 Rudolf Rahn, Ruheloses Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Düsseldorf 1949, S. 259; hier zitiert nach Kuby, a.a.O., S. 462.
- 81 Kuby, a.a.O., hat in seinem Buch viel derartiges Material vorgestellt und kritisch gewürdigt.
- 82 Primo Dallari, OKaWe – I Lager-officine di martirio (OKW – Die Lager: Fabriken des Martyriums), Torino 1945. Hier zitiert nach Lops, a.a.O., S. 11.
- 83 Nino Betta, Die Nachtigall von Wörgl, in: Betta, a.a.O., S. 111.
- 84 Crescimbeni, a.a.O., S. 60, 147.
- 85 Vgl. Lops, a.a.O., S. 233.
- 86 Faksimile bei Lops, a.a.O., S. 304/305; woher er dieses Dokument hat, erläutert Lops leider nicht.
- 87 Vgl. den Bericht von Henryk Grygiel, in: Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940-45, hsg. C.U. Schminck-Gustavus, Reinbek 1984.
- 88 Faksimile in Lops, a.a.O., S. 320/321.
- 89 entfällt.
- 90 entfällt.
- 91 Faksimile in: Klaus Kirchner, Flugblattpropaganda im 2. Weltkrieg, 7 Bde., Erlangen 1974 ff. – hier Bd. 5, S. 399; in Bd. 7, S. 295 findet sich ein ähnliches Flugblatt des Alliierten Oberkommandos mit Übersetzungen in mehrere Sprachen.
- 92 Vgl. zu den Aufstandsversuchen in Hamburger Kriegsgefangenenlagern die Aktenfragmente in Staatsarchiv Bremen N 1/74-61; ferner Friederike Littmann, Das «Ausländerreferat» der Hamburger Gestapo. Die Verfolgung der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter, in: Angelika Ebbinghaus u.a., Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 164 ff.; vgl. ferner die Darstellung von Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin, Bonn 1985, S. 322 ff.
- 93 Staatsarchiv Bremen N 1/74-61, fase. 7.
- 93a Massaker in letzter Stunde vor der Befreiung sind überliefert u.a. aus Hildesheim, wo am 27./28.3.45 132 italienische Militärinternierte erhängt, und aus Treuenbrietzen, wo am 23. April 1945 150 italienische Gefangene erschossen worden sind; vgl. Quaderni del Centro di studi sulla deportazione e l'internamento (Hefte des Studienzentrums über Deportation und Internierung) 1965, Nr. 2; 1966, Nr. 3; 1977, Nr. 7.
- 94 Staatsarchiv Bremen 3.L.9-328, 340, 341, 342, 343, 350.
- 95 Bescheid des Bundesverwaltungsamts in der Entschädigungssache des früheren russischen Staatsangehörigen E. P. vom 28.11.1966 – Aktenzeichen IV 5-8238.
- 96 Lops, a.a.O., S. LXIII.
- 97 Gigina Querzé hat mir immer wieder über den jahrzehntelangen Kampf – vor allem mit den Wehrbezirksbehörden – um die Anerkennung von Rentenansprüchen berichtet. Zur Diskriminierung der Rückkehrer vgl. auch Crescimbeni, a.a.O., S. 293 ff. und Piasenti, a.a.O., S. 193 ff.
- 98 Abgedruckt in Piasenti, a.a.O., S. 192; auch Ferruccio Parri, der Vorsitzende des nationalen Befreiungskomitees und erste Nachkriegs-Regierungschef Italiens, hat später darauf hingewiesen, wie mühsam dieser Prozess der Anerkennung gewesen ist – vgl. seine Rede zum 10. Gründungstag der ANEI (Vereinigung der Ex-Militärinternierten Italiens) von 1964, abgedruckt in Vialli, a.a.O., S. VII.
- 99 Vgl. Crescimbeni, a.a.O., S. 289; Piasenti, a.a.O., S. X spricht von «nicht weniger als 40'000 Toten», Betta, a.a.O., S. 114 von «mehr als 50'000 Toten»; das italienische Zentralinstitut für Statistik nennt demgegenüber eine Zahl von 25 423; das italienische Verteidigungsministerium (Generalkommission für Gefallenenehrung) spricht von 20 368 Toten, von denen 1'477 ermordet, 2'144 als Bombenopfer und 3'255 an Tbc gestorben sein sollen; worauf sich die jeweiligen Zahlen stützen, bleibt unklar. Die Zahl der Toten ist jedenfalls bei den einfachen Soldaten prozentual wesentlich höher gewesen als bei den Offizieren, wo sie unter 5% gelegen hat; die höhere Sterblichkeit unter den einfachen Mannschaften erklärt sich aus den Arbeitsbedingungen und Versorgungsmängeln; vgl. weiter Rochat, a.a.O., mit Belegen in Anm. 28 seines Referats.

- 100 Crescimbeni, a.a.O., S. 291; die Errichtung der Ehrenfriedhöfe geht auf ein deutsch-italienisches Regierungsabkommen vom 22.12.1961 zurück.
- 100a Verzögerungen traten auch dadurch ein, dass Jugoslawien und Frankreich zunächst auf der Mitarbeit der italienischen Kriegsgefangenen beim Wiederaufbau ihrer zerstörten Städte bestanden; vor allem die Franzosen hatten den italienischen «Dolchstoss» vom Juni 1940 nicht vergessen; vgl. Rochat, a.a.O., mit Belegen in Anm. 66 seines Referats.
- 101 Crescimbeni, a.a.O., S. 268 ff.; vgl. auch den Bericht von Don Luigi Pasa, *Tappe di un Calvario* (Etappen eines Leidensweges), Vicenza 1954.
- 102 Vgl. Santalco, a.a.O., S. 117 ff.
- 103 Die Karteikarte ist oben abgedruckt. Mit Vollmacht von Attilio hatte ich sie bei der Dienststelle in Rom angefordert. Nach 12 Monaten und 7 Tagen ist sie auch tatsächlich bei mir eingetroffen.

Die geschmuggelte Kamera

Fotobericht aus einem deutschen Kriegsgefangenenlager 1943-1945

von *Vittorio Vialli**

Akten und historische Dokumente können die Wirklichkeit verzerren und Erinnerungen können sich verwischen; an der kalten Schärfe einer fotografischen Dokumentation über den Alltag von Lager und Gefangenschaft kann man dagegen nicht vorbeisehen. Hierüber gibt es ein einzigartiges Dokument, das Erinnerungsbuch von Vittorio Vialli: *Ho scelto la prigionia* – Ich habe mich für die Gefangenschaft entschieden. Vialli, der als Marineoffizier in Korinth stationiert war, ist es gelungen, seine Kamera und eine gewisse Anzahl von Filmen durch sämtliche Leibesvisitationen und Kontrollen zu retten. Er hat alle Stationen der Gefangenschaft vom Waffenstillstand bis zur Befreiung fotografisch festgehalten. In einem Brotsack versteckt, hat er seine Kamera bei allen Gelegenheiten herausgeholt und hinter dem Mantelaufschlag Hunderte von heimlichen Aufnahmen gemacht: Bei der Verhaftung, beim Transport im Güterwagen, auf dem Appellplatz, in den Baracken, am Stacheldraht, in der Lagerküche, auf den Abortgruben, im Krankenrevier, bei Ansprachen von Abgesandten der Mussolini-Regierung, von Wachmännern, beim Strafsport, beim Basteln an heimlichen Radios, beim Fotografieren für die Lagerkartei, beim Haarschneiden und bei der Sonntagsmesse, vom Lagerkommandanten und Lagerstrafen, vom «Scheisskommando» beim Latrinenleeren, von Offizieren, die die Küchenabfälle durchwühlen auf der Suche nach Essbarem, von Kameraden, die am Zaun erschossen worden sind, und von ihren Mördern, von den «fliegenden Festungen», die im Bombenanflug auf deutsche Städte das Lager überflogen, von den letzten Evakuierungsmärschen und deutschen Flüchtlingskolonnen, von dem ersten englischen Panzer, der in Fallingbostal durch das Lagertor fuhr, von der Gefangennahme der deutschen Wachmannschaften und der Rückkehr in die Heimat.

Die meisten dieser Aufnahmen sind unter Lebensgefahr zustande gekommen. Eine einzige ist verwickelt in der Aufregung des Augenblicks: Die Ankunft der

* *Vittorio Vialli, Ho scelto la prigionia. La resistenza dei soldati italiani nei lager nazisti 1943-1945 (Ich habe mich für die Gefangenschaft entschieden. Der Widerstand italienischer Soldaten in deutschen Gefangenenlagern), Vorwort: Sandro Pertini, 2. Aufl., Roma 1983*
Vittorio Vialli, der nach dem Krieg als berühmter Paläontologe an der Universität Bologna lehrte, ist 1984 gestorben. Wir danken seiner Witwe für die Erlaubnis, die Bilder abdrucken zu dürfen.

englischen Panzer in Fallingbostal am 16. April 1945 um 10.30 Uhr. Vialli hat seine Aufnahmen erst Jahre nach der Befreiung veröffentlicht. Die Bilder sind in Italien oft nachgedruckt worden, wobei die dramatischen Umstände ihres Zustandekommens meist unterschlagen worden sind. In der zweiten Auflage seines Werks sind 129 Aufnahmen abgedruckt. Vialli beschränkt sich darauf, die Bilder mit knappen Erläuterungen zu kommentieren. Das Risiko, das er bei diesen Aufnahmen eingegangen war, erwähnt er nur am Rande. Man muss aber bedenken, dass bereits das Führen eines Tagebuchs in der Gefangenschaft streng verboten war und als «Sabotage» und versuchte «Feindbegünstigung» hätte bestraft werden können. Wäre die Kamera entdeckt worden, so hätte Vialli das kaum überlebt. Eine kleine Auswahl seiner Bilder wird im Folgenden dokumentiert.

Christoph Schmmck-Gustavus



«Beniaminowo, 8. Januar 1944. Es spricht der Generalleutnant Sommariva von der Gebirgsjäger-Division der Repubblica Sociale. Sein Angebot lautet, in die SS einzutreten oder in die Republikanische Garde: 'Um die Schmach von Badoglio und den Verrat der Monarchie auszugleichen, gibt es nur einen Weg der Ehre, der Würde usw.... Seite an Seite zu kämpfen mit den deutschen Kameraden usw.... und ihr werdet dann auch zu Essen bekommen.'³»

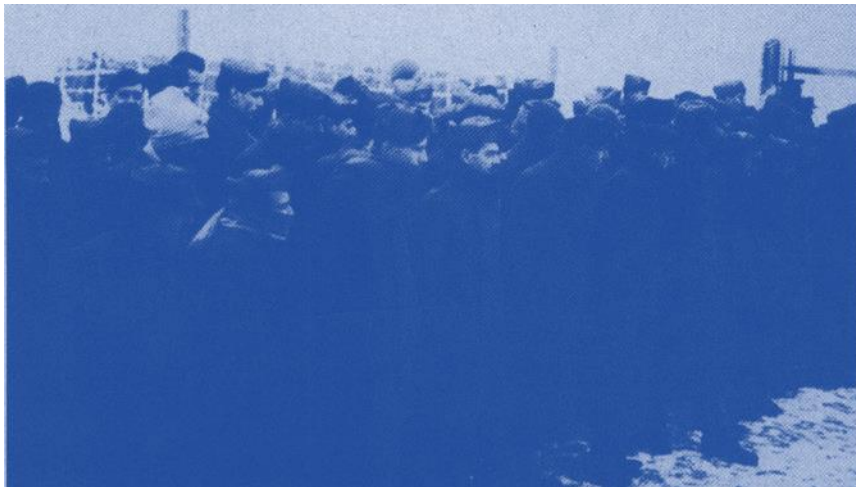


Foto oben: «Bemaminowo, Januar 1944. Um die Zeit zu vertreiben, werden Vorträge, Diskussionen und Vorlesungen organisiert. Der Vortragende, ein Universitätsprofessor, spricht über den Liberalismus.»

Foto unten: «Beniaminowo Morgenappell. Winter 43/44»

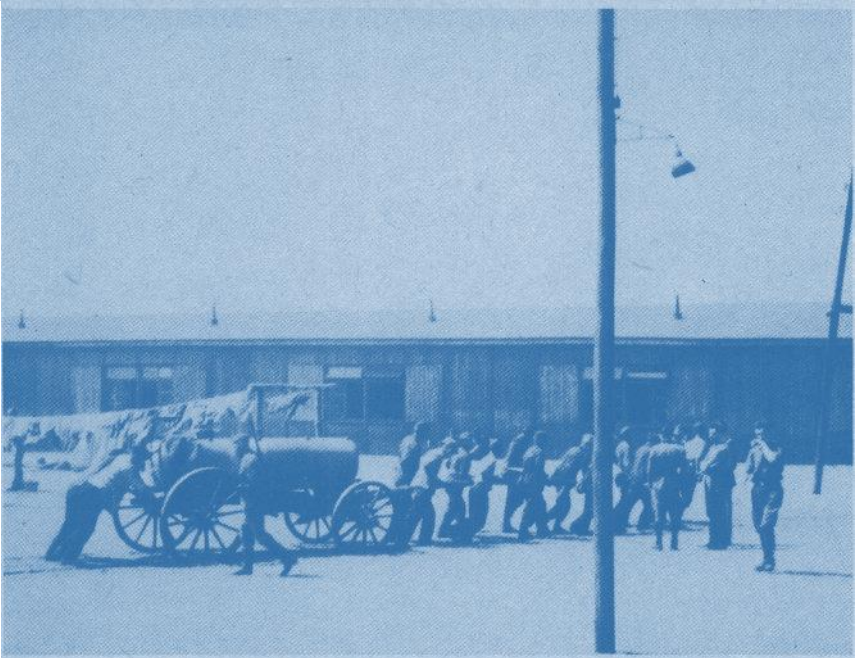
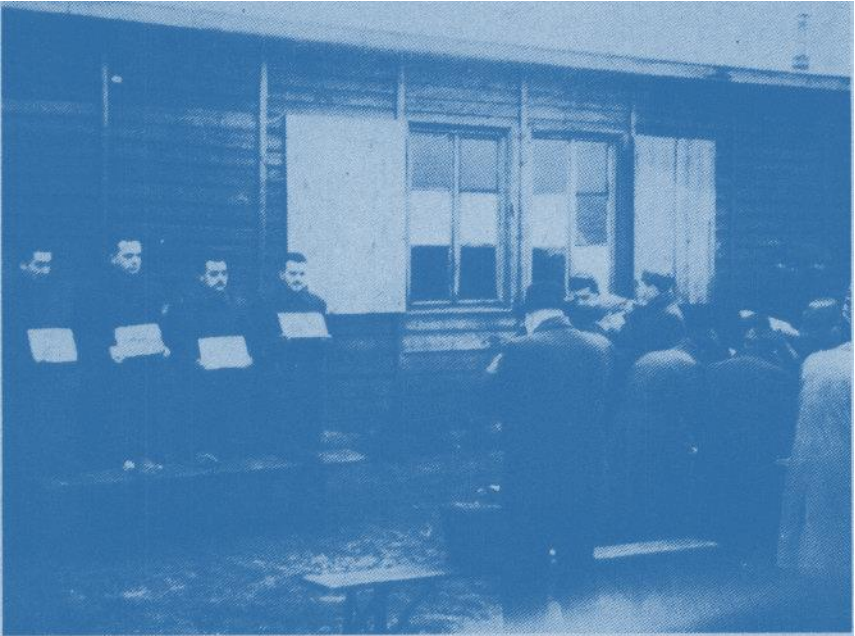


Foto oben: «Sandbostel-Neuankömmlinge werden für die Lagerkartei fotografiert. Das Foto, das bereits in Polen von uns aufgenommen worden ist, verliert seine Gültigkeit. Wir sind jetzt endgültig nur noch Nummern. Meine Gefangenen-Nummer ist 6188. Sie befindet sich auch auf der Gefangenen-Marke aus Metall, die uns gleich anschliessend ausgehändigt wird.»
Foto unten: «Sandbostel, Sommer 1944. Das 'Scheisskommando' hat die Latrinen entleert. Die Jauchewagen werden von Italienern und Russen gezogen. Den Russen war es hierbei anfangs gelungen, im Innern der Kübel Lebensmittel zu verstecken, die auf dem schwarzen Markt im Lager verkauft werden.»



Foto oben: «Sandbostel 1944. Pfützenähnlicher See im Lager. Hier schwimmen die Papierschiffchen, nachdem die Meldung über die Landung der Alliierten in der Normandie im Lager bekannt geworden ist. – Die Gefangenen nehmen ein Sonnenbad. Auf dem gegenüberliegenden Ufer stehen 4 Offiziere in Hab-Acht'-Stellung. Sie müssen Strafstehen, weil sie einen deutschen Wachoffizier nicht ordnungsgemäss gegrüsst haben.»

Foto unten: «Sandbostel 1944. Die Radiogruppe, die das heimliche Lager-Radio gebastelt hat und das Lager regelmässig mit BBC-Meldungen versorgt.»



Foto oben: «Fallingbostel. Winter 1944-1945. Improvisierte 'Küchenherde' in der Hauptstrasse des Lagers.»

Foto unten: «Fallingbostel. Winter 1944/45 – Tauschgeschäfte mit ukrainischen Ostarbeitern, die neben uns in einer Nachbarabteilung des Lagers untergebracht sind. In den Baracken befinden sich auch zahlreiche ukrainische Kinder (siehe im Hintergrund links). Es sind einfache und gutmütige Menschen. Sie haben Lebensmittel und Torf; ihnen fehlen Kleidungsstücke und das eine oder andere, was jemand von uns möglicherweise als letzten Notvorrat aufgespart hat. Nachdem das Eis gebrochen ist, findet ständiger Naturalientausch statt. Sie sind scharf auf unsere Kleidung: alte Hemden, Socken, Unterhemden. Wir wollen Kartoffeln und Brot. Mit dem Fortschreiten dieser Tauschgeschäfte vermehren sich auch die improvisierten 'Küchenherde' im Lager.»

Jochen August

Erinnern an Deutschland

Berichte polnischer Zwangsarbeiter

«Oftmals fragte ich mich, warum sie uns wie Arbeitstiere behandeln. Warum haben wir keine Rechte und nur schwere Pflichten? Sie brauchen uns doch, wir arbeiten über unsere Kräfte für elende Verpflegung, man darf uns schlagen und missachten, und um uns herum zeigt niemand auch nur eine Spur von Mitgefühl. In solchen Augenblicken entstand der Wille zur Revolte, zum Kampf oder zur Flucht. Aber dann kamen erneut Gedanken, fielen einem Vorfälle ein, die sich vor Kurzem ereignet hatten: zwei französische Kriegsgefangene auf der Flucht erschossen, ein paar Polen wegen Fluchtversuchs aufgehängt, zwei Polen aufgehängt, weil sie sich gegen den Bauern gewehrt hatten. Also gibt es keine Möglichkeit. Man muss sich in acht nehmen, auf sich aufpassen. Das gelang jedoch nicht immer.»

Das schrieb ein junger Mann, der im Mai 1940 in seiner Heimatstadt Lodz (von den Besatzern bereits in «Litzmannstadt» umbenannt) von einem Gendarmen in Begleitung eines die Besatzer unterstützenden Volksdeutschen als arbeitslos aufgeschrieben und auf die Wache bestellt worden war. Dort hiess es, wenn er sich nicht zur Arbeit in Deutschland melde, werde das seine ganze Familie zu spüren bekommen. Ein paar Tage später war Henryk Wejman bereits in Memel, ein Bauer suchte ihn sich aus dem Transport aus, und während der nächsten vier-einhalb Jahre war er Landarbeiter in Ostpreussen. In den letzten Monaten des Krieges noch bei Schanzarbeiten und beim Brückenbau eingesetzt, kehrte er erst Mitte Januar 1945 – nachdem die deutsch-sowjetische Front über ihn hinweggegangen war – nach Lodz zurück.¹

Im Mai 1940, als Henryk Wejman in Memel ankam, arbeiteten bereits mehrere zehntausend Polen aus den «eingegliederten Ostgebieten» – der westliche Teil Polens, den das Deutsche Reich im Herbst 1939 direkt annektierte und zu dem auch Lodz gehörte² – und etwa 200'000 Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement in Deutschland, dazu rund 300'000 polnische Kriegsgefangene. Während die Kämpfe noch andauerten, wurden die ersten deutschen Arbeitsämter in Polen errichtet; bis Ende Oktober 1939 bestanden sie bereits im ganzen von deutschen Truppen besetzten Teil Polens. Die ersten polnischen Arbeitskräfte wurden schon im September 1939 – zum Teil unter Zwang und Druck – aus dem besetzten Gebiet zur Arbeit nach Deutschland gebracht. Eine im November 1939 in der Vierjahresplanbehörde beschlossene Kampagne zur Anwerbung etwa einer Million polnischer Landarbeiter endete in einem Fiasko. Sie erreichte ihr Ziel nicht, den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zu beheben und

Ersatz für zur Wehrmacht einberufene Männer zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen. Zwar meldeten sich bei den Arbeitsämtern Polen, um zur Arbeit nach Deutschland vermittelt zu werden – sei es in Erinnerung an die traditionelle landwirtschaftliche Saisonarbeit in Deutschland vor 1914 bzw. vor 1939, sei es unter dem Druck der durch die Kriegseignisse verschlechterten Versorgungslage und auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten.³ Die Anwerbezahlen erreichten jedoch nicht die erwartete Höhe; im Generalgouvernement verbreiteten sich in der Zwischenzeit Nachrichten über die Lage der polnischen Landarbeiter im Reich, die sich sehr von der der früheren Saisonarbeiter unterschied. Auch die allmählich stärker werdenden Untergrundorganisationen warnten davor, sich anwerben zu lassen. Als Reaktion darauf beschlossen zwischen Februar und Mitte April 1940 sowohl die obersten Reichsbehörden als auch die deutschen Behörden im Generalgouvernement den Übergang zur Zwangsrekrutierung. Aus der deutschen Optik sprach man weiter von «Vermittlung ins Reich», und man schrieb, diese Arbeitskräfte sollten freiwillig kommen und müssten geworben werden. In Deutschland mag dies bei den für die Verteilung zuständigen regionalen Arbeitsämtern und den Landwirten, die ausländische Arbeitskräfte angefordert hatten und ihre Vermittlung aus der Vorkriegszeit gewohnt waren, für eine gewisse Zeit noch für bare Münze genommen worden sein. Für den überwiegenden Teil der betroffenen Polen bedeutete Arbeit in Deutschland jedoch ab Frühjahr 1940: Zwangsarbeit.⁴ In den «eingegliederten Ostgebieten» griffen die Arbeitsämter zur Arbeitskräfte-Beschaffung für das Reich nicht auf Razzien zurück. Die Polen wurden in Karteien erfasst und dann namentlich zum Arbeitsamt beordert.⁵

Die noch in Veröffentlichungen leitender Beamter des Reichsarbeitsministeriums anklingende zweifellos vorhandene Illusion, man könne an die Saisonarbeiterbeschäftigung aus der Zeit vor 1914 bzw. vor 1939 anknüpfen – noch die auf den 25. Januar 1940 datierten ersten Werbepлакate im Generalgouvernement wiesen ausdrücklich auf die Tradition der polnischen Wanderarbeiter hin⁶ – hatte bereits im Frühjahr 1940 keine Grundlage mehr. In einer Abteilungsleitersitzung am 10. Mai 1940 erklärte Generalgouverneur Hans Frank:

«Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfügt worden, dass, da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeübt werden dürfe. Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der In-Haftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts. Dadurch sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreite und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen könne. Der Herr Generalfeldmarschall Göring habe seinerzeit in seiner grossen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160'000. Allerdings seien hier grosse Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Deshalb werde es sich empfehlen, bei der Durchführung des Zwanges die Kreis- und Stadthauptleute mit heranzuziehen, damit man dann auch von vornherein der Überzeugung sein könne, dass diese Aktion einiger-

massen zweckmässig sei. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. An sich habe er gar nichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfähige, oft herumlungrende Zeug von der Strasse weghole. Der beste Weg wäre dafür aber die Veranstaltung einer Razzia (...).»⁷

Polen waren nach Kriegsbeginn die erste grosse Gruppe ausländischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Die Erfahrungen, die deutsche Verwaltung und NS-Organisationen in den ersten Kriegsmonaten mit dem «Poleneinsatz», mit dem sich entwickelnden Zusammenleben und-arbeiten der polnischen Zwangsarbeiter und der deutschen Bevölkerung machten, waren die Grundlage, auf der sich die Praxis des Zwangsarbeitereinsatzes bis Frühjahr 1945 entwickelte.

Eine andere Quelle: Lebenserinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter

Erinnerungsberichte polnischer Zwangsarbeiter, in der Bundesrepublik noch weitgehend unbekannt, sind nicht allein deshalb eine wichtige Quelle, weil die Unterlagen der Besatzungsmacht oder der Arbeitseinsatz- und Verfolgungsbehörden nur zum Teil erhalten sind. Wichtiger ist, dass die Akten die Lebensverhältnisse der Polen gar nicht vollständig erfassen konnten. Bestimmte Dinge – z.B. das Organisieren von Lebensmitteln oder die mehr oder weniger heimlichen Treffen mit Landsleuten oder gar Widerstands- und Sabotagehandlungen – mussten vor Arbeitgebern, Polizei und deutschen Arbeitskollegen im Betrieb oder im Dorf geheimgehalten werden. In den Berichten deutscher Behörden wurden die Lebensverhältnisse von polnischen Arbeitern erst dann zum erörterungswürdigen Problem, wenn diese auffällig geworden oder ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt war. Anders als diese gleichsam amtliche Sichtweise ihrer Lebenssituation eröffnen die Erinnerungen der Betroffenen den Blick auf Alltagserfahrung und persönliches Erleben. Bei aller Unsicherheit, die die Zuverlässigkeit von Erinnerungen nach so vielen Jahren beeinträchtigen kann, steht dennoch die innere Wahrheit des persönlichen Zeugnisses im Vordergrund. Darin liegt die Besonderheit ihres Charakters, die sie von anderen historischen Quellen unterscheidet.

Die hier vorgestellten Erinnerungsberichte sind für polnische Leser nichts Aussergewöhnliches – das Sammeln, Anregen und Auswerten von Erinnerungen und Autobiographien, oft mit Hilfe von Preisausschreiben angeregt, zeichnete die polnische Soziologie bereits zwischen 1919 und 1939 aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Tradition der Erinnerungspreisausschreiben wieder aufgenommen. Zu dem alten Motiv, die Lage einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder Berufsgruppe festzuhalten, trat ein neues: die Dokumentation der NS-Verbrechen und des Schicksals Polens unter der Besatzung. So entstand auch die erste Studie über die Lage der polnischen Arbeiter im Deutschen Reich und den eingegliederten Gebieten von 1939 bis 1945 von Wladyslaw Rusihski.⁸

In dem ab 1913 entstandenen, zwischen 1918 und 1920 veröffentlichten schulbildenden Werk «The Polish Peasant in Europe and America» werteten der Chicagoer Soziologe William I. Thomas und sein polnischer Kollege Franciszek W. Znaniecki erstmals in grossem Umfang autobiographisches Material aus, d.h. in diesem Fall gesammelte Serien von Privatbriefen, Briefe an polnische Zeitungen in den USA u.ä. sowie die umfangreichen Erinnerungen eines polnischen Einwanderers, um den Veränderungen innerhalb der dörflichen Gesellschaft in Polen und bei der Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die amerikanische Industriegesellschaft auf die Spur zu kommen. Nach dem ersten Weltkrieg kehrte Znaniecki nach Polen zurück und gründete das Polnische Institut für Soziologie in Poznan, das 1921 auf seine Initiative das erste Preisausschreiben («konkurs») für Lebensbeschreibungen von Arbeitern durchführte; bis 1937 folgten drei weitere. Einige Jahre später begann auch das eng mit den Gewerkschaften verbundene Instytut Gospodarstwa Społecznego (Institut für Gemeinwirtschaft) in Warschau (geleitet von Ludwik Krzywycki u.a.) mit soziologischen Befragungen und organisierte eine Reihe von Preisausschreiben, in deren Rahmen Arbeitslose, Bauern, Arbeiter sowie nach Frankreich, in die USA, nach Kanada und nach Südamerika ausgewanderte Polen ihre Erinnerungen einsandten.

Bedeutsam war auch das vom Staatlichen Institut für Dorfkultur veranstaltete Preisausschreiben über Leben, Arbeit, Denken und Ziele der Jugend auf dem Lande, dessen Ergebnisse 1938 von Jozef Chalasiński in einer vierbändigen Studie veröffentlicht und in den fünfziger Jahren mit neuem Material aus der Nachkriegszeit weitergeführt wurden.

Auch das Jüdische Wissenschaftliche Institut (JiWO) in Wilna arbeitete bei seinen soziologischen Feldstudien mit Befragungen; ehemalige Mitarbeiter des Instituts, darunter der Historiker Emanuel Ringelblum, setzten diese Arbeit während der deutschen Besetzung im Untergrund fort, sammelten im konspirativen Archiv der Untergrundorganisationen im Warschauer Getto neben anderem Material Tagebücher, Lebensbeschreibungen, Briefe und persönliche Dokumente und regten an, Erinnerungen gleichsam an die Gegenwart zu schreiben, um das Schicksal einzelner Menschen im Angesicht der tödlichen Bedrohung der jüdischen Gemeinschaft festzuhalten und zu dokumentieren. Die Materialien des «Ringelblum-Archivs» wurden in drei Teilen Anfang August 1942, Ende Februar 1943 und Mitte April 1943 verborgen; die ersten beiden Teile wurden nach dem Krieg wieder aufgefunden und bilden heute einen der wichtigsten Bestände des Archivs des Jüdischen Historischen Instituts in Polen (Warschau).

Wie so viele Entwicklungen in der polnischen Wissenschaft wurden diese biographisch orientierten Forschungen durch den deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 unterbrochen, wenn auch eine Reihe von Institutionen unter konspirativen Bedingungen weiter arbeiteten. So trugen Mitarbeiter des Instituts für Gemeinwirtschaft u.a. statistische Materialien und Erinnerungen zusammen und führten Befragungen durch – alle Materialien verbrannten jedoch

Anfang August 1944 während des Warschauer Aufstandes. In diesem Zusammenhang entstand eine bedeutende Quelle zur Geschichte Polens unter der NS-Besatzung, Ludwik Landaus «Chronik der Kriegs- und Besatzungsjahre».⁹

Eben um fehlende bzw. (noch) nicht vorhandene, weil vernichtete, verlorengewangene oder von der Besatzungsmacht beim Rückzug mitgenommene Akten zu ersetzen bzw. zu ergänzen, schrieb das Instytut Zachodni (Westinstitut) in Poznan, das Rusinskis Studie in einer seiner Reihen veröffentlichte, Mitte 1946 ein Preisausschreiben über «Die Lage der polnischen Arbeiter unter der deutschen Okkupation» aus, das 146 verwertbare Arbeiten zum Thema erbrachte, die Rusinski in z.T. längeren Zitaten wiedergibt. Ausserdem wertete er noch mehrere hundert Erinnerungen von Studenten über ihren Lebensweg während des Krieges aus, die zwischen 1945 und 1947 an Hochschulen v. a. in Poznan entstanden.¹⁰ Das nächste Preisausschreiben speziell für «Erinnerungen von während der Okkupation zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportierten Landarbeitern» wurde 1965 von der Redaktion der Wochenzeitung «Robotnik Rolny» (Der Landarbeiter – Organ der Landarbeitergewerkschaft) zusammen mit den Hauptvorständen der Landarbeitergewerkschaft und des Verbandes der Kämpfer für Demokratie und Freiheit (ZBoWiD) ausgeschrieben; zwei Jahre später wurden von den 350 Einsendungen 30 in dem Sammelband «Gewalt, Erniedrigung, Missachtung» veröffentlicht.¹¹ Ein Jahr später organisierte der «Zielony Sztandar» (Grüne Fahne – Organ der vor allem für die bäuerliche Bevölkerung zuständigen Partei «Stronictwo Ludowe») in Zusammenarbeit mit einem ihr nahestehenden Verlag und der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen den Wettbewerb «Zur Zwangsarbeit im III. Reich», von dessen 359 Einsendungen 48 in den Sammelbänden «Als wir der Buchstabe 'P' waren»¹² und «Stachel meiner Jugend»¹³ erschienen. Ein Preisausschreiben der Tageszeitung «Glos Wielkopolski» und des Studios Poznan des Polnischen Rundfunks und Fernsehens erbrachte 1972 266 weitere Arbeiten, von denen 34 in dem 1976 erschienenen Band «Mit dem Buchstaben 'P'» zugänglich sind.¹⁴ Erinnerungen über Zwangsarbeit in der ehemaligen Provinz Ostpreussen sammelt der 1977 in Olsztyn herausgegebene Band «Mit dem Zeichen 'P'»; es handelt sich dabei um 38 Tonbandabschriften von Befragungen durch Geschichtsstudenten aus Wroclaw im Sommer 1977 (insgesamt wurden 66 ehemalige Zwangsarbeiter befragt).¹⁵

Zusammengenommen sind durch diese Veröffentlichungen 153 Erinnerungsberichte zugänglich, die sich fast über das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches verteilen.¹⁶

Die Lebensberichte polnischer Zwangsarbeiter kreisen unter anderem um vier Erfahrungsbereiche: ihre Erfassung in Polen, den Transport nach Deutschland, die Verteilung auf die Arbeitsstellen und ihr Verhältnis zu den Deutschen und anderen Ausländern. Davon wird im Folgenden die Rede sein.

Das «Polenstatut»

Ein ganzes Bündel von Erlassen, Verordnungen und regionalen Polizei Vorschriften bildete den gesetzlichen Rahmen für den Aufenthalt polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Es sollte, wie ein Regierungsrat im Reichsministerium des Innern 1942 erläuterte, später zu einem nicht nur praktisch angewandten, sondern auch förmlichen «Polenstatut»¹⁷ zusammengefasst werden, was allerdings Absichtserklärung blieb.

Bei Kriegsbeginn bestand die *Ausländerpolizeiverordnung* vom 22. August 1938, die am 5. September 1939 um die *Verordnung über die Behandlung der Ausländer* ergänzt wurde. Beide, wie auch die *Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels* vom 1. September 1939 fesselten die polnischen Arbeiter an ihren Aufenthaltsort und Arbeitsplatz.¹⁸ Regional geltende Polizei Verordnungen¹⁹ beschränkten Rechte und Freizügigkeit noch zusätzlich. Am 8. März dekretierten Himmler und Göring in einer Reihe von Erlassen²⁰ die vollständige Trennung von Deutschen und Polen. Vom gleichen Tag stammt die *Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und-arbeiterinnen polnischen Volkstums*, die Polen vorschrieb, ein «P»-Zeichen an ihrer Kleidung zu tragen. Polizei- bzw. staatspolizeiliche Strafen standen in den Himmler-Göring-Erlassen auf Widersetzlichkeit, «Arbeitsunlust» und auf sexuelle Beziehungen von Polen mit deutschen Frauen. Nachweislich mehrere hundert Polen mussten Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen mit «Sonderbehandlung» bezahlen. Sie wurden gehenkt, die betreffenden Frauen zumeist in das KZ Ravensbrück geschickt.²¹

Die *Reichstarifordnung für nichtdeutsche landwirtschaftliche Arbeitskräfte* vom 8. Januar 1940, die *Sozialausgleichsabgabenverordnung* vom 5. August 1940 und eine Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der polnischen Beschäftigten vom 5. Oktober 1941 sorgten dafür, dass die polnischen Arbeiter weniger verdienten, mehr Steuern zahlten und arbeitsrechtlich nicht zur «Betriebsgemeinschaft» der Deutschen zählten.²²

Die wenigen Rechte, die den Polen noch blieben, nahm ihnen die *Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten* am 4. Dezember 1941.²³

Ankunft in Deutschland

Erst nachdem sie durch mehrere Lager geschleust worden waren – die zentralen Durchgangslager waren in Lublin, Warschau, Krakau und Tschenstochau –, fuhren die Polen, zumeist mehrere Tage lang in der Eisenbahn, nach Deutschland, wo sie schnell, häufig noch am Tag ihrer Ankunft, einer Arbeitsstelle zugeteilt wurden. Stanislaw Kulasik, der im Juni 1940 – also nach dem Scheitern der

Anwerbekampagne – aus seinem Heimatdorf bei Nowy Targ über Krakau nach Süddeutschland gebracht wurde, erinnert sich:

«Nach zwei Tagen erreichten wir Ulm in Süddeutschland. Der Zug wurde umstellt, und dann kam der Befehl: 'Alles raus!...'»

Und wieder wurden wir unter Bewachung geführt und in einem grossen Block in der Nähe des Bahnhofs kaserniert. Am anderen Morgen hielt jemand in polnischer Sprache eine Ansprache an uns, wir sollten anständig für das Wohl des grossen deutschen Volkes Dienst leisten. Wir wurden auch gewarnt, dass auf alle, die gegen die Disziplin verstossen, die Konzentrationslager warten. Nachmittags wurden wir in Gruppen in einen grossen Saal am Bahnhof gebracht, wo die Deutschen schon auf uns warteten. Sie beschauten uns, so wie Pferde auf einem Markt, dann wurde ein 'Arbeitspferd', ein – Pole, gekauft. Ich stand in der Gruppe, schaute auf die zigarerrauchenden Deutschen und wartete, wer mich kauft. Schliesslich kam einer mit einer qualmenden Zigarre zwischen den Lippen, nahm mich am Arm und betastete meine Muskeln. Er kehrte zu dem grünen Tisch zurück, hinter dem uniformierte Kommissare sassen, erledigte die Formalitäten (ich sah, wie er irgendwelches Geld bezahlte²⁴), und dann winkte er mich mit der Hand zu sich.»²⁵

Jozef Pieczewski war mit seiner Familie bereits Anfang November 1939 aus Tczew südlich von Danzig ausgesiedelt worden und über ein Durchgangslager in das Übergangslager Riesenburg in Ostpreussen gebracht worden, wo er arbeiten musste. Ende Januar 1940 hiess es, die Insassen sollten anderswo arbeiten:

«Die Menschen werden gruppenweise nach Pommern abtransportiert. Das Lager in Riesenburg leerte sich. Am 1. Februar 1940 wird auf dem Nebengleis des Lagers auch unsere Gruppe, in der es mehrere Dutzend Familien gibt, in die Waggons verladen. Wir bekommen etwas Reiseverpflegung. (...) Wir fahren ins Unbekannte ...»

Die Fahrt in den verschlossenen Waggons dauerte zwei Tage. Erst am Abend des 2. Februar erreichte unser Transport sein Ziel. Ein paar Familien mussten bereits früher aussteigen, in verschiedenen Orten in der Gegend von Stettin. Wir mussten den Zug jenseits der Oder, auf dem Bahnhof Stralsund, verlassen und wurden in einen in der Nähe gelegenen grossen Saal getrieben.

Die Nacht verbrachten wir schlafend auf den Koffern, von Zeit zu Zeit wärmten wir uns an einem in einer Ecke des Saales aufgestellten Eisenofen, in dem ein bisschen Kohle glimmte. Der Morgen begann gerade, den Saal zu erhellen, als in ihm viele Deutsche auftauchten, überwiegend Männer in Jacken, mit grünen Hüten und langen Stiefeln und mit Zigarren zwischen den Zähnen. Sie begannen, im Saal umherzukreisen und sich forschend umzuschauen, schätzten ab und taxierten. Der eine oder andere prüfte, scheinbar im Scherz, die Muskeln der polnischen jungen Männer, fragte nach dem Alter. Dann begann es. (...)

Plötzlich drängten die Bauern sich um den Vertreter des Arbeitsamtes und zeigten fieberhaft auf die polnische Familie, die sie sich ausgesucht hatten. Man sah deutlich, dass sie Angst hatten, dass ihnen jemand anders zufällig zuvorkam. Der Angestellte vom Arbeitsamt schrieb schnell Quittungen aus, gab den Bauern noch die Familien dazu, und diese verliessen, einer nach dem anderen, den Saal mit ihren Erwerbungen. Die polnische Ware ging weg wie warme Semmeln.»²⁶

Roman Pas, von Februar 1940 bis zu seiner Flucht im Oktober 1940 in Niederschlesien eingesetzt, beschreibt folgende Szene:

«Auf dem Bahnhof in Sagan herrschte viel Verkehr, und der Lautsprecher verkündete: 'Sagan! Bitte aussteigen!' Ausgehungert und resigniert-gleichgültig betrachteten wir die

uns umgebende Menge. Es waren überwiegend ältere Männer in grünen Schnürstiefeln mit darüber gezogenen steifen Gamaschen. Auf dem Kopf hatten fast alle grüne Hüte mit einer Art Rasierpinsel. Es waren Bauern, die hierher gekommen waren, um sich die gelieferte menschliche Ware anzusehen, um jemanden zu kaufen oder zumindest zu handeln, und so guckten sie sich taxierend die ihnen gelieferten Sklaven an. Aber die antiken Sklavenmärkte in Ägypten, Rom oder Griechenland waren doch Geschichte, die ganze Zeitalter von uns entfernt war! Schliesslich gab es seit Lincoln keine Sklaverei mehr auf der Welt! Bis dahin hatte ich das geglaubt. Und jetzt befand ich mich in unserem Zeitalter im Jahre 1940 im III. Reich auf einem Sklavenmarkt. (...) da die Räumlichkeiten des dortigen Arbeitsamtes die 'Ware' und die Käufer nicht fassen konnten, (...) wurde ein provisorisches Arbeitsamt in einem grossen Wirtshaussaal eingerichtet (...). Dort sassen oder standen die mit mir antransportierten jungen Polen, und zwischen ihnen liefen die wohlhabend aussehenden Hofbesitzer umher, schätzten die Muskelkraft und sahen sich die Hände an. Die, deren Hände die meisten Schwielen von der Arbeit hatten, fanden am meisten Abnehmer. Die Bauern notierten sich die Namen der von ihnen ausgesuchten Sklaven, dann gingen sie zu den Angestellten, sprachen laut mit ihnen, boten ihnen Äpfel an und bestellten (...) ein Bier. Rufe ertönten: 'Zwei Schnitten, drei Dunkle, vier Blaue'. Die Schreiberlinge tranken in grossen Schlucken, die aufgeschriebenen Polen wurden aufgerufen – und mit diesem Augenblick wurden sie Eigentum beleibter, rotgesichtiger Junker oder reicher Bauern, die die gekaufte Ware zu den in der Nähe wartenden geschlossenen, pferdebespannten Kabriolets mitnahmen. Die anderen führten die erworbenen Sklaven zum Bahnhof, von wo sie auf ihren Besitz fuhren.»²⁷

Diese Beschreibungen sind keine extremen Beispiele. In den meisten Berichten finden sich Äusserungen wie: «Man behandelte uns einfach wie Vieh, das auf den Markt getrieben wird», «Ich fühlte mich wie Ware», «Dort wählten sich die Deutschen Arbeiter aus wie Pferde auf dem Markt»; «began es, wie Handel mit menschlicher Ware auszusehen».²⁸ Den polnischen Arbeitern wurde offensichtlich nicht mitgeteilt, dass ihre zukünftigen Arbeitgeber für ihre «Vermittlung» Gebühren zu entrichten hatten – sie sahen nur, was mit ihnen geschah: dass für sie Geld bezahlt wurde.²⁹ Ein bezeichnendes, häufig beschriebenes Detail, das die unterschiedliche Perspektive für Deutsche und Polen, den Bruch im Vergleich mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit sichtbar werden lässt.

Die Arbeit

Die Arbeit war der Grund ihrer Deportation, und vor allem in den Arbeitsbeziehungen musste sich zeigen, wie sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen im Reich gestaltete. Henryk Wejman, damals 16 Jahre alt, hat seine Einführung auf einem 100 ha grossen Hof in Ostpreussen, einen Tag nach seiner Ankunft, so in Erinnerung:

«Aus dem Gespräch mit dem Bauern erfuhr ich, dass meine Entlohnung sechs Mark im Monat betragen wird. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, praktisch von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, manchmal noch länger, wenn das notwendig ist. Am Tag steht mir eine Ruhestunde, die sogenannte 'Mittagsstunde' zu. Jede Anweisung des Bauern ist absolut

und umgehend auszuführen. Jeder Widerspruch und jede Arbeitsunlust wird rücksichtslos gebrochen, und unabhängig davon wird der Bauer dem Chef der örtlichen Gendarmerie, Kalwelus, oder seinem Stellvertreter, Szauklis, Meldung machen. (...) Der Sonntag ist frei, ich muss nur wie jeden Tag das Vieh hinausführen. 'Und jetzt an die Arbeit', beendete der Bauer das Gespräch.»³⁰

Für Zenon Daros, 1941 erst 14 Jahre alt, sah sein Alltag in Althöfchen, Kreis Schwerin so aus:

«Morgens wurden wir gewöhnlich um fünf Uhr geweckt. Anschliessend wurden die Pferde getränkt und Futter in die Krippen geschüttet. (...) Nach dem Striegeln der zwei Pferde, was 30 Minuten dauerte, schüttete ich den Pferden noch einmal Futter in die Krippen, und nach dem Striegeln des zweiten Paares ein drittes Mal. Ich wusste schon vorher vom Bauern, welchen Pferden ich das Geschirr anlegen sollte. Dann ging es zum Frühstück. Nach dem Frühstück schüttete ich den Pferden das vierte Mal Futter hin und machte die Geräte je nach der für den Tag vorgesehenen Arbeit fertig. Pünktlich um 7 Uhr spannte ich die Pferde an und fuhr aufs Feld. Der Bauer kannte jedes Feld gut und wusste genau, in welcher Zeit die jeweilige Arbeit fertig sein konnte. Die Zeit war so zugemessen, dass ich manchmal keine Zeit hatte, um das zweite Frühstück zu essen oder einen Augenblick ausruhen konnte. Nach der Rückkehr auf den Hof spannte ich die Pferde aus, gab ihnen Futter und ging selbst zum Essen. Nach dem Essen schüttete ich ein zweites Mal Futter und fuhr mit der Schubkarre den Mist etwa 20 Meter zum Misthaufen. Nach dieser Verrichtung schüttete ich den Pferden ein drittes Mal auf, holte Stroh und Heu, manchmal auch Häcksel. Um halb zwei fuhr ich noch einmal aufs Feld. Im Sommer kehrte ich um 19 Uhr vom Feld zurück, im Frühjahr und Herbst dauerte die Arbeit bis 17 Uhr. An sehr kurzen Tagen gab es keine Mittagspause, und die Pferde frassen eine Stunde auf dem Feld. Insgesamt arbeitete ich täglich 16 Stunden, für einen Monatslohn von 10 Mark und Kost, was einem polnischen Knecht zu dieser Zeit zustand.»³¹

Henryk Nowaczyk, ab Mitte 1940 – damals erst 15 Jahre alt – auf einem Hof bei Neustettin in Pommern eingesetzt, beschreibt Arbeitszeit und -aufteilung so:

«Ich musste alle schwersten und schlechtesten Arbeiten machen. Am härtesten war es im Sommer. Man arbeitete buchstäblich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Ich stand gegen 5 Uhr auf und begann mit dem Füttern der Pferde. Die Pferde mussten dreimal täglich gefüttert werden. Die Hofarbeiten, also Füttern, Kartoffeldämpfen, Futtervorbereitung und Füttern der Schweine, Tränken der Kühe und die tägliche Mistabfuhr aus dem Stall, die Vorbereitung der zur Arbeit auf dem Feld benötigten Geräte – beschäftigte mich täglich etwa 6 Stunden. Von einer Mittagspause war keine Rede. Dafür war nie Zeit. Bei der Hofarbeit gab der Bauer nur Anweisungen und half kaum einmal. Auf dem Feld arbeiteten wir dagegen häufig zusammen. Der eine von uns mit zwei Pferden, der andere mit einem Pferd.

Nur während solcher Saisonarbeiten auf dem Feld, wie Getreideernte, Kartoffel- oder Rübenerte, Heumahd und Unkrautjäten kamen auch die Eltern des Bauern aufs Feld. Seine Frau half jedoch wegen der (5, J.A.)kleinen Kinder niemals bei den Feld- und Hofarbeiten.»³²

Dass es auch in anderen Wirtschaftszweigen eine solche Hierarchie gab, beschreibt Stefan Michalak für eine Erzgrube im Kreis Homberg, Bezirk Kassel: «Wir arbeiteten in drei Schichten. Deutsche aus der Gegend und wir, Polen. Sie waren qualifizierte Bergleute, und wir hatten die Hilfstätigkeiten und die schwersten Arbeiten

zu übernehmen. Die schwere Arbeit unter der Erde und die kärgliche Verpflegung gefährdeten Gesundheit und Leben.»³³

Die Situation veränderte sich, als mehr Ausländer in Deutschland arbeiteten. Jozef Sawicki, ursprünglich polnischer Kriegsgefangener, ab 1940 auf einem Gut in der Nähe von Landsberg an der Warthe eingesetzt, schildert für 1940 folgende Situation:

«Wenn man über Felder und Landstrassen ging, sah man nur Sklaven. Die Fahrer und Fuhrleute waren mit dem Buchstaben 'P'³⁴ gekennzeichnete Polen, die auf den Feldern arbeitenden Menschen waren Franzosen (d.h. französische Kriegsgefangene, J.A.). Das waren die meisten, obwohl sie sich nicht besonders zur Arbeit drängten. Die älteren deutschen Arbeiter waren die sogenannten Vorarbeiter, und die Ausländer ihre Hilfskräfte. Manchmal sah man, dass auch die Deutschen alles über hatten. Sie stellten Aufpasser auf, und sie selbst rauchten Zigaretten oder Pfeife und politisierten bis zum Frühstück, dann arbeiteten sie ein bisschen, und ab ging es zum Essen.»³⁵

Stanislaw Kulasik, der in einem 30 km nördlich des Bodensees gelegenen Dorf arbeitete, weist auf einen anderen, zwiespältigen Aspekt hin:

«Ich war selbstverständlich ein guter Arbeiter. Man sagte von mir, dass ich ein 'Arbeits-tier' bin. Dies nicht deshalb, um den Deutschen gut zu dienen. Aber wenn man gründlich darüber nachdachte, in welcher Situation ein Ausländer damals war, über dem ständig die Peitsche der Schergen hing, dann war es besser, 'gut' zu sein, denn dann konnte man mehr für die 'eigenen' Leute machen. Das Vertrauen des Bauern nutzte ich zu gegebener Zeit, um den Polen zu helfen, die in schwereren Bedingungen waren als ich.»³⁶

Kulasik arbeitete als Fuhrmann und war nach einer Weile für den Bauern unersetzlich geworden. Das veränderte seine Position. Typisch für die späteren Kriegs)ahre verlief eine Auseinandersetzung zwischen Zwangsarbeiter und Bauer: der wollte Kulasik keinen Arbeitsurlaub geben bzw. für ihn beantragen und musste daraufhin erleben, dass sein Arbeiter Anweisungen nicht ausführte und stattdessen für einige Tage im Wald verschwand. Kulasik wusste genau, dass jeder Bauer in der Gegend ihn sofort eingestellt hätte, wenn sein Chef ihn für die Unbotmässigkeit etwa hätte anzeigen wollen. Auch dem Bauern war klar, dass die Zeiten unbeschränkter Herrschaft über seinen polnischen Arbeiter vorüber waren. Er versuchte, ihn mit einem Päckchen Zigaretten und der Zusage, sich im nächsten Jahr für einen Urlaub einzusetzen, zu versöhnen – den Kulasik allerdings dann wieder nicht bekam.³⁷

Die Berichte spiegeln noch andere mit dem Kriegsverlauf eintretende Änderungen wider. So war Czeslaw Taborski – er arbeitete auf einem Hof in der Nähe von Magdeburg – ab Ende 1943 der einzige Mann auf dem Hof, und die Aufgabenverteilung änderte sich; er war älter – im Frühjahr 1944 war er 19 Jahre alt –, kräftiger und erfahrener geworden, die Bäuerin war auf ihn angewiesen, und er konnte sich im Gespräch «mehr herausnehmen». Auch hier zog die Drohung mit der Polizei nicht mehr: «'Wenn Ihr der Polizei von unserem Gespräch erzählt und sie mich abholen, was macht Ihr dann mit Euren Pferden? Neue Aus-

ländertransporte kommen schon lange nicht mehr.' Das wirkte. (...) Die Folge des Gespräches war, dass sie mir einige Tage später, am ersten, fünfundzwanzig Mark brachte und sagte: 'Da hast du's, damit du dich nicht beschwerst, dass du umsonst arbeitest.'» Am Tag, bevor die amerikanischen Truppen in das Dorf einmarschierten, fügte diese Bäuerin ihrer Anweisung sogar noch das Wort «bitte» hinzu.³⁸

Zum Vergleich mit den Berichten aus der Landwirtschaft hier der Bericht von Henryk Adamczewski, von Mitte Juli 1940 bis Kriegsende Arbeiter in einem Metallbetrieb in Teltow bei Berlin: Adamczewski, der bereits vor Kriegsbeginn in Poznan ein Jahr eine Fachberufsschule für Mechaniker besucht hatte, wurde vom Arbeitsamt noch im Oktober 1939 in einen Schnellkurs eingewiesen und Mitte Juli 1940 nach Teltow bei Berlin gebracht:

«Im Ergebnis wurde jede Abteilung durch polnische Arbeitskräfte verstärkt. Meister Seifert brachte mich in der kleinen Halle unter. Dort standen moderne, halbautomatische Maschinen zum Drehen, Gewindeschneiden und zum Ablaugen der Artilleriegeschosse. Die Maschinen wurden ausschliesslich von Deutschen bedient, und ich, der Sklave, hob die schweren Geschosse von der Erde hoch zu der Maschine, damit in die Öffnung für den Zünder das Gewinde gedreht werden konnte, und das zwölf Stunden lang täglich. Die Geschosse waren sehr schwer, für meine jungen Kräfte zu schwer. Nach ein paar Tagen dieser Arbeit konnte ich morgens kaum aufstehen. Alle Bein- und Armmuskeln taten mir weh. Ich hatte auch starke Schmerzen in der Wirbelsäule und immer häufiger wurde mir schwindlig.»

Im August 1940 und September 1940 wurden zwei weitere je dreissigköpfige Transporte mit polnischen Arbeitern in diese Fabrik geschickt, die ebenfalls als Hilfsarbeiter eingesetzt wurden. Adamczewski wurde zu dieser Zeit beim Drehen von Metallteilen, beim Schleifen und beim Gewindedrehen eingesetzt. 1942 führten die zunehmenden Einberufungen dann zu Veränderungen:

«Alle jungen und gesunden Deutschen aus der Fabrik gingen in die Armee. Übrig blieben die Alten, Kranken, Invaliden und die Frauen, zusammen etwa 150. Damals ordnete die Direktion für die Polen eine Schulung in der Lehrwerkstatt der Fabrik an. Die Ausbildung dauerte kurz, kaum drei Wochen. Der deutsche Meister brachte uns alles von Grund auf bei, wie z.B. Messer schleifen, festmachen usw., vor allem machte er uns mit der Bedienung aller Maschinen in der Fabrik bekannt. Nach der Schulung kehrte ich zu Meister Seifert zurück und arbeitete bei ihm bis Kriegsende an Fräs-, Bohr-, Stemm-, Stirnfräs- und Schleifmaschinen. So eine Schulung machten viele Polen durch. Auf diese Weise übernahmen wir die Arbeitsplätze der Deutschen.»³⁹

Im Unterschied zu der Lage noch vor 1939, als die polnischen Landarbeiter das Deutsche Reich formal sogar bis Mitte Dezember jeden Jahres verlassen mussten, zumindest aber über die östliche Reichsgrenze fliehen konnten, wenn die Arbeitsverhältnisse unerträglich waren, und einen gewissen Schutz durch die polnischen diplomatischen Vertretungen hatten,⁴⁰ waren die polnischen Zwangsarbeiter übermässiger Ausbeutung, Misshandlungen und Strafen schutzlos ausgesetzt. Verbesserungen ihrer Lage traten in dem Masse ein, wie sie mit der Zeit – sei es durch den Fehlbedarf an deutschen Arbeitskräften, sei es durch inzwischen erworbene Qualifikationen und Kenntnisse (vgl. die Berichte von Stanislaw Kula-

sik und Henryk Adamczewski) unentbehrlich wurden. Eine Anzeige oder Denunziation konnte dann den Verlust einer unersetzbaren Arbeitskraft bedeuten. Während in den zwanziger und dreissiger Jahren kein Mittel gefunden wurde, mit dem die Landflucht erfolgreich bekämpft werden konnte – deren Hauptursachen im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen die Unterbezahlung der Landarbeit bei schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen und relativ längerer Arbeitszeit war – konnten die Polen mit direktem Zwang in der Landwirtschaft festgehalten werden.

Ein Tisch oder zwei Tische

1942 erlebte Czeslaw Taborski in einem Dorf bei Holzminden an der Weser etwas Ungewöhnliches. Bauer und Bäuerin waren nicht da, als er den Hof betrat, auf dem er arbeiten sollte. Erika, die 19jährige Schwester der Bäuerin, empfing ihn:

«Auf dem Tisch standen weichgekochte Eier, verschiedene Wurstsorten, Butter und Brot. Nach der zweiwöchigen Reise, die neben Durst, Hunger und Kälte von brutalen, demütigenden Überraschungen begleitet war, musste mich der Anblick eines so reichlich gedeckten Tisches verblüffen. Und als Erika mir zur Begrüssung die Hand reichte, verlor ich den Verstand vollständig. Sie war ein wohlgestaltetes Mädchen mit blonden Haaren und einem lieben Äusseren und war auch ästhetisch und geschmackvoll gekleidet. Meine Verlegenheit nahm Erika als in solchen Fällen ganz gewöhnliche Schüchternheit; hatte sie doch nicht die geringste Vorstellung von dem, was mir bis jetzt widerfahren war und konnte dies gar nicht anders verstehen. Langsam kam ich zu mir, nahm erneut den gedeckten Tisch wahr und machte mich, von Erika mit Gesten ermuntert, ans Essen. (...)

Die Wirklichkeit setzte sich jedoch wieder durch, als der Bauer zurückkam. Während der Bauer die Pferde von der Kutsche spannte, kam die Bäuerin (...) forsch ins Zimmer und streckte mir die Hand hin. Mit scharfer, herrscherischer Stimme fragte sie gleichzeitig, wer ich bin. Und als Staska (eine Polin, die bereits auf dem Hof arbeitete; J.A.) erklärte, dass ich Pole bin, zog sie die halb ausgestreckte Hand zurück. Dann warf sie einen Blick auf den Tisch, schien die Gedecke zu zählen und machte zu Erika eine – sichtlich missbilligende – Bemerkung, denn die wurde verdriesslich.» Als Taborski sich am nächsten Morgen wieder an den Tisch setzen wollte, wies ihm die Bäuerin einen kleinen Tisch an der gegenüberliegenden Wand zu. «Ich wurde also abgesondert. Also war das gestrige gemeinsame Essen wohl ein Versehen von Erika, dachte ich. Jetzt verstand ich auch, was ihr die Chefin für einen Vorwurf gemacht haben konnte. Auf meinem kleinen Tisch stand auf einem Miniaturschüsselchen eine bräunlichgoldene Masse (wie sich später herausstellte hausgemachter Rübensirup; J.A.), drei Scheiben Brot, ein kleiner Krug Malzkaffee und ein mikroskopisch kleiner Krug Milch.» Taborski fragte seine Kollegin: «'Was meinst du, werden wir immer so an drei Tischen essen?' Staska nahm ihr Essen nämlich an einem dritten Tisch ein. 'Wenn sie uns an den gemeinsamen Tisch lassen würden, würden sie gegen die Vorschriften verstossen', antwortete sie. 'Ach so ... sie müssen also', wunderte ich mich. 'Zum einen müssen sie, und zweitens ist es ihnen gerade so recht', antwortete sie nach kurzem Nachdenken. 'Anders könnten sie uns das Essen nicht zuteilen und hätten höhere Kosten.'»⁴¹

«Die Mahlzeiten sind möglichst getrennt einzunehmen und die Arbeitspausen in getrennten Aufenthaltsräumen zu verbringen», riet das *Merkblatt für deutsche Betriebsführer über das Arbeitsverhältnis und die Behandlung von Zivilarbeitern polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement* im März 1940.⁴²

In dem Merkblatt *Wie verhalten wir uns gegenüber den Polen*, das der «Stellvertreter des Führers» als Anlage zu einer Anordnung vom 15.3.1940 *Betrifft: Verhalten deutscher Volksgenossen gegenüber polnischen Landarbeitern und Landarbeiterinnen* weiterleitete, hiess es:

«Werdet nicht zu Verrätern an der deutschen Volksgemeinschaft!

Die Polen gehören nicht zur deutschen Volksgemeinschaft. Wer sie wie Deutsche behandelt oder gar noch besser, der stellt seine eigenen Volksgenossen auf eine Stufe mit den Fremdrossigen. Das gleiche gilt auch für den Deutschen Gruss. Wenn es nicht zu vermeiden ist, dass sie mit Euch unter einem Dach wohnen, dann bringt sie so unter, dass jede engere Berührung mit Eurer Familie ausgeschlossen ist.

Lasst Polen nicht mit an Eurem Tisch essen!

Sie gehören nicht zur Hofgemeinschaft, noch viel weniger zur Familie. Ihr sollt ihnen zwar genügend zu essen geben, sie sollen aber getrennt von Euch essen.

Bei Euren Feiern und Festen haben die Polen nichts zu suchen!

Wir wollen in unseren Feiern und Familienfesten unter uns sein. Die Polen sind ein fremdes Volk. Sie werden unter sich ihre eigenen Feiern veranstalten.

Nehmt die Polen nicht in Eure Gasthäuser mit!

Sie werden es Euch nicht danken. Es wird dafür gesorgt werden, dass bestimmte Gasthäuser an einem Tag der Woche ausschliesslich den Polen zur Verfügung stehen.»

Am Schluss dieses Merkblattes, das Grundlage vieler Flugblätter zur Beeinflussung vor allem der ländlichen Bevölkerung war, steht die Aufforderung: «DEUTSCHE, SEID ZU STOLZ, EUCH MIT POLEN EINZULASSEN»⁴³

Stefan Kulasik, der für gewöhnlich mit der ganzen Hofgemeinschaft gemeinsam ass, beschreibt aus seiner ersten Zeit in Süddeutschland folgenden Vorfall: «Wenn ich noch zu der Anfangszeit zurückkehre, fällt mir ein Tag ein, an dem ich am Tisch einen auf mich wartenden Polizisten sah. Über meinen Körper lief ein Zittern, denn statt mich zum Essen zu rufen, hatte der Bauer dieses Mal eine verdriessliche Miene. Er hatte dafür seinen Grund. Denn – wie ich erfuhr – mir als Pole war es verboten, gemeinsam mit den Deutschen am Tisch zu sitzen. Vom Kommen des Polizisten erschreckt, dachte der Bauer, dass ich ihn vielleicht nicht ernst nehme und mich an den Tisch setze, konnte er mich doch nicht vorher warnen. Verwunderlich war das für mich und unverständlich – warum? Aber so eine Anordnung hatten sie. Ich wusste damals nicht, ob diese Anordnung von oben kam und im ganzen Reich galt oder ob das nur was Lokales war. Im Allgemeinen gingen die Bauern unserer Gegend über diese Anordnung hinweg. Die einen sagten, dass sie unmenschlich ist, andere wollten nicht aus diesem Grund zusätzliche Scherereien in der Küche haben durch zusätzlich abzuwaschendes Geschirr (viele Gerichte wurden aus einem Geschirr gegessen) oder durch einen zusätzlichen Tisch in der Küche. Gewöhnlich gab es im Esszimmer nur einen Tisch. Ausserdem war es eine unsichere Sache, den Polen allein in der Küche zu lassen – die Verpflegung war nicht ausreichend, und es war ein Problem, jedesmal das Brot, die Butter, den Käse oder die anderen Lebensmittel vom Tisch zu räumen.»⁴⁴

Eine Information, die Zuteilungstabellen nicht zu entnehmen ist, enthält der Bericht von Jozef Markiewicz, der ab April 1943 im Saarbergbau, wie er sich erinnert in Heinitz, zu arbeiten hatte:

«Die Verpflegung erhielten wir erst einmal aus der deutschen Küche, aus der Zeche, denn unsere Lagerküche war noch im Bau. Solange wir aus der deutschen Küche versorgt wurden, war die Verpflegung erträglich, als unsere Lagerküche in Betrieb ging, war sie miserabel.»⁴⁵

Dass die polnischen Arbeiter getrennt essen mussten und im Vergleich zu den deutschen Bauern oder Industriearbeitern schlechter versorgt wurden, belegen viele Berichte. Umso wichtiger war gegebenenfalls – und die Möglichkeit dazu bestand in der Landwirtschaft häufig – der direkte Zugang zu Lebensmitteln, wie z.B. zu Milch beim Melken, durch das Abzweigen von Eiern u. ä. – allerdings immer mit dem Risiko der Bestrafung beim Erwischtwerden.⁴⁶

Leben mit den Deutschen

In vielen Erinnerungen berichten die Autoren, dass ihnen bereits beim Eintreffen unverhohlene Feindschaft entgegenschlug. So beschreibt Alfons Juraszczak, ab Februar 1941 in der Nähe von Stettin eingesetzt, seine ersten Eindrücke: «Während die Hausbewohner mich mit unverhohlener Missbilligung betrachteten, erteilte mir der Bauer – begleitet von seiner Frau – Belehrungen über die Pflichten, Verbote und Gebote. (...) Der Bauer ordnete an, ihn mit 'Chef und seine Frau mit 'Chefin' anzureden. Essen sollte ich an der Kommode in der Küche. Mir war verboten, mich an einen Tisch mit den Deutschen zu setzen. Was das Schlimmste war, mir wurde verboten, ohne Genehmigung wegzugehen und andere Polen auf den Hof zu lassen. Ich stand ratlos zwischen den Mitgliedern dieser deutschen Familie, hörte aber deutlich, wie Alisats Kinder verächtlich 'Pollacke' flüsteren. Vor Erschöpfung und Hunger hielt ich mich kaum auf den Beinen, aber der Bauer führte mich gleich in den Vieh- und den Schweinestall. Zehn Kühe, drei alte Pferde, drei Fohlen und eine Anzahl Schweine warteten auf Fütterung und Säubern. Der Chef befahl gleich, die Gabel zu nehmen und auszumisten. (...) Der Schweiss floss mir in die Augen, ich schwankte vor Erschöpfung, aber der Deutsche schäumte vor Wut, schrie und trieb mich an.

Beim Abendessen drohte der Deutsche, wenn ich mich nicht gehörig an die Arbeit mache, sei er gezwungen, mich zu schlagen und vielleicht ins Straflager zu schicken. Die Erklärung, dass ich zum ersten Mal mit so einer Arbeit zu tun habe, dass ich geschwächt bin, nachdem ich eine ganze Nacht nicht geschlafen habe und den ganzen Tag ohne Essen war, überzeugte ihn nicht. Der Deutsche meinte, dass ich faul bin und dazu noch ein Saboteur.»⁴⁷

Marian Salita und seine Kollegen wurden im Juni 1942 in Breslau auf dem Marsch vom Bahnhof zum Arbeitsamt von einer vorbeikommenden Gruppe Hitlerjungen bespuckt und als «polnische Schweine» beschimpft; das gleiche widerfuhr ihm auf seiner Arbeitsstelle, einem Bauernhof.⁴⁸ Fast alle Berichte erwähnen, dass die Polen von Bauern und Polizisten geschlagen wurden.⁴⁹

Dass es nicht allein um Drangsalierungen, um schlechte Behandlung und Schläge ging, zeigt der Bericht von Bronislaw Szuleka. Nachdem sie gerade verhindern konnte, dass eine Ukrainerin, ihre Arbeitskollegin, sich aufhängte, hatte sie folgende Auseinandersetzung mit der Bäuerin:

«'Ich habe nichts auf dem Gewissen', sagte die Bäuerin, 'ich lasse sie nicht hungern.' 'Ich weiss auch nicht, warum sie das machen wollte', antwortete ich, 'aber ich weiss, was für uns das Schlimmste ist. Wenn uns etwas weh tut, wenn wir krank werden, dann haben wir nicht nur keine Hilfe, keiner hat Mitleid mit uns und alle sind noch böse auf uns. Der Mensch besteht nicht nur aus Magen ... Man muss den Menschen verstehen.'»⁵⁰

Einige Berichte lassen eine Entwicklung erkennen. So war Jerzy Nowicki in einer Stube untergebracht, in der anfangs auch der deutsche Knecht übernachtete; die beiden lernten anfangs jeweils die andere Sprache und konnten sich nach ein paar «Lektionen» miteinander unterhalten. Als sich das Verhältnis zu den Polen jedoch, wie Nowicki schreibt, «aufgrund von Anordnungen von oben zuspitzte und wir von fanatischen Deutschen als 'polnische Banditen' bezeichnet wurden, konnte dieser Knecht als Angehöriger der 'höheren Rasse' sich nicht mehr mit mir in einem Raum aufhalten». Nowicki beschreibt auch eine Differenzierung unter den Deutschen im Ort: Hilfe und Unterstützung erfuhr er von einer Landarbeiterfamilie, die ihn und andere Ausländer einlud, ungefragt ihre Wäsche wusch und reparierte, für Weihnachten kleine Geschenke vorbereitete und deren Sohn später, wenn er als Soldat auf Urlaub war, Rundfunknachrichten ausländischer Sender und politische Nachrichten übermittelte ⁵¹

Wie sich seine Lebensumstände mit dem Verlauf des Krieges entwickelten, beschreibt Henryk Baczyk so:

«Das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den Polen war anfangs verhältnismässig gut. Es kam häufig vor, dass sie sich zu den Mahlzeiten gemeinsam mit den Kriegsgefangenen an einen Tisch setzten. Dann verschärfte sich die Goebbelspropaganda. Bei den Mahlzeiten gemeinsam am Tisch zu sitzen, wurde verboten, die Feindschaft gegenüber den Polen wuchs. Nach der Schlacht von Stalingrad nahm der deutsche Hochmut ab, und gegen Kriegsende (...) verhielten sie sich zu uns sogar freundschaftlich. (...)

Wie die Nazipropaganda wirkte, zeigt am besten das Verhältnis der deutschen Kinder zu uns. Die deutschen Kinder waren anfangs sehr gut erzogen, zu jedem Alteren sagten sie Guten Tag. Wir lernten dies in Bardyny und an der litauischen Grenze kennen. Das Nachbardorf hiess Heinrichsfelde, dort war die Schule. Eines Tage komme ich, und von diesen höflichen Kindern, die gestern einen Knicks oder Diener machten, grüsst keines mehr. Wir fragen uns untereinander, was los war, später fragen wir einen Deutschen, und der sagt, dass der Lehrer in der Schule gesagt hat, dass man zu den Polen nicht Guten Tag sagen soll, 'die Polen sollen sich vor euch Kindern verbeugen, und nicht umgekehrt'. Unter diesen Kindern hatten wir nicht zu leiden, aber unter den Jugendlichen aus der Hitlerjugend litten manchmal selbst die Deutschen, die Eltern.

Es gab unter den Deutschen viele gemeine Kerle, die sich an den bei ihnen arbeitenden polnischen Arbeitern ausliessen. Auf dem Nachbarhof gab es einen Tomoscheld, einen Deutschen, der Ortsbauernführer war (...). Das war vielleicht ein Schuft! Er schlug meinen Kollegen. Das war noch nicht alles, er rief die Gendarme, die kamen und schlugen diesen Jungen wie wild. Dann wurde er aber ruhiger.» Mit zwei Kollegen verabreichte Bac-

zyk ihm eine gehörige Tracht Prügel, die Gendarmen bekamen nicht heraus, von wem, und «seit dieser Zeit prügelte der Ortsbauernführer nicht mehr so.»⁵²

Ähnliches berichtet Irena Dreliszczak, die als Kind mit den Eltern und ihrer älteren Schwester in die Nähe von Genthin/Brandenburg gebracht wurde:

«Mit der deutschen Gesellschaft hatten wir im Grunde keinen Kontakt, wir lebten isoliert. Die allgemeine Einstellung der Deutschen uns gegenüber war chauvinistisch, mit Ausnahme einiger Einzelpersonen: des Inspektors Halman, des Pfarrers aus Genthin, eines Arztes. Entschieden feindlich waren die in der HJ zusammengeschlossenen Jugendlichen zu uns eingestellt. Banden deutscher Heranwachsender veranstalteten Jagden auf polnische Kinder, die in die Stadt gingen, um Zuteilungen auf Karten abzuholen. Diese 'Jagden' fanden am hellichten Tag auf der Strasse statt. Die erwachsenen deutschen Passanten griffen nicht ein. (...) Wir beschlossen schliesslich, dass die polnischen Kinder, wenn sie Besorgungen machten, zu mehreren zusammen gehen und sich bei einem Überfall wehren sollten.»⁵³

Auffällig ist, dass «andere» oder «ordentliche» Deutsche in fast allen Berichten erwähnt werden – als Ausnahmen. Jozef Sawicki beschreibt seine Lage, nachdem er 1944 vom Gut in die angeschlossene Molkerei versetzt worden war: «Mein neuer Vorgesetzter Erdmann war sehr menschlich und ordentlich, was ich festhalten muss, denn davon habe ich während der Zwangsarbeit in Deutschland nicht viele getroffen.»⁵⁴ Auswirkungen auf die Behandlung hatten auch gute berufliche Kenntnisse bzw., nach einer gewissen Eingewöhnungszeit, gute Arbeitsleistungen.⁵⁵

Die Behandlung der Polen änderte sich mit der Entwicklung an den Fronten. Für Frühjahr und Sommer 1940 berichtet Jozef Pieczewski, der auf einem Hof in Vorpommern arbeitete:

«Die Deutschen triumphieren und erzielen einen Erfolg nach dem anderen. Im Juni wurde die Lage für uns verzweifelt. Frankreich hat kapituliert. Die Deutschen rasen vor Freude. Demmin versinkt in einem Meer von Hakenkreuzfahnen, das Radio bringt alle Augenblicke Sondermeldungen und brüllende Ansprachen der Führer des Dritten Reiches. Überall erschallen chauvinistische Lieder. Der Hochmut und die Feindschaft der deutschen Bevölkerung auf die Polen wächst mit den Siegen an der Front. (...) An den Ladentüren sieht man immer häufiger die Aufschriften 'Nur für Deutsche' oder 'Für Polen verboten'. In den Rhythmus der anwachsenden antipolnischen Schikanen klinkt sich auch unsere 'Frau' Bork (bei der Pieczewski mit seiner Familie einquartiert war; J.A.) ein. Zu den uns betreffenden Verboten, die sie uns schon bis dahin erteilt hatte, kam noch das Verbot, aus ihrem Brunnen Wasser zu entnehmen. 'Für Polen gibt es genug Wasser im Fluss', erklärte sie uns. Das Wasser auch für die Küche schöpften wir jetzt also aus der Peene. (...)

Das Zusammenleben mit den deutschen Landarbeitern regelt sich etwas besser. Zu den Polenfressern zählen wir nur die Geschwister Meyer: den 17jährigen Herbert, der Stallarbeiter ist, und seine Schwester Anne, sie ist Dienstmädchen. Beide sind fanatische Hitlerverehrer, begeistern sich an seinen Erfolgen und unterliegen völlig der Goebbels-Propaganda aus Zeitungen und Radio. Ihre Ausbrüche gegen uns werden jedoch in gewissem Ausmass durch das sehr gemässigte Verhältnis der anderen Arbeiter zu uns abgemildert. Zu ihnen gehören Ernst Streck und Walter Rasmuss. So wie die anderen Deutschen, die wir hier kennen, wünschen sie weder Polen als Land noch uns etwas Gutes. Aber uns scheint, dass ihnen die hitlerschen Methoden, mit denen die polnischen Arbeiter drang-

saliert werden, nicht passen. Aus ihrer Reaktion auf die Kriegereignisse schliessen wir, dass sie den hitlerschen Eroberungen voll zustimmen, aber man sieht ihnen deutlich an, dass sie es vorzögen, wenn das 'Herrenvolk' die Macht über den geschlagenen Gegner auf eine menschlichere und würdigere Weise ausübte.»⁵⁶

Nach Kriegsbeginn gab es Beispiele für eine Behandlung, die in etwa der Praxis der Saisonarbeiterbeschäftigung vor 1939 entsprach, ja auch solche von Wohlwollen und Sympathie – Klagen hierüber finden sich in den SD-Berichten zur innenpolitischen Lage bzw. in den Meldungen aus dem Reich⁵⁷ – wie für eine feindliche Behandlung. Die Lage der Polen wurde desto schlechter, je grösser die Sieges euphorie im Volk nach der Besetzung Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande und Frankreichs wurde.

Vor allem die Besetzung Frankreichs empfand der grösste Teil der deutschen Bevölkerung als Bestätigung deutscher Grösse.⁵⁸ Das wirkte sich auf die Behandlung der Polen aus. Der polnische Knecht auf dem eigenen Acker, den man, wenn er aufmüpfig wurde, selbst oder mit Hilfe der Polizei zur Räson brachte, führte jedem Deutschen, der dafür empfänglich war, vor Augen, dass der Sieg der deutschen Waffen auch sein Sieg war. Wenn diese Ideologie – seine Erhöhung zum Herrenmenschen – auch in unterschiedlichem Ausmass aufgenommen wurde: dass die Polen unten und die Deutschen oben standen, dass man selbst zu denen oben gehörte und dass dies ein Teil des Alltags war, akzeptierte offensichtlich 1940/41 der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung.⁵⁹

Janina Szaleniec, sie arbeitete in Thüringen, berichtet: «Nach der schrecklichen Niederlage der Nazis bei Stalingrad veränderten die Bauern ihr Verhältnis zu den Zwangsarbeitern. Man konnte sich bereits in der Muttersprache unterhalten, wenn es nur die SS-Leute nicht hörten.» Ganz anders erging es Henryk Wejman, als die Nachrichten von der Zerschlagung der 6. Armee eintrafen. Er fuhr gerade am 1. Februar 1943 aus dem Urlaub in Lodz nach Ostpreussen zurück, musste in Königsberg umsteigen und wurde dort im Wartesaal zusammen mit anderen Ausländern von Polizisten, SA-Männer und Hitlerjungen verprügelt. Wejman wurde bewusstlos geschlagen; eine Frau, die sich um ihn kümmerte, erzählte ihm später, die Deutschen seien aus irgendeinem Grund wütend und verprügelten alle Ausländer.⁶⁰

So gross war die Spannweite möglichen Verhaltens gegenüber den ausländischen Arbeitern, die sich nun zur Siegerseite zählen konnten. Überlebenschancen wie Lebensumstände hingen für jeden einzelnen Polen davon ab, wie eng sein Arbeitgeber, sein Nachbar, sein deutscher Arbeitskollege sich an die Vorschriften des «Polenstatuts» halten zu müssen glaubte. Das Leben der polnischen Zwangsarbeiter hing von vielen Einflüssen ab: von der Grundeinstellung ihrer Arbeitgeber, von dem Einfluss der Propaganda auf die Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung, von ihrer Arbeitsleistung und dem Grad, in dem sie für ihre Arbeitgeber unersetzlich wurden, von der Schärfe der Überwachung von Vorschriften in ihrem Ort und schliesslich auch vom Kriegsverlauf. Dass es trotz

«Polenstatuts» für jeden Deutschen eine Entscheidungsmöglichkeit gab, den Polen als Herren oder als Menschen entgegenzutreten, belegen die Berichte hinlänglich.

Die in den Jahrzehnten seit 1945 geschriebenen Erinnerungen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Deutschland lassen noch etwas anderes erkennen: Ab 1940 zeigte sich, dass es möglich war, qua Verordnung eine Schicht von Arbeitern minderen Rechts und von untergeordneter Stellung in den deutschen Arbeitsalltag zu integrieren. Die deutschen Arbeitgeber – in den hier ausgewerteten Erinnerungsberichten überwiegend Bauern – akzeptierten diese Rollenzuweisung und gewöhnten sich an eine rassistisch begründete Arbeitskräftehierarchie, deren Grundlage ausserökonomischer Zwang war. Dies unterschied die Zwangsarbeit der Polen in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges von der Saisonarbeiterbeschäftigung, wie sie sich ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte. Als der äussere Zwang beseitigt war, kehrte der grösste Teil der befreiten Polen so schnell wie möglich nach Hause zurück. Das war, als die alliierten Armeen im Winter und Frühjahr 1945 das NS-deutsche Herrschaftssystem und damit auch das Schreckensbild eines für die «siegreiche Nachkriegszeit» geplanten, rassistisch gegliederten, unter deutscher Herrschaft stehenden Europa zerschlugen.

Anmerkungen

- 1 Henryk Wejman, in: *Przemoc. Ponizienie. Poniewierka. Wspomnienia z przymusowych robot rolnych 1939-1945*. Wybrali, opracował i wstępem opatrzył Ludwik Staszynski (Gewalt. Erniedrigung. Missachtung. Erinnerungen von der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft 1939-1945. Ausgewählt, bearbeitet und mit einer Einleitung versehen von Ludwik Staszynski), Warschau 1967, S. 314-393, Zitat S. 343; in der Folge zitiert: *Przemoc*. Alle Übersetzungen aus dem Polnischen: Jochen August.
- 2 Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Frankfurt am Main und Hamburg 1965, verb. u. erg. Neuaufll., S. 36 ff.
- 3 Vgl. Czesław Luczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce* (Die Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands im besetzten Polen), Poznań 1979, S. 141 f.; in der Folge zitiert: *Polityka ludnościowa*. Als Beispiele bis April 1940 vgl. Jadwiga Szaleniec, in: *Ciern mojej młodości. Wspomnienia dzieci i młodzieży z przymusowych robót w III Rzeszy. Wybór i opracowanie Zofia Bigorajska, Władysława Pietruczuk-Kurkiewiczowa* (Stachel meiner Jugend. Erinnerungen von Kindern und Jugendlichen von der Zwangsarbeit im III. Reich. Auswahl und Bearbeitung: Zofia Bigorajska, Władysława Pietruczuk-Kurkiewiczowa), Warschau 1979, S. 65; in der Folge zitiert: *Ciern*; Stanisław Wojczyk, *Ciern* S. 101; Kazimierz Szymczak, *Dni zgrozy i walki o wolność* (Tage des Grauens und des Freiheitskampfes), in: *Pamiętniki robotników z czasów okupacji* (Arbeitererinnerungen aus der Zeit der Okkupation), I (mehr nicht erschienen), Warschau 1948, S. 19-153, hier S. 35.
- 4 Zur ersten Phase der Arbeitskräfterekrutierungen im besetzten Polen vgl. mit weiteren Verweisen Jochen August, *Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen 1939/40*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 24 (1984), S. 305-353; jetzt neu: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des*

- «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin, Bonn 1985, bes. Kap. IV; in der Folge zitiert: Fremdarbeiter; Eva Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964, S. 98 ff.; in der Folge zitiert: Zwangsarbeiter; Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* (Die Politik des III. Reiches im besetzten Polen), Warschau 1970, Bd. I, S. 642 f.; in der Folge zitiert: Polityka; Cz. Luczak, *Polityka ludnościowa*, S. 136-172; zum Aufbau der Arbeitsämter im Generalgouvernement vgl. Józef Kasperek, *Wywóz na przymusowe roboty do Rzeszy z dystryktu lubelskiego w latach 1939-1944* (Die Deportation zur Zwangsarbeit in das Reich aus dem Distrikt Lublin in den Jahren 1939-1944), Warschau 1977, S. 50 ff.
- 5 Cz. Luczak, *Polityka ludnościowa*, S. 140 f.
- 6 (Ludwig) Münz, *Der Einsatz ausländischer, insbesondere polnischer Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft*, in: *Der Südosten. Ostdeutsche Wirtschaftszeitung* Breslau, 19. Jg., Nr. 3, 5.5.1940, S. 49-51; (Max) Timm, *Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft im ersten Kriegsjahr*, in: *Reichsarbeitsblatt*, 1941, T. V, S. 6-8; vgl. auch: Reichsarbeitsminister Franz Seldte, *Die polnischen Arbeitskräfte. Ihr Einsatz in der deutschen Landwirtschaft*, in: *Deutscher Lebensraum. Zeitschrift für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik*, 7. Jg., 1940, Nr. 6, 15.3.1940, S. 87 ff.; Werbeplakate in: Czesław Luczak, *Polscy robotnicy przymusowi w Trzeciej Rzeszy podczas II wojny światowej* (Die polnischen Zwangsarbeiter im Dritten Reich während des zweiten Weltkrieges), Poznań 1974, S. 41; in der Folge zitiert: *Polscy robotnicy, bzw. in: Documenta occupationis IX*, Poznań 1975, S. 12; in der Folge zitiert: *doc. occ. IX*.
- 7 *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945*. Hg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Bd. 20), Stuttgart 1975, S. 198; in der Folge zitiert: *Diensttagebuch. Die unmittelbar auf das Zitat folgende Behauptung von Standartenführer Schulz, Zwangsverhaftungen seien noch nicht vorgekommen, ist falsch; Belege in: Diensttagebuch, S. 195.*
- 8 Władysław Rusiński, *Polozenie robotników polskich w czasie wojny 1939-1945 na terenie Rzeszy i «obszarów wcielonych»* (Die Lage der polnischen Arbeiter während des Krieges 1939-1945 auf dem Gebiet des Reiches und der «eingegliederten Gebiete»), T. I, Poznań 1950, 2., erg. Aufl. (1. Aufl. 1949), S. 5 f.; T. II, Poznań 1955.
- 9 William I. Thomas, Florian W. Znaniecki, *The Polish Peasant in Europe and America*, Chicago bzw. Boston 1918-1920, Neuauflage u.a. New York 1958; Józef Chalasiński, *Trwale wartości socjologiczne dzieła Chłopa Polski w Europie i Ameryce* (Die bleibenden Werte des Werkes «The Polish Peasant in Europe and America» für die Soziologie), in: *Pamiętnikarstwo Polskie* 7, 1977, S. 15-23; *Nachweise über Veröffentlichungen, wissenschaftliche Auswertung und Verbleib der Materialien: Franciszek Jakubczak, Konkursy na pamiętniki w Polsce 1921-1966* (Preisausschreiben für Erinnerungen in Polen 1921-1966), Warschau 1966, S. 6 ff.; zum Ringelblum-Archiv Ruta Sakowska in der Einleitung zu dem von ihr bearbeiteten, vom Jüdischen Historischen Institut in Polen herausgegebenen Quellenband: *Archiwum Ringelbluma. Getto Warszawskie lipiec 1942-styczeń 1943* (Das Ringelblum-Archiv. Warschauer Getto Juli 1942-Januar 1943), Warschau 1980, S. 5-30; Tadeusz Sztrum de Sztrem, *Instytut Gospodarstwa Społecznego 1920-1944* (Das Institut für Gemeinwirtschaft 1920-1944), Warschau 1959; Ludwik Landau, *Kronika lat wojny i okupacji* (Chronik der Kriegs- und Besatzungsjahre), Bd. I-III, Warschau 1962; laufende Berichterstattung über Erinnerungspreisausschreiben, Beiträge zu früheren Wettbewerben, Publikationen und Nachweise seit 1971 in der Zeitschrift «Pamiętnikarstwo Polskie»; jüngste Beispiele z.B. in «Polityka», Nr. 2, 12.1.1985 und Nr. 17, 27.4.1985. Vgl. zusammenfassend: Jan Szczepański, *Die biographische Methode*, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Hg. von René König. 3., umgearb. u. erw. Aufl., Bd. 4, Stuttgart 1974, S. 226-252; Sigrid Paul, *Arbeiterbiographien in Deutschland, Österreich, Polen und Schweden als Vorläufer Mündlicher Geschichte*, in: Gerhard Botz, Jozef Weidenholzer (Hg.), *Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung*, Wien, Köln 1984, S. 85-108, zu Polen S. 95-99.
- 10 Zur Entstehung der Studentenerinnerungen vgl. Janusz Deresiewicz, *Uwagi o pamiętnikach j ako źródło historycznym* (Einige Bemerkungen über Erinnerungen als historische Quelle), in: *Pamiętnikarstwo Polskie* 6, 1976, S. 247-250.
- 11 *Przemoc*, s. Anm. 1.
- 12 *Gdy byliśmy literę P. Wspomnienia wywiezionych na przymusowe roboty do III Rzeszy. Wybór i opracowanie Zofia Bigorajska, Władysława Pietruczuk-Kurkiewiczowa* (Als wir der Buchstabe P waren. Erinnerungen von zur Zwangsarbeit in das III. Reich Deportierten. Auswahl und Bearbeitung Zofia Bigorajska, Władysława Pietruczuk-Kurkiewiczowa), Warschau 1968, in der Folge zitiert: *Gdy byliśmy*.
- 13 *Cierh*, s. Anm. 3.
- 14 *Z literę «P»*. *Polacy na robotach przymusowych w hitlerowskiej Rzeszy 1939-1945. Wspomnienia. Wybór i opracowanie Ryszard Dyliński, Marian Flejsierowicz, Stanisław Kubiak. Wstęp Czesław Luczak* (Mit dem Buchstaben «P». Polen zur Zwangsarbeit in Hitlers Reich 1939-1945. Erinnerun-

- gen. Auswahl und Bearbeitung Ryszard Dyliński, Marian Flejsierowicz, Stanisław Kubiak. Einleitung Czesław Luczak), Poznań 1976; in der Folge zitiert: Z liter «P».
- 15 Zeznakiem «P». Relacje i wspomnienia robotnikówprzymusowych ijencówwojennych w Prusach wschodnich. Wybor i opracowanie Bohdan Koziello-Poklewski, Bohdan Lukaszewicz. Wstęp Bohdan Koziello-Poklewski (Mit dem Zeichen «P». Berichte und Erinnerungen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Ostpreussen. Auswahl und Bearbeitung Bohdan Koziello-Poklewski, Bohdan Lukaszewicz. Einleitung Bohdan Koziello-Poklewski), Olsztyn 1977; in der Folge zitiert: Ze znakiem «P». Der Band enthält ausserdem zwei Beiträge aus früheren Preisausschreiben. Im Gegensatz zu Anton Grossmann, der das «völlige Fehlen persönlicher Erinnerungen der Betroffenen» behauptet: Anton Grossmann, Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939-1945, in: Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter, Ostfildern 1984, S. 584. Erinnerungen zu Bayern z.B. in: Gdy byliśmy, S. 329 ff.; Przemoc, S. 300 ff.; Ciern, S. 163 ff., 259 ff.
 - 16 Von den Herausgebern der Bände von 1967 (Przemoc), 1968 (Gdy byliśmy) und 1979 (Ciern) wurde allerdings darauf verzichtet, die der Edition (und Bearbeitung?) zugrundeliegenden Kriterien mitzuteilen. Die Bearbeiter des Bandes von 1976 (Z liter «P») weisen daraufhin, dass neben besonders für das Preisausschreiben angefertigten Erinnerungen und Aufzeichnungen noch aus der Besatzungszeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit auch ergänzende Materialien, wie Briefe, Zeitungsausschnitte, Flugblätter, Fotografien und persönliche Dokumente eingereicht wurden, dass alle Beiträge des Bandes mehr oder weniger gekürzt wurden und dass sich Zusammenstellung und Auswahl daran orientierten, ein möglichst umfassendes Bild des Schicksals der zur Zwangsarbeit deportierten Polen zu vermitteln. Die Erinnerungen des Bandes aus Olsztyn (Ze znakiem «P») sind bis auf zwei Ausnahmen «in unumgänglichen Fällen» sprachlich überarbeitete Abschriften von Tonbandaufzeichnungen; innerhalb der Texte haben die Bearbeiter Wiederholungen gestrichen, einzelne Abschnitte umgestellt und Fehler bei Datierungen und Ortsnamen stillschweigend korrigiert.
 - 17 Harry v. Rosen-v. Hoewel, Das Polenstatut, in: Deutsche Verwaltung, 19. Jg., 1942, S. 109-114.
 - 18 Texte in: RGBl. 1938. I, S. 1053; RGBl. 1939. I, S. 1667, 1685; zur Ausländerpolizeiverordnung von 1938 s.: Joachim Lehmann, Repressive Ausländerpolitik im faschistischen Deutschland. Die Ausländerpolizei-Verordnungen von 1932 und 1938, in: Wiss. Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 33. Jg., 1984, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, H. 2, S. 47-51.
 - 19 Beispiele für auf regionaler Ebene geltende Erlasse, in: Documenta occupationis X, Poznań 1976, S. 4-6, 98-100; in der Folge zitiert: Doc. occ. X.
 - 20 Texte in: Bundesarchiv Koblenz, R 43 11/554, R 58/1030, R 70 Polen/227; RGBl. 1940.1, S. 555 f.; auch in: Doc. occ. IX, S. 21 ff.; Doc. occ. X, S. 7 ff., 82 ff.; dort auch ein grosser Teil der Änderungserlasse. Vgl. Christoph Schminck-Gustavus, Zwangsarbeit und Faschismus. Zur «Polenpolitik» im «Dritten Reich», in: Kritische Justiz, 13. Jg., 1980, S. 1-27, 184-206. Umfassend zur Ausgliederung und Entrechtung der Polen: Diemut Majer, «Fremdvölkische» im Dritten Reich, Boppard 1981.
 - 21 Sehr eindrucksvoll ist eine im Rahmen des Schüler-Wettbewerbs der Körber-Stiftung «Alltag im Nationalsozialismus – Die Kriegsjahre in Deutschland» entstandene Arbeit: Bettina Klingel, Birgit Schaber, Susanne Spengler, Gabriele Tannert, Fremdarbeiter und Deutsche. Das Schicksal der Erna Brehm aus Calw, Bad Liebenzell 1984. Zur Praxis vergleiche: Andrzej Zientarski, Mord policyjny (Sonderbehandlung) na polskich robotnikach przymusowych naprzykladzie praktiki zachodniopomorskich placowek gestapo (Der Polizeimord (Sonderbehandlung) an polnischen Zwangsarbeitern am Beispiel der Praxis der Gestapostellen im Pommern), in: Biuletyn Glownej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce XXIX, Warschau 1979, S. 37-97.
 - 22 Texte in: Reichsarbeitsblatt 1940. IV, S. 38-40, RGBl. 1940.1, S. 1077; Reichsarbeitsblatt 1941.1, S. 448; vgl. a. Hans Küppers, Rudolf Banner, Arbeitsrecht der Polen im Deutschen Reich (Private Wirtschaft und Öffentlicher Dienst), Berlin, Wien, Leipzig 1942; dort auch die Texte.
 - 23 Text in: RGBl. 1941.1, S. 759; Roland Freisler, Das deutsche Polenstrafrecht, in: Deutsche Justiz, 103. Jg., 1941, S. 1129-1132, 104. Jg., 1942, S. 25-32, 41-46; vgl. a. C.U. Schminck-Gustavus, NS-Justiz und Besatzungsterror. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik im besetzten Polen 1939-1945, in: N. Paech, G. Stuby (Hg.), Wider die herrschende Meinung. Beiträge für Wolfgang Abendroth, Frankfurt am Main 1982, S. 13-50.
 - 24 Für die Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte hatten die Arbeitgeber an das Arbeitsamt die Anwerbekosten, die Reisekosten und eine Vermittlungsgebühr zu zahlen, die z.T. – für Landarbeiter – pauschaliert waren. Die pauschalierten Kosten für die Vermittlung polnischer Landarbeiter schwankten je nach Art der Arbeitskraft und dem Einsatzgebiet zwischen RM 9 und RM 24. S. Küppers/Banner, Arbeitsrecht, S. 25 f.; Philipp Hertel, Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter, Stuttgart 1942, S. 33 ff.
 - 25 Gdy byliśmy, S. 192.
 - 26 Gdy byliśmy, S. 138. Pieczewskis Familie wurde nicht eingestellt und weiter transportiert.

- 27 Przemoc, S. 121 f.
- 28 Gdy byliśmy, S. 261; Z literą »P«, S. 387; Gdy byliśmy, S. 125; Przemoc, S. 288; Gdy byliśmy, S. 233, 168; Z literą »P«, S. 274; Rusinski, T. I, S. 139 f.
- 29 S. Anm. 24.
- 30 Przemoc, S. 317.
- 31 Z literą »P«, S. 113.
- 32 Z literą »P«, S. 403; Nowaczyk war die einzige familienfremde Arbeitskraft auf dem Hof; vgl. a. zu Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen Gdy byliśmy, S. 148; Przemoc, S. 60, 123; Z literą »P«, S. 147, 150.
- 33 Z literą »P«, S. 389 f.
- 34 Eingeführt mit der »Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums« vom 8. März 1940, Text in: RGBl. 1940. I, S. 555 f.; vgl. a. Anm. 22.
- 35 Przemoc, S. 157; ebenso W. Lulek, Gdy byliśmy, S. 173.
- 36 Gdy byliśmy, S. 194 f.
- 37 Gdy byliśmy, S. 209.
- 38 Przemoc, S. 542 ff., 249, 563.
- 39 Z literą »P«, S. 34, 36 ff., 44 ff. Auf die 150 Deutschen in diesem Betrieb kommen 1943 etwa 300 Ausländer verschiedener Nationalität.
- 40 Vgl. Berichte der Reichstreuhänder der Arbeit aus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, S. 284 ff., 306 ff., 366 ff., 394 ff., 405, 431 f., 613 f., 659 f., 850 f.; Edward Kolodziej, Raporty, referaty i sprawozdania o położeniu polskich robotników rolnych w Niemczech (1920-1939) (Meldungen, Referate und Berichte über die Lage der polnischen Landarbeiter in Deutschland 1920-1939), in: Teki Archiwalne 14, Warszawa 1973, S. 93-150.
- 41 Przemoc, S. 485 ff.
- 42 Doc. occ. X, S. 20 ff.; Propagandaflugblätter für die deutsche Bevölkerung, in: Eva Seeber, Zwangsarbeiter, S. 312 ff.; Doc. occ. IX, S. 44.
- 43 Reproduktion in: T. Kulakowski, Gdyby Hitler zwyciężył ... (Wenn Hitler gesiegt hätte ...), Warszawa 1959, nach S. 96.
- 44 Gdy byliśmy, S. 196 f.
- 45 Gdy byliśmy, S. 456.
- 46 Vgl. z. B. Przemoc, S. 448; Gdy byliśmy, S. 196 f., 264, 349; Ze znakiem »P«, S. 16.
- 47 Z literą »P«, S. 275.
- 48 Z literą »P«, S. 455 f.; ähnlich in Gdy byliśmy, S. 27 f.; Ciern., S. 148.
- 49 Z. B. Przemoc, S. 124 f., 31, 343, 345 f., 363, 501; Gdy byliśmy, S. 149 f., 349; Z literą »P«, S. 116.
- 50 Gdy byliśmy, S. 359.
- 51 Przemoc, S. 48 f., 45 f.
- 52 Ze znakiem »P«, S. 6 f.
- 53 Z literą »P«, S. 179; der Bericht stützt sich z.T. auf erhaltene Briefe an Irena Dreliszaks Mutter.
- 54 Przemoc, S. 167; vgl. a. Rusinski, T. I, S. 262 f.
- 55 Gdy byliśmy, S. 194 f.; vgl. a. Rusinski, T. I, S. 266 ff.
- 56 Gdy byliśmy, S. 144.
- 57 Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938-1945, Herrsching 1984, S. 121 f. (6. 11. 1939), 476 (20. 11. 1939), 514 (1. 12. 1939), 528 (4. 12. 1939), 555 (11. 12. 1939), 699 (29. 1. 1940), 766 (16. 2. 1940), 1081 (29. 4. 1940) u. a.
- 58 Marlies G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf, Wien 1970, S. 122 ff., 131 f., 136 f.
- 59 Vgl. Rusinski, T. I, S. 254 f.
- 60 Ciern., S. 68; Przemoc, S. 363 f., ähnlich auch S. 450.

Anlage

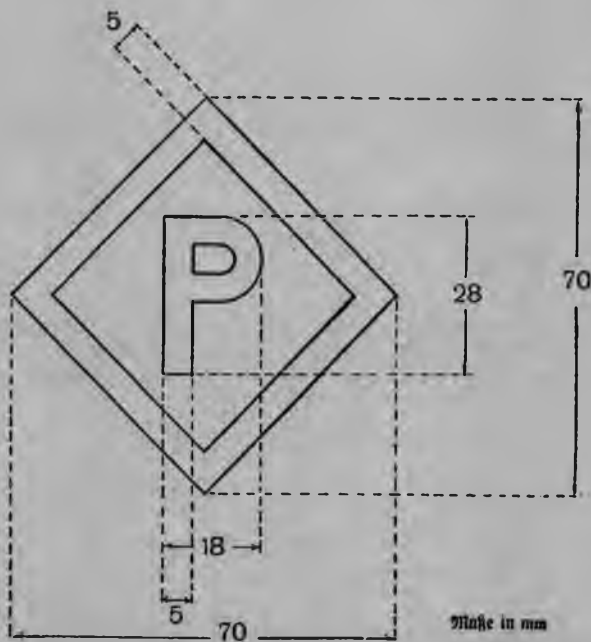
zu § 1 Abs. 2 der vorstehenden Polizeiverordnung über die Kennlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums



Farben:

Mitte des Abzeichens: gelb

Umrandung und Buchstabe: violett



Graphik aus dem Reichsgesetzblatt über die gesetzliche genaue Gestaltung des Kennzeichens, das sich polnische Zwangsarbeiter auf die rechte Brustseite ihrer Kleidung aufzunähen hatten (März 1940). Maße und Farben (violett auf gelbem Grund) waren genauestens vorgeschrieben.¹

Dokumentation

Ausgrenzung – Deutsche, Behörden und Ausländer

Umgang mit Kriegsgefangenen

«Die Bevölkerung hält sich nicht immer an die Vorschriften über den Umgang mit Kriegsgefangenen. Die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25.11.39 sieht die Bestrafung desjenigen vor, der vorsätzlich in einer Weise mit Kriegsgefangenen Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt. Der Kriegsgefangene ist Angehöriger eines feindlichen Staates. Auch das Verabreichen von Zigaretten, Obst und zusätzlichen Nahrungsmitteln, angeblich aus Mitleid, ist daher ungehörig und hat zu unterbleiben. Vielfach werden Kriegsgefangene, namentlich in bäuerlichen Betrieben, als zur Familie gehörig betrachtet und entsprechend behandelt. Auch hier ist falsches Mitleid nicht am Platze. Die Teilnahme von Kriegsgefangenen an Gottesdiensten der Zivilbevölkerung ist in jedem Fall verboten.»²

Verordnete Freundschaft und amtlicher Rassismus

Der Staatssekretär und Leiter
des Thüringischen Ministeriums des Innern
Weimar – Fürstenplatz 2

An
die Abteilung III P
Fürstenhaus

23.10.41.

Betr. Verlöbnis zwischen Italienern und Deutschen.

Eine grosse Anzahl von Italienern, insbesondere Bewohner von Norditalien, entsprechen in ihrer rassistischen Beschaffenheit den deutschen Volkzugehörigen derart, dass eine Fortpflanzung mit deutschblütigen Personen nicht ausgesprochen unerwünscht ist.

Ich rate, in dem von dort geschilderten Falle in Anbetracht unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Italien nichts gegen eine Verbindung des Deutschen mit der Italienerin zu unternehmen. Die Verbindung zwischen dem Genannten und der Italienerin wird sich für die Volksgemeinschaft in diesem Einzelfalle nicht so schädigend auswirken, dass Massnahmen gegen diese Verbindung getroffen werden müssten, es sei denn, dass die Italienerin mit einem Erbklein erbe behaftet ist oder einen fremdrassigen Einschlag zeigt.

Auf alle Fälle halte ich es aber für erforderlich, dass sich die Genannten zur Prüfung ihrer «Ehefähigkeit» vor ihrer Eheschliessung dem zuständigen Gesundheitsamt vorstellen.

Damit ich das zuständige Gesundheitsamt entsprechend anweisen kann, bitte ich, mir noch die Personalien und den Wohnort der Betreffenden mitzuteilen.

I. A. Astel

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Weimar

Weimar, den 12. September 1941

Urschriftlich
dem Herrn Reichsstatthalter in Thüringen
– Staatssekretär und Leiter des
Thüringischen Ministeriums des Innern –
in Weimar

nach Kenntnisnahme zurückgereicht.

Eine strafrechtliche Verfolgung auf Grund eines Verkehrs zwischen Reichsdeutschen und italienischen Staatsangehörigen besteht nicht. Auch mit staatspolizeilichen Mitteln im vorliegenden Falle vorzugehen, erscheint aus allgemeinen politischen Gründen nicht tunlich. Es wäre daher zweckmässig, eine Um Vermittlung der italienischen Wanderarbeiterin vorzunehmen und dem Reichsdeutschen unter Hinweis auf den Rassegedanken aufzugeben, sein Verlöbnis zu lösen. Sofern der Reichsdeutsche nicht gewillt ist, das Verlöbnis zu lösen, bitte ich, dem Herrn Landrat aufzugeben, mir darüber Mitteilung zu machen, da ich dann beabsichtige, diesen Fall dem Reichssicherheitshauptamt zur Kenntnis- und Stellungnahme zu unterbreiten.

In Vertretung: (unleserlich)³

Öffentliche Schwimmbäder

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Partei-Kanzlei

Der Leiter
der Partei-Kanzlei

Führerhauptquartier, den 16.7.1942
Vertraulich

Betrifft: Benutzung der Schwimmbäder durch Ausländer.

- 1.) Die öffentlichen Schwimmbäder sind heute nur den gekennzeichneten ausländischen Arbeitskräften (Polen und Ostarbeitern) versperrt, die übrigen Ausländer haben bisher überall freien Zutritt gehabt. Die Klagen über aufdringliches und unverschämtes Verhalten von Ausländern in den Schwimmbädern verstärken sich mit dem zunehmenden Einsatz ausländischer Arbeiter. *Immer wieder wird aber leider auch beobachtet, dass es viele deutsche Volksgenossen, insbesondere Frauen und Mädchen, an der erforderlichen Zurückhaltung fehlen lassen.*
- 2.) Zur Abwehr der Gefahren, besonders auf rassenpolitischem Gebiet, die sich aus der nahen Berührung mit Ausländern in den Schwimmbädern ergeben, ist vorgeschlagen worden, die Ausländer allgemein auf bestimmte Bäder oder auf bestimmte Badezeiten zu beschränken. Man muss aber damit rechnen, dass sich ein grosser Teil der ausländischen Arbeitskräfte ohne Weiteres den gegen sie getroffenen Abwehrmassnahmen entziehen wird. Abgesehen davon, dass die Ausländer im Allgemeinen nicht gekennzeichnet sind, haben sich viele von ihnen die im täglichen Verkehr erforderlichen Bruchstücke der deutschen Sprache angeeignet; insbesondere die Elemente, denen am Umgang mit der deutschen Bevölkerung gelegen ist, können sich einer Regelung um so leichter entziehen, als sie leider in sehr vielen Fällen bereits über die erforderlichen Beziehungen zu deutschen Volksgenossen verfügen.

(...) In fast allen deutschen Städten genügt die Zahl der vorhandenen Schwimmbäder

bei Weitem nicht dem Bedürfnis der Bevölkerung. Ein besonderes Bad für Ausländer wird sich daher nur selten bereitstellen lassen.

(...) . .

- 5.) Das einfachste Mittel, um die Ausländer in gebührenden Abstand von der deutschen Bevölkerung zu verweisen, ist eine Verstärkung der Aufsicht innerhalb der Schwimmbäder selbst. Der grösste Teil des bisherigen Aufsichtspersonals ist heute eingezogen. Hier muss die Partei mit ihren Gliederungen einspringen. Es müsste sich ermöglichen lassen, das heute fehlende Aufsichtspersonal durch einen grösseren Kreis von zuverlässigen Partei- und Volksgenossen zu ersetzen, von Politischen Leitern und Führern in den Gliederungen, die dafür Sorge tragen, dass jedes ungebührliche Auftreten von Ausländern deren sofortige Entfernung aus dem Schwimmbad nach sich zieht. Als Richtlinie mag dabei dienen, dass es dem russischen Empfinden des deutschen Volkes widerspricht, wenn ein Ausländer in einem Schwimmbad mit deutschen Frauen und Mädchen Bekanntschaften zu machen sucht, ebenso wie es sich nicht gehört, dass deutsche Frauen und Mädchen und Ausländer ihre bestehenden Bekanntschaften ausgerechnet in Schwimmbädern pflegen.

(...)

7.) Von der Neueinführung getrennter Badezeiten für Frauen und Männer ist Abstand zu nehmen. Nachdem sich der überwiegende Teil des deutschen Volkes von Vorstellungen freigemacht hat, die besonders von klerikalen Kreisen gefördert wurden, sollen diese überwundenen Anschauungen nicht durch zeitgebundene Umstände zu neuem Leben erweckt werden.
8.) *Das besondere Augenmerk der Partei und ihrer Gliederungen ist auf eine immer wieder von Neuem einsetzende Aufklärung und Beeinflussung der Bevölkerung^ insbesondere der Frauen und Mädchen, hinzulenken. Die Unwissenheit und die Gedankenlosigkeit, die man in diesem Zusammenhang immer wieder feststellen muss, beweisen, dass für eine intensive Aufklärungsarbeit der Partei auch heute noch Veranlassung genug ist.*

gez. M. Bormann⁴

Das private Wachgewerbe

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Chemnitz
(2. Juni 1942)

Muster für Anweisung an die Wachmänner

§ 1.

Die im Reichsgebiet eingesetzten Zivilarbeiter aus den besetzten sowjetrussischen Gebieten (im Folgenden kurz als russische Arbeiter bezeichnet) sind von der deutschen Bevölkerung, anderen ausländischen Zivilarbeitern und allen Kriegsgefangenen streng abzu- sondern. Sie werden in geschlossenen Lagern unter gebracht, die sie nur zum Zwecke des Arbeitseinsatzes *in Begleitung* des Wachpersonals verlassen dürfen. (...)

§3.

Den russischen Arbeitern ist jeder, nicht durch den Arbeitseinsatz bedingte Umgang mit

- a) Personen deutscher Staatsangehörigkeit, insbesondere mit solchen anderen Geschlechts, und vor allem jeder Geschlechtsverkehr bei Androhung der Todesstrafe zu verbieten;

b) anderen ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen zu untersagen.

(...)

§5.

Das Bewachungs- und Betriebspersonal hat den Arbeitern gegenüber die gebotene Zurückhaltung zu üben und Ruhe, Ernst und Festigkeit zu bewahren. (...)

§6.

(1) Bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit und Ungehorsam ist rücksichtslos durchzugreifen und zur Brechung von Widerstand auch von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen.

(2) Auf fliehende Russen ist sofort zu schießen mit der festen Absicht, zu treffen. Im übrigen richtet sich der Waffengebrauch nach der Dienstanweisung über den Waffengebrauch der Polizeibeamten.

§7.

Die neu eintreffenden Russen sind in das von der betrieblichen Verwaltung zu führende Lagerbuch (Lagerkartei) aufzunehmen. Ihre Personalien sind genau festzustellen und mit den vorhandenen Unterlagen (Passpapieren, Transportpapieren oder falls bereits vorhanden, Arbeitskarten) zu vergleichen. Widersprüche sind im Benehmen mit der Ortspolizei aufzuklären.

§8.

Die russischen Arbeiter sind im Benehmen mit den Ortspolizeibehörden sobald als möglich zu kennzeichnen und über ihre Pflichten eindringlichst zu belehren (s. §§ 2 und 3). (...)

Fremdvölkische Prostituierte

Der Reichsminister des Innern
IV7323/42

Berlin, den 24. Oktober 1942

5671

An

die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen
(Landesregierungen),
die Herren Regierungspräsidenten,
den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin,
die Gesundheitsämter

Betr.: Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ärztliche Betreuung der fremdvölkischen Prostituierten.

1. *Zum Schutz des deutschen Blutes* werden für die im Reichsgebiet eingesetzten fremdvölkischen Arbeiter Bordelle eingerichtet, die mit Prostituierten des entsprechenden Volkstums besetzt werden. Die Gesamtplanung liegt in den Händen des Reichskriminalpolizeiamts. Bei der örtlichen Durchführung dieser Aufgabe werden die Kriminalpolizei(-leit)stellen in engem Einvernehmen mit den Gesundheitsämtern als den für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verantwortlichen Behörden handeln. Die Gesundheitsämter sind zum Schutz der Blutreinheit und der Gesundheit unseres Volkes verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alles zu tun, was der Einrichtung und dem Betrieb dieser Bordelle förderlich ist. Vor allem haben sie unter Anwendung aller gebotenen Mittel dafür zu sorgen, dass die Bordelle frei von Geschlechtskrankheiten bleiben.

2. Solange damit gerechnet werden muss» dass es zu geschlechtlichen Beziehungen und damit zur Übertragung von Geschlechtskrankheiten zwischen deutschen Volksgenossen und Ausländern kommt, darf entsprechend den geltenden Vorschriften bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kein Unterschied zwischen Volksgenossen und Nichtdeutschen gemacht werden, es sei denn, dass ausdrücklich etwas anderes angeordnet ist. *Fremdvölkische Prostituierte* sind also im Allgemeinen *ebenso zu behandeln, wie deutsche Prostituierte*, zumal aus den erwähnten rassistischen Gründen ein Interesse an einer nachhaltigen Berufsausübung durch sie besteht.

(...) ..

c) die Gebühr für die Untersuchung hat der Arzt nicht von der Prostituierten, sondern von der Stelle zu erhalten, welche die allgemeinen Unterhaltungskosten des Bordells trägt, es ist deren Sache, die Gebühren von den Prostituierten einzuziehen,
d) die gleiche Stelle hat dem Arzt eine Hilfskraft zu stellen, die während der ganzen Dauer der Untersuchung anwesend zu sein hat, als angemessene Gebühr hat der Arzt in Abweichung von den sonstigen Bestimmungen mit Rücksicht auf den besonderen Zweck dieser Bordelle mit deren Kostenträger nur zu vereinbaren:

aa) ein Pauschale je Kalendermonat und Prostituierte in Höhe von

25.– RM für die 1. -10. Prostituierte und von

20.–RM für die 11. und jede weitere Prostituierte (massgebend ist erstmalig die Zahl der bei Beginn der Untersuchung, später die Zahl der an jedem Monatsersten in dem Bordell untergebrachten Prostituierten, auch wenn einzelne z.B. durch Krankenhausaufenthalt vorübergehend an der Berufsausübung verhindert sind),

bb) Ersatz der etwaigen baren Auslagen für kleinere Hilfsmittel (Watte u. dergl.), falls diese nicht gestellt werden,

cc) Fuhrkosten im Rahmen der Ziff. IIA 10 der Preugo.

4. (1) Erkrankt eine fremdvölkische Prostituierte an einer Geschlechtskrankheit, so ist gemäss Ziff. 6 Buchst. c meines Runderlasses vom 18.9.1939 – IV g 3473/38 – 5670 – (nicht veröffentlicht) ihre sofortige *Krankenhausbehandlung* anzuordnen, sofern damit zu rechnen ist, dass die Heilung einen normalen Verlauf nimmt und die Prostituierte in angemessener Zeit ihren Beruf wieder ausüben wird. Andernfalls wird sie von der zuständigen Kriminalpolizei(leit)stelle sofort in ihre Heimat abgeschoben.

(2) Für die Tragung der *Kosten* der Krankenhausbehandlung gilt § 1 der IL DVO zum GeschlKrG vom 12.3.1941 – RGBl. I, S. 128 –. Sie werden also, soweit sie nicht von der Prostituierten selbst aufgebracht werden können, von der öffentlichen Fürsorge getragen. Die Regelung der Kostenfrage im Fall der Abschiebung ist jedoch Sache der Kriminalpolizei(leit)stelle.

5. Von einer allgemeinen *Bekanntgabe* dieses Runderlasses ist *abzusehen*.

Im Auftrag
Dr. Cropp⁶

Sorgsame Unterscheidungen

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Dresden
Referat IIC 3

Dresden, den 16. Nov. 1942
Streng vertraulich!
Nur für dienstlichen Gebrauch!

Merkblatt für die Beauftragten der NSDAP bei der Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte zur Begegnung volkspolitischer Gefahren.

I.

Der kriegsbedingte Einsatz von Millionen fremdvölkischer Arbeitskräfte bringt Gefahren für Rasse und Volkstum des deutschen Volkes mit sich. Um diesen Gefahren zu begegnen, hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei durch Polizei Verordnungen das Verhalten verschiedener Gruppen fremdvölkischer Zivilarbeiter und die Stellung der deutschen Volksgenossen zu ihnen geregelt.

II

Bei den fremdvölkischen Arbeitern sind zu unterscheiden:

- 1.) Arbeitskräfte germanischer Abstammung: Flamen, Holländer, Dänen, Norweger.
- 2.) Arbeitskräfte sonstiger uns verbündeter bzw. befreundeter souveräner Staaten, z.B. *Italiener, Spanier, Slowaken, Kroaten, Bulgaren, Ungarn*.
- 3.) Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten im Westen. Hierzu gehören die *Wallonen* und *Belgier* und alle aus *Frankreich* kommenden Arbeitskräfte, *gleich welchen Volkstums*.
- 4.) Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten des Südostens: z.B. *Serben* und *Griechen*.
- 5.) Arbeitskräfte aus dem Protektorat Böhmen und Mähren nichtdeutscher Abstammung (Protektoratsangehörige).
- 6.) Arbeitskräfte aus den ehemaligen *baltischen* Staaten (*Litauer, Esten und Letten*).
- 7.) Arbeitskräfte *nichtpolnischen* Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten (*Ukrainer, Weissruthenen*, ferner Kaschuben, Masuren, Slonsaken, soweit sie in die deutsche Volksliste nicht aufgenommen worden sind). Zu den eingegliederten Ostgebieten gehört ausser dem Gau Danzig-Westpreussen, dem Warthegau, der Bezirk Bialystok, der Regierungsbezirk Zichenau und der eingegliederte Teil von Oberschlesien. Zum Generalgouvernement gehört auch der Distrikt Lemberg.
- 8.) Arbeitskräfte *polnischen* Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten (*Polen*).
- 9.) Arbeitskräfte aus den altsowjet russischen Gebieten, mit Ausnahme der ehemaligen Staaten Litauen, Lettland, Estland, des Bezirks Bialystok und des Distrikts Lemberg: *Ostarbeiter*.

III.

A. *Kennzeichnung.*

Zum Tragen eines Kennzeichens jederzeit und bei jeder Gelegenheit sind verpflichtet:

- 1.) Die *polnischen Zivilarbeiter* aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, die nach dem 1.9.39 in das Reich vermittelt worden sind (*«P»*).
 - 2.) Die *Ostarbeiter* (*«Ost»*).
- Für alle übrigen fremdvölkischen Zivilarbeiter ist keine Kennzeichnung eingeführt.

B. *Unterbringung.*

Für die Unterbringung fremdvölkischer Zivilarbeiter gilt:

- 1.) *Polen*: Polnische Zivilarbeiter, die in der Industrie arbeiten, sind in geschlossenen La-

gern, die in der Landwirtschaft arbeiten stets von deutschen Volksgenossen getrennt unterzubringen. Jede Tischgemeinschaft zwischen Deutschen und Polen ist verboten.

- 2.) *Ostarbeiter*: Ostarbeiter sind grundsätzlich in geschlossenen und ständig bewachten Lagern unterzubringen.
Bei ausnahmsweiser Einzelunterbringung in der Landwirtschaft und im Haushalt sind Ostarbeiter allein und streng getrennt sowohl von Deutschen wie von anderen fremdvölkischen Zivilarbeitern unterzubringen. Die Unterkunft muss verschliessbar sein.
Jede Tischgemeinschaft sowohl mit Deutschen als anderen fremdvölkischen Zivilarbeitern ist verboten.
- 3.) Die übrigen fremdvölkischen Zivilarbeiter sollen nach Möglichkeit in Lagern untergebracht werden, für die eine von der DAF herausgegebene Lagerordnung gilt. Sofern Einzelunterbringung nicht zu umgehen ist, sind hierfür die Angehörigen germanischer Völker zu bevorzugen.

C. Aufenthaltsgebote.

- 1.) *Polen* ist verboten, ohne polizeiliche Genehmigung den Einsatzort zu verlassen.
- 2.) *Ostarbeiter* dürfen sich ausserhalb ihres Lagers und Arbeitsplatzes nicht ohne Bewachung bewegen. Als *Hausgehilffinnen* eingesetzte Ostarbeiterinnen dürfen nur zur Arbeitsverrichtung die Wohnung verlassen, ausserdem wöchentlich drei Stunden vor Einbruch der Dunkelheit zur Erholung.
- 3.) Für sämtliche sonstigen fremdvölkischen Arbeitskräfte, ausgenommen diejenigen verbündeter bzw. befreundeter souveräner Staaten und der germanischen Völker besteht Aufenthaltsbeschränkung auf den Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt, in der sich ihr Einsatzplatz befindet.

D. Benutzung von Verkehrsmitteln.

Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist

- 1.) den *Polen* ohne besondere schriftliche polizeiliche Genehmigung
- 2.) den *Ostarbeitern* grundsätzlich verboten.

E. Besuch von Gaststätten, Vergnügungsstätten, sportlichen und sonstigen Veranstaltungen.

- 1.) *Polen* ist jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Gaststätten, sportlichen und sonstigen Veranstaltungen verboten. Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.
- 2.) Für *Ostarbeiter* kommt keinerlei Besuch von Theatern, Kinos, Gaststätten, sportlichen und sonstigen Veranstaltungen infrage.
- 3.) Alle übrigen fremdvölkischen Zivilarbeiter, besonders diejenigen aus ehemals feindlichen Staaten, haben sich beim Besuch öffentlicher Einrichtungen und Veranstaltungen einer angemessenen Zurückhaltung zu befleissigen. Gegen anmassendes Verhalten wird polizeilich eingeschritten.

F. Religiöse Betätigung.

- 1.) *Polen* ist lediglich der Besuch von Sondergottesdiensten gestattet, die ausser an hohen Feiertagen nur am ersten Sonntag jeden Monats zwischen 10 und 12 Uhr vormittags in Kirchen oder geeigneten profanen Räumen stattfinden dürfen. Bei der Abhaltung der Gottesdienste ist der Gebrauch der polnischen Sprache und das Singen polnischer Lieder verboten. Das Aufenthaltsgebot für *Polen* ist zu beachten. In einem Umkreis bis zu 5 km dürfen *Polen* in geschlossenem Zuge unter Aufsicht zum Gottesdienst geführt werden, wenn die Ortspolizei dies genehmigt.
- 2.) Eine religiöse Betreuung der *Ostarbeiter* kommt in keiner Weise infrage.

G. Geschlechtsverkehr.

- 1.) Geschlechtsverkehr oder sonstige unsittliche Handlungen mit Deutschen werden
 - a) bei *Polen*

- b) bei *Ostarbeitern* und
 - c) bei Arbeitskräften aus den ehemaligen baltischen Staaten (Litauer, Esten und Letten), bei
 - d) Arbeitskräften *nichtpolnischen* Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten (*Ukrainer, Weissruthenen* usw.) mit *dem Tode* geahndet. Die weiblichen Arbeitskräfte der genannten Völkerschaften werden auf unbestimmte Zeit in Schutzhaft genommen. Sämtliche hierfür infrage kommenden Zivilarbeiter werden bei ihrem Einsatz über die Folgen des Geschlechtsverkehrs usw. belehrt.
- 2.) Der Geschlechtsverkehr zwischen *Protektoratsangehörigen* und Deutschen ist unstatthaft. Es sei denn, dass sie durch den Regierungspräsidenten eine Heiratsgenehmigung erhalten haben.
 - 3.) Darüberhinaus ist der Geschlechtsverkehr zwischen fremdvölkischen Zivilarbeitern aller Nationen (mit Ausnahme der unter IL 1. aufgeführten) und Deutschen unerwünscht. Durch ständige Belehrung und Erziehung der deutschen Volksgenossen ist darauf hinzuwirken, dass derartige Beziehungen so weit wie möglich unterbleiben. Besonders sind Frauen und Töchter im Felde stehender Soldaten zu schützen.

IV.

Gegen jeden deutschen Volksgenossen, der die im Verkehr mit den fremdvölkischen Zivilarbeitern gebotene Zurückhaltung vermissen lässt, der besonders von sich aus die vorstehenden Regeln nicht beachtet und den fremdvölkischen Zivilarbeitern bei Übertretung der ihnen erteilten Beschränkungen Vorschub leistet, wird mit staatspolizeilichen Mitteln eingeschritten.

V.

Der Umgang mit *Kriegsgefangenen* ist nach § 4 der Verordnung zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25.11.39 verboten und wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus *gerichtlich* bestraft. Hierunter fällt nicht nur der Geschlechtsverkehr, sondern bereits das Anbahnen jedes vertraulichen Verhältnisses.
Grundsatz: Der Kriegsgefangene ist Angehöriger einer Nation, die uns in diesen Weltkrieg hineingezwungen hat und damit ein *Feind des Volkes*.⁷

Baukosten und Tilgungsbeträge für Bordellbaracken

Der Senator für die Finanzen
Tgf.-Nr. FB 135

Bremen, den 25. September 1943.
Rathaus

An den Herrn Senator für das Bauwesen.

Betrifft: Vorschusskonto zur Errichtung einer B-Baracke.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.4.1943 – AKE 744/43 –.

Nachdem feststeht, dass die Kosten für die Errichtung der B-Baracke in Bremen-Vahr endgültig von der Stadt Bremen aufzubringen sind, bitte ich, das Vorschusskonto für diesen Zweck aufzulösen und die bisher entstandenen Ausgaben mit 100'000 RM auf den ordentlichen Haushalt zu übernehmen.

Ich bin bereit, bei Einzelplan VI, Kapitel 7, hinter Titel 46 in einem Titel ohne Nr. «Bau einer Bordellbaracke für ausländische Arbeiter in Bremen-Vahr» eine ausserplanmässige Ausgabe von RM 100'000 zu genehmigen und sehe einem dementsprechenden Antrag auf dem vorgeschriebenen Vordruck in 5 Stücken entgegen.

Die Einnahmen der B-Baracke, die zunächst als Tilgungsbeträge für die von Bremen hergegebene Bausumme dienen sollen, sind bei Einzelplan VI, Kapitel 7, hinter Titel 25 in einem Titel ohne Nummer «Einnahmen aus der Bordellbaracke für ausländische Arbeiter in Bremen-Vahr» ausserplanmässig zu buchen.

In Vertretung
gez. Unterschrift (Dr. Hagens)⁸

Die Volksgemeinschaft im ÖLSR (Öffentlicher Luftschutzraum)

Der Senator
für die innere Verwaltung.

Ausschnitt
aus dem
Tagesbefehl der Schutzpolizei
vom 3. Jan. 1944

(...)

1. *A ufsuchen der LS-Bunker durch A usländer.* (1 L)

Immer wieder werden berechtigte Klagen vorgebracht, dass den deutschen Volksgenossen durch die Ausländer Luftschutzraum in den LS-Bunkern entzogen wird.

Die LS-Bunkerverwalter usw. sind nochmals eingehend zu belehren und anzuweisen, dass

1. Kriegsgefangenen, Ostarbeitern und P-Polen der Zutritt zu den LS-Bunkern bei Fliegeralarm grundsätzlich untersagt ist.

2. den übrigen Ausländern der Zutritt zu den LS-Bunkern nur gewährt werden kann, wenn die LS-Bunker von der Zivilbevölkerung nicht voll in Anspruch genommen werden und sie von den deutschen Volksgenossen getrennt untergebracht werden können. Ausländer usw., die hiernach nicht in den LS-Bunkern aufgenommen werden dürfen bzw. können, sind, soweit möglich, in andere Luftschutzräume, LS-Sonderbauten, ÖLSR. usw. einzuweisen, sofern sie von der Zivilbevölkerung nicht in Anspruch genommen werden.⁹

Betteln und Nationalgefühl

Der Bürgermeister zu Schneeberg
– Schutzpolizeidienstabteilung –
Tätigkeitsbuch Nr. 2109/44

Schneeberg, den 27.9.44

Betr.: Betteln eines Ostarbeiters.

Am 21.9.44, gegen 10.30 Uhr, sah ich bei der Begehung des 1. Bezirks, wie bei dem Bäckermeister Karl Willert, wohnh. im Stadtteil-Neustädtel, Kobaltstrasse No. 49 aus dem Laden der russische Zivilarbeiter

Stanowski, Vorname: *Kirilow*,

geb. am 5.3.1898 in Salowka, Kr. Poltawa, wohnhaft im Lager Lochwerk, Lindenauer-Strasse No. 43 D, kam und in der inneren Jackettasche zwei Stücken Brot stecken hatte. Da die Lagerinsassen selbst keine Lebensmittelmarken im Besitz haben, nahm ich an, dass Stanowski das Brot nur gebettelt haben konnte. Ich ging sofort mit dem russ. Zivilarbeiter zu Willert in den Laden und stellte dort fest, dass Stanowski das Brot von der Hilfslehrerin

Klug, Vorname: *Margarethe* Gertrud geb. Willert,

geb. am 1.1.1915 in Neustädtel, wohnhaft im Stadtteil Neustädtel, Kobaltstrasse No. 49, die an diesem Tag bei ihrem Vater im Laden die Waren verkauft hat, geschenkt bekommen habe. Auf Vorbehalt gab die Klug an, dass sie diejenige gewesen wäre, die dem russ. Zivilarbeiter die zwei Stücken Brot geschenkt habe, weil er bei ihr im Laden darum gebettelt hätte.

Bei der Rücksprache mit dem Lagerführer Vöigtel brachte ich in Erfahrung, dass Stanowski, der im Schacht mit beschäftigt ist und die Schwerstarbeiterzulage mit bekommt, schon wegen Betteln 21 Tage Strafe verbüsst hat. Damit Stanowski in Zukunft das Betteln unterlässt, wäre meiner Ansicht nach diesmal eine Strafe am Platze, die für ihn, sowie zugleich für die anderen Ostarbeiter abschreckend wirkt. Auf der anderen Seite würde die Bettelei auch selbst nachlassen, wenn alle unsere Leute ein Nationalgefühl in sich hätten und den Ostarbeitern nichts geben.

Ich erstatte hierüber zur weiteren Verfügung Anzeige.

gez. Ficker

Meister d. SchP.

Schneeberg, den 29. Sept. 1944

Der Geh. Staatspolz. Stelle

Plauen

vorstehende Anzeige zur Kenntnisnahme und Entschliessung zu übersenden.

Der Bürgermeister

(Unterschrift)¹⁰

Anmerkungen

- 1 RGBL. 1940, Teil I, S. 556.
- 2 Privatarhiv Jochen August.
- 3 Staatsarchiv Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, Aufenthalts- und Ausreisegenehmigungen, Pass- und Ausländerpolizei 1940-1944, P 78.
- 4 Wie Anm. 3.
- 5 Stadtarchiv Schneeberg (DDR), Einsatz von Ostarbeitern, Bestimmungen, Nr. 583.
- 6 Wie Anm. 5.
- 7 Stadtarchiv Aue (DDR).
- 8 Staatsarchiv Bremen, 4, 29/1-1165 (Kostentragung für die Arbeitslager).
- 9 Staatsarchiv Bremen.
- 10 Wie Anm. 5.

Matthias Hamann

Erwünscht und unerwünscht

Die rassenspsychologische Selektion der Ausländer

«Die Sonne täuscht», sagte Pauline zu der anderen Inhaftierten, mit der sie – beide schon in gestreiften Haftuniformen – die steinerne Gefängnistreppe im Bürotrakt des 1. Stockwerks zu schrubben hatte. Sie waren ohne Aufsicht. (...) Da liess (die andere) sie den Schrubber fallen, griff Pauline am Arm und rief, sie zum Fenster ziehend: 'Die Männer! Ist deiner dabei?' (...) Pauline schrie: 'Stand' Sie sah ihn zum ersten Mal seit einem halben Jahr. Die Tränen schossen ihr in die Augen (...). Ohne Vorsicht, ohne Angst um ihn oder sich, bedenkenfrei – schrie sein Name noch zwei Mal aus Pauline heraus, dann hatte er gehört, sie gesehen! Und er lief aus der Reihe über den Hof und durch die Reihe und stand unter dem Fenster – und da erst sah Pauline, dass Stasiak Handschellen trug: Sie wusste nicht, dass sie zum Tode Verurteilten angelegt wurden. (...) Sie wollte sprechen, er auch. Und konnten es beide nicht. Dann – endlich – rief sie hinunter: 'Vergib mir – bitte, vergib mir! Stani.' Und mehr konnte sie nicht herausbringen. Ob er sie nicht hörte oder das Wort nicht kannte: er verstand sie nicht, aber dass es hell wurde auf seinem Gesicht, von innen, das sah sie durch die Tränenwand. (...) Schon hatte der packpapiergraue Wärter, ein Magenkranker, die Verfolgung des aus der Reihe Gelaufenen eröffnet; (...) 'Zurück, zurück, gehen Sie zurück – Zasada!'¹

Die Bevölkerung des eroberten Polen sollte nach den Vorstellungen Heinrich Himmlers «als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Strassen, Steinbrüche, Bauten) stellen»². Da zum einen zunächst eine Unterscheidung in rassisch «gute und schlechte Polen» nicht wünschenswert erschien, weil «bei der deutschen Bevölkerung Verwirrungen entstehen» könnten und weil Himmler zum anderen mit der Bemerkung «Ich kann nicht in vier Wochen eine Million Menschen sieben» im Februar 1940 vor der grossen Zahl der benötigten polnischen Arbeitskräfte zurückschreckte, galt daher fürs erste der Grundsatz: «Die Polen werden insgesamt herübergeholt und insgesamt als Polen behandelt»³.

Erste Richtlinien zur «Behandlung» dieser Verschleppten wurden am 8. März 1940 festgelegt. Neben diversen Verboten, Beschränkungen im täglichen Leben (Sperrstunde, Gaststättenbesuchsverbot usw.) und einer Kennzeichnungspflicht («Polen-Abzeichen») ermächtigte eine Bestimmung vom gleichen Tag die «Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen» zur «Bekämpfung der Widersetzlichkeit und Arbeitsunlust (...) und eines unerwünschten Verhaltens der Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums gegenüber der deutschen Bevölkerung»⁴.

Kernstücke der polizeilichen Repression waren die Einweisung in ein «Arbeits-erziehungslager» bei Verstößen gegen die geforderte Arbeitsdisziplin und die «Erwirkung einer Sonderbehandlung», d.h. Tötung, wenn polnische Männer mit deutschen Frauen Liebesbeziehungen aufnahmen und dabei entdeckt bzw. durch ihre Umwelt – wie in dem der Hochhutschen Dramatisierung zugrunde liegenden Beispiel – verdächtigt und denunziert wurden. (Die polizeiliche Exekution eines polnischen Arbeiters war aber auch vorgesehen bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin – «in besonders schwerwiegenden Fällen von Widersetzlichkeit» waren entsprechende Berichte dem Chef der Sicherheitspolizei des SD vorzulegen, der «nach Prüfung die Entscheidung über eine Sonderbehandlung der betreffenden Arbeitskräfte polnischen Volkstums herbeiführen» konnte.⁵⁾

Die Bestimmungen zur Bestrafung des menschlichen Kontakts zwischen polnischen Männern und deutschen Frauen wurden schon zwei Monate nach ihrer Inkraftsetzung in einer für die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik, die immer auch Politik gegen die Unterschichten des eigenen Volkes war, typischen Weise modifiziert: Die Tötung der beteiligten polnischen Männer, im Grunde eine Bestrafung überhaupt wurde abhängig gemacht von der Prüfung der Frage, ob «in einer Person die Gewähr dafür besteht, dass (sie) im Deutschtum aufgehen kann»⁶⁾, was nichts anderes bedeutete als den Grad der Anpassungsfähigkeit.

Das Bewertungsschema

Notwendige Voraussetzung für das Bestehen dieser Prüfung war das positive Ergebnis der «Rassenuntersuchung». Als «schlechtrassisch» bewertete Männer konnten nicht im «Deutschtum aufgehen» (wurden also im Fall von Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen getötet), «gutrassische» sollten eine «Eindeutschung» nicht ablehnen können. Die Beurteilung der ins Räderwerk dieser Überprüfung Geratenen stützte sich auf von «Eignungsprüfern» ausgefüllte «R (Rassen)-Karten» (Abb. S. 148). Während der Prüfer auf ihrer Vorderseite Personenstandsdaten, die Ergebnisse einer ärztlichen Untersuchung, hauptsächlich der Erbgesundheit (Schwer- und «Erbkranke» wurden nicht «eingedeutscht»⁷⁾, und die Arbeitsverhältnisse verzeichnete, beurteilte er auf der Rückseite dieser Karteikarte 21 rassenmorphologische Parameter und die Rassenzugehörigkeit. Von den Parametern bezogen sich sechs auf den Körper als ganzen, die restlichen 15 auf den Kopf, im Wesentlichen auf das Gesicht. Die Rassenzugehörigkeitsbestimmung erfolgte nach den Kriterien «Rasse» (= Felder mit den Buchstaben «N» bis «Ng») und Rassen-«einschlägige» (= Felder unter dem Buchstaben). Das Urteil fasste der Eignungsprüfer in der «Rassenformel» zusammen, die aus einer «körperbaulichen Beurteilung», einer «rassischen Beurteilung» und einem «Gesamturteil» bestand.

Bei der rassischen Beurteilung galten folgende Abkürzungen: «N = nordisch, F = fälisch, D = dinarisch, W = westisch, O = ostisch, Ob = ostbaltisch, Va = vorderasiatisch, Or = orientalisch, Aa = ausserasiatisch, M = mongoloid und Ng = negroid.» Der umfangreiche Kriterienkatalog, der schliesslich zur «Rassenformel» führte, lautete:

«Körperbauliche Beurteilung:

Die körperbauliche Beurteilung umfasst 9 Stufen wie folgt:

- 9 Idealgestalt
- 8 vorzüglich gebauter Körper
- 7 sehr gut gebauter Körper
- 6 guter Körper
- 5 genügender Körper
- 4 kaum genügender Körper
- 3 mangelhafter Körper
- 2 ungenügender Körper
- 1 Missgestalt

(...)

Rassische Beurteilung:

Das Rassenurteil umfasst 5 Stufen, die ebenfalls unter Voraussetzung der Nordischen Rasse als der für das deutsche Volk wichtigsten aufgestellt sind. Sie lauten folgendermassen:

- a Rein Nordisch, rein Fälisch oder Nordisch-Fälisch
- b Überwiegend Nordisch oder überwiegend Fälisch, bei sehr geringem Einschlag einer der anderen europäischen Rassen
- c Ausgeglicherer Mischling, der Nordischen, Fälischen oder Dinarischen Rasse mit Anteilen der übrigen europäischen Rassen
- d Ostisch, rein Ostisch, rein Ostbaltisch, ferner unausgeglichene Mischlinge zwischen diesen Rassen, ausserdem unausgeglichene Mischlinge dieser Rassen mit geringem Nordischen, Fälischen und Dinarischem Anteil
- e Aussereuropäischer Blutseinschlag

(...)

Gesamturteil:

Das Gesamturteil gliedert sich in 6 Stufen, und zwar:

- A I sehr geeignet
- A II durchaus geeignet
- A III im Allgemeinen geeignet
- B I nicht mehr geeignet (kaum geeignet)
- B II ungeeignet
- C Völkisch oder biologisch ungeeignet»⁸

«Das Gesamturteil» aber, so hiess es in den «Richtlinien zur Rassenbestimmung», «ist keineswegs die Summe von Körper- und Rassenbeurteilung, sondern ist Ausdruck der Bewertung der Gesamtpersönlichkeit des Untersuchten. Ein körperlich oder rassisch sehr gut beurteilter Mensch kann ein ablehnendes Gesamturteil erhalten, wenn geistige, charakterliche oder erbgesundheitliche Mängel vorliegen.»

Die Untersuchungen gingen also von vornherein über den Kriterienkatalog der sogenannten Rassenhygiene weit hinaus und bezogen den «Eindruck», den ein Mensch machte, seine Lebensweise im Verhältnis zur angestrebten deutschen Normalität mit ein. In dem Nürnberger Prozess gegen das Rasse- und Siedlungs-

hauptamt (RuSHA) sagte der für die Ausbildung der Eignungsprüfer zuständige SS-Hauptsturmführer Heinrich Ruebel aus:

«Ursprünglich haben die Eignungsprüfer (...) nach rein körperlichen, also erscheinungsbildlichen Merkmalen einen Menschen beurteilt. Als Schwalm (...) die Ausbildung des Eignungsprüferwesens in die Hand nahm, legte er (...) das Hauptgewicht darauf, dass neben der rein erscheinungsbildlichen Erfassung eines Menschen (...) auch sein Charakter, seine Intelligenz, seine Lebensbewährung, seine sozialen Leistungen und was sonst an psychologischen Tatsachen greifbar war, mit in die Bewertung hereingezogen wurde, (...). (...) Er versuchte, aus dem zu Prüfenden zunächst alle irgendwie erfassbaren psychologischen Momente herauszubekommen durch Gespräche, durch Fragen über Familie, Beruf, besondere Interessen, über Politik u.s.w. Wenn er nun einen gewissen Eindruck von der Persönlichkeit des Betroffenen bekommen hatte, ging er an die eigentlichen Merkmalserscheinungen, die eben darin bestanden, (...) die anthropologischen Merkmale, wie Kopfform, Gesichtsform, Augenfarbe, Haarfarbe, Verhältnisse der Körperlänge zu den Gliedern, Körpergrösse festzulegen. Diese verschiedenen Eindrücke, zusammen mit den psychologischen Eindrücken, die rassische Beurteilung, was der Eignungsprüfer aus den Unterlagen wusste über die Lebenstüchtigkeit des Betroffenen, über seine berufliche Geschicklichkeit, Fleiss u.s.w. fasste er zusammen in seinem Eignungsprüfergutachten.»⁹

So ergab sich die schon erläuterte «Rassenformel», zu der ein «Gesamturteil der Sippe», also ein familiensoziologisches Urteil trat:

«Da es bei der rassischen Bewertung um eine Gesamterfassung des erblichen Gehaltes eines Menschen geht, kann ein Endurteil nur bei Berücksichtigung der gesamten Sippe, Eltern, Kinder und Geschwister erfolgen. Die Familienbeurteilung hat sich besonders notwendig erwiesen bei den Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums und zwar sowohl bei der Hereinholung Volksdeutscher, wie bei der Einbeziehung bisher fremdvölkischer Personen und Sippen in den deutschen Volkskörper.»¹⁰

Die Beurteilung wurde in sechs Stufen vorgenommen und mit dem Kürzel «RuS» versehen (z.B. Gruppe III des Familienurteils = RuS III).

«Familienurteil:

(...)

- | | |
|-------------|--|
| Gruppe I | Sehr geeignet bzw. erwünschter Bevölkerungszuwachs
(Das sind rein oder überwiegend nordische und fälische Typen, die erbgesundheitlich und leistungsmässig erstklassig sind. Sie entsprechen: aA I bis bA II) |
| Gruppe II | Geeignet bzw. tragbarer Bevölkerungszuwachs
(Das sind ausgeglichene Mischtypen mit wesentlichem Anteil der nordischen, fälischen oder dinarischen Rasse, bei geringer Beimischung anderer europäischer Rassen, die erbgesundheitlich und leistungsmässig in Ordnung sind. Sie entsprechen: bA III bis cA III) |
| Gruppe III4 | Kaum geeignet bzw. noch tragbarer Bevölkerungszuwachs
(Das sind Mischtypen, denen westische, ostische oder ost baltische Rasse das Gepräge geben, bei denen aber noch immer Anteile der nordischen, fälischen oder dinarischen Rasse deutlich erkennbar sind und die dadurch als eben noch ausgeglichene Mischung empfunden werden. Voraussetzung für die Einordnung in diese Gruppe ist, dass die betreffenden Personen und Sippen erbgesundheitlich hochwertig und leistungsmässig gut sind. Sie stehen |

- Gruppe III Ungeeignet bezw. unerwünschter Bevölkerungszuwachs
(Das sind Mischtypen, denen westische, ostische oder ostbaltische Rasse das Gepräge geben, bei denen aber noch Anteile der nordischen, fälischen oder dinarischen Rasse schwach erkennbar sind. Erbgesundheitliche, schwache und minderwertige Personen und unterdurchschnittliche Leistungsfähigkeit unterstützen das Urteil nach dieser Richtung. Sie entsprechen: c/dB I)
- Gruppe IV Völlig ungeeignet bezw. untragbarer Bevölkerungszuwachs
(Hierher gehören in rassischer Beziehung rein oder überwiegend ostische oder ost baltische Typen, unharmonische Mischlinge der europäischen Rassen sowie in erbgesundheitlicher Beziehung schwer Belastete und leistungsschwache bis unfähige Personen bezw. Sippen. Sie entsprechen: dB II)
Gruppe IV F Völlig untragbarer Bevölkerungszuwachs
(Das sind Rassenmischlinge mit aussereuropäischen Rassen und Fremdrassige)»

In den Fällen, in denen die anderen Familienmitglieder nicht oder erst später beurteilt werden konnten, bei sogenannten Einzelgängern also, stellte das «Familienurteil» eine Zusammenfassung der individuellen «Rassenformel» dar. Diese «Rassenuntersuchungen» wurden keineswegs ausschliesslich bei der Entscheidung über Leben oder Tötung eines mit einer deutschen Frau befreundeten polnischen Mannes angewandt, sondern waren – neben ihrem Gebrauch im Rahmen der SS-internen Auslese – eine überaus wichtige Instanz in allen Bereichen der «Siebung» von Ausländern: bei «Wiedereindeutschung», der «Deutschen Volksliste» im besetzten Polen, Ehegenehmigung, Kindesraub, Schwangerschaftsabbruch und Deportation. Die so formulierte und praktizierte Form der Selektion verband verschiedene Wahrnehmungsebenen miteinander. Die mehr oder minder standardisierten Rassenparameter wurden von den «Eignungsprüfern» mit der intuitiven Beurteilung des Charakters und der Einschätzung der Fähigkeiten des Betroffenen zu einer entscheidenden Leistungs- und Anpassungsprognose kombiniert, mit denen die sozial oder äusserlich eher fremden Menschen ausgeschieden und die sozial erwünschten und äusserlich eher ähnlichen dem eigenen «Völkskörper» einverleibt wurden.

Die Eignungsprüfer

Die «fachliche» 'personelle Betreuung der «Rassenuntersuchungen» oblag dem RuSHA. Dieses Rasse- und Siedlungshauptamt der SS – schon früh als Teil der Reichsführung-SS eingerichtet und mit der Durchführung des Ende 1931 von Himmler erlassenen Verlobungs- oder Heiratsbefehls¹¹ für SS-Männer betraut – sollte einen der Hauptansprüche der SS verwirklichen helfen, nämlich «Führungsorden auf der Grundlage biologischer Auslese» zu sein.¹² Zu seinen Kernaufgaben gehörten die Rasse-, Bauern- und Siedlungsfragen, «Sippenpflege» und die Schulung der SS. Bis 1939 verlor das RuSHA kontinuierlich und dann noch einmal durch die Errichtung des «Reichskommissars für die Festigung des deut-

schen Volkstums» (RKFDV) kräftig an Kompetenz und war während des Krieges im Wesentlichen nur für die «Sippenpflege» (Heiratsgenehmigungen, Abstammungsgutachten von SS-Angehörigen) zuständig. Daneben gehörten die «Auskunftsstelle der Waffen-SS im Kriege», die «Gräberoffiziere der Waffen-SS» und ab 1942 das «Fürsorgewesen der SS (freiwillige Leistungen des RFSS)» zum Aufgabenbereich des Hauptamtes. Durch die rassistische und charakterliche Überprüfung der Zwangsarbeiter erfuhr das Amt eine gewisse Aufwertung. Vor Ort durchgeführt wurden die getarnt vorzunehmenden «Rassenuntersuchungen» von den Eignungsprüfern, die dem Rassenamt des RuSHA unterstanden. In einer Anleitung zum Geschäftsgang der «Rassenuntersuchungen» – abgekürzt: «R-Untersuchung» – bei verschiedenen Überprüfungsvorgängen wurde unter «Allgemein» festgehalten:

«Ausdrücke wie Rassenuntersuchung, rassenbiologische Untersuchungen u.ä., die darauf hin weisen, dass die Untersuchungen vorgenommen werden, um die *rassistische* Eignung der untersuchten Personen festzustellen, sind strengstens untersagt in allen Fällen, in denen die Untersuchungen getarnt vorzunehmen sind. In allen anderen Fällen sind sie ebenfalls nach Möglichkeit zu vermeiden. Angaben über die Tätigkeit des Eignungsprüfers sind an Aussenstehende nicht zu machen, sei es auf bestimmte Anfragen oder auch nur gesprächsweise. Untersuchungen sind nach Möglichkeit immer im weissen Mantel vorzunehmen und wo eine ärztliche Untersuchung stattfindet, mit dieser gleichzeitig durchzuführen.»¹³

Entsprechend hiess es in einer Anweisung des RuSHA an die «Höheren SS- und Polizeiführer» (HSSPF): «Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, dass (...) vom RuSHA (...) diese Überprüfungen als 'gesundheitliche Untersuchungen' getarnt» werden.¹⁴ Diese Verfahrensweise geht offensichtlich auf den Wunsch Himmlers zurück, der schon Mitte 1942 von den Eignungsprüfern gefordert hat, «soweit es die Verhältnisse möglich machen, mit einer gewissen Tarnung zu arbeiten (weisser Übermantel)»¹⁵.

Das Gros dieser weit über hundert Eignungsprüfer stellten nicht mehr «fronttaugliche» SS-Offiziere, teilweise wurden aber auch Wehrmachtspychologen und -Offiziere eingesetzt. Ihre Ausbildung bestand in einem vierwöchigen Kursus, der entweder am Sitz des Rassenamtes des RuSHA in Prag oder bei einer Aussenstelle in Lodz durchgeführt wurde. Neben der Unterrichtung in Biologie, Anthropologie, Rassenhygiene und -kunde «lernten die Eignungsprüfer», so der Ausbildungsleiter in seiner Zeugenaussage 1948,

«die eigentliche Eignungsprüfung oder rassistische Begutachtung eines Menschen, und zwar an Hand lebender Menschen. Die Eignungsprüfer selbst stellten ja die verschiedensten Typen dar, und wurden nun, so wie man sie gerade gebraucht hat, dem Lehrgang als Musterbeispiel zur Verfügung gestellt. (...) (Danach, M.H.) schloss sich ein halbes Jahr an, in dem der Eignungsprüferanwärter als Helfer einem bewährten Eignungsprüfer zur Einarbeitung übergeben wurde.»¹⁶

Die meisten Eignungsprüfer arbeiteten im Bereich des «Beauftragten des RuSHA bei der Einwandererzentrale (EWZ)» der Sicherheitspolizei¹⁷ in Lodz

oder bei den Nebenstellen in Krakau und Paris, die für die Einbürgerung «volksdeutscher Umsiedler» zuständig war und die die Umsiedler* mit Hilfe fliegender Kommissionen von Eignungsprüfern nach A-Fällen (= «im Altreich anzusiedeln»), O-Fällen (= «im Osten anzusiedeln») oder S-Fällen (= Sonder = «mit noch ungeklärter Nationalität oder Rasse») musterte.¹⁹ In grossem Umfang beschäftigte auch die «Umwandererzentrale (UWZ)» der Sicherheitspolizei in Lodz Eignungsprüfer. Durch diese Institutionen wurden Polen «geschleust», die entweder die Gauleiter aus den «eingegliederten Ostgebieten» oder der Reichskommissar zur Festigung des Deutschen Volkstums im Rahmen seiner Ostkolonisationsvorhaben aus bestimmten Regionen des Generalgouvernements (z.B. Zamosc**) aussiedelten. Vor einer Verschickung ins «Altreich» oder ihrer Abschiebung ins Generalgouvernement mussten sich diese Menschen in den UWZ-Lagern in Lodz rassisch auf ihre «Eindeutschungsfähigkeit» überprüfen lassen.

* *In einer Besprechung im August 1942 über die Vertreibung von Elsassern wurde festgehalten, was der Begriff « Umsiedlung » bedeutete und wie er gegen ähnliche Begriffe abzugrenzen war: « Um einen einheitlichen Sprachgebrauch sicherzustellen, werden in Zukunft folgende Ausdrücke verwendet: a) Absiedlung – Herausnahme von Personen aus dem bisherigen Wohngebiet unter Belassung im Reichsgebiet, b) Evakuierung – Abschiebung aus dem Reichsgebiet, c) Umsiedlung – Herausnahme von Volksdeutschen aus fremdem Gebiet zur Hereinnahme in das Reichsgebiet.»¹⁸*

** *Die Region um Zamosc, einer 1580 gegründeten, im Renaissance-Stil erbauten Stadt, 70 km südöstlich von Lublin gelegen, war wegen ihrer ausgezeichneten Boden und der Lage an den geplanten Verkehrswegen in den zu germanisierenden Osten für die ersten Ansiedlungsprogramme im Rahmen dieser Vorhaben auserkoren worden.²⁰ Zur Verwirklichung der Pläne wurden mehr als 100'000 Bewohner aus über 300 Dörfern ausgesiedelt. Die zu Vertreibenden wurden von der «Umwandererzentrale Zweigstelle Zamosc (...) in folgende rassische Wertungsgruppen eingeteilt (...): Wertungsgruppe II: für die Wiedereindeutschung vorgesehen, Wertungsgruppe III: nur in arbeitseinsatzmässiger Hinsicht von Bedeutung, Wertungsgruppe IV: vorgesehen für das Arbeitslager Auschwitz mit Ausnahme der Kinder bis zu 14 Jahren und der Personen über 60 Jahre, die in Rentendörfer verbracht werden.»²¹*

Von den in einer ersten «Aussiebung» etwa 10'000 erfassten Menschen wurden 300 für die «Eindeutschung» gemustert, 2'700 sollten als «Gesindekräfte» für die neuansiedelnden «Volksdeutschen» verbleiben dürfen, 2'600 sollten zum «Arbeitseinsatz» in das Generalgouvernement oder das Altreich abtransportiert, 3'300 Kinder und Alte in Rentendörfer und 1'000 Menschen nach Auschwitz deportiert werden. Der Leiter der UWZ, der berühmte Alois Krumey, forderte in seinem Bericht: «Um die Aussonderung des unerwünschten Blutes und der A sozialen restlos zu erreichen, wäre zu erwägen, ob nicht auch die Kinder mit den Eltern in das Arbeitslager nach Auschwitz überführt werden sollten. In absehbarer Zeit treten die jetzt in die Rentendörfer verbrachten Kinder der Wertungsgruppe III biologisch wieder in Erscheinung und tauchen später erneut in unliebsamer Weise auf» Insgesamt wurden aus der Region Zamosc 18'000 Menschen in KZs und 4'500 Kinder zur Eindeutschung ins Reich verschleppt.

Die Eignungsprüfer, die dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) einer bestimmten Region zugeteilt waren und die sich als «Der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen (RuS)» bezeichneten, wurden als «Bestandteil der Dienststellen der HSSPF» angesehen und unterstanden ihnen persönlich und disziplinarisch. Das RuS-Hauptamt in Berlin beschränkte sich darauf, «Richtlinien für die grosse Linie zu geben»:

«Das RuS-Hauptamt SS selbst, betrachtet sich mit seinen Fachämtern mehr als informatorische, ausrichtende, und weniger als unmittelbar vorgesetzte Dienststelle.»²²

Ein wichtiges und umfangreiches Betätigungsfeld der 1944 insgesamt 32 RuS-Führer bei den HSSPF und ihrer Eignungsprüfer bestand – soweit sich ihr Dienstbereich im «Altreich» befand – aus «Überprüfungsakten», die sich auf ausländische Zwangsarbeiter bezogen.

Am Beispiel des RuS-Führers beim Höheren SS- und Polizeiführer Rhein-Westmark* in Wiesbaden soll im Folgenden versucht werden, diese Selektionen darzustellen und den Gesamtrahmen der «Rassenuntersuchungen», wie er von 1939-1945 praktiziert wurde, anzudeuten.

Die Eignungsprüfer im Westen

Die RuS-Dienststelle in Wiesbaden war gegen Ende des Jahres 1942 mit zwei SS-Führern und zwei SS-Unterführern besetzt. Die Tätigkeit der Dienststelle, die «zwei ständige Aussenstellen in Metz und Luxemburg unterhielt», beschränkte sich «durch Personalmangel bedingt (...) im Wesentlichen auf die Durchführung der rassischen Auslese im Zusammenhang mit der Eingliederung ehemaliger fremder Staatsangehöriger in den deutschen Volkskörper».²⁴ Dabei handelte es sich um «Rassenuntersuchungen», die durchgeführt wurden, nachdem einem Grossteil der Bevölkerung in Luxemburg und Lothringen die «deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf verliehen» worden war. Die Rassenprüfer waren im Rahmen dieser Einbürgerungen

«in folgende Aufgaben eingeschaltet:

1. Bei der Ausmerzung ungeeigneter Personen, die vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auf Widerruf von Vornherein auszunehmen sind.
2. Bei der Geltendmachung des Widerrufs der Staatsangehörigkeit.

Bei dem Personenkreis, der ein Bekenntnis zum Deutschtum ablegte, jedoch seine Deutschstämmigkeit urkundlich nicht restlos nachweisen kann (bis zu den 4 Grosseltern), ist aufgrund einer rassischen Beurteilung die Deutschstämmigkeit festzustellen. Die Deutsch-

* Diese Dienststelle entstand Mitte 1943 nach Zusammenlegung der «SS- Oberabschnitte» Rhein und Westmark.²³

stämmigkeit muss dann als erwiesen angesehen werden, wenn aufgrund der rassischen Überprüfung festgestellt wird, dass es sich um einen erwünschten Bevölkerungszuwachs handelt.»²⁵ (vgl. «Familienurteil» S. 146 f.)

Der «zur Durchführung dieser Aufgaben» im annektierten Westen nach Wiesbaden versetzte Dienststellenleiter Fritz Castagne wurde nach Stalingrad – kaum, dass er seine Arbeit aufgenommen hatte – sehr schnell wieder an die Front beordert. Bis Kriegsende war die Dienststelle lediglich mit einem SS-Sturmbannführer (Major), Georg Albert Rödel, und zwei Eignungsprüfern besetzt.

Rödel wurde 1890 in Sachsen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und fünf Jahren Gymnasium wanderte er im Alter von 15 Jahren in die Vereinigten Staaten aus. Er «arbeitete in allerhand Stellungen und studierte abends in Chicago General Business Management». Als er 1914 zurückkehren wollte, internierten ihn die Engländer, so dass er erst nach Kriegsende wieder nach Deutschland zurückkam. Als Freikorps-Freiwilliger nahm er in Oberschlesien an der Niederschlagung des Korfandiaufstandes teil und war danach in den 20er Jahren «als Werbefachmann in der Auslandswerbung der internationalen Kontinental-Kautschuk-Company» und bei einer anderen Gummifabrik tätig. Nachdem er 1931 arbeitslos geworden war, versuchte er sich als «selbständiger Werbeberater» und «Auslandskorrespondent» durchzuschlagen. Rödel trat 1933 der SS und 1937 der NSDAP bei. Ein Jahr später erhielt er eine Ausbildung als «Sippenpfleger» und leitete als Referent die Fürsorgeverwaltung einer SS-Einheit in Heidelberg. Weil er im Jahre 1940 beim Heiratsamt des RuSHA gearbeitet hatte, wurde er «als Eignungsprüfer zur Aussenstelle Litzmannstadt kommandiert». Anfang 1941 kam er zur «Einwandererzentrale West» und nahm in der Folge an rassischen Überprüfungen im lothringischen Industriegebiet, der Untersteiermark und beim SS-Oberabschnitt Südwest in Breslau teil. Ab März 1942 leitete er für ein Jahr im Rassenamt des RuSHA die «Abteilung Wiedereindeutschung III/2», danach bis zum November 1943 die «Einwandererzentralstelle in Paris». Zwischendurch im Sommer 1942 hatte er in einem Lager in St. Veith Kinder erschossener jugoslawischer Partisanen und Erwachsene gemustert, die – falls sie als «erwünschter Bevölkerungszuwachs» beurteilt würden – ins Reich gebracht und eingedeutscht werden sollten.²⁶ «Am 1. November 1943 war ich», so heisst es in einem Selbstzeugnis Rödel, «Rasse- und Siedlungsführer im Oberabschnitt Rhein-Westmark.»²⁷

Zum Einzugsgebiet der Dienststelle Rödel gehörten unter dem Oberbegriff «Rhein-Westmark» neben Lothringen und Luxemburg das Saarland, Hessen-Nassau, die Region Mannheim-Heidelberg und das heutige Bundesland Rheinland-Pfalz. Die Aufgaben der Dienststelle waren in einer «vorläufigen Dienstanzweisung» vom April 1943 formuliert:

«Der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen beim höheren SS- und Polizeiführer ist für diesen beratendes und ausschliesslich ausführendes Organ

1) für alle Fragen und Aufgabengebiete der rassischen Auslese,

- 2) für alle bevölkerungspolitischen und biologischen Fragen, die sich ergeben
- a) innerhalb der SS und Polizei aufgrund des Verlobungs- und Heiratsbefehls
 - b) im Rahmen des Aufgabenbereichs des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums.»²⁸

Darüber hinaus war diese Wiesbadener SS-Behörde für die regionalen Aufgaben des SS-Fürsorgewesens und «die Erfassung (...) von bäuerlichen und handwerklichen Siedlerbewerbern» zuständig. Die verschiedenen Aufgabenstellungen mündeten in einer Reihe verschiedener «Überprüfungsakte» hinsichtlich der körperlichen, geistigen, seelischen und eben auch rassistischen Eignung von Menschen für bestimmte Zwecke. Darunter bezogen sich einige, wie die Untersuchung von SS-Bräuten und ihrer Familien («Überprüfungsakt: SS-Ehe»), auf die «rassische Auslese» von Deutschen.*

Die weit überwiegende Anzahl der rassistischen Einzelüberprüfungen bezweckte aber die Selektion von Ausländern – so ergibt es sich zumindest für das Jahr 1944 aus den erhaltenen Dienstreiseplänen der Wiesbadener Eignungsprüfer. Neben den «bevölkerungspolitischen und biologischen Fragen» im Zusammenhang mit der Erteilung der Staatsangehörigkeit und der erst 1943 eingeführten «rassistischen» Ehegenehmigungen für Teile der lothringischen und luxemburgischen Bevölkerung³⁰ ging es hinsichtlich der Zwangsarbeiter einmal um die polnischen Männer wegen verbotener Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen, hauptsächlich aber um die Überprüfung schwangerer polnischer und sowjetischer Frauen. Anhand der Überprüfung der Mütter – wenn möglich auch immer der Väter – sollte festgestellt werden, ob die Kinder, die die Frauen erwarteten, einen «erwünschten Bevölkerungszuwachs» darstellen würden oder nicht. Infolge des näherrückenden Krieges fanden aber eine ganze Reihe gerade dieser Überprüfungen – geplant waren 1944 etwa 400 – nicht mehr statt. Die Arbeitssituation der Dienststelle beschrieb ihr Chef Rödel in einem Brief an einen Freund im RuSHA:

«Bei der augenblicklichen Lage ist der Einsatz der Eignungsprüfer mit sehr viel Schwierigkeiten verbunden. Es macht bei den obwaltenden Verkehrsverhältnissen keinen Unterschied aus, ob man einen Eignungsprüfer oder fünf oder sechs zur Verfügung hat. Wenn man einen Eignungsprüfer einsetzt, verlässt eben ein Eignungsprüfer die Dienststelle, um sofort im nächstgelegenen Luftschutzkeller verschwinden zu müssen. Es ist das wie mit dem Inselhüpfen der Amerikaner im Pazifik. Wie die Amerikaner von Insel zu Insel hüpfen in Hoffnung Japan einmal zu erreichen, so springen die Eignungsprüfer von Luftschutzraum zu Luftschutzraum mit ebensolcher Hoffnung, einmal das ihnen angegebene Ziel zu erreichen. Da die verschiedenen Vorgeladenen ebenso beschäftigt sind, treffen

* *Massenmusterungen von Jahrgängen der Hitlerjugend im Rahmen der Röntgenreihenuntersuchung – so musterte einer der Wiesbadener Eignungsprüfer von Mai bis Mitte August 1944 z.B. 75'000 Jugendliche der Jahrgänge 1928 und 1929; Musterungen für die Waffen-SS (für die Ergänzungsstelle West der Waffen-SS); Bewerber für nationalpolitische Erziehungsanstalten (NaPoLA) und die Dienste als SS- oder Polizeinachrichtenhelferin; Deutsche, die Ausländer heiraten wollten.*¹³

sie sich in den seltensten Fällen. Dazu kommt noch, dass linksrheinisch tagsüber überhaupt keine Züge verkehren und rechtsrheinisch häufig ausgestiegen werden muss. Aber auch dies wird einmal vorübergehen und dann wird hier sehr viel Arbeit nachzuholen sein. Ich hoffe und erwarte ganz entschieden, dass es nicht mehr allzu lange dauert. Wir sind hier durchaus optimistisch.»³¹

Der Eignungsprüfer Reinhold Ratzeburg – «EP Nr. 154» – hatte sich andere Gedanken zur Lösung dieser Misere gemacht. In einem dreiseitigen «Vorschlag betrifft Änderung der Dienstreisen» schrieb er seinem Chef:

«Es wäre (...) von grossem Vorteil, wenn dem EP ein Dienstfahrrad zur Verfügung gestellt werden würde, so dass er damit die Strecken selbst zurücklegen kann, welche nicht mehr rechtzeitig genug mit der Bahn zu erreichen sind.»

Ausserdem schlug er vor, «die Arbeit (...) in Dringlichkeitsstufen einzuteilen». Neben SS-Aufnahmeuntersuchungen und SS-Verheiratungsgesuchen sollten «Schwangerschaftsunterbrechungen» und «Sonderbehandlungen» allen anderen Überprüfungen vorangehen und «auf jeden Fall» durchgeführt werden («Dringlichkeitsstufe III bedeutet vordringliche Erledigung»).³²

Der 1912 in Hamburg geborene Ratzeburg trat 1930 der SA bei und wurde Ende des Jahres 1943 vom «Ersatzkommando der Waffen-SS, Paris», wo der im Zivilleben als Kaufmann Arbeitende als Eignungsprüfer eingesetzt war, nach Wiesbaden beordert und kurz darauf beurteilt:

«Weltanschauung: gefestigt. R. ist ein guter und zuverlässiger Nationalsozialist, ein treuer Gefolgsman des Führers.

Auftreten: im Ganzen ruhig und bestimmt. Infolge seiner Veranlagung, die immer nur ganz bestimmte Dinge wesentlich für ihn sein lässt, ist er nicht immer ausgeglichen. Das wirkt sich natürlich auf Benehmen, Takt und Einfühlungsvermögen aus. R. ist durchaus sicher und selbstbewusst.

Äusseres: sauber, da R. Kleidung als etwas völlig Nebensächliches empfindet, wirkt er manchmal nachlässig.

Charakter: verantwortungswillig und verantwortungsbewusst; ausserordentlich ehrgeizig, impulsiv, Gefühl dürfte gegen Verstand vorherrschen, doch gibt er dem Verstand gebührenden Raum in seinen Entschlüssen. R. besitzt Selbständigkeit und Beweglichkeit; er ist ausgreifend in seinem Wesen, doch eignet ihm eine gewisse Unausgeglichenheit in allen Dingen – er neigt dazu, sie entweder über- oder unterzubetonen. Charakterlich ist er sicherlich in allen feststellbaren Zügen nordisch veranlagt.

Sonst. Verhältnisse, Familie usw.: (...)

Dienstliche Eignung: R. ist sehr eifrig, diszipliniert und strebsam. Sein fachliches Wissen ist gut, er ist klar in seinem Urteil. Er scheint eine Neigung und Befähigung zum Organisieren zu haben, gährt aber noch etwas. Er sieht und hört viel, das er auszuwerten sucht.»³³

«Überprüfungsakt: Sonderbehandlung»

Die Kompetenz, «rassische Beurteilung in Fällen, die eventuell zu einer Sonderbehandlung führen können», zu erstellen, war – «um eine gleichmässige Behandlung zu gewährleisten» – in einem grundlegenden Erlass vom 5. Juli 1941

den «RuS-Führern bei den Höheren SS- und Polizeiführern bzw. den Referenten des Rasse- und Siedlungswesens bei den Ergänzungsstellen der Waffen-SS» übertragen worden – wie so oft eine nachträgliche Sanktionierung schon geübter Praxis.³⁴ Die im Mai 1940 eingeführten «amtsärztlichen Gutachten»³⁵, denen «die Rassenmerkmale deutlich kennzeichnende Lichtbilder» beizulegen waren, sollten nur noch bei längerer Abwesenheit des RuS-Führers erstellt werden.³⁶ Da «in zahlreichen Fällen festgestellt (worden war, M.H.), dass polnische Zivilarbeiter*, die wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs zur Sonderbehandlung vorgeschlagen» wurden, nordischen Rasseneinschlag aufwiesen, gut aussähen und auch charakterlich sehr günstig beurteilt würden, mahnte dieser Erlass: «Derartige Personen eignen sich unter Umständen für eine Eindeutschung. Reichsführer SS hat daher zugleich in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angeordnet, dass polnische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, die Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen unterhalten oder sonstige unsittliche Handlungen an ihnen begangen haben, in Zukunft vor Einreichung des Sonderbehandlungs- Vorschlags auf ihre Eindeutschungsfähigkeit hin zu überprüfen sind.»³⁹

Eine Eindeutschung kam dann nicht in Betracht, «wenn der betreffende Pole die ihm zur Last gelegte Handlung unter erschwerenden Umständen begangen hat (z.B. Vergewaltigung, Unzucht mit Kindern)» oder an einem «schwerwiegenden Leiden»⁴⁰ litt.

Neben den braunen «R-Karten», die «für die Sonderbehandlungsfälle sauber rot diagonal zu durchkreuzen» waren, wurde vom Rasse- und Siedlungshauptamt «zur Vereinheitlichung der bisher sehr verschieden gehandhabten Form» die Verwendung einheitlicher Formulare für die über Leben und Tod entscheidenden Gutachten angeordnet.

Wurden die polnischen Männer im Raster der Eignungsprüfer mit «RuS III+» («noch tragbarer Bevölkerungszuwachs») oder «besser» beurteilt, wurde also «die Eindeutschungsfähigkeit anerkannt, berichtet die Staatspolizeistelle unter Beifügung der üblichen Unterlagen – ausser den Lichtbildern des Exekutionsortes – dem Reichssicherheitshauptamt, das über die weitere Behandlung entscheidet. In den meisten Fällen

* Bei einem Verstoß gegen das « Verbot des Geschlechtsverkehrs » -wurden folgende von «Sonderbehandlung» bedrohte Gruppen ausländischer Männer rassisch überprüft:

a) Arbeitskräfte polnischen Volkstums (polnische Zivilarbeiter, Westarbeiter polnischen Volkstums und Altpolen),

b) fremdvölkische Arbeitskräfte nichtpolnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten (Ukrainer, Weissruthenen, Russen, Goralen),

c) Arbeitskräfte aus Litauen.»³⁷

Nicht rassisch überprüft, sondern umstandslos der «Sonderbehandlung» überwiesen wurden Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und aus Serbien. Ab Mitte 1942 wurden auch Tschechen rassisch überprüft; für sie kam aber nur die «Eindeutschung», nicht aber die «Sonderbehandlung» in Frage.³⁸

wird die Einweisung in ein KZ-Lager – Stufe I* – für kürzere Zeit als ausreichende Sühne anzusehen sein. (...) Kommt eine Eindeutschung nicht in Betracht, so ist wie üblich Sonderbehandlungsvorschlag unter Beifügung der vorgesehenen Unterlagen einschliesslich des vom RuS-Führer gefertigten rassischen Gutachtens vorzulegen.»⁴²

In der Regel wurde dann vom Reichssicherheitshauptamt die Exekution des betroffenen polnischen Mannes angeordnet.⁴³ Die geschah dann oft öffentlich:

«Bei dem Nachlassgericht Straubing ging jüngst eine Anzeige eines Standesamts über den Tod des polnischen Landarbeiters Jarek ein. Als Sterbeort war angegeben: 'Eschlbach im Wald 450 m südlich von Eschlbach'. Jarek, welcher bei einem Bauern in Eschlbach beschäftigt war, hatte mit der 20jährigen Tochter des Bauern längere Zeit hindurch ein Liebesverhältnis unterhalten und, als diese nach Deggendorf kam, mit der 17jährigen Tochter des gleichen Bauern Beziehungen angeknüpft. Er wurde auf Anordnung der Reichsführung SS durch die Gestapo in Gegenwart des Landrats von Straubing und eines Arztes in dem bezeichneten Wäldchen aufgehängt, nachdem ihm diese Anordnung bekannt gegeben war. 119 im Umkreis beschäftigte männliche Polen waren bei dem Vollzug zugegen und wurden an der hängenden Leiche vorbeigeführt. Der Landrat in Straubing hatte die erforderlichen Vorkehrungen für den Vollzug der Anordnung getroffen.»⁴⁴

Bis zum Herbst 1942 etwa hatte Himmler sich jeden Fall verbotener Liebe zwischen einer Deutschen und einem Polen selbst zur Entscheidung vorlegen lassen.⁴⁵ Dabei – so ein Sachbearbeiter im Ausländerreferat des RSHA nach dem Kriege – waren «das Aussehen des Polen, das rassische Gutachten (...) für ihn das Wichtigste»⁴⁶. Diese lebensentscheidenden Gutachten – Versuche, das System mit seiner Differenzierung zwischen verschiedenen zu behandelnden Opfern zu verwissenschaftlichen – konnten den Ansprüchen nach «Gleichmässigkeit» (bei der Anwendung der Willkür) keineswegs genügen. Die in einem Monat getrimmten Eignungsprüfer waren überfordert.⁴⁷

So musste sich Anfang 1943 der zweite Wiesbadener Eignungsprüfer Helmut Sewering einer fachlichen Überprüfung «beim Chef des Rassenamtes Prag» unterziehen, «die sich neben Erblehre und Rassenlehre auch auf Merkmalsstellung, praktische Arbeiten und Kenntnis der entsprechenden Verordnungen» beziehen sollte. Ursache dieser Überprüfung war folgende Beschwerde: «Während einer Untersuchungsfahrt (im Rahmen der Musterungen für die Waffen-SS, M.H.) im rheinisch-westfälischen Industriegebiet muss Sewering auf Grund dieses Berichtes mindestens 30 Mann die Formel 7 oder gar 8aAI gegeben haben.» Da die Beur-

* Stufe I: «für alle wenig belasteten und unbedingt besserungsfähigen Schutzhäftlinge, ausserdem für Sonderfälle und Einzelhaft» – Dachau, Sachsenhausen und Auschwitz-Stammlager.
Stufe II: für «schwer belastete, jedoch noch erziehungs- und besserungsfähige Schutzhäftlinge» – Buchenwald, Flossenbürg, Neuengamme und Barackenlager Auschwitz II (Birkenau)
Stufe III: für «schwer belastete, insbesondere gleichzeitig auch kriminell vorbestrafte und asoziale, d.h. kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge» – Mauthausen.⁴¹



+++DER. FALL MARIAN KURZAWA***

Marian Kurzawa war im November 1914 in Smusko in Polen geboren worden. Nach dem Überfall der Deutschen geriet er in Kriegsgefangenschaft. Erst als Kriegsgefangener, später als «Zivilarbeiter», war er an Bauern in Kempen am Niederrhein verpachtet, das «Stammlager» für ihn und viele andere «Helfer» war in Fichtenhain bei Krefeld, es stand unter militärischer Bewachung. Aufgrund einer nicht näher bekannten Beziehung zu einer deutschen Frau – «Der Tatort befindet sich in der Hauptstrasse von Kempen» – wurde er verhaftet und Anfang Januar 1941 vom «Eignungsprüfer der SS-Ergänzungsstelle West (VI) (Berechtigungsausweis Nr. 30 des RuSHA)» rassistisch gemustert. Das Urteil lautete. «1 5d/c B II (ostisch, ostbaltisch mit leichtem nordischem Einschlag). K. kommt für Eindeutschungszwecke nicht in Betracht.» «Den Polen gegebenenfalls in der Nähe des Tatortes zu hängen», wie das RSHA anfrag, hielten die örtlichen Stellen für bedenklich: «Der Vollzug der Todesstrafe am Tatort würde von Seiten der nicht besonders geschulten und konfessionell stark gebundenen Landbevölkerung u.U. eine grosse Abneigung gegen die Partei und die Behörden hervorrufen.» Marian Kurzawa wurde im Juni 1941 ins KZ Sachsenhausen transportiert und dort ermordet.

teilung 8aAI «vorzüglich gebauter Körper, rein nordisch, sehr geeignet» bedeutete, musste in den Augen des Beschwerdeführenden «diese ausserordentliche Häufung von AI-Fällen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (...) die Folge einer Fehlbeurteilung sein». Der Beschwerdeführer spielte vermutlich darauf an, dass im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehr viele Arbeiterfamilien lebten, deren Vorfahren vor noch nicht allzu langer Zeit als Arbeitsimmigranten aus Polen eingewandert waren. Denn im nächsten Satz verschärfte er den Vorwurf der Polenfreundlichkeit Sewerings, indem er denunzierte: «Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass SS-Oscha. Sewering bei der Beurteilung von eindeutschungsfähigen Polen und Sonderbehandlungsfällen ein viel zu mildes Urteil gehabt haben soll.» Dabei machte Sewering von seinem Stempel «Sonderbehandlung» und dem entsprechenden vorgeschriebenen Schrägstrich auf der Kartei-karte durchaus Gebrauch, so dass ihm in der Beschwerde auch noch generell die Eignung zum Rassenprüfer bestritten wurde: «Ausserdem wurde Beschwerde darüber geführt, dass Sewering die R-Karten nur sehr mangelhaft ausgefüllt habe. Es wurden von Sewering lediglich die RuS-Wertung und die rassistischen Einschläge festgelegt und gelegentlich mal die Form vermerkt. Merkmale sind überhaupt nicht angestrichen worden.»⁴⁸

Nach der Überprüfung wurde die Beschwerde gegen Sewering als erledigt angesehen und er aufgefordert, «unverzüglich zwei Lichtbilder zur Erteilung des grauen Eignungsprüferausweises dem Rassenamt einzureichen».

In der Folge leitete Sewering die RuS-Aussenstelle in Metz, wo er sich offenkundig durch das häufige Versagen der erwähnten «Ehefähigkeitszeugnisse» für Ausländer hervortat. Sein Chef Rödel schrieb jedenfalls an den «Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen», als er einige «zur nochmaligen Überprüfung eingesandte Vorgänge» zurückschickte: «Die in Rede stehenden Ausländerehesachen liegen teilweise schon geraume Zeit zurück. Sie wurden noch von Metz aus bearbeitet. In ihrer Bearbeitung kommt sehr stark die persönliche Auffassung des Sachbearbeiters, der mitten im volkstümlich hart umkämpften Gebiet sass, zum Ausdruck.» Sewering selbst wurde von Rödel folgendermassen beurteilt:

«Weltanschauung: gefestigt und entschieden; ist bestrebt, sie zu einem Teil seines Wesens zu machen.

Auftreten: ruhig, bestimmt; macht den Eindruck ständiger Beherrschtheit. (...)

Äusseres: sauber, ordentlich, gepflegt und soldatisch

Charakter: klar, verantwortungsgewillt und verantwortungsbewusst; eher nüchtern und abwägend als impulsiv; Verstandesmensch, weniger Gefühlsmensch. Die schöpferische Seite tritt hinter eine pflichtbewusste und sachliche Betrachtungsweise zurück; deduktiv, weniger intuitiv. S. ist selbständig und besitzt den Mut seiner Überzeugung. Er erscheint zuverlässig, wahrheitsliebend und strebsam. Charakterlich ist er wohl f- und n-betont. Sonstige Verhältnisse, Familie usw.: (...)

Dienstliche Eignung: S. hält sich dienstlich ohne Tadel. Sein Benehmen ist diszipliniert und in der rechten Form selbstbewusst; sein fachliches Wissen ist gut und erstreckt sich auf alle anschlägigen Gebiete. S. ist sicher und klar im Urteil, er erkennt vor allen Dingen die Bedeutung und Grösse seiner Verantwortung, die er als EP zu übernehmen hat. Ich empfehle Sewering zur Beförderung, sie wird auch vom höheren SS- und Polizeiführer Rhein-Westmark, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Stroop* angelegentlich befürwortet. (...)^{48a}

* Jürgen Stroop wurde 1895 als Sohn eines Polizeibeamten im Fürstentum Lippe-Detmold geboren und nahm als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil. 1932 begann seine Karriere als Partei- und SS-Mann mit dem Wahlsieg der NSDAP in Lippe-Detmold. Während des Krieges war Stroop Höherer SS- und Polizeiführer u.a. in Karlsruhe, Lemberg, in der Ukraine, Warschau und in Griechenland, bevor er im November 1943 nach Wiesbaden in die Westmark kam. Zu grausiger Berühmtheit gelangte Stroop durch die von ihm geleitete Niederschlagung des jüdischen Aufstands in Warschau und die Liquidierung des Ghettos. Nach dem Krieg verurteilte ein amerikanisches Militärgericht Stroop zum Tode. Er wurde anschliessend nach Polen ausgeliefert und dort 1952 gehängt. Im Warschauer Gefängnis teilte Stroop neun Monate lang die Zelle mit Kasimierz Moczarski, einem ehemaligen Mitglied der polnischen Widerstandsorganisation Armia Krajowa und inhaftiert als Opfer einer stalinistischen Intrige. Moczarski zeichnete seine Auseinandersetzungen mit Stroop später auf K. Moczarski, Gespräche mit dem Henker. Das Leben des SS- Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei Jürgen Stroop, Frankfurt/M. 1982 (Fischer Taschenbuch).

SS-Oberscharführer und «Eignungsprüfer Nr. 140» Hermann Sewering, 1912 in Dortmund geboren, schloss 1939 nach 6semestrigem Studium an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg als Diplombrauingenieur ab. Er trat 1933 der SS und 1934 der NSDAP bei. Nach einer Kopfschuss Verletzung, die er in Finnland erlitten hatte, wurde er im März 1942 zum Rasse- und Siedlungshauptamt abkommandiert und nach dem einmonatigen Kurs in Prag in der Westmark als Hilfseignungsprüfer eingesetzt.

In welchem Ausmass rassische Überprüfungen polnischer Zwangsarbeiter notwendig wurden, deutet ein Rundschreiben des SS-Hauptamtes an alle «Ergänzungsstellen der Waffen-SS» an. Dort hiess es: «Seitdem die SS-Eignungsprüfer bei den Ergänzungsstellen angewiesen worden waren, (...) (diese) Überprüfungen durchzuführen, (...) hat die Vorführung derartiger Polen (...) in letzter Zeit ein solches Ausmass angenommen, dass die Überprüfungen während der Mustering für die Waffen-SS (...) darunter gelitten haben.»⁴⁹ Ende 1942/Anfang 1943 – als, wie es hiess, «die Exekution von Polen (...) nicht mehr die Bedeutung»⁵⁰ hatte wie zu Anfang – wurde das Bearbeitungsverfahren in Sonderbehandlungsfällen zugunsten des RuSHA geändert und zentralisiert:

«Der Reichsführer SS hat zur Gewährleistung der Einheitlichkeit in der Beurteilung von Sonderbehandlungsfällen eine zentrale Bearbeitung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt SS angeordnet.

Die bisherige Regelung, nach der die Gutachten den Höheren SS- und Polizei-Führern bzw. Staatspolizeileitstellen zu übersenden waren, wird hiermit aufgehoben.

Ab sofort sind die Untersuchungsergebnisse, versehen mit den Lichtbildern des fremdvölkischen und des deutschen Teils, in doppelter Ausführung *direkt* nach hier einzureichen, damit sie dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS zur Entscheidung vorgelegt werden können. Die Erstellung der Gutachten entfällt damit.»⁵¹

Die Dienststelle, die sich einzig und allein mit diesen Fragen beschäftigte, sass in der enteigneten Villa eines Juden aus Berlin-Lichterfelde.⁵²

Auch polnische Frauen, die zu deutschen Männern Beziehungen hatten, wurden bestraft. Zwar war zuerst auch für sie die «Sonderbehandlung» vorgesehen, wurde aber – es ist kein Fall bekannt – nicht angewandt. Von September 1940 an⁵³ galt:

«In Fällen, in denen die fremdvölkische Frau zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs unter Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses durch den deutschen Mann veranlasst worden ist, ist sie kurzfristig (bis zu 21 Tagen) in Schutzhaft zu nehmen und nach Haftentlassung an eine andere Arbeitsstelle zu vermitteln. (...) Wenn ein Abhängigkeitsverhältnis nicht bestanden hat, ist Einweisung in ein Frauenkonzentrationslager zu beantragen.»⁵⁴

Erwartete eine ausländische Frau ein Kind, sollten «die Vorschriften des Runderrlasses (...) betr. die Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder» – es ging auch dabei um die Frage, ob ein solches Kind «erwünschter Bevölkerungszuwachs» sei – und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs sinnentsprechend angewandt werden.

Hatten eine ausländische Frau und ein deutscher Mann in freiem Willen zueinander gefunden – also nicht «unter Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses» – und erwartete die Frau ein Kind, das entweder nicht abgetrieben werden sollte oder konnte, so war sie «erst nach erfolgter Entbindung und Ablauf der Stillzeit in ein Konzentrationslager einzuweisen».⁵⁵

Eine öffentliche Verunglimpfung, wie sie bis Ende 1941 gegen deutsche Frauen betrieben wurde⁵⁶, die mit ausländischen Männern Beziehungen unterhalten hatten, war für deutsche Männer nie vorgesehen, aber auch ihnen drohten Strafen:

«Der deutsche Mann ist grundsätzlich auf die Dauer von drei Monaten einem Konzentrationslager zuzuführen, daneben können je nach Lage des Falles weitere staatspolizeiliche Massnahmen oder Auflagen, z.B. Sicherungsgeld, Geldbusse an das Rote Kreuz usw. ergriffen werden.»⁵⁷

Die «Sonderbehandlung» war auch westlichen Kriegsgefangenen als Bestrafung für Liebesbeziehungen mit deutschen Frauen angedroht, wurde jedoch nicht praktiziert.⁵⁸ Für die sowjetischen Zwangsarbeiter, die sogenannten Ostarbeiter hingegen, kam die Entdeckung der Beziehung zu einer deutschen Frau (für die dann in der Regel längere KZ-Haft beantragt wurde) zu Anfang einem Todesurteil gleich, während später jedenfalls theoretisch auch die Beantragung langjähriger KZ-Haft in Frage kam.⁵⁹ 1944 beliefen sich «die im RSHA erlassenen Exekutionsbefehle gegen sowjetische Kriegsgefangene wegen Umgangs mit deutschen Frauen mitunter auf zwei bis drei Fälle täglich»⁶⁰. Die sowjetischen Zwangsarbeiter wurden nicht «rassisch» begutachtet und differenziert, ein Verfahren, das so gesehen ein makabres Privileg für polnische Zwangsarbeiter war.

Erst am Ende des «Dritten Reiches», als der bürokratisch differenzierende Apparat noch dünner werden musste als er ohnehin schon war, musste das Ziel, ständig weiter zu spalten und aufzuteilen, zurückgenommen werden. Ende November 1944 wurde «zur Entlastung der beteiligten Dienststellen (...) ab sofort für Kriegsdauer in Geschlechtsverkehrsfällen von der rassistischen Überprüfung des Fremdvölkischen» abgesehen. Da in den «Schwangerschaftsfällen (...) infolge Fehlens der rassistischen Beurteilung eine Unterbrechung nicht möglich» war, sollten «die Kinder später rassistisch überprüft werden (...) und eventuell ihre Sterilisierung veranlasst werden». Deshalb waren «die Personalien des Kindes in jedem Fall nach erfolgter Geburt nachzureichen. (...) Die beteiligten Fremdvölkischen sind nunmehr sofort nach Abschluss der Vernehmung in ein KL einzuweisen.»⁶¹

In einem «Geheimen Lagebericht des SD zu Inlandsfragen» vom Juni 1943 mit dem Titel «Unwürdiges Verhalten Deutscher gegenüber Fremdvölkischen» wurde versucht, Gründe für die grosse Zahl verbotener Kontakte zu Ausländern – im Landgerichtsbezirk Landshut waren allein z.B. «122 Verfahren gegen deutsche Frauen (...) anhängig» – zu finden. Es hiess:

«In den meisten Fällen wird vor allem darauf hingewiesen, dass die Fälle (...) eher zu- als abnehmen (...) (und) hauptsächlich auf die arbeitsmässige Einschätzung des ausländischen Arbeiters zurückzuführen (sei). Die Arbeit sei der Massstab geworden, mit dem der ein-

zelne Fremdvölkische gewertet werde; die gemeinsame Arbeit würde aber darüber hinaus Gelegenheit und Anlass zu freundschaftlichem und intemem Verkehr ergeben. (...) Gerade diese Gelegenheit könnte, wie es immer wieder in den Meldungen heisst, dutzendweise – ja hundertfach angeführt werden. (...) Ein weiteres Argument der Berührung mit Fremdvölkischen sei der besonders z.Zt. spürbar gewordene Männermangel. (...) Ein weiterer Grund des Geschlechtsverkehrs sei auch das Gefühl der Abhängigkeit vom ausländischen Arbeiter. (...) Neben den schon genannten Motiven taucht bei den Frauen und Mädchen oft auch eine gewisse Sucht zürn Fremdländischen auf. Im Ausländer werde etwas Interessantes, etwas Neuartiges erblickt.»

Fast hellsichtig – möchte man meinen – bemerkten die SD-Agenten aber auch: «Wieweit diese äusserlich sichtbaren Umstände jedoch als wirkliche Gründe angesehen werden können, sei sehr unsicher, da es in der Regel unmöglich sei, die seelische Reaktion einer solchen Frau zu erfassen.»⁶²

Ausgangspunkt der Verfolgung – «das Bekannt werden des Geschlechtsverkehrsfalls» – war weniger der in Erlasse gegossene Vernichtungswille der SS oder die gezielte Ermittlung der Gestapo, sondern das weit ausgespannte Netz der «Parteiorganisation». Der «Kreisleiter der NSDAP» in Giessen meldete im Juli 1944:

«An die

Geheime Staatspolizei,

Aussendienststelle Giessen

Betr.: Umgang evak. Frauen mit Ausländern.

Es wird uns von der Ortsgruppe Geilshausen berichtet, dass die von Frankfurt/M. umquartierte Frau Käte Z. (...), früher wohnhaft in Ffm, (...) mit dem Ukrainer Andreas H., beschäftigt als Kraftwagenführer (...) in Geilshausen, geschlechtlich verkehrt hat. Der Ehemann der Frau Z. steht als Feldwebel bei der Wehrmacht. Aus der Ehe ist ein Kind von 2 1/2 Jahren hervorgegangen. Beide, der Ukrainer und Frau Z. haben den Geschlechtsverkehr eingestanden. Der Ukrainer ist seit Januar 1940 (...) beschäftigt und ein sehr guter Arbeiter. Er fährt täglich die Milch von Lumda, Atzenhain, Lehnheim und Stangenrod zur Molkerei Geilshausen. In der Erntezeit fährt er nachmittags mit dem Bulldog den Mähbinder. W. hat noch ein Düngemittel- und Kohlengeschäft, auch hier ist der Ukrainer bei dem Ausfahren der Waggons sehr tüchtig und zuverlässig. Sie wollen dem Kreisleiter über das Veranlasste berichten.»⁶³

Die beiden so denunzierten 25jährigen wurden verhaftet und nach Giessen gebracht, da die öffentliche, zumeist von Naziorganisationen veranstaltete Diffamierung der mit Polen befreundeten Frauen Ende 1941 eingestellt worden war. Ihre dort unter Druck und Angst zustande gekommenen Aussagen lassen dennoch die Normalität und Selbstverständlichkeit ihrer Liebe erkennen. Beide – fremd in dem kleinen Nest am Rande des Vogelsbergs – kannten sich seit einem halben Jahr, sahen sich, sprachen miteinander. Sie bat ihn, nach Frankfurt zu fahren, damit sie ihre Möbel aus der bombenbeschädigten Wohnung holen könne – an einem seiner freien Tage. Auf einem Parkplatz im Wald ging die Zärtlichkeit dann durchaus von ihr aus. Er zögert, lässt sich bitten – willigt dann aber doch ein – am Anfang noch war seine Angst stärker als die Zuneigung zu

der Deutschen. Dieser ersten intimen Begegnung schlossen sich einige weitere an den folgenden sommerlichen Sonntagen an. Denunziert, getrennt, verhaftet und verhört, wurden sie nach wenigen Wochen in verschiedene «Ersatzpolizeigefängnisse» gesteckt. Die über sie angelegten Vermerke, die Vernehmungen und Lichtbilder, die nach Vorschrift ein «Kopfbild von vorn, Kopfbild von der Seite, Kopfbild im Halbprofil und Bild in ganzer Grösse (in unbekleidetem Zustand)»⁶⁴ enthielten, landeten auf dem Dienstweg über die Gestapostelle und den Höheren SS- und Polizeiführer auf dem Schreibtisch des Eignungsprüfers Sewering, der über die Frau vermerkte: «Frau Z. ist nach Mitteilung der Gestapo Gießen in das KL Ravensbrück eingeliefert worden.»⁶⁵ Obwohl die vorhandenen Unterlagen diesen Hinweis nicht mit letzter Sicherheit bestätigen, entspräche diese Deportation dem üblichen Bestrafungsverfahren.⁶⁶ Dorthin oder in ein anderes KZ kamen all diejenigen Frauen für zwei bis drei Jahre, denen Liebesbeziehungen zu «nichteindeutschungsfähigen» polnischen Männern unterstellt oder nachgewiesen wurden. Beurteilten die Eignungsprüfer einen polnischen Mann als «eindeutschungsfähig», wurde die deutsche Frau nach kurzer Zeit und einer «staatspolitischen Verwarnung» aus der Haft entlassen.⁶⁷ War die Freundin eines polnischen Zwangsarbeiters* schwanger geworden, so war dem RSHA zu melden, wie weit die Schwangerschaft «bereits fortgeschritten ist und ob und welche Personen ausser dem betreffenden Polen noch als Erzeuger für das erwartete Kind in Betracht kommen». Der Pole, der der Vaterschaft verdächtigt wurde, musste «sofort dem RuS-Führer (...) zur rassischen Musterung» vorgeführt und über das Ergebnis «beschleunigt» berichtet werden.⁶⁹ Ausserdem bestand die Anweisung, dass «diese ersten Ermittlungen trotz der notwendigen Eile sehr gewissenhaft durchzuführen» seien, da von ihnen «sehr weitgehende Entscheidungen abhängen» würden. Ab 1944 war «auch die beteiligte deutsche Frau (...) sofort dem RuS-Führer zur rassischen Überprüfung vorzuführen».⁷⁰ «Die Entscheidung über die Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechung bei Schwangerschaftsfällen im Rahmen der Sonderbehandlungsvorgänge» traf von Ende 1940 bis April 1944 das RSHA, später das RuSHA selbst.⁷¹

1942 war fest gelegt worden, dass in Fällen, «in denen bei erwiesenem Geschlechtsverkehr polnischer Kriegsgefangener oder Zivilarbeiter mit deutschen Frauen und Mädchen beiden Teilen hinsichtlich ihrer sonstigen Führung ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, diese rassisch einigermaßen gut beurteilt werden, der Fremdvölkische eingedeutscht werden möchte und er das deutsche Mädchen heiraten will, (...) kein Strafverfahren gegen das beschuldigte Mädchen einzuleiten» sei.⁷² Spätestens von da an ging es also nicht mehr um einen an den

* In diesen Fällen wurden auch «Arbeitskräfte aus altsowjetischem Gebiet (Ostarbeiter) und*(...) Arbeitskräfte aus dem Gebiet des Militärbefehlshabers Serbien» rassisch beurteilt. (Feb. 1944)⁶⁸

Backenknochen objektivierbaren glasklaren arischen Einschlag, sondern nur noch um eine «einigermassen gute» rassische Beurteilung, vor allem aber darum, ob für die «sonstige Führung» ein «gutes Zeugnis» ausgestellt werden könne. Für als «rassisch» – sprich: «charakterlich» – «wertvoll» beurteilte polnische Männer schied die Exekution als Bestrafung für ihre Beziehungen zu deutschen Frauen von vornherein aus – sie sollten eingedeutscht werden.

Aber auch der Andreas wäre – im Falle einer Beurteilung als «nicht wiedereindeutschungsfähig» – nicht gehenkt worden. Das lag nicht etwa daran, dass er Ukrainer war. Die Ukrainer waren trotz einiger Privilegien – insbesondere unterlagen sie nicht der Kennzeichnungspflicht – bezüglich der «Sonderbehandlung» wegen Beziehungen zu deutschen Frauen den Polen gleichgestellt. Dass Andreas vermutlich nicht gehenkt worden wäre, lag daran, dass schon am Ende des Jahres 1942 die SS aufgrund des zunehmenden Arbeitskräftebedarfs der Konzentrationslager dazu übergegangen war, zuerst die charakterlich und arbeitsmässig gut Beurteilten und später alle Polen auch bei einem negativen Ausgang der rassischen Untersuchung nicht mehr zu exekutieren, sondern sie als sogenannte «Facharbeiter für lange Zeit» oder für einen bestimmten Zeitraum – meist zwischen 15 und 30 Jahren – in ein Konzentrationslager der Stufe III einzuweisen. Mit Anordnung vom 4. Mai 1943 wurde eine entsprechende Regelung erlassen.⁷³ Die Überweisung zur «Vernichtung durch Arbeit» beinhaltete keine übermässig grosse Chance, gerettet zu werden, und für einige noch nicht einmal die:

«Im Juni 1944 wurde ein polnischer Schutzhäftling in das KL Mauthausen eingeliefert, dem vorgeworfen wurde, er habe mit einer deutschen Frau geschlechtlich verkehrt. Er wurde im Rahmen der üblichen Aufnahmeformalitäten zur politischen Abteilung gebracht und (...) vernommen. Hierzu hatten sich (...) mehrere SS-Angehörige (...) eingefunden, weil der Einlieferungsgrund, nämlich «Rassenschande» begangen zu haben, in der politischen Abteilung regelmässig zum Anlass genommen wurde, den betreffenden Häftling zu misshandeln. Im Verlauf der etwa 1/2-stündigen «Vernehmung» hielten die anwesenden SS-Leute dem Polen immer wieder seine Handlung, die damals als todeswürdiges Verbrechen galt, vor, beschimpften und schlugen ihn. Der Zeuge S. veranlasste den Häftling zu sagen, weshalb er eingeliefert worden sei und sprach ihm auf deutsch dann einen Satz vor, der sinngemäss wie folgt lautete: «Die Entlassung aus dem Konzentrationslager ist die Entseelung durch den Schornstein des Krematoriums von Mauthausen.» S. befahl dem Opfer, diesen Satz in deutscher Sprache nachzusprechen, was dem Polen nicht gelang, weil er nur wenige Worte Deutsch sprach. Jedesmal, wenn er ein Wort falsch gesprochen hatte, musste er von Neuem beginnen und die Misshandlungen seiner Peiniger über sich ergehen lassen. Die SS-Männer schlugen wahllos mit Fäusten auf ihn ein und traten ihn mit Füßen, auch als der Pole vor Angst und Schmerz «Maria und Josef» rief und laut schrie und zu Boden fiel. Die SS-Angehörigen, die zuvor Alkohol getrunken hatten, verhielten sich (...) wild (...). (Einer der SS-Männer, M.H.), der einen Ochsenziemer in der Hand hielt, (...) trat dem Polen mehrfach mit dem beschuhten Fuss ins Gesicht und gegen das Geschlechtsteil. Der Häftling wurde so lange geschlagen und getreten, bis er schliesslich völlig regungslos mit deutlich sichtbaren Spuren der Misshandlung im Gesicht und an der Kleidung auf dem Fussboden (...) liegen blieb. R. zog den Polen auf Befehl gänzlich aus dem Zimmer und liess ihn durch das Leichenträgerkommando abholen (...)»⁷⁴

Exkurs: «Wiedereindeutschung (WED)»

Das Wiedereindeutschungs-(WED-) Verfahren war am 9. Mai 1940 durch die «Anordnung 17/11» des Reichskommissars zur Festigung des deutschen Volkstums eingeführt worden. Es bezweckte, das in den

«eingegliederten Ostgebieten (...) vorhandene deutsche Blut auch dann für das Deutschtum zurückzugewinnen, wenn der Blutträger in seinem Bekenntnis und in seiner Sprache polnisiert ist. Gerade aus diesen germanischen Blutträgern erwachsen den früheren polnischen Staaten jene Führernaturen, die sich letztlich gegen ihr eigenes deutsches Volkstum – sei es in Verblendung, sei es in gewollter oder unbewusster Verkenning ihrer blutlichen Verbundenheit – in schärfste Kampfstellung begaben.»

Für die Musterung dieser Menschen, die nicht deutscher Abstammung waren, zur «Wiedereindeutschung» kam

«neben den Gesichtspunkten der Sprache, der Erziehung und des Bekenntnisses der rassischen Auslese die übergeordnete und schlechthin entscheidende Bedeutung zu».⁷⁵

Der Begriff «Wiedereindeutschung» führte dabei bewusst in die Irre. Er ersetzte den zunächst gebrauchten Begriff «Assimilation».⁷⁶ Es ging bei dem Verfahren der «Wiedereindeutschung» um die Aufspaltung der unterworfenen Völker in anpassungswillige Kollaborateure, die dafür mit dem Signum «blutmässigen Deutschseins» belohnt und privilegiert wurden, und unangepasste – feindliche – Fremdvölkische, die dafür mit dem Signum «rassischer Minderwertigkeit» versehen wurden. Auch und gerade in diesem Selektionsverfahren dominierten also die «charakterlichen» Eigenschaften – Fleiss, Anpassung, soziale Stellung– die rassischen.

In den «Richtlinien für Eindeutschung polnischer Familien» des RuS-Führers in Breslau aus dem Jahre 1942 hiess es:

«Die Erfahrung hat gerade gezeigt, dass besonders die Führer im Polentum, der Insurgenten- oder auch Widerstandsbewegung einen beträchtlichen Anteil nordischen Blutes aufweisen, welches sie gegenüber den sonst fatalistischen, slawischen Elementen zur Aktivität befähigt.

Besonders aus diesem letzten Grund sollen die rassisch wertvollen Sippen dem Polentum abgeschöpft werden, um zum wenigsten für die nächste Generation durch Erziehung im Altreich dem deutschen Volkskörper als ehemals germanische Blutsträger wieder zugeführt zu werden. Dies bedingt aber eine sorgfältige Auswahl der einzudeutschenden Familien. Bei Vorschlägen zur Eindeutschung (...):

- 1.) Möglichst nur ganze Familien vorschlagen, da gut aussehende Einzelpersonen noch kein Beweis für den Erbwert des Anlagenträgers darstellen.
- 2.) Die Familie muss durch Haltung, Fleiss, Sauberkeit und Gesundheit, auch bei ärmlichen Verhältnissen, aus der übrigen polnischen «ra/volksdeutschen Bevölkerung hervorstechen.
- 3.) Die Familie muss in rassisch-seelischer Beziehung einen ausgeglichenen Eindruck machen.
- 4.) Da die eindeutschungsfähige Familie in rassischer Beziehung über dem Durchschnitt der gleichen sozialen Bevölkerungsschicht stehen muss, muss der nordisch-dinarische Blutsanteil vorwiegen, d.h., für den Laien gesehen, dass diese Familien durch die Höhe des Wuchses aus der Masse im Allgemeinen herausragen müssen.

5.) Fehlende deutsche Sprachkenntnisse oder politische Vergangenheit sind keine Hinderungsgründe für die Vorschläge zwecks Eindeutschung, da die Personen im Altreich unter Polizeiaufsicht gestellt werden und die Staatsbürgerschaft nur auf Widerruf erhalten.»⁷⁷

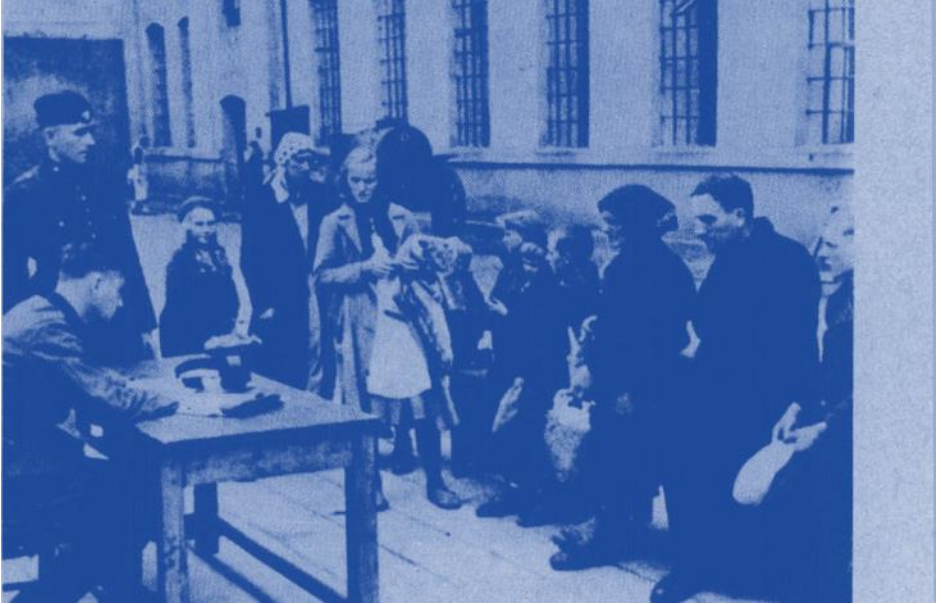
Gegen die unter diesen Bedingungen z.B. von den deutschen Bürgermeistern zur Wiedereindeutschung vorgeschlagenen Familien waren «Zwangsmassnahmen (z.B. Umsiedlung, Evakuierung, erzwungener Wohnungswechsel, Verlust des Arbeitsplatzes) (...) verboten». Diese «Privilegien (...) sollten weitergewährt werden, ausser wenn die Untersuchungskommission des RuSHA die WED abgelehnt hat».⁷⁸

Die im Raster der Eignungsprüfer als «erwünschter Bevölkerungszuwachs» eingeordneten Familien wurden zur Umerziehung ins «Altreich» abtransportiert und der Polizeiaufsicht durch den Höheren SS- und Polizeiführer unterstellt. Ihnen wurden bestimmte Wohnorte und bestimmte Betriebe zugewiesen.⁷⁹ Sie erhielten «Kennkarten» als «Wiedereindeutschungsfähige».⁸⁰ Damit war die Selektion aber keineswegs beendet. Ende 1942 wurde in einem Schreiben des Reichskommissars zur Festigung des Deutschen Volkstums an die HSSPF festgestellt, dass es trotz «der grössten Mühe bei der Auslese der Wiedereindeutschungsfähigen» auch ein Jahr nach der Ansiedlung im Altreich immer noch Familien gibt, «deren Ausschluss vom WED-Verfahren (...) angebracht» erscheint. Gründe dafür sollten sein: schwere Krankheit, «Erbkrankheit», «minderwertiger Charakter oder Einstellung» oder «Familien, deren psychologischer Wert nicht mit ihrem physiologisch-rassischen Wert übereinstimmt, z.B. faule oder asoziale Elemente». Auf der anderen Seite sollten «Erziehungs- oder Strafmassnahmen aus Gründen der Widersetzlichkeit oder einer politischen Widerstandshaltung (...) nicht notwendigerweise zum Ausschluss (...) vom WED-Verfahren» führen.⁸¹ So hatte der HSSPF in Wiesbaden z.B. vergeblich den Ausschluss eines polnischen Mannes aus dem «Wiedereindeutschungs»-Verfahren gefordert, über den es in einem Bericht der Gestapo Darmstadt hiess:

«Kowalczyk wurde seinerzeit von dort in das Eindeutschungsverfahren aufgenommen, obwohl er bei dem Ausländeramt des Polizeipräsidenten in Darmstadt schriftlich erklärte, dass er kein Deutscher werden, sondern Pole bleiben wollte. Am 9.9.1944 wurde der Genannte festgenommen, weil er der Verpflichtung zum Westwall keine Folge geleistet hat. Er besass sogar bei der Verpflichtung die Frechheit, den Kreisleiter der NSDAP in Darmstadt aufzusuchen und diesem zu erklären, dass er nicht an den Westwall gehe, da er Pole sei. Ich werde den Polen einem KL. zuführen und bitte, ihn aus dem Eindeutschungsverfahren herauszunehmen.»

In der Antwort des RuSHA hiess es:

«Die Einleitung von Strafmassnahmen ist an sich kein Grund zu einer Herausnahme aus dem Wiedereindeutschungsverfahren. Dass von vielen meist rassisch und haltungsgemäss einwandfreien Herdstellen ein gewisser Widerstand gegen die Wiedereindeutschung geleistet wird, ist m. E. nicht als charakterliche Minderwertigkeit anzusprechen und auch nicht auf die jeweilige politische Lage zurückzuführen. Sollte die Einweisung in ein Konzentrationslager nicht eine Änderung verursachen, so bitte ich um neuerlichen Bericht.»⁸²



Durch die Eignungsprüfer bei der «Umwandererzentralstelle» in Lodz wurden vertriebene polnische Familien auf ihre «Wiedereindeutschungsfähigkeit» hin rassistisch gemustert. Das Foto zeigt die erste Aufnahme der Personalien in einem Lager in Lodz.

Die Anpassung der Menschen zu erzwingen war Ziel der «Wiedereindeutschung». Ein hoher RuSHA-Funktionär schrieb Anfang 1943 in einem geheimen Bericht über die Ergebnisse des «Wiedereindeutschungs»-Verfahrens:

«Es kann festgestellt werden, dass sich die überwiegende Mehrzahl der ins WED-Verfahren einbezogenen Personen als wertvoll in jeder Hinsicht erwiesen haben. (...) Falls dort noch wie es verständlich ist, ein Mangel an Bereitschaft für die Wiedereindeutschung besteht, kann dennoch erwartet werden, dass die nächste Generation in Anbetracht ihrer rassistischen Orientierung immer mit dem Deutschtum verschmelzen wird.»⁸³

Im Laufe der Zeit wurde das WED-Verfahren auf immer mehr Gruppen von Menschen angewandt: auf aus bestimmten Regionen des «Generalgouvernements» ausgesiedelte polnische Familien, auf Flüchtlinge aus den baltischen Staaten, auf aus der Untersteiermark vertriebene Slowenen oder auf «abgesiedelte» Lothringer und Luxemburger. Die Gesamtzahl der «Wiedereingedeutschten» betrug zwischen 30- und 50'000.⁸⁴ Die vom Reichsführer SS am Schluss des «Dritten Reichs» noch angeordnete «Erweiterung des Wiedereindeutschungsverfahrens auch auf ehemals sowjetrussische Staatsangehörige (also auch Ostarbeiter)» wurde nicht mehr praktiziert.⁸⁵

Für als «eindeutschungsfähig» beurteilte polnische Männer, die zuerst – zumindest ab Mitte 1941 – wegen ihrer Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen für

kurze Zeit in ein KZ gesteckt werden sollten, galt ab Februar 1943 folgende Bestimmung:

«Um zu vermeiden, dass rassisch einwandfreie, jedoch charakterlich ungeeignete oder deutschfeindlich eingestellte Personen dem Eindeutschungsverfahren zugeführt werden und dass mit der Eindeutschung derartiger Personen begonnen wird, ehe die endgültige rassische Sippenbeurteilung abgeschlossen ist, hat der Reichsführer SS angeordnet, dass in Zukunft eindeutschungsfähige Polen und sonstige Fremdvölkische aus dem Osten, die mit deutschen Frauen oder Mädchen Geschlechtsverkehr unterhalten haben und eindeutschungsfähig werden sollen, für die Dauer von 6 Monaten in eine beim Sonderlager Hinzert* errichtete Abteilung für Eindeutschungsfähige einzuweisen sind.»⁸⁶

Nach Ablauf der sechs Monate gab der Kommandant des Sonderlagers einen Bericht über die Führung des sogenannten «E-Polen» im Lager ab. Hatte dieser sich gut geführt und war auch seine Familie als «eindeutschungsfähig» anerkannt worden, wurde vom zuständigen Referenten des Reichssicherheitshauptamtes vorgeschlagen, den Häftling zu entlassen und unter polizeilicher Aufsicht anzusiedeln. Im andern Fall – schlechte Führung und/oder als «nichteindeutschungsfähig» beurteilte Familie – schlug der Lagerkommandant vor, den Häftling «für längere Zeit» in ein Konzentrationslager zu deportieren.⁸⁷

«Überprüfungsakt: Schwangerschaftsunterbrechung»

Ende 1942 wurde die vorher übliche ausnahmslose «Rückführung» schwangerer Polinnen und Ostarbeiterinnen in ihre Heimatländer eingestellt. In dem entsprechenden vorläufigen Erlass des «Generalbevollmächtigten für Arbeitseinsatz» vom 15.12.1942 wurden «rassische Untersuchungen zur Ermittlung Kinder gutrassischer Elemente»⁸⁸ angekündigt. Daher bedurften die vier Monate später ermöglichten Schwangerschaftsabbrüche bei sowjetischen Arbeiterinnen, die von den Frauen beantragt und von einer «Gutachterstelle für Schwangerschaftsunterbrechung der zuständigen Ärztekammer» genehmigt werden sollten, der Zustimmung des Beauftragten des Reichskommissars zur Festigung des deutschen Volkstums.⁸⁹ Dieser war in der Regel mit dem Höheren SS- und Polizeiführer identisch und in seiner Entscheidung vom Ergebnis der «rassischen Überprüfung» durch die RuS-Dienststelle abhängig.

Anfang Juni 1943 wurden die Überprüfungen auf «die Fälle» beschränkt, in denen

* Das «SS-Sonderlager» in Hinzert bei Trier war 1939 in einem ehemaligen Barackenlager für Westwallarbeiter der «Organisation Todt (OT)» eingerichtet, 1941 dem «Inspekteur der Konzentrationslager» unterstellt und auch als «Schutzhaftlager» genutzt worden. Im Durchschnitt wurden in Hinzert etwa eintausend Gefangene – zumeist Ausländer – aus den verschiedensten Gründen festgehalten – neben «Eindeutschungshäftlingen» zumeist luxemburgische Widerstandskämpfer oder Deutsche, die in Frankreich Fremdenlegionäre gewesen waren. Im September 1941 wurden in Hinzert siebenzig sowjetische Kriegsgefangene durch Injektionen, ein Jahr später und im Februar 1944 vierundvierzig Luxemburger durch Erschiessen umgebracht. Insgesamt starben dort über 300 Häftlinge⁸⁰.

behauptet wurde oder es wahrscheinlich schien, dass «es sich bei dem Erzeuger um einen Deutschen oder Angehörigen eines stammesgleichen (germanischen) Volkstums handelt». Liess das Ergebnis erkennen, «dass mit einem rassisch-wertvollen Kinde zu rechnen» sei, so sei «die Zustimmung zur Schwangerschaftsunterbrechung zu versagen». Handelte es sich bei dem möglichen Vater um einen «fremdvölkischen (nicht germanischen) Mann», so galt «die Zustimmung zur Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen (...) als von vornherein erteilt».⁹⁰

Am 22.6.1943 ordnete der Reichsgesundheitsführer in einer «2. Durchführungsanweisung» für die Schwangerschaftsabbrüche an, die Überprüfungs- und Abtreibungspraxis «sinngemäss auch für Polinnen anzuwenden».⁹¹ Diese Anordnung, mit der die Medizinalbürokratie ein Stück der rassistischen Hierarchisierung zwischen polnischen und sowjetischen Frauen nivellierte, führte zu einer Gegenreaktion des Reichsführers-SS. Er ordnete kurz darauf in seiner Eigenschaft als Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums an, «ohne Berücksichtigung, zu welchem Volkstum der Erzeuger gehört», auch diejenigen polnischen Frauen zur «rassischen Überprüfung» zu melden, die «in rassischer Hinsicht einen guten Eindruck» machten.⁹² Dem Rückführungsstopp und der rassistisch motivierten Legalisierung von bestimmten Schwangerschaftsabbrüchen folgten selbstverständlich allgemeine Richtlinien (am 27.7.1943)⁹³, die die unterschiedliche Behandlung der Kinder, die dennoch zur Welt kamen, entsprechend ihrem «rassischen Wert» festlegten.

Schon kurz nach Beginn der Überprüfungen in der Rhein-Westmark betrieb die RuS-Dienststelle in Wiesbaden eine Ausdehnung der rassischen Überprüfungen. In Unterredungen mit den Präsidenten der Gauarbeitsämter Rhein-Main in Frankfurt und Moselland in Koblenz wollte Rödel erreichen, dass diese die ihnen untergeordneten Arbeitsämter anwies, «jede ausländische Arbeiterin unverzüglich dem zuständigen Höheren SS- und Polizeiführer zu melden, von der bekannt ist, dass sie schwanger ist»⁹⁴, also auch diejenigen Frauen, deren Männer und Freunde als «nicht germanisch» galten. Während das Gauarbeitsamt in Koblenz die Arbeitsämter seines Bezirks prompt dementsprechend informierte, verwies das Frankfurter Gauarbeitsamt Rödel an den «Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz» in Berlin, was diese im Ergebnis über die Normen hinaus radikalisierte Überprüfungspraxis aber nur kurz verzögerte.⁹⁵ Auch Rödel's Fachvorgesetzte waren einverstanden. Nach einem Gespräch mit dem Chef des RuSHA-Rassenamtes in Prag, Bruno K. Schultz*, Ende Januar 1944 konnte

* Bruno K. Schultz, Jahrgang 1901, erhielt 1938 eine ausserordentliche Professur für Bevölkerungsbiologie an der Berliner Universität. Schon bis Ende 1942 dessen kommissarischer Leiter, avancierte er am 1.1.1943 offiziell zum Chef des «Rassenamtes» – zu diesem Zeitpunkt schon mit Sitz in Prag, wo er an der Deutschen Universität auch eine Professur erhielt. Ende März 1943 konnte der Chef des RuSHA Himmler in einem Vorschlag, die «Endlösung der Judenmischlingsfrage» betreffend, die

der Eignungsprüfer Ratzeburg mitteilen, dass Schultz die erweiterte Wiesbader Überprüfungspraxis «im Wesentlichen gebilligt» habe.

Gleichzeitig mit der Ausdehnung der Rassenbegutachtungen auf alle polnischen und sowjetischen Schwangeren begann die RuS-Dienststelle damit, den Ärztekammern auch dann Mitteilung von der Genehmigung des Abbruchs zu machen, wenn die schwangere Frau diesen gar nicht beantragt hatte. «Dabei war beabsichtigt», so Rödel in einem Gesprächsprotokoll, «den Schwangerschaftsfall den Stellen zur Kenntnis zu bringen, die eine entsprechende Bearbeitung auslösen konnten».⁹⁸ Der allein schon durch die miserablen Lebensbedingungen der ausländischen Frauen höchst fragwürdigen Freiwilligkeit des Abbruchs wurde auf diese Weise weiter die reale Grundlage entzogen. Der SD-Abschnittsführer Koblenz z.B. wies alle Aussenstellen an:

«Es wird bekannt sein, dass rassistisch minderwertiger Nachwuchs von Ostarbeiterinnen und Polinnen möglichst unterbunden werden soll. Obwohl Schwangerschaftsunterbrechungen nur auf freiwilliger Basis vorgenommen werden sollen, sind diese in jedem Fall doch zu forcieren.»⁹⁹

Auch Rödel hatte in dem oben erwähnten Gesprächsprotokoll vermerkt, es bestünde «ein Interesse daran, dass von der Möglichkeit der Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen weitgehend Gebrauch gemacht»¹⁰⁰ werde. Das Arbeitsamt Wiesbaden schrieb an die seiner Ansicht nach zu langsam und zurückhaltend agierenden Höheren Polizeibehörden des Bezirks:

«Die Erfahrungen in letzter Zeit haben gezeigt, dass die Betriebsführer, bei denen sich schwangere ausländische Arbeitskräfte (Ostarbeiterinnen oder Polinnen) im Einsatz befinden, Unterbrechung der Schwangerschaft durch diese Ausländer bei verschiedenen Dienststellen beantragen. (...) In einigen Fällen hatte die Ausländerin bereits entbunden, als mir der Antrag zugeleitet wurde. Um eine einheitliche Bearbeitung, die auch Erfolg verspricht, zu gewährleisten, bitte ich, Anträge auf Schwangerschaftsunterbrechung direkt an mich (Arbeitsamt Wiesbaden – Ärztlicher Dienst –) weiterzuleiten. Ich werde dann diese Ausländerinnen schnellstens vorladen und mir eine formularmässige Bescheinigung unterschreiben lassen, wonach eine Unterbrechung der Schwangerschaft beantragt wird. Sofort nach Vorliegen dieser Bescheinigung wird durch mich die Reichsärztekammer, der Höhere SS- und Polizeiführer, das Jugendamt sowie das Gaurbeitsamt benachrichtigt.»¹⁰¹ Das Verfahren, alle Frauen zu mustern und zu für sie unüberschaubaren Unterschriften zu nötigen, rief auch Kritik hervor: Nach einer Mitteilung der SS-Behörden, dass sie bei zwei Ostarbeiterinnen keinen Einspruch «gegen deren Schwangerschaftsunterbrechung» erheben, an die Ärztekammer Moselland,

Anregung von Schultz vortragen, «die jüdischen Mischlinge II. Grades nicht ausnahmslos den Deutschblütigen zuzuschlagen, sondern dieselben einer rassistischen Sichtung zu unterziehen. Jene Mischlinge II. Grades, bei denen die jüdischen Rassenmerkmale im äusseren Erscheinungsbild deutlich hervortreten, wären in der Behandlungsweise den Mischlingen I. Grades gleichzustellen.»⁹⁶ Nach dem Krieg ist seine Universitätskarriere zwar beendet, angeklagt oder verurteilt wurde er aber nie.⁹⁷

beschwerte sich der Leiter, nachdem er darauf hingewiesen hatte, dass Angaben fehlten, ob «von den Schwangeren der Wunsch einer Unterbrechung geäußert ist»:

«Schliesslich sehen die Bestimmungen nicht vor, dass jeder Fall einer Schwangerschaft von Ostarbeiterinnen dem Höheren SS- und Polizeiführer zur Begutachtung zur Vorlage kommt. Das Einverständnis des Höheren SS- und Polizeiführers ist nur in den Fällen vorgesehen und notwendig, wo es sich bei dem Erzeuger um einen Deutschen oder Volkszugehörigen artverwandten Blutes handelt, oder wenn die Schwangere eine Polin von rassemässigem gutem Eindruck ist.»¹⁰²

Dieser Widerstand richtete sich aber nicht etwa prinzipiell gegen das Verfahren der rassischen Überprüfung, sondern bezog seine Motive aus der Angst vor Zeitverlusten bei einem möglichst unkomplizierten und durchgreifenden Abtreibungsverfahren bei «fremdvölkischen» Arbeitskräften. In vielen Fällen, in denen die Schwangerschaften zu weit fortgeschritten waren, um einen Abbruch durchzuführen, waren in der Rhein-Westmark die rassischen Überprüfungen verantwortlich – sie dauerten zu lange. Mitte Mai 1944 teilte der «Leiter der Gutachterstelle in der Ärztekammer Hessen-Nassau» Zörner dem RuS-Führer Rödel mit, dass «eine Beschwerde an den Reichsgesundheitsführer ergangen» sei und «dass in Zukunft nur Überprüfungen innerhalb des Rahmens der Verfügung vom Reichsgesundheitsführer stattfinden» sollten. Wenige Tage darauf folgte eine Beschwerde des Gauarbeitsamtes:

«Seitens mehrerer Arbeitsämter meines Bezirks und auch der Arbeitsämter des Bezirks Kurhessen wird darüber Klage geführt, dass bei den (...) von ihnen gewünschten Meldeverfahren eine Verzögerung der Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechungen Platz ergriffen habe (...) aus welchem Grund die Unterbrechung nicht mehr vorgenommen werden konnte.»

Noch am gleichen Tag gab Rödel gegenüber dem Gauarbeitsamt

«die Zustimmung zur Schwangerschaftsunterbrechung bei Ostarbeiterinnen (...) in allen Fällen (...), wo es sich bei dem Kindsvater um einen Mann nichtdeutschen oder artverwandten Blutes handelt, ebenso bei Polinnen, wenn diese einen rassistisch schlechten Eindruck machen.»¹⁰³

Den Mangel an Hilfskräften und Verkehrsschwierigkeiten führte er zur Begründung an.

Um dennoch einen möglichst umfassenden Zugriff auf schwangere Ausländerinnen zu behalten, gestand Rödel den begutachtenden Ärzten ein Recht zur Vorselektion zu. Bei der Ärztekammer wurde nämlich seine «Anregung», entgegen den Bestimmungen auch sowjetische Arbeiterinnen, «die einen rassistisch guten Eindruck machen, zur Begutachtung» zuzuweisen, «für sehr glücklich» gehalten und als gegenseitige Vereinbarung aufgefasst.¹⁰⁴

Wann ein Kind zur Welt kommen sollte und wann nicht, war in der schon mehrfach zitierten Anleitung für die «R-Untersuchung» genauestens festgelegt. Dort hiess es:

«Untersuchungen werden in Zivil oder weissem Mantel vorgenommen. Die Arbeitgeber sind hinsichtlich der charakterlichen Eignung (der Schwangeren und des Kindsvaters, M.H.) weitgehend zu hören, charakterliche Beurteilung in Grenzfällen ausschlaggebend.

- a) Das Kind ist erwünscht, wenn
Frau RuS I od. II, Mann RuS I - III oder
Frau RuS I - III, Mann RuS I - II
- b) das Kind ist unerwünscht, wenn
Frau RuS IV - IVf, Mann RuS I - IV
Frau RuS III, Mann RuS IV - IVf
Frau RuS I - II, Mann RuS IVf
- c) Grenzfälle, wenn
Frau RuS I - II, Mann RuS IV
Frau RuS III, Mann RuS III
- a) und b) Entscheidung klar
- c) Entscheidung dem Prüfenden überlassen. Hier charakterliche Eignung ausschlaggebend! Bei Eignung (RuS I und II) der Eltern oder eines Teils, Sippenangehörige feststellen, wie bei Wiedereindeutschung Bilder erstellen lassen u.s.w.»¹⁰⁵

Die Gesamtzahl der so begründeten und ausgeführten Abbrüche kann bisher weder für das Deutsche Reich insgesamt noch für die Rhein-Westmark angegeben werden. Demgegenüber erhielt sich für den Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Oberfranken eine Aufstellung, die die Zeit vom 26.5.1943 bis 4.4.1945 umfasst. In dem Bericht werden 637 Anträge auf Schwangerschaftsabbruch an die Gutachterstelle der Ärztekammer erwähnt. In 99 Fällen wurden die Schwangeren und ihre Männer oder Freunde rassistisch gemustert. (D.h., in Oberfranken war die Überprüfungspraxis offensichtlich nicht über den zentral vorgegebenen Rahmen wie in der Rhein-Westmark ausgedehnt worden.) Bei 22 dieser 99 Anträge wurde die Genehmigung zum Abbruch nicht erteilt. Insgesamt wurden nur in einem Sechstel der Fälle (107) die Schwangerschaften nicht abgebrochen, u.a. weil sie entweder zu weit fortgeschritten waren (36 Fälle) oder die Frauen die Abtreibung nachdrücklich verweigerten (18 Fälle) oder eben weil das werdende Kind den Behörden nach rassistischer Überprüfung «erwünscht» schien. 530 Abbrüche wurden vollzogen.¹⁰⁶

Für den Fall, dass ein Kind trotz und entgegen den Absichten dieser intrauterinen Selektion geboren wurde, ordnete Rödel in dem gleichen Schreiben, in dem er seine eigenmächtig ausgeweiteten Überprüfungspraktiken zurücknahm, an: «Nach wie vor ist eine Überprüfung jener Schwangerschaften notwendig, bei denen das Kind zur Austragung kommen soll. Ich bitte also nach wie vor, mir alle Schwangerschaften zu melden.»¹⁰⁷ Denn es ging ja nicht nur um die Verhinderung der Abtreibung «gutrassischen» Nachwuchses, sondern auch um die Erfassung aller «gutrassischen» Kinder, die zur Welt kommen würden. All diese Kinder sollten «nach Möglichkeit dem Deutschtum (...) erhalten und (...) daher als deutsche Kinder» erzogen werden.¹⁰⁸ Lautete das Urteil des Eignungsprüfers: «Das Kind ist erwünscht», so waren zumindest bei

nicht genehmigten Schwangerschaftsabbrüchen «alle Unterlagen (...) zusammen mit Fotografien und Adressen von ihren Verwandten» an das RuSHA nach Berlin zu schicken, «damit sie in Hinsicht auf eine Einbeziehung in das Wiedereindeutschungsverfahren untersucht werden können».¹⁰⁹ Ausserdem wurden die Eltern – entsprechend dem grundlegenden Erlass vom 27.7.1943 – dem zuständigen Gesundheitsamt zur Untersuchung gemeldet, das Jugendamt mit «Aufforderung (...), zu gegebener Zeit die Vormundschaftsbestellung einzuleiten», verständigt und die Gaudienststelle der NSV aufgefordert, das Kind «zu gegebener Zeit in die Betreuung» aufzunehmen. «Bei besonders wertvollen Müttern», bei denen die «Übernahme» in ein Lebensbornheim in Frage kam,¹¹⁰ sollte an das «Amt L. Persönlicher Stab des RFSS» berichtet werden: «Genauere Angaben! Bewertung der Mutter und des Vaters, eingehende Schilderung der charakterlichen Eignung, Befähigung usw.!»¹¹¹ Da «die Übernahme des gut-rassischen Kindes in die Betreuung der NSV oder des Lebensborns (...) meist dessen Trennung von der am Arbeitsplatz verbleibenden Mutter notwendig machen» würde, sollten die Mütter «von der betreuenden Stelle unter Darlegung der Vorteile, nicht aber des Ziels dieser Betreuung (die Erziehung zum Deutschen, M.H.) zur Erteilung der Zustimmung» bewegt werden. «Um der Mutter Vertrauen zu der Betreuung einzuflössen», sollte sich die «betreuende Dienststelle (...) schon in der letzten Zeit der Schwangerschaft um die Mutter kümmern».

Neben dieser sozialarbeiterischen Einschmeichelei unter Ausnutzung der miserablen Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiterinnen drohte diese Bestimmung allerdings auch Gewalt an, und zwar in einer so vagen Weise, dass sie den unteren Instanzen jeden Spielraum gaben: «Es wird allerdings erwogen, ob nicht bei Ostarbeiterinnen, Arbeiterinnen aus dem Generalgouvernement und Schutzangehörigen (Tschechen, M.H.) auf die Zustimmung verzichtet werden kann, wenn eine Belehrung keinen Erfolg hat.»¹¹²

Parallel zur rassistisch-charakterlichen Überprüfung von Schwangeren und Neugeborenen begannen die RuS-Behörden auch Kinder zu mustern, die Ausländerinnen bereits vor längerer Zeit geboren hatten. Es handelte sich um den «Überprüfungsakt: Ausländerkind». Als Ergebnis wurde dann zum Beispiel festgehalten:

«Die Überprüfung ergab, dass das Kind der Spanierin Maria S. als rassistisch wertvoll zu bezeichnen ist. Es besteht jedes Interesse daran, dass das Kind dem deutschen Volk nicht verlorengeht, auch wenn die Eheschliessung mit dem angeblichen Vater des Kindes, Walter S., Wiesbaden, (...) nicht zustande kommen sollte.»¹¹³

War ein Kind erst einmal in «deutscher Hand», sollte auch das nahende Kriegsende den Erfolg der Aktion nicht beeinträchtigen. Ende Januar 1945 regte Rödel beim RuSHA in Prag an:

«Im hiesigen Bereich sind eine Reihe von gut rassistischen Ausländerkindern in die Obhut der NSV. genommen worden. In den meisten Fällen wurde für die Mutter Wiedereindeutschungsantrag gestellt. Nun tauchen aber Fälle auf, wo das nicht geschehen kann,

REISEBERICHT Nr. 5/44

Bigungsprüfer : SS-Oberscharführer R. Ratzburg.
Überprüfungsgebiet: Kehlens, Kochen, Sell, Wittlich, Trier,
Bilburg, Ahweiler, Reckenberg, Kestrich
Gr. Gerau, Darmstadt und Worms.
Überprüfungsakt : Schwangersch.-U., Sonderbehandlung,
Wiedereindeutschg., Einbürgerung, Ausländer-
drehen, Eheachen, Pol.-Nachr. Helf. und
SS-Auslese.
Reisedauer : 22.3.44 bis 28.3.1944.

I. Ges.-Amt - K o b l e n z am 22.3.1944 um 10 Uhr:

1. Schwangerschaftsunterbrechung:

- a) Niemczuk, Antonie-Sabouret, Raymond, die N. wurde mit N.w.o. 5 o A III-II und der franz. Erzeuger S. mit D.N.o. 5 o A III-RuS II erkannt. Beide machen im Großen und Ganzen einen recht günstigen Eindruck. Die N. gibt an daß die Großmutter mütterlicherseits Deutsche gewesen sein soll, Nachweis kann die N. jedoch nicht erbringen. Arb.-Amt benachrichtigt.

2. Polizeinachrichtenhelferin:

- a) Kappes, Ethel, N.d.ob. (Gr.1.59) 5 o - III - RuS II. Als Uniformträgerin geeignet.

II. Ges.-Amt - K o c h e n am 22.3.1944 um 14 Uhr:

1. Schwangerschaftsunterbrechung:

- a) Tyssab, Aumens-Kostecki, Julia, die T. N.O. 4 o/d B I - RuS III, kein Einwand gegen U.
b) Leschka, Angela, Ob.f.o. 4 o/d B II - RuS IV Kein Einwand gegen U.
c) Blenderova, Kulina, N.O. 4 o/d B I - RuS III, Kein Einwand gegen U.
Di. unter II/1.a - o aufgeführten Fälle wurden dem Arbeitsamt-Kochen mündl. die Vorentscheide bekanntgegeben.

III. Ges.-Amt - S e l l am 23.3.1944 um 10 Uhr:

1. Sonderbehandlung:

- a) Conrad, Albert, wurde mit O.n.d.ob. 4 d B II - RuS IV bewertet. Völlig unausgeglichenen Mischling, hinterl. St. keinen günstigen Eindruck, Wäre die Tochterkinder nicht so unähnlich könnte man dem G. den Verkehr mit der T. unbedenklich zulassen.

IV. Ges.-Amt - W i t t l i c h am 23.3.1944 um 15 Uhr:

1. Lux.-Einbürgerung:

- a) Müller, Anneliese, N.w. 5 o A III - RuS II. Hinterl. St. ziemlich farblos. Eindruck. Ich verweise auf den Inhalt der Akte des Chefs d. Zivilverw.L.

V. Ges.-Amt - T r i e r am 24.3.1944 um 10 Uhr:

1. Schwangerschaftsunterbrechung:

- a) Welsch, Stanislaw, F.o. 5 o A III - RuS II, fast II. äußerst günstige Erscheinung, wird auch vom Arbeitgeber als sehr günstig beurteilt. Fleiß, Sauberkeit und Offenheit sind kennzeichnende Merkmale der W. Die Angst vor der Vergewaltigung der W. halte ich für durchaus glaubhaft, auch ist der Arbeitgeber davon überzeugt. Den Arbeitstrier bitte wenden!

z. B. bei Kroatinnen. Es ist auch möglich, daß die Mütter solcher Kinder vor dem Abschluß der Wiedereindeutschung vermißt werden, also entweder in ihre Heimat zurückkehren oder sonstwie unauffindbar werden. Dann behalten nach wie vor die Kinder die Staatsangehörigkeit der Mutter. Ich rege an, daß in allen Fällen, wo es sich um gut rassische Kinder von Ausländerinnen handelt, sofort vom Jugendamt gleichzeitig mit dem von hier aus eingereichten Wiedereindeutschungsantrag für Mutter und Kind, ein Einbürgerungsantrag für das Kind allein bei der zuständigen Behörde gestellt wird. In den meisten Fällen wird es leicht möglich sein, Zustimmung zu diesem Antrag zu erhalten.

- a) Bergois zum wiederholten Male nicht erschienen, wird zum nächsten Termin polizeilich vorgeführt!

II. Schloß-Straßpolizei - Darmstadt am 26.3.1944 um 9.30 Uhr:

1. Wiedereindeutschung:

- a) Mischeenko, Lidija, wurde mit N.O. 5 (c/d) B I - RuS III vorbehaltlich B. durch RuS.-Führer bewertet. Macht äußerst günstigen Eindruck, bei der M. handelt es sich um einen ausgesprochenen Grenzfall.
- b) Sasorina, Soja wurde mit N.w.ob. 10 A III - RuS II bewertet. Eindruck und Gesamthaltung sehr günstig. Intelligente, sauber und gerade. Lt. Foto ist Vater D.n. (V ?) RuS II-III, Mutter S.ob. RuS II.
- c) Stuzal, Maria wurde mit D.v.u. 4 c/d B I - RuS III bewertet. Durchschnittstyp.

2. Sonderbehandlung:

- a) Jablonski, Antoni-Wehr, Johanna. Der J. wurde mit a.e.ob.d. 4 c/d B I - RuS III bewertet. Ohn faktürlich undurchsichtig macht er den Eindruck eines verschlagenen brutalen Menschen unter dessen zwingendem Wesen die J. ihr gestanden hat. Er wird außer von Geheimen Staatspolizei charakterlich sehr ungünstig beurteilt. Die M. ist N.D.o 4 o A III - RuS II.

III. Ges.-Amt - Worms am 26.3.1944 um 16 Uhr:

1. 1/4-Auslese.

2. Wiedereindeutschung:

3. Polizeinachrichtenhelferinnen:

Die oben genannten Vorgänge konnten nicht erledigt werden weil ich in Darmstadt mit Arbeit überlastet war und daher nicht mehr rechtzeitig nach Worms fahren konnte. Das Amt konnte von hier aus nicht benachrichtigt werden weil das angemeldete Ferngespräch nicht mehr durchgeführt gekommen ist. Die Fälle werden bei der nächsten Reise berücksichtigt!

Notiz zur Dienstreise:

Zur Vermeidung unnötiger Anreisen wird vorgeschlagen daß eine Matrize für Erstellung von Fotos für die Polizeibehörden usw. angefertigt wird.

1/4-Oberscharführer

Die Seiten 1 (S. 173) und 3 (diese Seite) des »Dienstreiseberichtes 5/44« des Eignungsprüfers R. Ratzeburg v. 29. März 1944. Die Durchstreichungen und Bemerkungen mit Stift stammen vom Leiter der Dienststelle Rödel (»R«).

Wenn also die Mutter späterhin das Reich verlassen will, kann man ihr meines Erachtens die Mitnahme des Kindes ohne weiteres verweigern. Für die Durchbringung des Einbürgerungsantrages könnten Sonderbestimmungen erlassen werden, so daß dieser in kürzester Frist erfolgen könnte.«¹¹⁴

Kinder, die von vornherein oder nach der russischen Musterung als »nicht erwünscht« eingestuft wurden, aber dennoch zur Welt gekommen waren, wurden in Aufbewahrungsheimen untergebracht, die auf Himmlers Anregung hin die hochtrabende Bezeichnung »Ausländerkinder-Pflegestätte« trugen. Die Einrichtung dieser Lager erschien um so notwendiger, je mehr ausländische Frauen — trotz der Möglichkeit des Abbruchs — Kinder gebaren.¹¹⁵ In diesen

Lagern – eines der berüchtigsten war in Velpke¹¹⁶ bei Wolfsburg – starben sehr viele der Kinder, manchmal alle. Mit den bewährten Hilfsmitteln der Menschenvernichtung Mangelernährung und Kälte wurden sie getötet.

Rasse und Eignung

Genauso wie sich die die «Ausmerze» der deutschen Unterklassen vorantreibende «Asozialenforschung» am Ende der 30er Jahre vom Paradigma der Vererbung löste und sich «dem soziologischen Sachverhalt» zuwandte, orientierte sich die rassische Eignungsprüfung über rein abstammungsbiologische oder morphologische Kriterien hinaus auf sozialpsychologische Zusammenhänge. Die Politik der Eindeutschung, verbunden mit der Bestrafung, Deportation und Sonderbehandlung der «Nichteindeutschungsfähigen», entpuppt sich als Versuch, die Völker in den besetzten und annektierten Ländern aufzufächern in Kollaborateure, Unentschlossene und Feinde. Die einen sollten angepasst, in ein neues, ihnen fremdes soziales Gefüge einsortiert werden, die anderen galt es zu zerbrechen.

Die Arbeit der RuS-Dienststelle in Wiesbaden verdeutlicht den Stellenwert der Eignungsprüfung. Wenn die Dienststelle auch an chronischem Personalmangel litt, Interessenkonflikte mit teilweise mächtigeren Trägern der NS-Herrschaft durchzustehen hatte (genauso wie das RuSHA insgesamt), so schränkte das zwar die volle Entfaltung ihrer Selektionspraxis ein, verhinderte aber nicht die gleichzeitige schrittweise Ausdehnung der Kompetenzen. Die Eignungsprüfung, wie sie das Rasse- und Siedlungshauptamt praktizierte, war eine funktionsfähige Methode für die soziale Selektion von Ausländern. Die Eignungsprüfer in der «Rhein-Westmark» waren mit dem gesamten Repertoire der Blickdiagnosen vertraut, die die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik im Krieg gegen die in annektierten Ländern oder zwangsweise im Deutschen Reich lebenden Ausländer einsetzte. Das blickdiagnostische Urteil war freilich – aber das gehörte dazu – präformiert durch die Aktenlage: Stellungnahmen der Arbeitgeber, Berichte der Arbeitsämter, Stellungnahmen von Amtsärzten, Gestapo-Verhöre, Lichtbilder – frontal, im Halbprofil, angezogen und in bestimmten Fällen auch nackt. Die individuelle Musterung innerhalb des Spielraums «gutrassisch – schlechtrassisch» war ein Stück nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik; sie stellte den einzelnen Ausländer, ohne dass er es wusste, in eine durch den Eignungsprüfer geprägte sozialpsychologische Testsituation. Die heute fremd anmutende Rassenterminologie stand für den Grad der Anpassung bzw. der Anpassungsbereitschaft des Menschen an das deutsche Wesen und die deutsche Leistungsgemeinschaft. Im Wesentlichen wurde die «Eignung» eines Menschen geprüft, nicht seine Rasse. Wer sich eignete, durfte auf längere Sicht gesehen und nach einer gewissen Probezeit Deutscher werden. Wer in dieser

Probezeit «Asozialität und Faulheit» zeigte, konnte in die Gruppe des «unerwünschten Bevölkerungszuwachses» zurückgestuft werden, da sein «hoher physiologisch-rassischer dem psychologischen Wert» nicht entsprach. Wer sich nicht eignete, hatte um seine soziale und physische Existenz zu fürchten. Die Differenzierung geschah auf der Grundlage staatlicher Gewalt; sie setzte die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Arbeitsämtern, Arbeitgebern, Polizeidienststellen voraus ebenso wie die systematische bürokratische Überwachung, also die regelmässige «ausländerpolizeiliche Behandlung» der möglicherweise betroffenen Personen. Im «Reich» ging es dabei insbesondere um den verbotenen Kontakt zwischen Ausländern und Deutschen einerseits bzw. um die Bereitschaft zur Anpassung, die sich aber nur in diesem Kontakt erweisen konnte. Das Eingreifen der RuS-Behörden hatte eine paradoxe Grundlage: Es setzte Verletzung des Verbotes durch Deutsche und gleichzeitig die Denunziation dieser Tat durch andere Deutsche voraus und bestrafte dann nicht einfach diese Grenzverletzung, sondern legalisierte oder sanktionierte sie im Nachhinein. Es entstand also ein genau geregeltes, aber nach aussen hin für die Betroffenen völlig willkürlich agierendes System von Vernichtungsdrohung einerseits und Anpassungsmöglichkeit andererseits. Diese Anpassung wurde durch die äusseren Verhältnisse gefördert und vielfach erzwungen. Die dem Ziel der Eignungsprüfung, «kein wertvolles Volkstum zu verlieren», innewohnende Forderung nach der Musterung aller Ausländer war auch nach vier Jahren genauso wenig erfüllt wie 1940, als Himmler realistisch einschränkte, er könne «in vier Wochen nicht eine Million Menschen sieben». Er gab aber das Ziel, sie alle «durchzuschleusen», nicht auf, und die ihm unterstehenden, für Bevölkerungspolitik zuständigen Ämter entwickelten unter Bedingungen des Krieges und der fehlenden Ressourcen Zwischenlösungen, um von den Rändern her dort Menschen wegzuselektieren, wo es als dringend notwendig erachtet wurde. Wer deportiert, sonderbehandelt, aufgezogen, abgetrieben oder zum Zwangsdeutschen gemacht wurde, das durfte keiner Willkür und nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern sollte immer wieder neu überprüft und geordnet werden.

In ihren Eignungsuntersuchungen unterwarfen die Diagnostiker der SS auch Kleinkinder, Säuglinge und selbst Embryos der Überprüfung. Hier konnte es nicht um den Grad der Anpassung gehen, sondern darum, wer zwangsweise deutsch erzogen und lebensberechtigt sein sollte und wer dieser Erziehung nicht würdig schien, sein Lebensrecht verlieren sollte. Voraussetzung für diese Entscheidung war die befriedigende genetische Zusammensetzung des geborenen oder werdenden Kindes, gemessen am Erscheinungsbild der Eltern. Die RuS-Ämter entwickelten sich zu bevölkerungspolitischen Institutionen, die bis in den Mutterleib hinein förderten und vernichteten.

Parallel zu den harten Praktiken der Ausgrenzung von unangepassten, nicht unterwürfigen Ausländern, wies diese Bevölkerungspolitik mit ihren abgestuften

Konzessionen Integrationskraft auf. In diesem Sinn trägt die am Beginn dieses Prozesses stehende Eignungsprüfung der RuS-Amter Züge der Modernität. Sie war ein makaberer Fortschritt gegenüber der Praxis der Arbeitsämter, die wollten, dass sämtliche ausländischen Frauen arbeiteten und nicht gebaren, ein makaberer Fortschritt auch – im Sinn eines Modells, Widerständigkeit zu zerfasern und aufzulösen – gegenüber der starren Politik der Gestapo, die die Folgen der Zwangsarbeit von Ausländern im «Reich» generell mit Einschüchterung und Sonderbehandlung lösen wollte. Die RuS-Amter gehörten zu den Institutionen des NS-Staates, die ihm seine mörderische Flexibilität bewahrt und den inneren Widerstand bis zum Schluss auf ein Minimum reduziert haben.

Anmerkungen

Die Materialien des RuSHA-Prozesses konnte ich in der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg und die Unterlagen der RuS-Dienststelle im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden benutzen. Für die freundliche Unterstützung in beiden Institutionen sei gedankt. Uli Herbert und Karl Heinz Roth gaben wesentliche inhaltliche Hinweise. Für ihre Geduld und ihre Ratschläge bei der Bearbeitung des Manuskripts danke ich Götz Aly und Mechthild Küpper.

- 1 Rolf Hochhuth, Eine Liebe in Deutschland, Frankfurt a. M., Olten, Wien 1984, S. 218-219.
- 2 BA NS 19/1737, Heinrich Himmler, Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, Mai 1940.
- 3 Himmler vor dem Stellvertreter des Führers und Gauleitern am 29.2.1940, in: Himmler, Geheimreden 1933-1945 und andere Ansprachen, Frankfurt, Wien, Berlin 1974, zit. nach U. Herbert, Fremdarbeiter-Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin, Bonn 1985, S. 75.
- 4 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 8. März 1940, zit. nach Documenta occupationis, Bd. IX, S. 31.
- 5 Ebenda.
- 6 HHStA Wi 483/7362, Bl. 63: Schreiben des RuS-Führers Rhein-Westmark an den Insp. der Sipo und des SD, 15.6.1944.
- 7 Sachstandsvermerk in der Voruntersuchungssache gegen Bernhard Baatz wegen Mordes, Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin – 1 Js. 4/64 (RSHA) (im Folgenden zit. als: GStAB 1 Js. 4/64), S. 346 und NO 5391.
- 8 BA NS 47/35: Rassenamt (des RuSHA): Richtlinien zur Rassenbestimmung, o.D.
- 9 RuSHA-Prozess, S. 3435 u. 3438, Aussage von Dr. Heinrich Ruebel.
- 10 Wie Anm. 8.
- 11 NO 2576, Chef des RuSHA. Die Arbeitsgebiete des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS, 6.11.1941.
- 12 Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, München 1982, S. 201-203.
- 13 BANS 47/vorl. 267, S. 4.
- 14 NO 2875.
- 15 NO 4093.
- 16 RuSHA-Prozess, S. 3438 u. 3462; vgl. HHStA Wi 483/97a.
- 17 BANS 47/49.
- 18 PS 1470.

- 19 RuSHA-Prozess, S. 3439 u. Buchheim, a.a.O., S. 196.
- 20 Zamojszczyna – Sonderlaboratorium SS, pod redakcja Czeslawa Madajczyka, Warszawa 1979, Tom 1, S. 12-17.
- 21 Ebd. S. 256-259; Bericht über die Arbeit der Umwandererzentralstelle Zweigstelle Zamosc von Beginn der Aktion in Zamosc vom 27.11. bis 31.12.1942.
- 22 NO 1402: Bericht über die Tagung der SS-Führer im RuS-Wesen v. 5.-10. Mai 1944.
- 23 NO 4127.
- 24 HHStAWi 483/7360, Bl. 427-428.
- 25 NO 1499: Rassenamt, Aktenvermerk, Aufgaben des RuSHA im Westen v. 28.9.1942.
- 26 NO 3019, NO 5115, NO 5201.
- 27 NO 5110.
- 28 NO 4848.
- 29 HHStA Wi 483/7360, Bl. 17-18, 79, 94-96 u.a.
- 30 R. L. Koehl, RKFdV: German Resettlement and Population Policy 1939-1945, Cambridge 1957, S. 177, vgl. auch: NO 1600, NO 3295, NO 3739.
- 31 HHStA Wi 483/97a.
- 32 HHStA Wi 483/7359, Bl. 13-14.
- 33 HHStA Wi 483/96.
- 34 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 5. Juli 1941, zit. nach: Doc. occ. X, S. 118-121.
- 34a A. Billstein, Fremdarbeiter in unserer Stadt, Frankfurt 1980, S. 38.
- 35 GStAB 1 Js. 4/64, S. 77.
- 36 Wie Anm. 34, S. 119.
- 37 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 10. Februar 1944, zit. nach: Doc. occ. Bd. X, S. 130-136.
- 38 GStAB 1 Js. 4/64, S. 261-262.
- 39 Wie Anm. 34, S. 119.
- 40 GStAB 1 Js. 4/64, S. 346.
- 41 Runderlass des CSSD vom 2. Januar 1941, in: Allg. Erlassammlung (RSHA), 2 F Villa, S. 13, zit. nach: Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1982, S. 107.
- 42 Wie Anm. 34, S. 120.
- 43 GStAB 1 Js. 4/64, S. 340.
- 44 Bericht des Landgerichts Nürnberg vom 4.11.1941, zit. nach: Doc. occ. IX, S. 151.
- 45 GStAB 1 Js. 4/64, S. 347-353.
- 46 Ebenda, R 74, Aussage von Harro Thomson vom 19.7.1967, zit. nach: U. Herbert, a.a.O.
- 47 Vgl. dazu: Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Hamburg 1984, S. 77; RuSHA-Prozess, S. 3441-3445; NO 5201.
- 48 HHStA Wi 483/97b.
- 48a Ebenda.
- 49 NO 850.
- 50 Erl. d. CSSD vom 17. November 1942, zit. nach: Doc. occ. Bd. X, S. 128-129.
- 51 BA NS 47/30: Schreiben des Chefs des RuSHA vom 20.3.1943.
- 52 Die Dienststelle befand sich in der Baseler Strasse 13; vgl. Akten der Bauaufsicht des Bezirksamtes von Berlin-Steglitz.
- 53 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 3. September 1940, abgedruckt in: Doc. occ. Bd. IX, S. 76-82.
- 54 Wie Anm. 37, S. 134.
- 55 Ebenda, S. 135.
- 56 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 4. November 1941, zit. nach: Doc. occ. Bd. X, S. 121-123.
- 57 Wie Anm. 53, S. 79.
- 58 NO 4673: Schnellbrief des CSSD – IV A 1c – 6342/40g – vom 5.8.1940, angegeben in: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (ZStL), Akte «Sonderbehandlung», Zusammenfassung des Kenntnisstandes.
- 59 GStAB 1 Js. 4/64, S. 344.
- 60 A. Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa», Heidelberg, Karlsruhe 1981, S. 161-162.
- 61 BA NS 47/30: Erl. d. RFSSuChdDtP vom 27. November 1944.

- 62 Meldungen aus dem Reich, Hg. Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 5337-5341, SD-Bericht vom 10.6.1943 (Blaue Serie).
- 63 HHStA Wi 483/7362, Bl. 103.
- 64 Wie Anm. 37, S. 133.
- 65 HHStA Wi 483/7362, Bl. 116.
- 66 Vgl. z.B.: Erinnerungen an Breitenau 1933-1945, Hg. Gesamthochschule Kassel, Kassel 1983, S. 34 II.
- 67 GStABlJfs. 4/64, S. 343-344.
- 68 Wie Anm. 37, S. 133.
- 69 Erl. d. CSSD vom 12. Dezember 1941, zit. nach: Doc. occ. Bd. X, S. 123-124.
- 70 Wie Anm. 37, S. 134.
- 71 BA NS 47/30.
- 72 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 10. März 1942, zit. nach: Doc. occ. Bd. X, S. 125-126.
- 73 GStAB 1 Js. 4/64, S. 108, 110 u. 341.
- 74 Urteil des Schwurgerichts Hagen vom 24.1.1970, zit. nach: Streim, a.a.O., S. 64 f.
- 75 RuSHA-Prozess, S. 59.
- 76 Ebenda, S. 58.
- 77 NO 4186.
- 78 NO 3076 (Rückübers. a. d. Engi.).
- 79 NO 3091.
- 80 NO 5028; P. Bucher, Das SS-Sonderlager Hinzert bei Trier, in: Jahrb. f. westdt. Landesgeschichte, 4 (1978), S. 425; vgl. dazu auch: E. Klopp, Hinzert – kein richtiges KZ?, Trier 1983.
- 81 NO 5391.
- 82 NO 1399.
- 83 NO 3996 (Rückübers. a. d. Engi.).
- 84 Koehl, a.a.O., S. 213; Franciszek Polomski, Rasistowskie przesłanki hitlerowskiej polityki «Zniemczania», in: Acta universitaris Wratislaviensis, No 578, Wrocław 1981, S. 189.
- 85 HHStA Wi 483/7359, Bl. 346: Chef des RuSHA, betr.: Rassistische Grobauslese von Ostarbeitern für den landwirtschaftlichen Einzeleinsatz.
- 86 Erl. d. RKFdV vom 20.2.1943, zit. nach: GStAB 1 Js. 4/64, S. 109.
- 87 Ebenda, S. 342-343.
- 88 BA All. Proz. Nr. 8 JAG 212.
- 89 BA All. Proz. Nr. 8 JAG 212: Anordnung 4/43 des Reichsgesundheitsführers vom 11.3.1943.
- 90 L 8: Erl. d. RKFdV-RSHA vom 9. Juni 1943.
- 91 BA All. Proz. Nr. 8 JAG 212.
- 92 NO 1384 (Rückübers. a. d. Engl.): Erl. d. RFSS, RKFdV u. RSHA vom 1.8.1943
- 93 Erl. d. RFSSuChdDtP vom 27. Juli 1943, abgedr. in: Doc. occ. IX, S. 225-230
- 94 HHStA Wi 483/7359, Bl. 297; vgl.: ebd., Bl. 325 u. 333.
- 95 Ebenda, 295, 296 u. 324.
- 96 Kürschners Gelehrtenkalender; Müller-Hill, a.a.O., S. 22, 55 u. 186.
- 97 Ebenda.
- 98 HHStA Wi 483/7359, Bl. 13 u. 14.
- 99 Schreiben vom 18.2.1944, zit. nach: K. Sosnowski, Ohne Mitleid, Warszawa, Poznan 1962, S. 346; vgl.: M. Hamann, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1, Berlin 1985, S. 130-135.
- 100 Wie Anm. 98.
- 101 HHStA Wi 483/7360, Bl. 301.
- 102 HHStA Wi 483/7359, Bl. 284.
- 103 Ebenda, S. 36, 278 u. 298.
- 104 Ebenda., S. 35.
- 105 BA, NS 47/vorl. 267, S. 12.
NO 3454; vgl. für Hamburg: M. Garn, Zwangsabtreibung und Abtreibungsverbot. Zur Gutachterstelle der Hamburger Ärztekammer, in: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg: Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hg. A. Ebbinghaus u.a., Hamburg 1984, S. 37-40.

- 107 HHStA Wi 483/7359, Bl. 278.
- 108 Wie Anm. 93, S. 227.
- 109 NO 3557 (Rückübers. a. d. Engi.): Schreiben des Chefs d. RuSHA vom 13.8.1943.
- 110 Wie Anm. 93, S. 228-229.
- 111 Wie Anm. 105; vgl. hierzu: G. Lilienthal, Der «Lebensborn e.V.» – Ein Instrument national-sozialistischer Rassenpolitik, Forschungen zur neueren Medizin- und Biologiegeschichte, Bd. 1, Hg. G. Mann u. W. F. Kümmel, Stuttgart, New York 1985.
- 112 Wie Anm. 93, S. 229.
- 113 HHStA Wi 483/7362, Bl. 14.
- 114 HHStA Wi 483/7359, Bl. 20.
- 115 BA, NS 19/940; Vgl. NO 5311: ein umfangreiches Papier vom 16.5.1944, das in den Unterlagen der VoMi aufgefunden wurde und den Titel trägt: Sofortige Reichsmassnahmen zur Verminderung der Gefahren der Infiltration in Hinblick auf die zahlreichen Geburten von Fremdvlkischen in ländlichen Gebieten (Rückübers. a. d. Engi.).
- 116 The Velpke Baby Home Trial – War Crime Trials, Volume VII, ed. by G. Brand, London 1950; vgl. dazu: R. Hrabar u.a., Kriegsschicksale polnischer Kinder, Warszawa 1981, S. 99-105.

Fundstücke, Berichte, Rezensionen

Professor Gerhard Kloos

Nachdem der damalige stellvertretende Vorsitzende der Berliner Ärztekammer, Helmut Becker, auf dem 86. Deutschen Ärztetag in Kassel (1983) gesagt hatte, der Lehrbuchautor Gerhard Kloos habe «während des Dritten Reiches massgeblichen Anteil an der Kindereuthanasie» gehabt, strengte dieser einen Beleidigungsprozess an. Becker wurde freigesprochen. Kloos, obwohl Nebenkläger, war der eigentliche Angeklagte dieses Prozesses. Die von Kloos angestrebte Verhandlung in zweiter Instanz musste im September 1985 abgesetzt werden, weil er, der Nebenkläger, kurzfristig erkrankte. Das freisprechende Urteil ist rechtskräftig geworden.

Inzwischen aber ist nach der 1963 erfolgten Einstellung eines Ermittlungsverfahrens die Staatsanwaltschaft Göttingen wieder am Zuge. Unter dem Aktenzeichen 41 Js 10445/85 prüft sie derzeit die Frage, «ob gegen Prof. Dr. Gerhard Kloos wegen einer evtl. Mitwirkung bei Euthanasiemassnahmen erneut staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet werden müssen». Durch die Forschungen von G. Aly sind inzwischen weitere Dokumente aus dem Staatsarchiv Poznan bekanntgeworden, die Kloos' führende Rolle bei der Vernichtung «asozialer Tuberkulöser» belegen könnten. Kloos beriet 1941 die Medizinalabteilung der Reichsstatthalterei in Posen, die bekanntlich wenig später den Plan entwickelte, 20-25'000 offen tuberkulöse Polen «dem Kommando Lange zur Sonderbehandlung zuzuführen». Kloos empfahl in seinen Briefen damals, Tuberkulosekranke, «die sich im Falle einer Besserung oder gar Heilung ihres langen Leidens doch bloss wieder zum Schaden der Volksgemeinschaft betätigen würden», durch Hausstrafen und Kostverschlechterung beschleunigt sterben zu lassen.

Ausserdem tagte am 16. Oktober 1941 die «Arbeitsgruppe Arbeitstherapie und Asylisierung» des Reichs-Tuberkulose-Ausschusses in Stadtroda, um, wie Direktor Kloos es stolz formulierte, «am Ort der ältesten Erfahrungen auf dem Gebiet der Zwangsassylierung Offentuberkulöser» allgemeine Richtlinien auszuarbeiten. Die Richtlinien nahmen den aus der «Euthanasie» stammenden Begriff der «planwirtschaftlichen Gestaltung» auf, dessen Bedeutung zu diesem Zeitpunkt überall und erst unter Ärzten geläufig war, und lieferten – indem sie die «asozialen Tuberkulösen» als «psychisch abnorme Menschen» definierten – diese Kranken an die staatliche Psychiatrie und damit an die Vernichtungsmaschinerie der «T 4» aus. In mehreren «Euthanasie»-Kliniken wurden anschliessend Sonderabteilungen für Tuberkulosekranke errichtet, so z.B. auf dem Eichberg.

G.A.

Panikforschung im Zweiten Weltkrieg und heute

1951 wurde vom damaligen Bundesinnenminister Heinemann eine «Schutzkommission» gegründet, deren Aufgabe es ist, die Bundesregierung in Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung gegen atomare, biologische und chemische Angriffe zu beraten. Die Expertengruppen in dieser Kommission sind in verschiedenen «Fachausschüssen» zusammengefasst, von denen der «Fachausschuss VIII, Psychobiologie (Verhalten in Belastungssituationen)» erst im Jahr 1971 von den Psychiatern von Baeyer, Mikorey, Hippus und Ploog gegründet wurde. Der Spezialist für «Panikforschung» war in diesem Kreise bis zu seinem Tod vor einigen Jahren der Münchner Kriminalpsychiater Prof. Dr. Max Mikorey. Er war 1933 Mitbegründer der von dem

späteren Gouverneur im besetzten Polen, Hans Frank, geleiteten Akademie für deutsches Recht in München und lehrte dort Kriminalpsychiatrie. In dieser Eigenschaft hielt er 1936 auf einer Tagung des NS-Rechtswahrbundes eine Rede über «Das Judentum in der Kriminalpsychologie». Zu den Liberalisierungsbestrebungen der Weimarer Strafrechtsreformer meinte er: «Der gordische Knoten der möglichen und wirklichen Verbrechen soll nicht durch das Schwert der Justitia roh durchschlagen, sondern in liebevoller individualpsychologischer Feinarbeit sorgsam aufgewickelt werden. So wird die Strafhoheit des Staates zerstört und die Strafreaktion in eine sterile und endlose Danaidenarbeit unfruchtbarer Erziehungsexperimente abgebogen, welche im Nebeneffekt dem Judentum ein neues umfangreiches Tätigkeitsfeld erschliesst. Mit derselben dunklen Sicherheit eines parasitären Lebensinstinktes, welcher etwa den Stachel einer Grabwespe in die Bewegungszentren des Beuteltieres lenkt, damit ihre Brut in dem lebenden Leichnam des gelähmten Opfers sicheren Lebensunterhalt finde, trifft auch das Judentum mit seiner kriminalpsychologischen Propaganda die Widerstandszentren nationalen Lebenswillens im Staatsorganismus seiner Wirtsvölker.» (Mikorey, M., Das Judentum in der Kriminalpsychologie, in: Das Judentum in der Rechtswissenschaft, Deutscher Rechtsverlag, Berlin 1936, Band 3, S. 61.)

Während des ganzen Krieges war Mikorey Beratender Psychiater der Wehrmacht, zuletzt an der Ostfront. Sein Spezialthema waren auch damals schon die Panikreaktionen von Soldaten. Auf der 2. Arbeitstagung Ost der Beratenden Psychiater im Herbst 1942 forderte er: «Der hysterischen Reaktion (von Soldaten, d. V.) muss schon in statu nascendi der Resonanzboden entzogen werden, und es muss von Vorneherein Klarheit darüber bestehen, dass sie keine erstrebenswerte Krankheitsprämie einschliesst. (...) Es ist davon abzuraten, Hysteriker mit schweren und hartnäckigen Reaktionen wieder zu kämpfenden Truppen zu schicken, weil sie diese als Panikkeime belasten.

(...) Auf keinen Fall dürfen sie als wehrunfähig aus der Wehrmacht entlassen werden, damit für Wehrunlustige kein Anreiz zur Nachahmung gegeben wird. Schwere hysterische Reaktionen sollten wegen der psychischen Infektionsgefahr für die Kriegsdauer in öffentlichen Heilanstalten interniert werden.» (Valentin, R., Die Krankenbataillone, Düsseldorf 1981, S. 133.)

Genau 20 Jahre später verfasste Mikorey eine Panikbroschüre für das Bundesverteidigungsministerium. Er schrieb: «Die verderbliche Wirkung geht in Massenanhäufungen meist von Trägern übersteigerter, also abnormer Affekte aus. (...) Tatsächlich müssen der Alkoholiker, der Labile, der Unbeherrschte, der 'Spinner', der Hysteriker, der Gottlose als panikgefährdet gelten. (...) In keiner Situation ist eine Truppe so panikgefährdet wie im erfolgreichen Angriffselan, der 'Panik von vorn'. (...) Als eine 'Panik von vorn' kann jede gewalttätige Meuterei bezeichnet werden. (...) Seit Jahren werden die Menschen von der Angst vor der Atombombe und ihren 'Strahlungen' gequält. (...) Daher ist eine gewisse Bereitschaft der Massen zur Panikstimmung unterschwellig vorhanden.» (Panik, Erkennen – Verhüten – Bekämpfen. Schriftenreihe Innere Führung, Reihe Erziehung, Heft 8, hg. vom Bundesministerium der Verteidigung, 1962.)

Diese Passagen sind nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl aktuell. Ein ausführlicher Beitrag über den «Fachausschuss VIII Psychobiologie» beim Bundesinnenministerium wird in Band 5 der «Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik» erscheinen.

Sulçcin – Krankengeschichtenbestand aus Obrowalde/Meseritz

Im Rahmen unserer Forschungsarbeit über die Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik (KBon) in Berlin, früher Wittener Heilstätten, unternahmen wir im April d. J. eine Reise nach Polen, um dort

weiteres Archivmaterial ausfindig zu machen. Vor allem interessiert uns die Heil- und Pflegeanstalt Obrawalde/Meseritz, die in der Zeit der «inoffiziellen Euthanasie» als Tötungsanstalt für das gesamte Deutsche Reich fungierte. Auch unsere Klinik deportierte damals fast 2'000 Patienten dorthin. Bei der Planung der Reise hatten wir zuerst Kontakt zu Prof. Dr. Josef Radzicki aufgenommen, der zusammen mit seinem Sohn ein Buch über die Verbrechen des nationalsozialistischen Sanitätsdienstes in der Irrenanstalt Obrawalde verfasst hat. (Das Buch ist im wesentlichen mit einem 100-seitigen, in deutscher Übersetzung vorliegenden Gutachten Radzickis für das Hamburger Ermittlungsverfahren gegen Lensch und Struve identisch und kann gegen einen Unkostenbeitrag von 15 DM bei der Redaktion angefordert werden.)

Durch die Vermittlung von Herrn Radzicki knüpften wir Verbindungen zu polnischen Behörden und Archiven. Bei unserer Suche nach Informationen und Material über die Anstalt Obrawalde wurden wir zuerst in der «Główna Komisja Badania zbrodni Hitlerowskich w Polsce» (Kommission zur Erforschung der Hitlerverbrechen) in Warschau fündig. Als eine zweite, für uns wichtigere Quelle, erwies sich eine Zweigstelle der polnischen Staatsarchive in Sulęcín, etwa 70 km von Obrawalde entfernt. Das Archiv, das uns durch Vermittlung von Prof. Dr. Wojciechowski, dem Generaldirektor der polnischen Staatsarchive, zugänglich gemacht wurde, enthält sämtliche noch erhaltenen – ca. 4'500 – Krankengeschichten aus der ehemaligen Tötungsanstalt. Hinzu kommen, jedoch in geringerem Umfang, Akten aus Verwaltungs- und Personalbereich. Die Krankengeschichten, die aus über 30 «Heil- und Pflegeanstalten» des damaligen Deutschen Reiches stammen, sind auf Karteikarten inventarisiert, die die wesentlichen Daten über den jeweiligen Patienten und dessen Schicksal enthalten.

Von Prof. Radzicki kauften wir eine Namensliste der Patienten, deren Krankengeschichten bis heute erhalten geblieben sind.

Wir verfügen ausserdem über Auszüge aus den Sterbebüchern der Anstalt aus den Jahren 1942 bis 1945, die über 10'000 Namen enthalten. Interessierten geben wir Nachkopien dieser Unterlagen zum Selbstkostenpreis gerne weiter.

Forschungsgruppe «Geschichte der KBoN»
Oranienburger Strasse 285
D-1000 Berlin 26
Tel.: 030/3193-526/447

Christina Härtel, Marianne Hühn

Unbeachtete Arbeiten zur «Euthanasie» in der Krakauer Zeitschrift «Przegląd Lekarski» – Oswięcim

Seit 1961 erscheinen in Krakau jeweils im Januar «Auschwitz-Hefte» der traditionsreichen, bereits 1862 gegründeten medizinischen Monatszeitschrift «Przegląd Lekarski» (Ärztliche Rundschau).

Ursprünglich fast ausschliesslich Fragen der Spätfolgen der KZ-Haft, der gesundheitlichen Situation der Häftlinge im KL Auschwitz und der Erinnerung an in Auschwitz inhaftierte polnische Ärzte gewidmet, erweiterte die Zeitschrift bald ihr Themenspektrum und befasste sich heute mit dem Schicksal der Häftlinge aller deutschen Konzentrationslager, der Lage von Einrichtungen des Gesundheitswesens im besetzten Polen, dem Widerstand von Angehörigen der Medizinberufe gegen die Besatzungsmacht und Fragen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. (Eine umfangreiche Auswahl der direkt Auschwitz gewidmeten Arbeiten wird, herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, im Frühjahr 1987 im Beltz-Verlag erscheinen; nähere Informationen können ab November 1986 beim Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13 angefordert werden.) Unter anderem hat der Przegląd Lekarski – Oswięcim seit 1968 eine Reihe von Aufsätzen über die Ermordung von Patienten psychiatrischer Krankenhäuser im besetzten Polen veröffentlicht, die die deutsche Forschung bisher übersehen hat. Ergänzend zu

Band 1 und 2 der *Beiträge* folgt hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten dieser Arbeiten (Przegląd Lekarski. Séria II (Ärztliche Rundschau, Serie II), im Folgenden zitiert: PL).

Die Massentötung von Patienten psychiatrischer Krankenhäuser begann in Grosspolen und Pomerellen, nach dem deutschen Angriff auf Polen 1939 als «Eingegliederte Ostgebiete» annektiert, noch vor der ersten «Probevergasung» in Brandenburg (Anfang Januar 1940). Edmund Chroscielewski und Wiestaw Celinski beschreiben in *Pseudoethanasie im « Wartheland» während der Naziokkupation* (Pseudoethanazja w «Kraju Warty» podczas okupacji hitlerowskiej; PL 25 [1969], S. 42-47) auf der Grundlage von Zeugenaussagen und Erinnerungsberichten, wie zwischen November 1939 und April 1940 sowie noch einmal im April und Juni 1941 mehr als 3'300 polnische Patienten der Anstalten in Dziekanka (Tiegenhof), Koscian (Kosten), Owihaska, Gostynin (Gasten) und Warta (Wartha) getötet wurden. Zunächst übernahmen deutsche Ärzte die Krankenhäuser und erfassten die Patienten. Einige Zeit später traf ein aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und der Schutzpolizei bestehendes Kommando ein – das «Sonderkommando Lange» –, das seine Opfer überwiegend in einem Gaswagen mit der Aufschrift «Kaisers Kaffee Geschäft» umbrachte und die Leichen durch später ebenfalls getötete Häftlingskommandos in Massengräbern in der Nähe der Krankenhäuser vergraben liess. Im Februar 1940 wurden nach den Angaben von Chroscielewski und Celinski etwa 1'200 Patienten der reichsdeutschen Anstalten Obrowalde bei Meseritz, Lauenburg und Ückermünde nach Koscian (Kosten) verlegt und auf die beschriebene Weise getötet. Eine «Zentralstelle für Krankenverlegungen» übersandte den Angehörigen der Opfer zur Tarnung der ganzen Aktion fiktive Todesbescheinigungen. Weitere Einzelheiten finden sich in den hier auszugsweise veröffentlichten Memoiren der Ärztin *A nna Kulikowska: Erinnerungen an das Psychiatrische Kranken-*

haus in Gasten während der Okkupationszeit (Okupacyjne wspomnienia ze Szpitala Psychiatrycznego w Gostyninie; PL 34 [1977], S. 211-215). Für die Rekonstruktion und die Struktur der Ereignisse wichtig ist ihre Mitteilung, dass Anfang Februar 1940 Gestapobeamte aus Plock mit der Anweisung eintrafen, alle Patienten herauszugeben, für die die Stadt Plock Kostenträger war (Plock lag in den Eingegliederten Ostgebieten und hatte inzwischen eine neue, deutsche Stadtverwaltung). Diese 18 Kranken wurden auf einen mit einer Plane abgedeckten Lastkraftwagen geladen, auf dem sich bereits Schaufeln und ein Maschinengewehr befanden und in einem nahegelegenen Wald erschossen; die Schüsse waren noch im Krankenhaus zu hören. Einige Zeit später forderten auch die Stadtverwaltungen von Zichenau, Plohsk und Soldau die Kranken an, für die sie die Kosten zu tragen hatten; diese Menschen wurden wahrscheinlich ebenfalls getötet. Im April 1940 ordnete der neue deutsche Direktor an, die jüdischen Kranken bei den Mahlzeiten getrennt zu setzen. Einige Wochen später wurden diese auf* Anweisung von oben mit planengedeckten Lastkraftwagen abgeholt und an unbekanntem Ort umgebracht. Die polnischen Patienten mit Wohnsitz im Generalgouvernement wurden in ein Krankenhaus in Warschau gebracht. Später wurden in Gostynin auch aus Osteuropa umgesiedelte volksdeutsche Patienten untergebracht. Sowohl unter diesen wie den verbliebenen polnischen Patienten fanden von Zeit zu Zeit Selektionen statt; die Ausgesuchten wurden in das als Zwischenstation dienende psychiatrische Krankenhaus Pleszew (Pieschen) gebracht und später an unbekanntem Ort getötet. Detaillierte Informationen über die Ermordung von 499 der gut 600 Patienten des psychiatrischen Krankenhauses in Wartha, die Vorbereitung und die Umstände der Aktion enthält *Jan Milczarek: Die Ermordung der psychisch Kranken in Wartha* (Wymordowanie chorych psychicznie w Warcie; PL 36 [1979], S. 115-119). Berichtet wird auch

über die bereits 1940 beginnende Verlegung von Patienten deutscher psychiatrischer Krankenhäuser nach Wartha und ihre Existenzbedingungen sowie über den Abtransport einer weiteren Gruppe von 82 fast ausschliesslich polnischen Kranken Mitte Juni 1941; die Spur dieser Menschen liess sich bis zum Bahnhof Poniec verfolgen, wo sie von einem SS-Kommando übernommen wurden.

Auf der Grundlage seiner 1946 durchgeführten Ermittlungen beschreibt *Roman Kielkowski* (damals Untersuchungsrichter in der Krakauer Bezirkskommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen) *Die Vernichtung der Kranken des psychiatrischen Krankenhauses in Kobierzyn* (Zagłada chorych szpitala psychiatrycznego w Kobierzynie; PL 23 [1967], S. 68-78). Ab 1940 wurde die Verpflegung der damals etwa 900 Patienten herabgesetzt; die Sterblichkeit stieg in der Folge rasch an. Ende August 1941 ordnete die deutsche Direktion an, Listen der jüdischen Patienten anzufertigen. Diese wurden am 8. (41 Frauen) und am 11. September 1941 (50 Frauen und Männer) in das jüdische psychiatrische Krankenhaus «Zofiowka» in Otwock bei Warschau verlegt; die Patienten dieses Krankenhauses wurden am 19. August 1942 bei der Liquidierung des Ghettos in Otwock umgebracht. Von den noch verbliebenen 566 Patienten wurden am 23. Juni 1942 mehrere noch in der Nacht auf dem Anstaltsfriedhof erschossen, die übrigen mehr als 500 wurden mit einem auf dem Gleisanschluss der Anstalt bereitgestellten Sonderzug nach Auschwitz transportiert und sehr wahrscheinlich unmittelbar nach ihrer Ankunft vergast. Einer einzigen Patientin gelang es in der Nacht, aus dem Krankenhaus zu entkommen. Nach der Räumung wurde das Krankenhaus Kobierzyn, in einer landschaftlich schönen Gegend südwestlich von Krakau gelegen, SS-Lazarett, ein Teil wurde von der Hitlerjugend genutzt, die landwirtschaftlichen Flächen vom SS-Stützpunkt Kobierzyn übernommen.

Für den Zusammenhang zwischen den

«Euthanasie»-Tötungen und den Massenvergasungen in den Vernichtungslagern wichtig ist *Stanislaw Klodzinski*s Aufsatz *Die erste Selektion in Auschwitz für das Gas. Der Transport in das «Sanatorium Dresden»* (Pierwsza oswięcimiska selekcja do gazu. Transport do «sanatorium Dresden»); PL 26 [1970], S. 39-50). Vor allem gestützt auf eine schriftliche Befragung ehemaliger Auschwitz-Häftlinge rekonstruiert Klodziński die Vorbereitungen zur Selektion von 575 kranken, verkrüppelten und geschwächten Häftlingen ab Mai 1941 im Rahmen der Aktion «14 f 13» und die Tätigkeit der Ärztekommision Ende Juli 1941; nach im Lager umlaufenden Gerüchten und Äusserungen von SS-Angehörigen sollte diese Gruppe in ein «Erholungs-lager» («Sanatorium Dresden») verlegt werden. In Wirklichkeit wurden die ausgesuchten Häftlinge am 28. Juli 1941 mit einem Zug in die Tötungsanstalt Sonnenstein in Sachsen abtransportiert und dort vergast. Den Angehörigen schickte man falsche Todesbescheinigungen. Die in Auschwitz zurückgebliebenen Häftlinge erfuhren jedoch schon nach wenigen Tagen, dass die abtransportierten Häftlinge getötet worden waren: einige SS-Angehörige sprachen ganz direkt von einem «Himmelkommando»; die Habseligkeiten der abtransportierten Häftlinge wurden an die Effektenkammer des Lagers zurückgeschickt; in der Bekleidungskammer beschäftigte Häftlinge erkannten Kleidungsstücke wieder, die an die Abtransportierten ausgegeben worden waren; die im Standesamt des Lagers beschäftigten Häftlinge hatten fiktive Todesmeldungen aufzusetzen – all das sprach sich im Lager herum, wenn auch noch nicht bekannt war, wo die Häftlinge getötet worden waren. Anfang September 1941 wurden dann Häftlinge in Auschwitz erstmals mit Giftgas getötet.

Dionizy Moska analysiert 'm *Die Ausrottung in der Anstalt Loben* (Eksterminacja w zakładzie «Loben»); PL 32 [1975], S. 112-114), gestützt auf Zeugenaussagen und erhalten gebliebene Aufzeichnungen eines Tötungs-

arztes über die verabreichten Luminal- und Veronaldosen, die Tötung von Kindern in der Jugendpsychiatrischen Klinik Loben (Lubliniec). In einzelnen Fällen wurden den Leichen der getöteten Kinder Hirnpräparate entnommen, die mit einer eingehenden Beschreibung und der Krankengeschichte an Professor von Weizsäcker, Neurologisches Forschungsinstitut in Breslau geschickt wurden. *Stanislaw Dabrowski* beschreibt in *Die Liquidierung der Kranken des psychiatrischen Krankenhauses in Obrwalde und das Problem der Euthanasie* (Likwidacja chorych szpitala psychiatrycznego w Obrzycach a problem eutanazji; PL 24 [1968], S. 36-40) u.a. Krankengeschichten von Patienten, die während des zweiten Weltkrieges aus reichsdeutschen Anstalten nach Meseritz-Obrwalde verlegt wurden, darunter aus Stettin, Görden, Zschadrass, Bonn und Schleswig-Stadtfeld.

Waldemar Monkiewicz und *Jozef Kretowski* zeigen in *Das Schicksal der psychisch Kranken, der Krüppel und der Alten im Gebiet von Bialystok während der Okkupation* (Los chorych psychicznie, kalek i starcow w okupowanym Bialostockim; PL 41 [1974], S. 80-84), dass brutales Vorgehen und Vernichtungsmassnahmen gegen psychisch Kranke und Behinderte Bestandteil der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Osteuropa waren. Sowohl beim Einmarsch der deutschen Truppen im September 1939 wie bei der erneuten Besetzung des Gebiets nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 und beim

Rückzug der deutschen Truppen kam es zu Erschiessungen von Geisteskranken, Behinderten und Alten. Dieser Aufsatz beleuchtet damit einen erst wenig untersuchten Aspekt deutscher Besatzungspolitik.

J.A.

Ärzte der Heidelberger Forschungsabteilung

Während die Staatsanwaltschaft Heidelberg unter dem Aktenzeichen 10 Js 3122/85 eineinhalb Jahre lang gegen die Assistenten Hans Joachim Rauch, Carl-Friedrich Wendt und Fritz Schmieder des 1946 durch Selbstmord aus der Verantwortung geflohenen Heidelberger Psychiatrieprofessors und «Euthanasie»-Verantwortlichen Carl Schneider wegen des Verdachtes der Beihilfe zum Mord ermittelte, blieb ein vierter Assistent unauffindbar – Johannes Suckow. Suckow lebt hochgeehrt als emeritierter Professor in Dresden. Von 1950-1956 war er Professor für Psychiatrie und Neurologie in Leipzig, von 1954-1962 amtierte er als Lehrstuhlinhaber und Direktor der Neurologisch-Psychiatrischen Klinik der Medizinischen Akademie in Dresden. Gerade unter den Reformern der DDR-Psychiatrie hat Suckow einen guten Namen.

Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn gab es nie, allerdings ist auch das gegen seine Heidelberger Kollegen im Mai 1986 eingestellt worden.

G.A.

Register

Anfuso, Filippo 85, 86, 88, 100
Astel, Karl 131

Badoglio, Pietro 56, 57, 68, 85
Bormann, Martin 69, 133
Bürkner (Admiral) 86

Castagne, Fritz 152
Cropp, Fritz 135

Ficker (Polizist) 140
Flick, Friedrich Karl 9, 14
Frank, Hans 50, 110, 182
Fromm, Friedrich 77

Goebbels, Joseph 34, 35
Göring, Hermann 15, 19, 23, 29, 31, 50, 51,
110,114

Hagens (Bremer Beamter) 139
Heydrich, Reinhard 28, 51
Himmler, Heinrich 20, 50, 53, 114, 143, 156,
168, 176, 177
Hitler, Adolf 9, 26, 29, 51, 64, 72, 73, 79, 86

Jodi, Alfred 98

Kaltenbrunner, Ernst 80
Kammler, Hans 44
Keitel, Wilhelm 73
Kloos, Gerhard 181
Kretschmann (Beauftragter Sauckels
in Italien) 62
Krumrey, Alois 150
Krupp, Friedrich 14, 57

Lensch, Friedrich 183
Letsch, Max 24, 51

Mansfeld, Fritz 27, 51
Mazzolini (ital. Staatssekretär) 86
Me Cloy, John J. 9
Mickorey, Max 181,182
Mussolini, Benito 35, 56, 57, 70, 72, 73, 79,
80, 85, 86

Rahn, Rudolf 64, 86, 88, 101
Ratzeburg, Reinhold 154, 169
Rauch, Hans-Joachim 186
Rödel, Georg Albert 152, 153, 158, 168, 169,
170, 171, 172
Rommel, Erwin 57, 59, 96
Ruebel, Heinrich 146, 177

Sauckel, Fritz 9, 27, 60, 61, 62, 64, 77, 97
Sewering, Helmut 156, 157, 158, 159, 162
Schieck (Major) 77
Schmieder, Fritz 186
Schultz, Bruno K. 168, 169
Speer, Albert 69, 77
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 86
Stroop, Jürgen 158
Struve, Kurt 183
Suckow, Johannes 186
Syrup, Friedrich 15, 18, 50

Vöigtel (Lagerführer) 140

Wendt, Carl-Friedrich 186

Zörner (Gutachter) 170

Abkürzungen

AEL	Arbeitserziehungslager
AES	Allgemeine Erlass-Sammlung des RSHA u. RFSS
AfSg	Archiv für Sozialgeschichte
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BA/MA	Bundesarchiv / Militärarchiv, Freiburg i. Br.
BDC	Document Center, Berlin
BgBA	Bergbau-Archiv, Bochum
CdS, CSSD	Chef der Sicherheitspolizei und des SD
DP	Displaced Person
Doc. occ.	Documenta occupationis
EP	Eignungsprüfer
EWZ	Einwandererzentrale
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA	Generalstaatsanwalt
GStAB	Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin
HHStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IMI	Italienischer Militärinternierter
IMT	International Military Tribunal, Nürnberg
NAW	National Archives, Washington
Ngb. Dok.	Nürnberger Dokumente
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RABI	Reichsarbeitsblatt
RAM	Reichsarbeitsministerium
RFSS	Reichsführer SS
RFSSuChdDtP	Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
RGBI	Reichsgesetzblatt
RKFdV	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RmIdI	Reichsministerium des Innern
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuS	Der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt

SD	Sicherheitsdienst
Sipo	Sicherheitspolizei
StA	Staatsanwaltschaft
Stalag	(Mannschafts-) Stammlager
StAM	Staatsarchiv Münster
uwz	Um wandererzentrale
VoMi	Volksdeutsche Mittelstelle
WED	Wiedereindeutschung
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW
ZAVO	Zentralamt für die Völker des Ostens
ZStL	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg

Abbildungsnachweise

Die Abbildungen zu den Artikeln «Herrenmenschen und Badoglioschweine» sowie zu «Die geschmuggelte Kamera» sind dem Privatarhiv von C.U. Schminck-Gustavus entnommen. Die Quellen der weiteren Abbildungen sind: S. 148, HHSTA Wiesbaden, 483/7362; S. 157, Aurel Billstein, Fremdarbeiter in unserer Stadt, Frankfurt 1980, S. 36-42; S. 166, Roman Hrabar u.a.: Kriegsschicksale polnischer Kinder, Warszawa 1981; S. 174, HHSTA 483/7360.

Susanne Heim Götz Aly

EIN BERATER DER MACHT



**HELMUT MEINHOLD
ODER DER
ZUSAMMENHANG
ZWISCHEN
SOZIALPOLITIK UND
JUDENVERNICHUNG**

Helmut Meinhold, die allseits geschätzte graue Eminenz der Bonner Sozialpolitik, berechnet heute, was bis zum Jahr 2030 mit der «Alterslast» zu geschehen hat. Er verschiebt «produktive» und «unproduktive» Bevölkerungskontingente. Gelernt hat er sein Handwerk als Wirtschaftsplaner und Regierungsberater im besetzten Polen. 1941 schrieb er:

«Durch den weiteren militärischen Vorstoss nach Osten sind zwei weitere Wege zur Lösung des Überbevölkerungsproblems eröffnet worden. Man kann einen Teil der Polen oder auch alle weit nach Osten aussiedeln.»

Zufrieden nannte er «vor allem die Möglichkeit (. . .), dass durch die Regelung der Judenfrage eine Anzahl von Arbeitsplätzen frei wird und gleichzeitig eine allerdings nicht ausreichende Verminderung der Volkszahl eintritt.»

Das Heft kann bei den Autoren bestellt werden: c.o. Hamburger Institut für Sozialforschung, Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13. Der Preis von 7,- DM soll zuvor auf das Konto der Hamburger Sparkasse, S. Heim, G. Aly, Nr. 1251 487 730 (BLZ 200 505 50) einbezahlt werden.



Gena Corea

Muttermaschine

**Reproduktionstechnologien —
von der künstlichen Befruchtung
zur künstlichen Gebärmutter**

336 Seiten, DM 34,-.

Gena Corea hat für diese erste umfassende Studie Fachliteratur gewälzt, Forscher, Anwender und Opfer befragt. Sie rekonstruiert so, wie Wissenschaft und Industrie (vorzugsweise männlich) die Fortpflanzungsorgane (vorzugsweise weiblich) immer weiter in Einzelteile zerlegen und diese künstlich nachzubilden trachten, um eines Tages dann die Ersatzteile zusammzusetzen und die von ihnen erschaffene „Muttermaschine“ anwerfen zu können. Aus der Perspektive dieses Endstadiums der Enteignung gewinnt der Fortschritt, der alles zur Verfügung hält (die Pille, die Abtreibung, die Befruchtung, — die Kinderlosen wie das Mutterlos), schärfere Konturen.



Rotbuch Verlag

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik

64
Sept.'86

Gewerkschaften: Wie beweglich ist ein Tanker?

Jürgen Hoffmann, Gewerkschaftspolitik
in der Bundesrepublik in den 80er Jahren

Ulrich Mückenberger,

Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der
sozialstaatlichen Umverteilung von Risiken

Irmgard und Lothar Hack,

Gesamtarbeiter, aufgemischt und umgeforscht
Boy Lüthje, Regulierungskrise

im Telekommunikationssektor in der BRD

Rudi Schmidt/Rainer Trinczek, Erfahrungen und
Perspektiven gesellschaftlicher Arbeitszeitpolitik

IG-Metall-Vorstand, Arbeitszeitflexibilisierung
und Arbeitnehmerinteressen

Ingeborg Tömmel, Ökonomische

Integration und Regionalpolitik der EG

Veit M. Bader, Schmerzlose Entkopplung
von System und Lebenswelt?



Einzelheft
DM 16.-

im Abo
DM 13.-

Rotbuch
Verlag